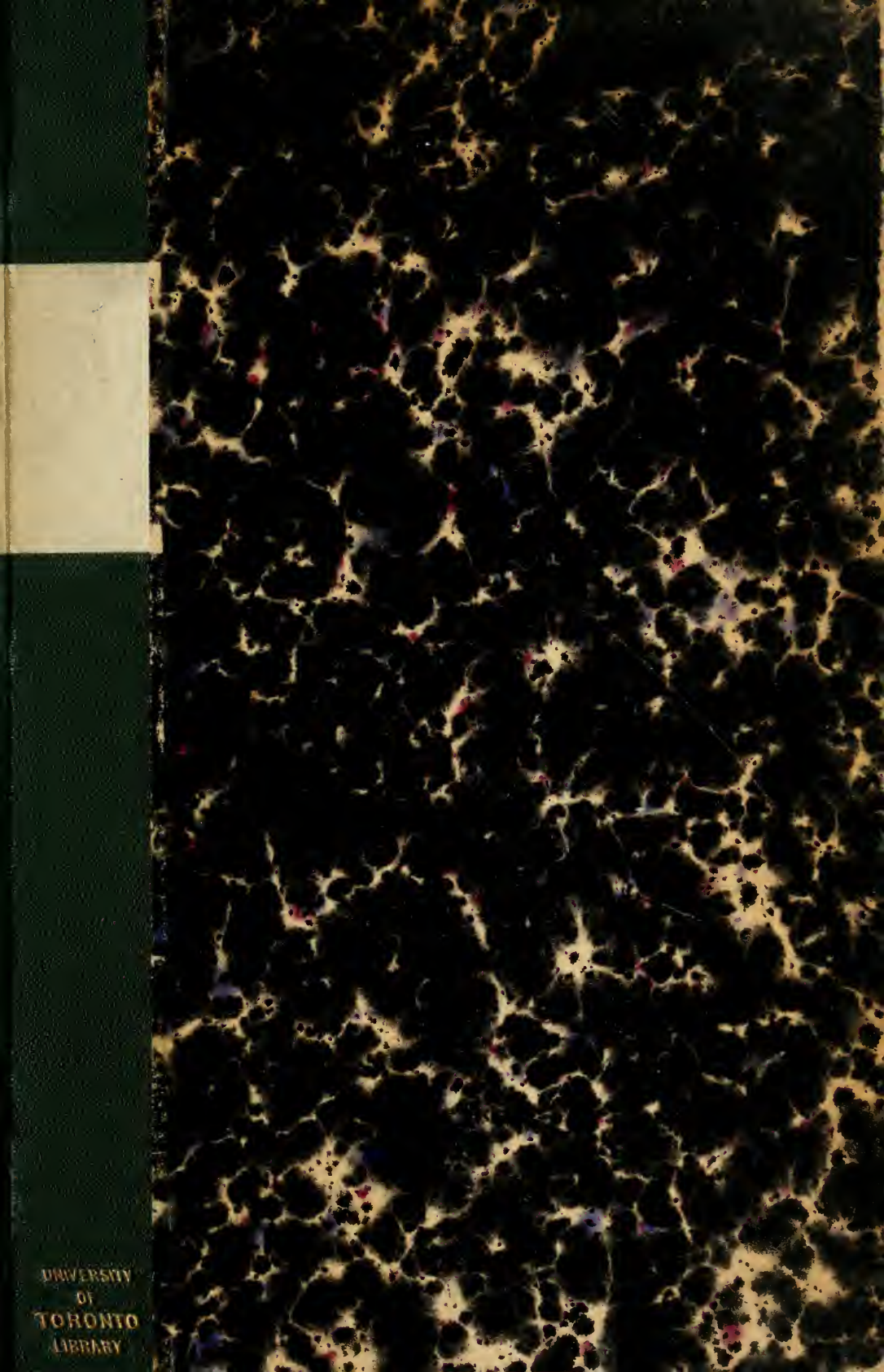

UNIVERSITY
OF
TORONTO
LIBRARY

Ec.H
P6267z

Der Zudrang

zu den

gelehrten Berufsarten,

seine Ursachen und etwaigen Heilmittel.

Zwei

vom Allgemeinen Deutschen Realschulmänner-Verein

preisgekrönte Arbeiten

von

Fr. Pietzker, Oberlehrer am Gymnasium zu Nordhausen.

und

P. Treutlein, Professor am Gymnasium zu Karlsruhe.

Mit 24 Figuren im Text.

27785
16/6/9

Braunschweig.

Verlag von Otto Salle.

1889.

Inhaltsverzeichnis.

I. Fr. Pietzker.

Seite

Einleitung 1

I. Allgemeine Gründe für die Überfüllung der gelehrten Fächer 2

II. Begünstigung der Überfüllung durch den herrschenden Schulzustand 8

III. Vorschläge zur Bekämpfung der Überfüllung durch eine geeignete Reform des Schulwesens 22

Schlußbetrachtung 36

II. P. Trentlein.

I. Stellung der Frage 43

II. Ursachen der Überfüllung 57

III. Mittel gegen die Überfüllung 129

I.

Motto: „Die rechten Schritte zur rechten Zeit."

Einleitung.

Einer Untersuchung über die Ueberfüllung der gelehrten Fächer und die zur Beseitigung dieser Ueberfüllung anzuwendenden Mittel wird zunächst eine Bestimmung der unter jenem Begriff zusammenzufassenden Berufsarten vorangehen müssen. Es dürfte keinem Widerspruch begegnen, wenn die Bezeichnung „gelehrt" nicht blos auf die der eigentlich wissenschaftlichen Forschung oder dem Lehramt gewidmeten Berufsstellungen, sondern auf alle die Fächer angewendet wird, deren Ergreifung eine durch die akademischen Fakultätsstudien zu erwerbende Vorbildung notwendig voraussetzt — eine gewisse Zuspitzung dieser Begriffsbestimmung wird sich im Laufe der nachstehenden Erörterungen von selbst ergeben.

Daß in den so bezeichneten Fächern eine Ueberfüllung wirklich vorhanden ist, kann als eine allgemein zugestandene, hier ohne Weiteres für wahr anzunehmende Thatsache gelten, ebenso wie es keinem Zweifel unterliegt, daß diese Ueberfüllung ein großes, Abhülfe dringend erheischendes Uebel bildet. Es liegt auch nahe, die Abhülfe da zu suchen, wo sie auf Grund der gegebenen Definition am ehesten zu erwarten ist, nämlich auf dem Gebiete des die unumgängliche Voraussetzung für die Zulassung zu den Universitätsstudien bildenden höheren Schulwesens.

Indessen wird eine nicht auf der Oberfläche verweilende Untersuchung der im Schulwesen zu dem gedachten Zwecke eventuell vorzunehmenden Reformen nicht übersehen dürfen, daß der zu verbessernde Zustand nichts willkürlich gemachtes, vielmehr selbst nur das Ergebnis gewisser natürlicher Faktoren ist, denen allerdings die eigentümliche Entwickelung unseres öffentlichen Lebens eine ganz spezielle Gestalt und Färbung gegeben hat. In diesen den Charakter unseres Staatslebens in eigenartiger Weise bedingenden Umständen liegt der Ursprung der bei uns herrschend gewordenen Schulzustände, freilich nicht ohne daß auch

umgekehrt wieder die Entwickelung unseres Schulwesens auf jene ihm zu Grunde liegenden Verhältnisse in deutlich erkennbarer Weise zurückgewirkt hätte. Auf der wechselseitigen Beeinflussung des in unserer Nation waltenden Geistes und der aus diesem Geiste geborenen, an der Weiterbildung und Wandlung desselben aber selbst auf das stärkste beteiligten Gestaltung unseres höheren Schulwesens beruht die eigentliche Schwierigkeit des vorliegenden Problems.

I.

Allgemeine Gründe für die Ueberfüllung der gelehrten Fächer.

Jedenfalls wird die Betrachtung von den natürlichen Faktoren der in Rede stehenden Erscheinung ihren Ausgang nehmen müssen, unter denen als der erste und ursprünglichste das dem Menschen innewohnende berechtigte Streben nach dem Höheren dem Blick sich aufdrängt. Allerdings geht dieses Streben in der überwiegenden Mehrzahl aller Fälle auf die Erlangung gewisser äußerer Vorzüge, was indessen um so weniger auffallend erscheinen kann, als ja die Möglichkeit dem etwa vorhandenen Drange nach innerer Erhebung zu entsprechen meist an das Vorhandensein solcher äußeren Bedingungen geknüpft ist.

Bei den in verhältnismäßig abhängiger und gedrückter Lage lebenden Inhabern der subalternen Beamtenposten wird immer der Wunsch lebendig sein, ihren Söhnen den Eintritt in die höheren Aemter zu verschaffen, deren Träger sie in soviel freierer und angesehenerer Stellung sich bewegen sehen. So werden stets eine große Menge von Elementarlehrern wünschen, ihre Söhne dem geistlichen oder dem akademisch gebildeten Lehrerstande zuzuführen, die Subalternbeamten der Justiz und Verwaltung ihren Söhnen das juristische Studium zu ermöglichen suchen, während kein Richter oder Gymnasiallehrer daran denkt, seinen Sohn Gerichtsschreiber oder Elementarlehrer werden zu lassen.

Es ist aber bemerkenswert, daß bei dem Zudrang zu den höheren Berufsstellungen einzelne derselben ganz unverkennbar bevorzugt werden, offenbar weil ihnen von der öffentlichen Meinung nun einmal eine höhere Bedeutung als anderen beigelegt wird. Man kann viel häufiger beobachten, daß die Söhne der Geistlichen, der Lehrer, der Aerzte, der höheren technischen Beamten die militärische oder juristische Karriere ergreifen, als daß Söhne von Offizieren, Richtern oder höheren Verwaltungsbeamten zu einem der obengenannten Berufe übergehen, ebenso schlagen die aus gewerblichen Kreisen herstammenden jungen Leute, welche sich dem öffent-

lichen Dienst widmen, fast regelmäßig die juristische oder militärische Laufbahn ein.

Der Grund ist auch ein deutlich erkennbarer: bei dem Berufe des Offiziers wie bei dem des juristisch gebildeten Staatsbeamten kommt die Staatsautorität zu ihrem reinsten, so zu sagen persönlichsten Ausdruck, bei beiden besteht die amtliche Thätigkeit in der Ausübung der Befehlsgewalt, welche ihnen einer Schaar von Untergebenen, ja ganzen Bevölkerungsteilen gegenüber von Staatswegen beigelegt ist.

Wie wichtig aber dies Moment ist, geht deutlich aus der Thatsache hervor, daß in Hinsicht des äußeren Ansehens, beziehungsweise des dieses Ansehen zum Ausdruck bringenden Ranges ja noch eine gewisse Eifersucht unter den bevorzugten Berufsklassen selbst bemerkt werden kann. So ist es nicht zu leugnen, daß die Civilbeamten vielfach den höheren Rang beneiden, mit welchem sie die Inhaber gewisser den ihrigen gleichwertiger militärischer Stellungen umkleidet sehen, über eine ähnliche Zurücksetzung beklagen sich vielfach die Mitglieder des Richterstandes gegenüber den höheren Verwaltungsbeamten, und in allen Behörden, wo höhere Techniker mit Beamten von juristischer Vorbildung zusammensitzen, findet sich ein unverkennbares Uebergewicht zu Gunsten der letzteren — alles Erscheinungen, die ihren letzten Grund darin haben, daß in der Amtsthätigkeit der hiebei bevorzugten Beamtenkategorie die Staatsautorität vergleichsweise schärfer und deutlicher zu Tage tritt.

Die eben besprochenen Verhältnisse lassen klar erkennen, wie das oben gedachte Streben nach dem Höheren in unserem Vaterlande eine ganz spezielle Form angenommen hat, durch welche sich zugleich die Notwendigkeit einer bestimmten Zuspitzung des vorgelegten Themas ergibt. In Wahrheit liegt die Sache so, daß nicht die Gelehrsamkeit an sich, sondern die im allgemeinen an die Voraussetzung der gelehrten Vorbildung geknüpfte höhere Amtsstellung in den Augen des Publikums vor der mit keiner staatlichen Funktion betrauten privaten Erwerbsthätigkeit als etwas besseres und erstrebenswerteres gilt: dem höheren Beamtentum, welches ja auch die in der Regel im Rahmen des öffentlichen Amtes ihren Beruf ausübenden Fachgelehrten umfaßt, gilt der unverhältnismäßige Zudrang. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß zu den an Ueberfüllung leidenden Berufen auch der des Offiziers gehören würde, wenn nicht die äußeren Umstände, unter denen der Eintritt in die militärische Laufbahn erfolgt, hier jede Ueberfüllung von vornherein ausschlössen.

Die Berechtigung der eben dargelegten Auffassung von dem eigentlichen Inhalt des zu besprechenden Themas findet eine Bestätigung durch die beiden nachstehend erwähnten Erscheinungen. Einmal zeigt sich bei allen den höheren Berufsarten, deren Angehörige nicht von vornherein

auf die staatliche Anstellung angewiesen sind, wie beispielsweise den Architekten und den Technikern aller Art, oder den Aerzten ein unverkennbares Streben nach dem Eintritt in den Staatsdienst. Der zweite, vielleicht noch auffallendere Beleg liegt in dem Werte, der auch da, wo von Ausübung staatsamtlicher Funktionen überhaupt nicht die Rede ist, auf den Schein der Einordnung in das Beamtentum gelegt wird. Es gibt ja wohl kaum etwas inhaltloseres, als den Titel eines Kommerzienrates für Kaufleute und Industrielle oder eines Kommissionsrates für größere Unternehmer — einen ähnlichen Anstoß kann man an den bisweilen an Aerzte und Rechtsanwälte verliehenen, sowie noch an manchen anderen Titeln nehmen. Gleichwohl ist es eine Thatsache, daß der Besitz solchen Titels in den einschlägigen Kreisen als ein sehr bemerkbarer Vorzug empfunden wird, der Besitzer desselben fühlt sich durch den damit ihm beigelegten Schein des Staatsbeamten über seine Berufsgenossen herausgehoben.

Wenn man nun nach den Gründen forscht, die diese so auffallende Wertschätzung der höheren Beamtenstellung verursachen, so drängen sich einige derselben ohne Weiteres auch der flüchtigsten Beobachtung auf. Einer dieser Gründe erhellt auf das Deutlichste aus dem Gewicht, welches — wie so eben erwähnt — in gewerblichen Kreisen auf den Besitz eines öffentlichen Titels gelegt wird. Die Bedeutung eines solchen Titels liegt ja ganz offenbar darin, daß durch denselben der an sich auf das private Interesse gerichteten Arbeit des Titelinhabers gewissermaßen eine über den ursprünglichen Zweck hinausreichende Gemeinnützigkeit bescheinigt wird. Und die Beziehung auf das öffentliche Wohl, welche der amtlichen Thätigkeit des Staatsdieners von vornherein wirklich oder anscheinend beiwohnt, macht ohne Frage einen der erheblichsten Gründe für die ehrenvolle Stellung des Beamtenstandes und namentlich des höheren Beamtenstandes in unserem Vaterlande aus. Eine Steigerung erfährt dieses Moment noch ganz natürlich durch den Umstand, daß die Befähigung zur Ausübung so wichtiger und nützlicher Thätigkeit an das Bestehen umfangreicher, jedenfalls mit dem Nimbus der Schwierigkeit umkleideter Prüfungen geknüpft ist.

Dazu kommt nun zweitens die Sicherheit, die das öffentliche Amt seinem Inhaber gewährt, das namentlich für den Familienvater beruhigende Bewußtsein, eine wenn auch bescheidene, so doch gegen die Wechselfälle des Geschickes verhältnismäßig geschützte Existenz zu besitzen — ein Moment, das durch die bei nicht wenigen Stelleninhabern und Stellenbewerbern zweifellos vorhandene Neigung zur Bequemlichkeit wohl häufig noch eine Unterstützung findet. Das Amt ist seinem Besitzer unverlierbar, soweit er sich nicht durch besonders grobe Verstöße unmöglich macht; die Art der Amtsführung ist im Allgemeinen nur für die Beförderung, nicht

für das Verbleiben im Amte von Bedeutung, ja eine im Laufe der Jahre sich regelmäßig einstellende Gehaltsaufbesserung ist dem eben nur notdürftig seine Schuldigkeit thuenden Beamten in vielen Dienstzweigen rechtlich zugesichert, für seine Hinterbliebenen wird im Falle seines Todes auf öffentliche Kosten gesorgt.

Der dem Beamten zustehende Bezug eines festen Gehalts sichert aber nicht allein seine Existenz, er verleiht ihm auch eine in den Augen sehr vieler feiner fühlender Personen höchst wertvolle Unabhängigkeit dem Publikum gegenüber, er ermöglicht eine von der fortwährenden Rücksicht auf den zu erhoffenden Gewinn freie Art der Berufsthätigkeit, er bietet einen verhältnismäßigen Schutz gegen die Versuchung, im Kampfe um das Dasein die auch vor unwürdigen Mitteln nicht zurückschreckende Jagd nach dem materiellen Vorteil mitzumachen. Manche Erfahrungen scheinen dafür zu sprechen, daß dieser Umstand namentlich dann besonders mitwirkt, wenn die Berufswahl unter dem Einflusse feingebildeter Frauen erfolgt.

So wenig man die Bedeutung der eben angeführten Faktoren unterschätzen darf, so läßt sich doch nicht leugnen, daß sie zur Erklärung des in unserem Vaterlande weit mehr als anderswo zu beobachtenden Zudranges zur Beamtenlaufbahn nicht ausreichen. Den vorstehend dargelegten Lichtseiten der öffentlichen Stellung stehen doch auch mannigfache — weiterhin noch näher anzugebende — Schattenseiten gegenüber; wenn die letzteren bei uns so wenig Beachtung finden, wenn man so häufig beobachten kann, wie die Söhne von größeren Kaufleuten und Industriellen in den civilen oder militärischen Staatsdienst eintreten, während die Ergreifung eines gewerblichen Berufes von Seiten der Söhne der Staatsbeamten und Offiziere so viel seltener vorkommt, dann kann man sich der Ueberzeugung nicht verschließen, daß hier gewisse in der eigentümlichen Entwickelung unseres Staatswesens begründete Umstände ihren Einfluß geltend machen. Und in der That sind es namentlich zwei Momente, durch welche die Wirkung der vorerwähnten, zu einem wesentlichen Teile der Beamtenstellung überhaupt zukommenden Vorzüge bei uns eine Verstärkung und zwar noch ganz speziell zu Gunsten des höheren, des gelehrten Beamtentums erfährt.

Das erste derselben ist die dem preußischen Staate eigentümliche, von ihm aus auf die öffentlichen Zustände in ganz Deutschland übertragene Durchdringung der Staatseinrichtungen mit einem gewissen militärischen Zuge. Nirgends sonst besteht eine so scharfe Sonderung der höheren und niederen Berufsstellungen als in Preußen, eine Sonderung die ja natürlich ihre ausgesprochenste Durchführung in dem schroffen Unterschied findet, welcher in der Armee zwischen dem Offizierstand und

den Mannschaften „vom Feldwebel abwärts“ gemacht wird. Wenngleich nicht in dieser Schärfe, so doch ganz unverkennbar zeigt sich in unserem Civilbeamtentum zwischen dem die höheren Stellen einnehmenden Civil-Offizier-Corps und den Subalternbeamten eine deutliche Unterscheidung, deren Anlehnung an die militärischen Verhältnisse augenscheinlich, im Uebrigen aber nicht weiter erstaunlich ist. Ganz erklärlicher Weise liegt über unserem Staate vermöge seiner allmählichen Entstehung durch die Wirksamkeit kraftvoller und kriegstüchtiger Fürsten ein stark militärischer Hauch, der insbesondere auch in der behördlichen Organisation von jeher seinen Ausdruck gefunden hat. Wurde ja doch unter Friedrich Wilhelm I. und seinem großen Sohne die Thätigkeit unserer heutigen Bezirksregierungen durch die ‚Kriegs- und Domänenkammern‘ wahrgenommen, liegt ja doch in der bewunderungswürdigen Verwaltungsmaschinerie, die alle Kräfte in gewissem Umfange schon im Frieden, in weit größerem in den Zeiten der Gefahr dem Zwecke der Landesverteidigung dienstbar zu machen gestattet, eine Hauptquelle unserer Kraft und Wehrfähigkeit.

Hinzu kommt nun, daß unser modernes aus mittelalterlichen Verhältnissen herausgewachsenes Staatswesen diesen Ursprung insofern nicht verleugnen kann, als in ihm Begriffe und Einrichtungen sich vorfinden, durch welche gewisse, in der ursprünglichen Form nicht mehr existenzfähige Faktoren des öffentlichen Lebens eine andere, den gegenwärtigen Zuständen angepaßte Gestalt erhalten haben. Dies gilt insbesondere von dem ehemals so bedeutsamen Unterschied der Stände, der ja in unserer die Gleichberechtigung aller Menschen statuirenden Zeit die alte kastenmäßige Form hat aufgeben müssen, aber dadurch keineswegs aus der Welt geschafft ist, sich vielmehr in veränderter Gestalt auch heute noch fortwährend geltend macht.

Durch den an die Seite des alten Feudaladels getretenen Stand der Ministerialen wurde allmählich der gegenwärtige Zustand vorbereitet, in welchem mehr und mehr die Bedeutung des in der Auflösung begriffenen Geburtsadels auf den Beamtenstand und namentlich den Offizierstand übergeht. Dabei kann der letztere bei seiner scharfen Trennung von dem gemeinen Mann in der Armee ganz unfraglich als der Nachfolger des vormaligen Ritterstandes betrachtet werden.

Wie sehr aber diese Auffassung den inneren Kern unserer staatlichen Entwickelung trifft, das zeigt sich ganz besonders an einer uns eigentümlichen und, wenn auch neuerdings von anderen Nationen uns nachgeahmten, so doch nirgends so ausgeprägt und charakteristisch auftretenden Institution, nämlich dem Reserveoffiziertum. Wir haben uns beinahe gewöhnt, die Qualifikation zum Reserve-Offizier als den Maßstab der Gesellschaftsfähigkeit aufzufassen, und dabei ist es von Interesse, die Bevöl-

kerungsschichten zu beachten, aus denen der genannte Stand sich vorzugsweise ergänzt. Wenn man sieht, wie die überwiegende Mehrzahl der Offiziere des Beurlaubtenstandes einerseits dem Stande der größeren Grundbesitzer, andererseits dem höheren Beamtenstande angehört, während für den Kaufmann und den Gewerbetreibenden die Erlangung dieser Würde jedenfalls viel schwieriger ist, so kann man sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß in die Gestaltung dieses nicht unwichtigen Faktors unseres öffentlichen Lebens die Spuren der alten Vorzugsstellung des Adels hineinreichen, deren Erben jene beiden privilegirten Stände mehr und mehr geworden sind.

Das zweite der oben erwähnten in der speziellen Entwickelung des preußischen Staates begründeten Momente ist die Rolle, die in demselben von langer Zeit her das Schulwesen gespielt hat. Es ist ja eben auch nur ein Symptom der bei uns herrschenden Durchdringung aller Verhältnisse des öffentlichen Lebens mit der Staatsidee, daß die Schule seit Generationen als ein dem Staate zufallendes, mindestens notwendig der staatlichen Aufsicht bedürfendes Gebiet betrachtet worden ist. Allerdings sind ja unsere höheren Schulen nicht ursprünglich als Staatsschulen gegründet worden, sie sind herausgewachsen aus den Klosterschulen des Mittelalters, aber der Zuschnitt dieser Schulen kam der Idee der Staatsschule entgegen. Und diese Idee ist unzweifelhaft neben der allgemeinen Wehrpflicht eine der Grundsäulen unserer öffentlichen Einrichtungen, einer der Faktoren unserer allmählich emporgewachsenen äußeren Macht, wie sie auch jetzt noch in unbestreitbarer Weise dazu beiträgt, unserem nationalen Leben sein eigentümliches Gepräge zu verleihen.

Dabei beruht — wie man sich nicht gut verhehlen kann — der Gedanke der Staatsschule nicht sowohl auf der idealistischen Absicht, das Bildungsniveau der Bevölkerung zu heben, als auf der ganz nüchtern praktischen Erwägung, daß zu der im Staatsinteresse notwendigen Anspannung aller dem Staate zu Gebote stehenden Kräfte auch die geistige und disziplinarische Schulung durch die öffentliche Lehranstalt eines der wichtigsten Hülfsmittel sei. Und wie sehr auch in der Gegenwart der eigenartige, oben skizzierte Charakter unseres Staatswesens sich auf dem Gebiete der Schule geltend macht, das wird wohl durch nichts deutlicher illustriert, als durch die Rolle, die in der gesetzlichen Gestaltung, wie in der Praxis des Unterrichts die Frage nach der Erlangung des Rechtes zu der verkürzten Militärpflicht spielt. Es liegt eine nicht zu widerlegende Wahrheit in der Bezeichnung unseres Vaterlandes als eines Landes der Schulen und Kasernen.

Wie aber schon im Eingange dieser Schrift angedeutet worden ist, hat unser Schulwesen nicht nur von dem geschichtlich gewordenen Charakter

des preußischen Staates sein Gepräge empfangen, es hat auch umgekehrt auf die Entwickelung dieses Charakters einen höchst bedeutsamen Einfluß ausgeübt. Unsere höhere Schule war ihrer historischen Entfaltung nach im Wesentlichen eine auf die Heranbildung von Beamten zugeschnittene Anstalt, sie war es, mußte und sollte es sein, weil der Geist des Staatswesens es so forderte, aber der Umstand, daß der Durchgang durch diese Schule vermöge der bestehenden Einrichtungen einem jeden nach höherer Bildung verlangenden jungen Manne direkt oder indirekt aufgezwungen wurde, dieser Umstand wirkte zurück auf die Steigerung des unser ganzes öffentliches Leben durchdringenden bureaukratischen Geistes, dem dadurch zugleich eine, für unsere Verhältnisse auch außerordentlich charakteristische, schulmäßig doktrinäre Färbung gegeben worden ist.

Aus dieser Wechselwirkung zwischen dem herrschenden Nationalgeist und dem öffentlichen Schulwesen ergibt sich denn auch, daß in der Betrachtung der Rolle, die das letztere in unserem Vaterlande spielt, bei weitem der Schwerpunkt der ganzen hier anzustellenden Untersuchung liegt. Alle die vorhergenannten, an der Entwickelung dieses Geistes beteiligten Faktoren sind verhältnismäßig wenig faßbar, bei keinem von ihnen handelt es sich um gesetzlich oder verordnungsmäßig fest bestimmte und demgemäß der Abänderung durch Gesetze und Verordnungen fähige Einrichtungen, vielmehr stößt man überall nur auf die Wirksamkeit der einmal herrschend gewordenen Tradition. Die Schule allein ist es, bei der der Einfluß einer planmäßig in bestimmtem Sinne gestalteten Ordnung sich verfolgen und feststellen läßt — wenn irgendwo, so muß hier der Hebel angesetzt werden, um den unverhältnismäßig stark der Ergreifung der gelehrten Berufe zugeneigten Sinn des Volkes in andere Richtung zu lenken. Die Art, in welcher die höhere Lehranstalt ihre Wirkung auf den Geist ihrer Zöglinge geltend macht, ist demnach im Folgenden einer eingehenden Erörterung zu unterziehen.

II.

Begünstigung der Ueberfüllung durch den herrschenden Schulzustand.

Will man die Arbeit, wie sie in der Hauptsache auf unseren höheren Schulen geübt und geleistet wird, mit einem Worte charakterisieren, so muß man sie als Schreibtisch-Arbeit bezeichnen. Es wird gelesen, das Gelesene zergliedert und zum Anlaß oder Gegenstand eigener zusammenhängender Auseinandersetzung gemacht. Gerade hierin ist zum wesentlichen Teile der Charakter unserer Schule als einer Vorbildungsanstalt

für den gelehrten Beamtenstand begründet, läuft ja doch auch die Thätigkeit dieses Standes im Allgemeinen auf das Lesen von Verfügungen und Berichten und die daran anschließende Abfassung von neuen Berichten und Verfügungen hinaus. Dabei soll keineswegs verkannt werden, wie diese Thätigkeit vielfach einen großen Aufwand von Scharfsinn, Ueberlegung und Umsicht, ja auch von Geist erfordert — Eigenschaften, zu deren Bethätigung auch die vorbildende Schularbeit mannigfach Raum gibt. Aber es läßt sich ebensowenig leugnen, daß diese Schreibtischarbeit auf der Schule, wie in der späteren Amtsthätigkeit die Gefahr der Versuchung in sich trägt, die innere Hohlheit und Dürftigkeit durch einen den Schein der Sachlichkeit wahrenden Wortschwall ersetzen zu wollen.

Und selbst da, wo dieser Vorwurf nicht zutrifft, muß man doch sagen, daß die auf der Schule erworbene Gewandtheit in der Auffassung, wie in der Darstellung des Aufgefaßten eine recht einseitige, gerade in den durch das Leben an die Hand gegebenen Fällen häufig versagende ist. Die Dinge, um die es sich in der Schule, wie im Berufsleben des Beamten handelt, sind dort fast immer, hier bei der Mehrzahl der zu lösenden Aufgaben schon einigermaßen für die Auffassung vorbereitet, geordnet, logisch gegliedert, man sieht sich einer klar bestimmten Situation gegenüber, in welcher die zu wandelnden Wege in der Hauptsache gewiesen sind.

Aber der Stoff, den das Leben bietet, ist selten von vornherein so bequem geordnet, und soweit in den einzelnen praktischen Berufszweigen, denen sich der der Schule entwachsene Jüngling zuwendet, eine derartige Ordnung besteht, so ist sie meist von der aus dem Schulleben her gewohnten grundverschieden, infolgedessen die aus diesem geläufig gewordenen Grundsätze und Verhaltungsmaßregeln ihre Kraft verlieren.

Auch handelt es sich im praktischen Berufsleben nur selten um eine nachträgliche klare schriftliche Beleuchtung, zu der man eine entsprechend bemessene Zeit in der störungsfreien Ruhe des Bureaus oder der Studierstube verwenden kann. Vielmehr wird dort ein rascher Blick, eine schnelle Auffassung konkreter Verhältnisse und ein dieser Auffassung möglichst auf dem Fuße folgender Entschluß erfordert, dessen etwaige Verkehrtheit sich vielfach unmittelbar nachher von selber rächt. Für alle diese Anforderungen thut unsere moderne höhere Schule so gut wie gar nichts, die Verhältnisse des praktischen Lebens finden kaum hie und da im Unterricht eine flüchtige Erwähnung, die Gewöhnung an die rasche und sichere Erfassung der vor den Augen sich abspielenden Vorgänge wird versäumt über dem eingehenden und gründlichen Bücherstudium.

Als eine Beamtenschule kennzeichnet sich unsere höhere Lehranstalt auch eben durch die im Vorstehenden skizzierte Pflege des Doktrinarismus,

der ohnehin ein nicht zu verkennender Zug in unserem Nationalcharakter ist. Wir Deutsche haben nun einmal die Neigung, der Erreichung des praktisch greifbaren Resultates die theoretische Beleuchtung vorzuziehen, in der amtlichen Thätigkeit wie im Privatleben blüht bei uns die Theorie, die Gewohnheit nicht sowohl selbst etwas zu machen, als theoretisch auseinanderzusetzen wie es zu machen ist, ein System zu konstruieren, eine Doktrin zu begründen — und uns andererseits fast mehr noch, als für die Thaten für die Schilderung dieser Thaten in Geschichte und Poesie zu begeistern.

Dieser durch den Unterrichtsbetrieb auf unseren höheren Schulen begünstigte Doktrinarismus tritt natürlich am meisten bei den Inhabern der lehramtlichen Stellungen zu Tage. Die gewaltige Ueberfüllung dieser Berufszweige ist ja unleugbar, und ebenso unleugbar ist es, daß sich zum Lehrfach wie zu der berufsmäßigen wissenschaftlichen Forschung eine Menge von Personen drängen, deren Thätigkeit als eine besonders ersprießliche und nützliche nicht erachtet werden kann. Aber diese Thätigkeit ist von vornherein mit einem Schein des Idealismus umkleidet, von dem auch alle die profitieren, denen der innere Beruf abgeht, die nur ihren angeborenen und durch die Erziehung und Schulbildung gesteigerten Hang zum Theoretisieren als Lehrer oder angebliche wissenschaftliche Forscher in zwar sachlich öder, anscheinend aber die menschliche Erkenntnis oder wenigstens das Wissen ihrer Schüler fördernder Verarbeitung von allerlei unfruchtbaren Einzelheiten zu befriedigen suchen.

Wenn auch nicht so ausgesprochen, wie im Lehramt oder der eigentlich gelehrten Forschung bietet doch jede Beamtenstellung ihrem Inhaber eine weit größere Freiheit des doktrinären Theoretisierens als irgend ein praktischer Beruf. Denn einmal äußert sich die dienstliche Thätigkeit des höheren Beamten doch wesentlich im Erkennen, Verfügen, Referieren, kurz in der Anfertigung von Schriftsätzen, die logisch begründet und systematisch zusammenhängend sein sollen und darum die Gefahr des übertriebenen Systematisierens, der Anwendung einer künstlich zurechtgemachten Doktrin, ja der Bevorzugung des dialektischen Scheines vor der sachlichen Logik schon von vornherein mit sich bringen. Andererseits ist der Beamte, der nur ein Glied in einer großen Maschinerie ist, in der glücklichen Lage, sich der Neigung zum Theoretisieren verhältnismäßig gefahrlos hingeben zu können, weil er sie — um es grob auszudrücken — nicht auf seine Kosten übt. Jeder praktische Beruf trägt gegen das Ueberwuchern des Doktrinarismus durch die mit solcher Ueberwucherung verbundene Gefahr für die Existenz sein Korrektiv in sich, der Beamte kann sich den Luxus erlauben, dieser nationalen Schwäche bis zu einem gewissen Grade nachzuhängen.

Durch die Pflege dieses nachher in so bestechender Hülle, in dem Amte als Lehrer und Bildner, Richter oder Leiter des Volkes auftretenden Doktrinarismus begünstigt die höhere Schule den Zudrang zu dem gelehrten Beamtenstande in hohem Grade.

Den stärksten Anteil an dem doktrinären Zuge in unserer Schulbildung hat das außerordentliche Vorwiegen der sprachlichen Unterrichtsfächer, wie es in ausgesprochenem Maße im gymnasialen Lehrplan, weniger auffallend, aber doch noch recht merklich im Lehrplan des Realgymnasiums zu Tage tritt. Dabei kommt für das Gymnasium noch der Umstand in's Spiel, daß der in dem größten Teile der sprachlichen Lehrstunden verarbeitete Sachstoff mit dem wirklichen Leben der Gegenwart, der ganzen Umgebung des Schülers zu wenig Berührungspunkte besitzt, um für die blos formelle, dialektische Behandlung des Unterrichts ein genügendes Gegengewicht zu bilden.

Es sind aber nicht die sprachlichen Lehrfächer allein, durch welche auf unseren gelehrten Schulen die doktrinäre Schreibtischbildung begünstigt wird, mehr oder weniger gilt der gleiche Vorwurf auch allen anderen Unterrichtszweigen. Nicht blos daß der im Geschichtsunterricht gebotene, thatsächlich sich auf die politische Geschichte beschränkende Lehrstoff für die direkte Verwendung im praktischen Tagesleben des späteren Berufes bedeutungslos ist, auch in den exakten Fächern findet die bis zu einem gewissen Grade an sich mögliche Ausbildung des praktischen Verstandes meistens nicht ihr genügendes Recht. Die notorisch völlig unzulänglichen Leistungen der Gymnasien in zwei so nützlichen Fertigkeiten, wie dem Zeichnen und dem Rechnen mögen dabei nur kurz erwähnt sein.

Speziell im mathematischen Unterricht, der vermöge der konkreten Natur der seiner Behandlung zugänglichen Gegenstände die Einseitigkeit der sprachlichen Disziplinen einigermaßen ausgleichen könnte, spielt die Anwendung der erworbenen Kenntnisse auf die realen Verhältnisse — zum großen Teile in Folge des diesem Unterricht durch die herrschenden Bestimmungen erteilten Zuschnittes — eine viel zu geringe Rolle. Die unterrichtliche Behandlung der eigentlichen Naturwissenschaften endlich ist von dem unserer Jugendbildung aufgeprägten Charakter ebenfalls vielfach soweit beeinflußt, daß es bei ihr in praxi weit weniger auf die selbständige Erfassung, als auf die geläufige nachträgliche Darstellung des im Unterricht den Schülern vom Lehrer mitgeteilten Wissens ankommt. Einen ganz unverkennbaren Anteil an der Begünstigung dieser zweckwidrigen Richtung im Betriebe der exaktwissenschaftlichen Fächer hat die Praxis, die leitenden Stellen im Schulfach vorzugsweise, bei den Gymnasien fast ausschließlich mit Männern von historisch-philologischer Universitätsbildung zu besetzen.

Die bestechende Firma, unter der die herrschende Art des Lehrbetriebs in unserem Vaterlande blüht, ist die angebliche Pflege der Wissenschaftlichkeit, einer Wissenschaftlichkeit, die von dem philologischen, unserem höheren Unterricht eigentümlichen Zuge noch eine besondere Färbung bekommt. Es ist eine außerordentlich häufig zu beobachtende Thatsache, daß in den Augen sehr vieler Personen die wissenschaftliche Behandlung einer Frage damit anhebt, alle über diese Frage irgendwie und irgendwo gethanen Aeußerungen sorgfältig zusammenzutragen, es ist ebensowenig zu bestreiten, daß mit dieser Registrierung der fremden Urteile die wissenschaftliche Behandlung in vielen Fällen auch ihr Ende findet — natürlich, die eigene Urteilsfähigkeit wird unter dem gelehrten Ballast nicht selten geradezu erstickt.

Auch abgesehen davon muß man sagen, daß die Pflege der Wissenschaftlichkeit in unserem höheren Unterricht zu einem außerordentlich großen Teile nur als eine scheinbare bezeichnet werden kann. Von einem wirklich wissenschaftlichen Charakter desselben kann wegen der Art der Schülermehrzahl, teilweise auch wegen zu unzureichender geistiger Höhe bei manchen der unterrichtenden Lehrer nicht wohl die Rede sein. Aber der Schein der Wissenschaftlichkeit wird allerdings nach Möglichkeit aufrecht erhalten, freilich nur durch übertriebene Betonung des Moments, in welchem untergeordnete Geister nun einmal den Kern der Wissenschaft fälschlich zu suchen pflegen, nämlich der möglichst unanfechtbaren systematischen Vollständigkeit und der in's Kleinliche ausartenden Gründlichkeit, mit einem Worte: durch Verwechselung von Wissenschaft und Gelehrsamkeit.

Dieses Streben nach Vollständigkeit und Gründlichkeit gibt dem ganzen Lehrplan von unten herauf sein Gepräge und zwar in den meisten und wichtigsten Fächern in ganz ausgesprochener Weise. Insbesondere wird auf dem Gebiete des sprachlichen Unterrichts statt auf die Befähigung zum instinktiv richtigen Gebrauch der Sprache auf die Erlangung einer möglichst sicheren und eingehenden Kenntnis von dem grammatischen Bau derselben hingearbeitet, das Resultat ist bei der überwiegenden Mehrzahl der Schüler natürlich nur ein meist schwerfälliges und unbehülfliches Hantieren mit den grammatischen Regeln. In der Mathematik wird auf eine für sehr viele Schüler geradezu unverständliche Schärfe und Genauigkeit der formellen Beweise ein pädagogisch in keiner Weise zu rechtfertigender Wert gelegt: statt der schnellen und richtigen, die erworbenen Kenntnisse mit Sicherheit anwendenden Auffassung der den räumlichen und zeitlichen Erscheinungen beiwohnenden Maßverhältnisse wird dabei vielfach nur eine gedächtnismäßige Aufnahme des Textes innerlich nicht völlig begriffener Sätze erzielt.

Gewiß liegt es im Begriff der wissenschaftlichen Behandlung, die Dinge nicht in ihrer Vereinzelung, sondern in ihrem inneren Zusammenhange zu betrachten, und eine solche Betrachtung ergibt an sich zweifellos eine wesentliche und für das tiefere Verständnis unentbehrliche Erweiterung des Gesichtskreises. Indessen tritt diese Wirkung doch nur bei solchen Menschen zu Tage, die den inneren Zusammenhang der Erscheinungen selbst aufzufinden oder wenigstens klar zu übersehen im Stande sind, und selbst da ist die Gefahr nicht abzuweisen, daß die freie, auch wieder der einzelnen Erscheinung ihr Recht gebende Auffassung durch die Gewohnheit der Aufsuchung des Zusammenhanges mit anderen Erscheinungen zu kurz kommt.

Ganz besonders aber macht sich diese Gefahr bei denen geltend, für die der Zusammenhang der Dinge überhaupt nicht eine zum inneren Besitz gewordene Erkenntnis, sondern ein lediglich äußerlich angelerntes Wissen, die wissenschaftliche Systematik eine ohne ordentliches Verständnis mechanisch gehandhabte Form ist. Bei solchen Personen läuft die ganze Wirkung der gelehrten Schulbildung darauf hinaus, ihnen die ursprüngliche Frische und Unbefangenheit der Auffassung zu rauben, ohne ihnen für diesen Verlust einen auch nur gleichwertigen Ersatz zu geben, d. h., um einen scharfen, aber nicht unberechtigten Ausdruck zu gebrauchen, sie erlangen einen fragwürdigen Schein von Gelehrsamkeit auf Kosten des gesunden Menschenverstandes.

So stellt sich unsere höhere Schule als eine Anstalt dar, die eine einseitige, überhaupt nur für einzelne Stände wirklich verwendbare und selbst für diese Stände durch ihren Doktrinarismus nicht ganz unbedenkliche Bildung gewährt. Und diese Einseitigkeit unseres höheren Schulwesens potenziert sich ganz naturgemäß von Tage zu Tage — denn es ist ja durchaus nur erklärlich, daß aus den Schülern, die dem von der Schule geübten Einflusse die größte Empfänglichkeit entgegenbringen, die überwiegende Mehrzahl der künftigen Lehrer hervorgeht, die nun die ihrer eigenen Ausbildung anhaftende Einseitigkeit in verstärktem Maße auf die von ihnen zu unterrichtende Jugend übertragen.

Nun könnte man ja einwenden, daß die in den vorstehenden Ausführungen als ein Mangel gekennzeichnete Nichtberücksichtigung der praktischen Seite der Jugendbildung der Schule nicht zum Vorwurf gereiche, weil die praktische Bildung gar nicht Sache des Unterrichts sei, sondern der anderen durch die Schule keineswegs überflüssig gemachten Erziehungsfaktoren. Dieser Einwand wird auch zu Gunsten unserer gegenwärtigen Schulverhältnisse vielfach thatsächlich erhoben. Unter Hinweis auf eine Zahl von tüchtigen Männern, die — aus unseren höheren Schulen hervorgegangen — auf den verschiedensten Gebieten des praktischen Lebens

selbst Hervorragendes geleistet haben, wird die Behauptung aufgestellt, daß an diesen Leistungen die herrschende höhere Schulbildung insofern beteiligt sei, als sie jene Männer durch den ihnen erteilten Unterricht befähigt habe, die ihnen von anderer Seite entgegengetretenen Aufgaben mit tieferem Verständnis und demgemäß auch mit größerem Erfolge anzugreifen. Die Schule solle ja nicht Fachschule, sondern allgemeine Bildungsanstalt sein, deren Aufgabe die Schärfung und Erhöhung des geistigen Vermögens bilde. So sei es denn eine Erfahrungsthatsache, daß vom Gymnasium abgegangene Schüler in einer ihnen anfänglich fremden praktischen Thätigkeit schließlich in der Regel mehr leisteten, als andere junge Leute.

Soweit diese Einwendungen überhaupt auf thatsächlicher Grundlage beruhen, wird bei ihnen vorausgesetzt, daß die von der Schule erteilte Bildung durch einen im Leben und dessen praktischen Verhältnissen wurzelnden Einfluß auch wirklich eine Ergänzung ihrer Einseitigkeit findet. Diese Voraussetzung ist aber bei einer großen Menge von Zöglingen unserer höheren Lehranstalten, nämlich bei den Beamtensöhnen im allgemeinen nicht zutreffend: die denselben aus ihren häuslichen Verhältnissen erwachsende Bildung, bildet — von einzelnen Ausnahmen, die die Regel nicht umstoßen, abgesehen — nicht eine Ergänzung, sondern eine Verstärkung des von der Schule auf sie geübten Einflusses. Die Wirkung noch anderweitiger Einflüsse wird aber durch den Umfang der Zeit, innerhalb deren die Schule ihre Zöglinge in Anspruch nimmt, auf ein Minimum reduziert und bleibt in der Hauptsache jedenfalls dem Zufall überlassen.

So ist es denn nur natürlich, daß, wie schon oben hervorgehoben, von Beamtensöhnen in der Regel eine andere Laufbahn als die des Beamten oder Offiziers von vornherein gar nicht in's Auge gefaßt wird, denn ihre ganze Erziehung ist darauf zugeschnitten. Und wenn die Begünstigung des Eintritts in die öffentlichen Dienststellungen sich hierauf beschränkte, wenn die Wirkung der höheren Lehranstalt sich darin erschöpfte, den Söhnen des gelehrten Beamtenstandes die Ergreifung des Berufes ihrer Väter in der Weise nahe zu legen, wie es thatsächlich geschieht, so würde allein in der darin liegenden Gefahr der Entstehung einer besonderen Beamtenkaste ein großes, im sozialpolitischen Interesse dringend Abhülfe heischendes Uebel erblickt werden müssen. In Wahrheit aber reicht der den Zudrang zur Beamtenkarriere begünstigende Einfluß der höheren Lehranstalt viel weiter. Durch die an den Besuch derselben geknüpften Berechtigungen, insbesondere das von ihr verliehene so wesentliche Recht der einjährigen Militärdienstzeit wird der Kreis, aus dem sich die Zöglinge der höheren Schulen ergänzen, ganz ungemein erweitert und

damit dem gelehrten Unterricht eine Fülle von Schülern zugeführt, von denen erfahrungsmäßiger und begreiflicher Weise ein großer Teil diesem Unterricht weder Anlage noch Neigung entgegenbringt. Und daß von diesen jungen Leuten, denen nach ihrer Geistesrichtung wie nach den ihnen von Hause aus geläufigen Anschauungen die Ergreifung irgend eines praktischen Berufes nahe liegen würde, eine ganze ansehnliche Zahl unter die Aspiranten für die gelehrten Fächer übertritt, ist höchst bemerkenswert, wenn auch weiter nicht erstaunlich.

Der Zwiespalt zwischen der persönlichen Beanlagung und der Art der von der Schule verlangten Arbeit kann natürlich bei den mittelmäßig oder gering befähigten Köpfen nicht ohne die Folge bleiben, daß die Schulanforderungen nur sehr mangelhaft erfüllt werden. Infolgedessen durchlaufen solche Schüler die Klassen der höheren Lehranstalt nicht in der normalen Zeit und sind, wenn sie das zunächst erstrebte Ziel, die Berechtigung zum einjährigen Heeresdienst erlangt haben, in vielen Fällen zu alt, um in irgend einem praktischen Berufe die für denselben nun einmal erforderliche technische Lehrzeit zu absolvieren. Sie sind ja jedem Lehrer zur Genüge bekannt, diese aus Verlegenheit über die Berufswahl, aus Gewohnheit auf der Schule verbleibenden Ersitzer des Reifezeugnisses, unglückliche Menschen ohne ein vernünftiges Lebensziel, bei denen die ihnen innerlich fremd gebliebene gelehrte Bildung als Hauptwirkung nur eine unberechtigte Geringschätzung der praktischen, namentlich der mit der Hand ausgeübten Thätigkeit erzeugt hat.

Die dominierende Stellung der sprachlichen Fächer im höheren Unterricht, wie der Vertreter dieser Fächer in der Schulhierarchie, die unter dem Einfluß dieser Faktoren gezeitigte Begünstigung eines gewissen philologischen Zuges auch in der Behandlung der exakten Disziplinen, die Zurücksetzung, ja fast vollständige Vernachlässigung der auf der Handgeschicklichkeit beruhenden Fertigkeiten, der über diesem ganzen Lehrbetrieb anscheinend liegende Hauch der Wissenschaftlichkeit — alles das wirkt zusammen in dem jugendlichen Geiste die Anschauung zu erzeugen, daß die am Schreibtisch geleistete, im Zergliedern vorgelegter, Verfassen neuer Schriftsätze bestehende Arbeit den Höhepunkt menschlichen Thuns bilde, dem gegenüber alle andere Thätigkeit untergeordnet, des auf der Spitze seiner Ausbildung angelangten Geistes weniger würdig sei.

Man wird vielleicht nicht fehl gehen, wenn man ein Symptom dieser die Feder-Arbeit überschätzenden Anschauung auch in dem Umstande erblickt, daß von den wirklich in das praktische Leben übertretenden jungen Leuten die Mehrzahl nicht einen der direkt produzierenden Berufe, sondern eine kaufmännische Stellung wählt. Auch hier wird ja verhältnismäßig mehr mit Tinte und Papier gearbeitet, und es steht eben alle Welt nur

zu sehr im Banne des Wahnes, daß die schreibende Thätigkeit vor der den Stoff mit der Hand umbildenden Arbeit die höhere Stufe einnehme.

Die bedeutsamste Frucht der Pflege der Schreibtischarbeit in unserem höheren Unterricht bleibt indessen die dadurch bewirkte Verstärkung der Neigung zum Eintritt in den gelehrten Beamtenstand, eine Erscheinung, die durch nichts deutlicher illustriert wird, als durch die Entwickelung, welche das Realschulwesen genommen hat.

Daß die für die Fachgelehrten und die oberen Staatsbeamten bestimmte Schulbildung für viele Zweige des gewerblichen Berufslebens ungeeignet sei, hatten einsichtige Männer ja schon vor Jahrzehnten erkannt, und, um dem mehr und mehr sich geltend machenden Bedürfnis des aufstrebenden Bürgerstandes gerecht zu werden, die Gründung von geeigneten Anstalten, Realschulen und höheren Bürgerschulen, angeregt und in's Werk gesetzt. Es ist lehrreich zu sehen, wie diese Anstalten, die vermöge der bei ihrer Errichtung waltend gewesenen Tendenz einen ausgesprochenen Gegensatz gegen die Beamtenschule bildeten, durch die Macht der Verhältnisse genötigt worden sind, mehr und mehr von den Eigentümlichkeiten der Beamtenschule in sich aufzunehmen, weil sie ohne dies nicht lebensfähig waren. Gerade die besten Kreise trugen Bedenken, ihre Söhne einer Schule anzuvertrauen, deren Besuch ihnen den Zugang zu den einmal in der allgemeinen Meinung den höchsten Rang einnehmenden Berufsarten verschloß. Und selbst jetzt, wo dem reorganisierten Realgymnasium wenigstens auf einigen Gebieten die freie Konkurrenz mit dem humanistischen Gymnasium eröffnet ist, steht wegen der geringeren an das Reifezeugnis der ersteren Anstalt geknüpften Berechtigungen das Schülermaterial derselben auf einer merklich tieferen Stufe als das der letzteren. Bis in die untersten Schichten der Bevölkerung besteht eine unverkennbare Höherschätzung der gymnasialen Bildung: wenn in den Kreisen der kleinen Leute, wo zweifellos die Wahl der Schulgattung nicht nach inneren, sondern nach äußeren Momenten getroffen wird, ein Knabe für besonders klug gilt, wird er fast jedesmal dem Gymnasium zugeführt. Und es ist unzweifelhaft berechtigt, wenn die Vertreter der Realschulansprüche jeden für ihre Anstalten nachteiligen Vergleich mit dem Hinweis auf das soviel ungünstigere Schülermaterial derselben von vornherein abweisen.

Hier zeigt sich ein neues Moment, das an sich allein schon für die hier erörterte Frage vom allergrößten Belange ist. Die so eben gegebene Darlegung gewisser Verhältnisse, unter denen das Realschulwesen leidet, läßt eine der wichtigsten Wirkungen des unserem höheren Schulwesen eigenen Zuschnittes besonders scharf hervortreten, die nämlich, daß gerade die besten und intelligentesten Köpfe in der Mehrzahl dem bürgerlichen

Leben verloren gehen und dadurch sowohl hinsichtlich der äußeren Vertretung als der inneren Entfaltung das Niveau der erwerbenden Berufsarten unter das ihm zukommende Maß herabgedrückt wird.

Wie verhängnisvoll diese Thatsache sich für den nationalen Wohlstand erweist, wie sie unserem Volke das Bestehen der internationalen Concurrenz auf dem Gebiete des Handels und der Industrie erschwert, liegt auf der Hand und kann an dieser Stelle unerörtert bleiben. Hier soll im Zusammenhange mit dem vorgelegten Thema besonders darauf hingewiesen werden, wie die eben genannte Wirkung des unserem höheren Schulwesen eigenen Zuschnittes sich durch sich selbst fortwährend steigert.

Die Ungleichheit, welche hinsichtlich des allgemeinen geistigen Standpunktes zwischen den Aspiranten für den gelehrten öffentlichen Dienst und den in das praktische Erwerbsleben übertretenden jungen Leuten im großen und ganzen besteht, kann natürlich nicht ohne erkennbare äußere Folgen bleiben. In der That findet sich zwischen beiden Berufsklassen in dem ganzen äußeren Auftreten, namentlich in der Art und dem Stoffe der Unterhaltung ein deutlicher Unterschied, dergestalt daß man ein Mitglied des gelehrten Beamtenstandes in der Regel an der in Rede und Gebahrung sich kundgebenden feineren Bildung erkennt.

Allerdings ist die in dieser Beobachtung wurzelnde Höherschätzung des letzteren Standes insofern eine einseitige, als es sich bei dem eben erwähnten Bildungsunterschied doch im allgemeinen nur um eine einzelne, die litterarisch-ästhetische Seite der Bildung handelt. Aber die Pflege, welche in unserem gelehrten Unterricht der Sinn und das Verständnis für alle in der Kunst der Wortfügung gipfelnde Geistesthätigkeit findet, bringt es eben mit sich, daß wir allzuleicht die ästhetisch-litterarische Bildung mit der Bildung überhaupt verwechseln. Der Verfasser dieser Schrift, der wohl kaum noch hervorzuheben braucht, daß er diese Auffassung an sich für unberechtigt hält, kann doch nicht leugnen, daß er bis zu einem gewissen Grade unter dem Banne derselben steht und von ihr bei der Wahl seines Umganges in einer für ihn selbst fühlbaren Weise beeinflußt wird. So findet er es denn auch völlig begreiflich, daß die dem gelehrten Beamtenstande thatsächlich eigene feinere litterarische Bildung von den Angehörigen dieses Standes als ein sehr bemerkbarer Vorzug empfunden wird und damit einen neuen Antrieb für die Bevorzugung der gelehrten Carrieren vor den praktischen Berufszweigen schafft. Man hat hier in der That das Bild einer endlosen Schraube; die Elemente, welche durch ihren Eintritt in die Welt der bürgerlichen Erwerbszweige diese auf ein höheres Niveau zu heben im Stande wären, werden gerade durch den Eindruck, den sie von diesem Niveau empfangen, in ihrer Abneigung gegen den Eintritt bestärkt.

Im übrigen läßt sich nicht verkennen, daß die auf der genannten Beobachtung beruhende Abschätzung der verschiedenen Berufskategorieen auch eine oberflächliche ist, weil sie dem Stande als Vorzug, beziehungsweise Nachteil anrechnet, was vielmehr als eine der einzelnen Persönlichkeit zukommende Eigenschaft gelten sollte. Denn daß auch die feinere litterarische Bildung sich mit der praktischen Erwerbsthätigkeit sehr wohl verträgt, wird durch mannigfache thatsächliche Beispiele belegt, wenngleich diese Beispiele aus den im Vorstehenden entwickelten Gründen viel seltener sind, als es an sich der Fall sein könnte. Wir messen eben beide Berufsarten, die gelehrte und die praktische nicht mit gleichem Maße, wie schon im ersten Abschnitt dieses Aufsatzes angedeutet worden ist. Schon dort wurde darauf hingewiesen, daß die Beamtenstellung im Vergleich mit den erwerbenden Berufen doch nicht nur Lichtseiten, sondern auch Schattenseiten zeigt, die durch die geringe ihnen bei uns zu Teil werdende Beachtung nicht aus der Welt geschafft werden, vielmehr eigentlich ziemlich deutlich zu Tage liegen und hier noch kurz erörtert werden sollen.

Die Sicherheit der Existenz, welche oben als einer der wichtigsten Vorzüge der Beamtencarriere bezeichnet worden ist, wird ja nicht nur mit einer vergleichsweise größeren Abhängigkeit erkauft, sie ist auch geeignet, die Entfaltung einer ganzen Reihe von an sich sehr wertvollen Eigenschaften des Geistes und Charakters zu beeinträchtigen. In Wahrheit liegt ja allein in dem Bewußtsein, daß die eigene Existenz ganz unmittelbar auf der persönlichen Tüchtigkeit beruht, daß sie fortwährend erhalten und verteidigt werden muß, ein Moment, das eine weit größere Summe von Anforderungen an Intelligenz, Umsicht und geistige Selbständigkeit repräsentiert, als im allgemeinen an den Beamten eben wegen der äußeren Sicherheit seiner Stellung herantreten. Während einerseits vielfach ein fortwährendes Mitgehen mit der Entwickelung des Verkehrs und der Technik, damit indirekt auch der Wissenschaft beansprucht wird, bietet sich zur Bethätigung der richtigen Verbindung von Besonnenheit und klugem Wagen ein immer sich erneuender Anlaß — Verhältnisse, die wohl geeignet wären, das Interesse tüchtiger Männer lebhaft anzuregen und die nur darum in der Praxis unseres Geschäftslebens so wenig zu ihrer vollen Geltung gelangen, weil eben das Niveau der erwerbenden Berufsarten thatsächlich ein tieferes ist, als es bei normalen Zuständen sein sollte und könnte.

Wenn ferner oben in dem festen Gehaltsbezuge des Beamten ein Schutz vor der Versuchung des unwürdigen Haschens nach dem materiellen Gewinn gefunden wurde, so konnte doch dieser Schutz ebenda nur als ein verhältnismäßiger bezeichnet werden. Gewiß ist es nicht nur angenehm, sondern auch der Bethätigung einer noblen Gesinnung günstig, wenn

man nicht bei jeder einzelnen Berufshandlung die Frage des materiellen Ertrages derselben in's Auge zu fassen hat. Indessen wird dadurch der Sinn für die materielle Auffassung der Berufsthätigkeit keineswegs völlig vernichtet, vielmehr häufig nur zu einer anderen Art der Bethätigung veranlaßt. Beispiele von Beamten, die im Interesse einer Verbesserung ihrer Lage an Rang und Gehalt alle irgend zulässigen, ja auch selbst weniger würdige Mittel in Anwendung bringen, sind doch nicht unerhört, — wie umgekehrt es auch nicht an Vertretern der erwerbenden Berufskreise mangelt, denen die Erzielung des größtmöglichen Gewinnes nicht als die wichtigste Rücksicht in ihrer geschäftlichen Thätigkeit gilt. Immerhin läßt sich nicht verkennen, daß von allen zu Gunsten der Beamtenstellung gegenüber den erwerbenden Berufen in's Gewicht fallenden Momenten das so eben wieder erwähnte vielleicht das bedeutsamste ist.

Was endlich den Wert, die Wichtigkeit und Gemeinnützigkeit der in beiden Berufskategorieen geübten Thätigkeit angeht, so kann man sein Auge nicht wohl davor verschließen, daß die im Erwerbsleben geleistete, wenn auch zunächst nur auf den Privatvorteil gerichtete Arbeit in ihrer Bedeutung vielfach weit über den Kreis der an ihr unmittelbar beteiligten Personen hinausreicht. Umgekehrt haftet die Beziehung zu dem öffentlichen Wohle der Thätigkeit einer großen Zahl von Beamten mehr theoretisch an, als daß sie in der Praxis des Dienstes fühlbar wäre. Die Amtsarbeit mannigfacher Beamtenklassen, darunter selbst auch solcher, die an Gehalt, Rang und Ansehen ziemlich hochstehen, ist eine im ganzen einfache, die in ihrer regelmäßigen Wiederkehr zum Teil recht mechanisch geübt werden kann und wahrscheinlich auch vielfach wirklich nur mechanisch geübt wird.

Und um mechanische, ja um — man möchte fast sagen — handlangermäßige Arbeit handelt es sich auch bei einem nicht unerheblichen Teile der Thätigkeit, in der viele Menschen diese Art des Arbeitens am wenigsten erwarten werden, weil ihr der die gelehrten Berufsarten überhaupt umkleidende Nimbus im stärksten Grade zu gute kommt, nämlich bei der Thätigkeit der die Pflege oder Lehre der Wissenschaft als Lebensaufgabe betrachtenden Personen.

Es wäre ja allerdings auch geradezu wunderbar, wenn alle die, welche sich in so großer Zahl zu den im engsten Sinne des Wortes gelehrten Studien drängen, zu der doch zweifellos die höchste Stufe aller geistigen Arbeit überhaupt repräsentirenden Wissenschaftsforschung wirklich den inneren Beruf hätten. In Wirklichkeit gibt es hier — um ein bekanntes Schillersches Wort zu gebrauchen — einige Könige, die bauen, und eine außerordentlich große Zahl von Kärrnern, die bei dem Bau dieser Könige Beschäftigung finden oder sich den Anschein solcher Beschäftigung geben. Die gelehrte Kärrnerarbeit blüht auf allen Feldern

der wissenschaftlichen Thätigkeit, nirgends vielleicht mehr, als auf dem Gebiete der Fächer, die bezeichnender und dem Zuschnitt unseres höheren Schulwesens so recht entsprechender Weise in den Augen vieler Leute als der Typus und die Krone aller Wissenschaft, als die geradezu sogenannten „Geisteswissenschaften" gelten, auf dem philologisch-historischen Gebiete.

Nicht als ob mit dieser Bemerkung die ohne Zweifel zu den höchsten und schwierigsten Gegenständen der menschlichen Geistesthätigkeit zu zählende eigentliche Sprachwissenschaft oder die über den Zusammenhang der Vergangenheit mit der Gegenwart ein helles Licht verbreitende Forschung des wirklich berufenen Historikers irgendwie unterschätzt werden sollte. Aber neben der kleinen Zahl der auf den genannten Gebieten die menschliche Erkenntnis fördernden Geistesfürsten und der immerhin auch nicht allzu umfangreichen Klasse ihrer die Gedanken der Meister in verdienstlicher Weise weiter ausführenden Gehülfen — neben diesen eine unstreitig ersprießliche Thätigkeit entfaltenden Gelehrten steht das gewaltige Heer der kleinen Geister, die mit einem halb Staunen, halb Mitleid erregenden Fleiße den alten Stoff immer von neuem wälzen, dieselben Schriftsteller immer wieder herausgeben und commentieren, hundertmal gesagtes in einer kaum noch neu zu nennenden Darstellung wiederholen und in den Einzelheiten der historischen Untersuchung, wie der Textkritik gerade dem Nebensächlichen und Kleinlichen eine — von den wirklichen Männern der Wissenschaft auf das schärfste verurteilte*) — übertriebene Aufmerksamkeit widmen.

Ja wenn man den Eifer sieht, mit welchem so viele von Gelehrsamkeit erfüllte Männer die Aufgabe ihres Lebens nicht im Schaffen neuer, vielmehr nur im Auslegen und Besprechen alter Geistesprodukte erblicken, wenn man überhaupt in's Auge faßt, was auf allen Gebieten der Wissenschaft in der Herstellung von Lehrbüchern und Leitfäden, von Schul-, Volks- und Pracht-Ausgaben tagtäglich geleistet wird, welchen Umfang ganz allgemein die schriftstellerische Thätigkeit in unserem Vaterlande zu unseren Tagen angenommen hat, ohne daß bei neunzig Prozent der neuen

*) Es sei hier nur das Urteil Böckhs über die oben skizzirte Art der philologischen Thätigkeit angeführt; dasselbe findet sich in einer am 3. Aug. 1832 gehaltenen Festrede, die unter dem Titel ‚De Antiquitatis sensu' im I. Bande der ‚kleineren Schriften' veröffentlicht ist. Dort heißt es: Magnopere igitur errare mihi videntur qui hujus disciplinae fines ad interpretis et critici artes restringunt quibus manifestum est non summos doctrinae fines, sed veri inveniendi instrumenta contineri: quod non in illarum artium contemptum sed quod res ipsa postulat dico, qui potius in illis aliquid reconditius quam plurimi vident inesse intelligam, modo ne criticam in solis corrigendis librariorum mendis positam arbitrentur, dum divam vocant, illius scilicet divinitatem exili isto usu suo irridentes et prostituentes.

litterarischen Erscheinungen ein wirklich neuer befruchtender Gedanke, eine wesentliche Bereicherung des geistigen Schatzes der Nation zu Tage träte, dann möchte man einstimmen in die Worte des satirischen Distichons:

„Denn Mutter Natur, die für alles gesorgt, was das Herz eines jeden begehret,
„Hat dem Franzmann den Wein, und dem Schweizer die Milch, und dem Deutschen
— die Tinte bescheret."

Dabei ist es selbstverständlich, daß die Beförderung der zwecklosen litterarischen Ueberproduktion keineswegs in der ursprünglichen Tendenz der Staatsschule liegt, die auf den gelehrten Charakter der Bildung ja nur darum Wert legte, weil derselbe für die Vorbildung der höheren öffentlichen Beamten als notwendig erachtet wurde. Aber im naturgemäßen Lauf der Dinge ist, was ursprünglich nur Mittel zum Zweck sein sollte, im Bewußtsein eines großen Teiles der Bevölkerung auf Kosten des eigentlichen Zweckes in den Vordergrund gedrängt worden, und dieser Vorgang war hier um so weniger vermeidlich, als zwischen der Menge von Personen, die den Bildungsgang des gelehrten Beamten durchgemacht haben, und dem wirklichen Bedarf des öffentlichen Dienstes ein immer größer werdendes Mißverhältnis entstanden ist. Infolgedessen hat sich allmählich ein Zustand herausgebildet, der die Frage zu einer überaus dringenden macht: Ist es wirklich nötig, daß soviel Kraft in so unproduktiver Weise geradezu vergeudet wird.

Nötig an sich ist es gewiß nicht, es gibt Gelegenheit genug zu einer jedenfalls nützlicheren Verwendung dieser Kraft auf den verschiedensten Gebieten der praktischen Arbeit, aber diese begegnet bei den mit unserer gelehrten Schulbildung ausgerüsteten Mitgliedern der sogenannten besseren Stände nun einmal einer unverdienten Geringschätzung. Es ist auch durchaus begreiflich, daß gegen eine so fest eingewurzelte Anschauung der Einzelne verhältnismäßig machtlos ist, die Emanzipation von dem Ideenkreise der Umgebung ist nur möglich bei einem gewissen Heroismus, den man vom Durchschnittsmenschen nicht erwarten kann.

So nimmt denn die Zahl der zu der gelehrten Schreibtischarbeit einseitig vorgebildeten und geneigten Personen nicht nur nicht ab, sondern fortwährend zu und angesichts der Unmöglichkeit, für alle diese Bewerber im Staatsdienst das von ihnen selbst gewünschte Unterkommen zu schaffen, wächst von Tage zu Tage das Heer der unversorgten, im Zwiespalt zwischen den anerzogenen Ansprüchen und der Not des Lebens ein kümmerliches Dasein führenden, aus allen Facultäten sich ergänzenden Litteraten, jene Bevölkerungsklasse, für die die harte und doch nur allzurichtige Bezeichnung bereits in Gebrauch gekommen ist: das gelehrte Proletariat.

III.

Vorschläge zur Bekämpfung der Ueberfüllung durch eine geeignete Reform des Schulwesens.

Wenn die im Vorstehenden gegebene Schilderung der bei uns herrschenden Verhältnisse zutrifft, so unterliegt es keinem Zweifel, daß hier Abhülfe dringend notwendig ist, sowie daß solche Abhülfe, wenn sie wirklich eine befriedigende sein soll, nur durch klarbewußte planmäßige Aenderung der Einrichtungen erfolgen kann, durch welche diese Zustände eine fortwährende Steigerung erfahren haben und noch täglich erfahren. Zugleich aber zeigt die vorstehende Schilderung deutlich den Weg, auf welchem eine Reform unseres höheren Schulwesens behufs Herbeiführung gesunderer Verhältnisse hinsichtlich der Berufswahl anzustreben ist.

Es gilt die äußeren Umstände zu ändern, durch die so vielen jungen Leuten ein für ihre natürliche Lebensaufgabe bedeutungsloses, die ihnen wirklich nützliche Ausbildung hinderndes Schulwissen aufgenötigt wird, es gilt aus dem Lehrplan unserer Schulen die unter dem Deckmantel angeblicher Wissenschaftlichkeit die leere Schreibseligkeit begünstigenden Elemente herauszubringen, es gilt den Geist, welcher im Commentieren des von Anderen geschaffenen die höchste Blüte der menschlichen Arbeit erblickt, durch den gesunderen im Schaffen selbst den eigentlichen Lebenszweck erkennenden Geist zu ersetzen, es gilt alle diese eben genannten Gesichtspunkte im höheren Unterricht zur Geltung zu bringen, ohne doch dabei den wirklich berechtigten, freilich zur Zeit vielfach durch einen falschen Schein verdrängten idealen Gehalt dieses Unterrichts zu gefährden.

Was nun den ersteren Punkt, die Beseitigung des die Jugendbildung in falsche Bahnen drängenden äußeren Zwanges angeht, so handelt es sich dabei vor allem um die Frage der Berechtigung zum einjährigen Militärdienst, denn die Erlangung dieser Berechtigung bildet ja thatsächlich das von allen Söhnen des Bürgertums zunächst erstrebte Ziel. Es ist klar, daß die Feststellung der Bedingungen, von denen dieses Recht abhängig zu machen ist, bei jeder Schulreform die bedeutsamste Rolle spielen wird. Der Verfasser dieses Aufsatzes macht dabei daraus kein Hehl, daß ihm die Berechtigung dieses Privilegiums an sich nicht unanfechtbar zu sein scheint: dasselbe repräsentiert jedenfalls eine Durchbrechung des Grundsatzes der allgemeinen gleichen Wehrpflicht, auch werden die Bedingungen, an die es geknüpft wird und füglich allein geknüpft werden kann, in jeder denselben praktisch zu gebenden Gestalt doch mehr auf eine Begünstigung der Wohlhabenheit als der anscheinend den Ausschlag

gebenden Intelligenz hinauslaufen. Andererseits ist nicht zu verkennen, daß die in jenem Vorrecht zum Ausdruck kommende Bevorzugung eben nur einen Ausfluß der überhaupt einmal vorhandenen und durch keine Gesetzgebung fortzuschaffenden sozialen Ungleichheit darstellt, und daß ferner die Verkürzung des Heeresdienstes bei einer ganzen Reihe von Berufszweigen als eine Art von Aequivalent für die Länge der in denselben erforderten Ausbildungszeit angesehen zu werden pflegt, so daß an eine Abschaffung oder wesentliche Aenderung des Instituts der Einjährig-Freiwilligen wohl nicht im Ernst zu denken ist.

Es scheint aber auch zweifellos zu sein, daß die Erlangung des gedachten Rechtes nicht, wie von manchen Seiten vorgeschlagen wird, an das Bestehen einer besonderen, von allen Bewerbern gleichmäßig zu bestehenden Prüfung, sondern, wie es auch bisher die Regel war, an das von den vorhandenen Lehranstalten zu erteilende Zeugnis geknüpft werden muß. Wie geringen Wert der vor den besonderen Freiwilligen-Prüfungs-Kommissionen geführte Bildungsnachweis im Vergleich zu dem auf mehrjähriger Erfahrung beruhenden Urteil der Lehrer besitzt, ist ja allgemein bekannt. Im Sinne der hier vorliegenden Frage ist aber darauf noch besonders hinzuweisen, daß die Notwendigkeit der (sit venia verbo) Einpaukung zu einem speziellen Freiwilligen-Examen die von einer rationellen Schulreform zu erwartende Erziehung eines gesunden nicht verbildeten Geistes bei unserer Jugend geradezu wieder gefährden würde.

Die Entscheidung der Frage, von welchen Voraussetzungen die Gewährung der Berechtigung zum einjährigen Heeresdienst zweckmäßiger Weise abhängig zu machen sein würde, kann daher nur im Zusammenhange mit den bei der Schulreform überhaupt in's Auge zu fassenden Gesichtspunkten erledigt werden. Hinsichtlich dieser Reform selbst wird aber vor allen Dingen zu untersuchen sein, ob, beziehungsweise inwieweit sie unter Anlehnung an die bestehenden Verhältnisse bewirkt werden kann. Denn es ist klar, daß auf einem so bedeutungsvollen und zugleich so empfindlichen Gebiete, wie dem der Schule jede einschneidende Aenderung den klaren Nachweis ihrer Unvermeidlichkeit erfordert.

Da liegt es nun nahe, vor allem die von vielen Seiten empfohlene Entfesselung des Realschulwesens aus den ihm äußerlich noch jetzt auferlegten Beschränkungen, also die völlige Gleichstellung wenigstens des Realgymnasiums mit dem humanistischen Gymnasium einer Erwägung zu unterziehen. Allerdings führte der preußische Unterrichtsminister gegen die uneingeschränkte Zulassung der Realgymnasial-Abiturienten zu allen höheren Berufsarten gelegentlich einer im Abgeordnetenhause erfolgten Befürwortung dieser Maßregel die Befürchtung ins Feld, daß dadurch der bedauerliche Zudrang zu den gelehrten Fächern nur noch vergrößert werden

würde, Herr von Goßler berief sich dabei auch auf die Erfahrungen, die mit den bisher schon dem Realgymnasium hinsichtlich der Zulassung zu einzelnen Facultätsstudien erteilten Berechtigungen gemacht worden seien. Indessen konnte durch die Vertreter der Realschulinteressen nicht nur der letztere Punkt in einer die ausgesprochenen Besorgnisse widerlegenden Weise aufgeklärt werden, es wurde auch im Abgeordnetenhause selbst, und gewiß mit Recht, betont, daß die empfohlene Zulassung der Abiturienten des Realgymnasiums zu allen höheren Berufen gerade in umgekehrter Weise wirken müsse und werde. Der Effect der Maßregel werde im Wesentlichen der sein, daß die besseren Stände weniger Bedenken tragen würden, als bisher, ihre Söhne dem Realgymnasium anzuvertrauen, da sie nicht zu fürchten brauchten, denselben dadurch die Ergreifung irgend welchen Berufes von vornherein zu verschränken. Einmal dem Realgymnasium zugeführt, würden aber diese Zöglinge unter dem Einflusse des dort erteilten Unterrichts mannigfach ganz naturgemäß dahin gelangen, dem auf Universitätsstudien beruhenden gelehrten Beamtenberuf eine praktische Laufbahn vorzuziehen.

Wie schon angedeutet, ist der Verfasser dieser Schrift geneigt, den eben wiedergegebenen Argumenten eine gewisse Berechtigung zuzugestehen. Ohne Frage werden auf dem Realgymnasium, wenngleich es — wie oben erwähnt — mehr und mehr von dem Character der gelehrten Beamtenschule in sich aufgenommen hat, die Berührungspunkte mit dem modernen praktischen Leben in merklich größerer Ausdehnung gepflegt, als auf dem humanistischen Gymnasium. Es wird den so wichtigen Fertigkeiten des Zeichnens und Rechnens eine ganz andere Aufmerksamkeit geschenkt, der ausgedehntere Unterricht in den neueren Sprachen und der Geographie, sowie die stärkere Berücksichtigung der neueren Zeit im Geschichtsunterricht sind naturgemäß geeignet, das Auge des Zöglings aus der Welt der Bücher mehr in die Welt der in Sprache und Handlung lebendigen Gegenwart zu lenken. Durch den größeren Umfang endlich, in welchem die Chemie und die beschreibenden Naturwissenschaften gelehrt werden, kann — wenigstens bei rationellem Unterrichtsbetriebe — der Neigung zur Schreibtischarbeit ganz unmittelbar entgegengewirkt werden.

In der That scheint es zweifellos, daß die Gleichstellung der Realgymnasien mit den bis jetzt privilegirten humanistischen Anstalten im Sinne der hier besprochenen Frage einen wirklichen Fortschritt vorstellen würde, ja man darf auch wohl Preyer Recht geben, wenn er in seiner bekannten Schrift*) die Meinung ausspricht, daß der Fortfall des den Gymnasien gegenwärtig zustehenden Privilegiums mit Notwendigkeit eine gründliche

*) Preyer, Naturforschung und Schule S. 47.

Reform unseres Schulwesens nach sich ziehen werde. Aber eben, wenn auch als einen Schritt auf dem Wege zum Ziele, so doch als eine befriedigende Lösung der bestehenden Schwierigkeiten selbst kann man die Erteilung der Vollberechtigung an die bestehenden Realanstalten nicht erklären.

Darauf werde allerdings kein Wert gelegt, daß der im Interesse dieser Vollberechtigung den Realgymnasien im Laufe der Zeit verliehene Doppelcharacter, die äußerliche Aufnehme von Lehrgegenständen, von denen der größte Teil der Schüler doch einmal keinen Gebrauch machen will und soll, keinen recht normalen Zustand vorstellt, daß dadurch jedenfalls der Lehrplan des Realgymnasiums eine Ueberladung mit Lehrstoff empfangen hat, die ihm nicht mit Unrecht zum Vorwurf gemacht wird. Es würde verfehlt sein, diesem Punkte eine allzugroße Wichtigkeit beizulegen, einmal weil gleichwertige Vorwürfe auch dem humanistischen Gymnasium mit Fug gemacht werden können, zweitens, weil eine übertriebene Betonung dieses Moments nur auf die Folgerung führen würde, die Berechtigungen der höheren Schulen je nach der Art des auf denselben gepflegten Unterrichts zu verteilen und damit gerade die Schulreform in in eine — wenigstens nach der Meinung des Verfassers dieser Schrift — verhängnisvolle Bahn hinüberzuleiten.

Von weit größerem Belange sind zwei andere Punkte. Erstens ist es ein Uebelstand, daß die Wahl der zu besuchenden höheren Schule so früh getroffen werden muß, zweitens läßt sich bei einer gründlichen Untersuchung der für die Schulreform maßgebenden Gesichtspunkte die Frage nicht umgehen, ob die Existenz von Lehranstalten mit einem so ausgedehnten (neunjährigen) Lehrplan, wie ihn unsere höhere Schulen haben, überhaupt vernünftig und zweckmäßig ist.

Was den ersteren Punkt angeht, so würde auch bei der völligen Gleichstellung der Realanstalten mit den humanistischen Gymnasien ein großer Teil der Knaben doch den letzteren zugeführt werden und auf diesen, so lange dieselben ihre gegenwärtige Verfassung behalten, allen den oben geschilderten Einwirkungen unterliegen, die die Fähigkeit und Gewohnheit zur schreibenden vor der praktisch schaffenden Thätigkeit begünstigen. Unter diesen Zöglingen würde auch ganz zweifellos eine namhafte Zahl von solchen sein, deren Anlage und Neigung einer derartigen Jugendbildung widerstrebt. Denn da es in dem frühen Stadium, wo die Wahl der Schulart getroffen werden müßte, selten möglich sein wird, über die Beanlagung mit Sicherheit zu entscheiden, so werden bei dieser Wahl allerhand äußere Gründe, die zufällige Vorliebe der Väter für die von ihnen selbst einstmals besuchte Anstalt, die Scheu vor dem Heraustreten aus der in den Umgangskreisen herrschenden Gewohnheit und Aehnliches

ausschlaggebend sein. Allerdings hat sich ja in den letzten Jahren eine gewisse Annäherung zwischen den drei untersten Klassen der Gymnasien und Realgymnasien vollzogen, aber abgesehen davon, daß es sich dabei immer nur um eine, in ihrem Werte gerade auch in Schulkreisen mannigfach bezweifelte Annäherung handelt, so stellt das Lebensalter, in welchem der Knabe nach Unter-Tertia aufsteigt, keineswegs den Zeitpunkt dar, an welchem ein so wichtiger Schritt, wie die für den späteren Lebensberuf entscheidende Wahl der Schulart, mit voller Uebersicht über die zu erwartenden Folgen gethan werden kann.

Eine ausgiebige Beseitigung der die herrschende ungesunde Berufswahl begünstigenden Umstände ist darum nicht zu erwarten, so lange die beiden allmählich herausgebildeten Formen unserer höheren Schule in ihrer bisherigen Beschaffenheit von unten herauf neben einander bestehen.

Aber auch wenn es möglich wäre, alle aus dieser Zweiteilung resultirenden Bedenken zu heben, wenn es gelänge, allen durch die höheren Schulen zu befriedigenden Bildungsbedürfnissen ohne Ueberladung gleichzeitig durch eine einzige Anstaltsart gerecht zu werden, so bliebe doch noch immer der zweite und wichtigere der oben erwähnten zwei Punkte zu untersuchen, der die Frage der Zweckmäßigkeit von Schulen mit einem so lange Zeit umspannenden Lehrplan überhaupt betrifft.

Für die große Mehrzahl aller unsere höheren Schulen besuchenden Knaben besteht von vornherein nicht die Absicht, wenigstens nicht die bewußte und bestimmte Absicht der vollständigen Absolvirung des Lehrganges, das nächste Ziel ist für die weitaus größte Menge die Erreichung der an die Reife für Ober-Secunda geknüpften Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Militärdienst, für einen kleineren Teil die als Vorbedingung für einige Beamtencarrieren geforderte Reife für Prima.

Die mechanische Art, in welcher hier zu rein äußerlichen Zwecken ein Schnitt in eine ihrer ganzen Gestaltung nach auf ein weitergestecktes Ziel angelegte Bildung gemacht wird, ist der größte Fehler in unserem ganzen gegenwärtigen Schulwesen, ein Fehler, den auch keine Einheitsschule zu beseitigen im Stande ist, wenn sie, wie unsere bisherigen Schulen, den Anspruch erhebt, die Bildung der Jugend vom 9. Jahre bis zum 18. Jahre nach einem in sich geschlossenen Plane in die Hand zu nehmen. Wer eine höhere Lehranstalt vor der Reifeprüfung verläßt, tritt in das Leben mit einer unvollständigen Bildung, deren positiver Inhalt eben wegen dieser Unvollständigkeit für ihn vielfach ganz wertlos ist, während der von derselben zu erhoffende indirecte Nutzen, die Erfüllung der Seele mit einer in den Conflicten und Versuchungen des Lebens sich bewährenden idealen Gesinnung, wegen der unvollständigen Wirkung des auf die Erziehung dieser Gesinnung gerichteten Lehrplans gleichfalls ausbleibt.

Eine wirksame Bildung, mag es sich dabei um die Pflege des Intellects oder die des Characters handeln, muß eine ganze in sich geschlossene sein, das ist eine zweifellose, durch die Erfahrung täglich von neuem bestätigte Wahrheit.

Indessen ist der Umstand, daß die eben aufgeführten Elemente, welche die höhere Schule vor der Beendigung des Cursus verlassen, die directen wie die indirecten Wirkungen des ihnen äußerlich aufgenötigten Unterrichts unter dem Einfluß ihrer Umgebung alsbald wieder von sich abstreifen, durchaus nicht der einzige Vorwurf, der unserem Schulwesen vermöge der Länge seines Lehrganges anhaftet. Die Versäumnis der Schule wird wenigstens bei einem Teile der erwähnten Zöglinge auf anderem Wege reparirt, eine gewisse Zahl derselben wird schließlich durch den Zwang des praktischen Lebens, d. h. freilich eben nicht durch die Wirkung der Schule, sondern ohne diese und nicht selten auch geradezu im Gegensatz zu ihr zu tüchtigen, wenigstens praktisch schaffenden Menschen erzogen.

Aber daneben gibt es noch auf unseren gelehrten Anstalten einen nicht unerheblichen Prozentsatz von Zöglingen, die zwar den Fehler eines vorzeitigen Abbruchs ihres Bildungsganges vermeiden, aber mit dem Zeugnis der Reife eben nur den äußeren Schein, nicht den wahren Besitz der auf der höheren Schule zu gewinnenden Bildung erwerben, weil ihnen die natürliche Anlage zur Erwerbung solch inneren Besitzes mangelt. Und aus diesen — schon oben einmal erwähnten — Ersitzern des Abiturientenzeugnisses geht eine zahlreiche, ihren Posten auch nur unter dem Gesichtspunkt der sicheren Brodstelle ansehende, ihre dienstliche Thätigkeit handwerksmäßig absolvirende Gattung von Beamten hervor, die Repräsentanten der kleinlichen, engherzigen, dabei von einem nicht geringen Dünkel erfüllten, auch in den höheren Stellungen den subalternen Geist nicht verleugnenden Bureaukratie, wie nicht minder die Vertreter eines in kläglicher Winkelforschung sich noch für groß und nützlich haltenden Scheingelehrtentums. Gerade diese Elemente sind es, an denen sich die Gefährlichkeit des unserem höheren Unterricht von unten auf beigelegten Scheines der Wissenschaftlichkeit so recht deutlich zeigt.

An keiner der beiden vorgenannten Schülerkategorieen kann die Schule bei ihrer gegenwärtigen Verfassung ihre Aufgabe irgendwie befriedigend erfüllen. Und dabei umfassen diese beiden Kategorieen bei weitem den größten Teil der in unsere höheren Lehranstalten eintretenden Zöglinge — ein deutlicher Hinweis darauf, daß hier nur durch eine wesentlich veränderte Organisation des höheren Schulwesens Abhülfe zu schaffen ist.

Dem Bedürfnis der beiden Klassen von Schülern kann nur genügt werden durch Schaffung einer mit in sich abgeschlossener praktischer Bil-

dung ausgerüsteten Mittelschule, die, um jede Versuchung, ja auch nur die Möglichkeit ihrer Umgehung von vornherein abzuschneiden, die gesamte höhere Schulbildung bis zu dem für die Mehrzahl der Zöglinge das Endziel bildenden Punkte, der Erreichung des Militärzeugnisses in die Hand zu nehmen hätte, also Zerschlagung der höheren Schulen mit ihrem gegenwärtigen neunjährigen Cursus in zwei einander subordinirte Coeten, deren unterer etwa die sechs ersten, der obere die drei letzten Jahrescurse des für alle Arten der höheren Lehranstalt zur Zeit geltenden Lehrplans umfassen würde. Zu einem solchen Schritt wird die Unterrichtsgesetzgebung sich früher oder später notwendig entschließen müssen.

Der untere, die Rolle der eben gedachten Mittelschule übernehmende Coetus, welcher im Nachstehenden als Untergymnasium bezeichnet werden möge, müßte nach dem bisher gesagten natürlich ungeteilt sein, die Erlangung der auf ihm gewährten Bildung würde die Vorbedingung bilden für den Eintritt in die nach Zweck und Gestaltung weiterhin zu besprechende obere Anstalt. Ob die bei dem Eintritt in das Untergymnasium vorauszusetzende Elementarbildung in besonderen Vorbereitungsschulen oder in der allgemeinen Volksschule zu erwerben sein würde, kann dabei als eine für den hier vorliegenden Zweck unerhebliche Frage außer Betracht bleiben.

Das Ziel des Untergymnasiums würde dann neben der Zulassung zum Eintritt in eine ganze Reihe von Beamtencarrieren namentlich die Gewährung des Rechtes der verkürzten Militärdienstzeit sein. Es wurde schon oben darauf hingewiesen, wie sehr bei der Erteilung dieses Privilegiums das Bedürfnis gewisser Bevölkerungs- und Berufsklassen sich thatsächlich geltend macht, es wurde auch eingeräumt, daß daran wohl nicht allzuviel zu ändern sein wird. Jedenfalls wird aber mit Recht verlangt werden können, daß bei der Verleihung eines so wichtigen Vorrechts mehr als bisher die Voraussetzung wirklicher Tüchtigkeit und Brauchbarkeit auch vom militärischen Standpunkt aus gewährleistet sei. In dieser Hinsicht dürfte wohl gegenüber der unfertigen und zerfahrenen Halbbildung, wie sie gegenwärtig den mit dem Freiwilligenzeugnis abgehenden jungen Leuten eignet, die auf dem Untergymnasium eventuell zu erwerbende abgeschlossene Bildung an und für sich eben wegen ihres Abschlusses schon als ein Vorzug bezeichnet werden können. Dem militärischen Bedürfnis würde aber dort thatsächlich insofern noch mehr Rechnung zu tragen möglich sein, als der Unterricht auf dem Untergymnasium gerade in dem hier in's Auge zu fassenden Interesse der Erziehung zu einer vernünftigen Berufswahl notwendig eine praktischere Gestaltung erhalten müssen wird, als sie bei dem gegenwärtigen gelehrten Unterricht vorhanden ist.

Die Möglichkeit dieser mehr praktischen Gestaltung liegt in dem durch die Trennung vom oberen Coetus gegebenen Verzicht auf die unter dem Schein der Wissenschaftlichkeit sich bergende Ueberladung mit gelehrtem Material. Es würde dadurch jedenfalls Zeit gewonnen werden zu eingehenderer Pflege einer Reihe von direct der praktischen Ausbildung dienenden Lehrfächern, des Zeichnens, des Rechnens und auch des mehr und mehr sich als ein unabweisliches Bedürfnis herausstellenden Handfertigkeitsunterrichts. Daneben würde den körperlichen Uebungen ein größerer Spielraum zu gewähren sein, es ist nicht zu verkennen, daß in diesen an und für sich ein starkes Gegengewicht gegen die Neigung zur Schreibtisch-Arbeit sich darbietet. Endlich wäre wohl auch zu erwägen, ob nicht die Schulausflüge als directes Lehrmittel in größerem Umfange in den Unterrichtsplan des Untergymnasiums aufzunehmen sein würden; durch solche würde planmäßig die Findigkeit und Umsicht, die Gewohnheit des raschen und sicheren Beobachtens gestärkt werden können, daneben fände sich die Möglichkeit, die Schüler auf solchen Ausflügen mit Einrichtungen und Verhältnissen bekannt zu machen, die sie zweifellos häufig nur darum nicht in ihrer Bedeutung würdigen, weil sie dieselben überhaupt nicht kennen lernen. Eine planmäßig in diesem Sinne erfolgende Pflege der Schulexcursionen würde auch manchen theoretischen Lehrfächern zu gute kommen, sie wäre namentlich geeignet, dem deutschen Aufsatz an Stelle des interesselosen Stoffes, wie er zur Zeit meist in ihm verarbeitet wird, einen reicheren und lebendigeren Inhalt zuzuführen.

Im übrigen aber müßte man sich hüten, von der positiven Wirksamkeit der Schule nach dieser Richtung hin allzuviel zu erwarten. Auch im besten Falle würde ein die eben angegebenen Mittel verwendender Unterricht als Hauptfrucht die Erzeugung einer gewissen Empfänglichkeit für die aus dem praktischen Leben zu gewinnenden Eindrücke ergeben. Denn wenn er auch in einigem Umfange eine sonst dem Schüler verloren gehende Kenntnis von allerhand Lebensverhältnissen zu Wege bringt, so würde er doch naturgemäß auf die Heranziehung von einer ganzen Menge anderer nicht minder wichtiger und eindrucksfähiger Momente verzichten müssen. Außerdem bringt es die Natur des Schulbetriebes mit sich, daß die mit dem praktischen Leben in Beziehung stehenden Stoffe dem Schüler nicht rein, sondern in einer für den Lehrzweck zurechtgemachten schulmäßigen Gestalt dargeboten werden, während die Rechenschaft, die die Schüler von der Wirkung des ihnen erteilten Unterrichts zu geben haben, ganz unvermeidlicher Weise zu einem erheblichen Teile auf die Schreibarbeit hinausläuft. Eine gewisse Begünstigung des Doctrinarismus und der Federthätigkeit ist mit dem Wesen des Unterrichts überhaupt untrennbar verbunden.

Angesichts dessen ergibt sich die Forderung als unabweislich, daß dem Schüler Zeit und Muße gelassen werden muß, auch mannigfache außerhalb des Kreises der planmäßigen Erziehung, jedenfalls der Schulerziehung liegende Eindrücke in sich aufzunehmen. Dazu ist vor allem nötig, daß der Umfang, in welchem die Schule ihre Zöglinge beeinflußt und in Anspruch nimmt, verringert wird, hinsichtlich der Zahl der Lectionen wie der häuslichen Arbeiten, ja auch hinsichtlich der Zuchtgewalt über das außerunterrichtliche Verhalten der Schüler.

Verminderung der schulmäßigen Einwirkung auf unsere Jugend, das ist die erste Bedingung einer jeden gesunden Reform im Unterrichtswesen, eine Bedingung, die allein schon im Interesse der Erhaltung einer kräftigen Originalität bei dem heranwachsenden Geschlecht mit allem Nachdruck gestellt werden muß.

In irgend einer Skizze von Defreggers Leben und Entwickelung findet sich die Bemerkung, daß wir die köstliche, uns aus den Bildern gerade dieses Malers ansprechende Frische der Auffassung wohl nicht zum wenigsten dem glücklichen Geschick zu verdanken haben, welches denselben seine erste Jugendzeit frei von dem Zwange der regelmäßigen Schulerziehung unter dem unmittelbaren Eindruck der ihn umgebenden Welt verbringen ließ. Nun ist es ja wahr, daß die eigenartige Entwickelung einzelner bevorzugter Naturen keine Norm abgeben kann für die Gestaltung des auf die große Masse berechneten Unterrichts. Aber das Verlangen ist ohne Frage begründet, daß die freie Entfaltung eigener ursprünglicher Anlage durch den Zwang der bestehenden Schuleinrichtungen nicht über Gebühr gehemmt oder gar unterdrückt werde. Und in dieser Beziehung wird, wie nicht wohl bestritten werden kann, von unseren Schulen mannigfach gesündigt.

Die so eben für den heranwachsenden Knaben verlangte größere Freiheit der Aufnahme von unmittelbar aus dem Leben stammenden Eindrücken wird notwendig auch die persönliche Selbständigkeit fördern und damit zugleich ein weiteres Gegengewicht gegen die Neigung zum Eintritt in die Beamtenstellung mit ihrer auf gewiesenen Wegen im Bewußtsein der gesicherten Existenz zu absolvierenden Thätigkeit schaffen. Da, wie schon angedeutet, eine gewisse Begünstigung dieser Neigung dem Schulunterricht von vornherein anhaftet, so darf auch keines der dem Ueberwuchern derselben entgegenwirkenden Momente bei einer wirklichen Reform außer Betracht gelassen werden. Insofern hängt die Forderung der Verringerung des schulmäßigen Einflusses ganz unmittelbar mit dem hier besprochenen Thema zusammen.

Neben den direkt auf die Erhöhung der praktischen Befähigung gerichteten Lehrfächern würden nun noch mannigfache rein theoretische Disziplinen auf dem Untergymnasium zu betreiben sein, ja die Natur des Unterrichtsbetriebes würde, wie mehrfach betont, es mit sich bringen, daß diese Disziplinen den größten Teil der Unterrichtszeit in Anspruch nehmen. Indessen könnte der Lehrbetrieb auch hier vermöge des Verzichtes auf das Streben nach wissenschaftlicher Vollständigkeit eine andere, den wirklichen Bedürfnissen des Lebens gerechter werdende und einfachere Gestaltung erhalten.

Insbesondere würde in Geschichte und Erdkunde der uns nach Zeit und Raum näher liegende Stoff den Kern des Unterrichts bilden müssen, in der Mathematik wäre unter Preisgebung von allerhand algebraischen und geometrischen, für den Schüler nur den Reiz der vereinzelten Merkwürdigkeit besitzenden Formeln und Sätzen die Fähigkeit der Anwendung auf passend gewählte konkrete Aufgaben zu pflegen. Die beschreibenden Naturwissenschaften nebst den wichtigsten Grundbegriffen der Physik und Chemie würden in dem auf dem jetzigen Realgymnasium noch die Ober-Sekunda in Anspruch nehmenden Umfange in der Art gelehrt werden müssen, daß durch den Unterricht die etwa vorhandene Anlage und Neigung zu eigener Thätigkeit auf diesen Gebieten bei den Schülern Anregung und Anleitung erhält. Dazu käme der — aber wesentlich zum Zwecke der praktischen Beherrschung, vielleicht nach der sogenannten amerikanischen Methode zu erteilende — Unterricht in einer neueren Sprache, als welche, wie gegenwärtig die Verhältnisse liegen, wohl immer noch die französische zu wählen sein würde, während die Erzeugung des Interesses für die Schätze unserer Nationalliteratur die Aufgabe des speziellen deutschen, die Uebung im korrekten und gewandten Gebrauch der Muttersprache eine Aufgabe des gesamten Unterrichts überhaupt sein würde.

Die schwierigste Frage für die Unterrichtsgestaltung auf dem Untergymnasium würde die nach der eventuellen Aufnahme der lateinischen Sprache sein, der der Verfasser dieser Schrift allerdings einen großen, durch keine der existierenden lebenden Volkssprachen zu ersetzenden Wert für die grammatische und die durch diese vermittelte logische Bildung zuschreibt. Nicht als ob damit gesagt sein sollte, daß solche Bildung überall nur durch ein derartiges, immerhin künstliches Mittel erzeugt werden könnte: im Gegenteil dürfte für die Gewohnheit des klaren, grammatisch und logisch korrekten Gedankenausdruckes der stetige Einfluß des Aufenthaltes in einem fein gebildeten Familienkreise alle — doch mehr oder weniger pedantische — Schulwirkung weit übertreffen. Aber für einen großen Teil, wenn nicht geradezu die Mehrzahl der Schüler ist die Ergänzung des fehlenden, beziehungsweise die Bekämpfung des schädlichen häuslichen Einflusses in diesem Betracht eine direkte Notwendigkeit.

Vielleicht wird eine kommende Zeit das Bedürfnis der logisch-grammatischen Bildung in anderer, zugleich mehr den praktischen Nutzen berücksichtigender Form zu befriedigen in der Lage sein, gegenwärtig scheint es kein besseres Mittel für den genannten Zweck zu geben, als einen rationellen Betrieb des Lateinischen. Auch wird von der Aufnahme desselben in den Lehrplan des Untergymnasiums wohl aus dem Grunde gar nicht abgesehen werden können, weil der Glaube an die Unentbehrlichkeit dieser Sprache für den auf jener Anstalt jedenfalls vorzubereitenden wissenschaftlichen Unterricht der Oberstufe nun einmal noch zu festgewurzelt zu sein scheint.

Aber allerdings wird auf das Sorgfältigste zu prüfen sein, ob für die vernünftiger Weise von dem lateinischen Unterricht zu erfüllende Aufgabe der gewaltige diesem Unterricht zur Zeit gewidmete Aufwand an Kraft und Stundenzahl erforderlich ist, diese Prüfung wird um so weniger abzuweisen sein, als durch eine ausgiebige Verminderung dieses Aufwandes allein die Möglichkeit zur Verwirklichung aller der vorher aufgestellten Forderungen geschaffen werden kann. In der That aber dürfte sich herausstellen, daß solche Verminderung sehr wohl möglich ist, sobald man sich nur zum Verzicht auf die sichere Einprägung einer ganzen Menge von wirklich nur den Fachphilologen interessierenden Einzelheiten namentlich auf dem Gebiete der Formenlehre entschließt. Dadurch würde das berechtigte Lehrziel nicht nur nicht geschädigt, sondern geradezu für den Schüler erreichbarer gemacht werden, denn durch die Beschränkung des rein gedächtnismäßig aufzunehmenden Stoffes würde auch die gegenwärtig bis in die obersten Klassenstufen hinauf bemerkbare Neigung, auch den an das Verständnis appellierenden Inhalt der Grammatik sich nur mechanisch anzueignen, eine wesentliche Verringerung erfahren.

Von der Aufstellung eines speziellen die vorstehend skizzierten Gedanken zur Ausführung bringenden Lehrplanes für das Untergymnasium dürfte hier um so mehr abzusehen sein, als die Berechtigung der erhobenen Forderungen ja nicht an der Art ihrer Durchführung hängt, diese vielmehr in mancherlei von einander abweichenden Gestalten denkbar ist.*)

In der Organisation, dem Lehrplan und namentlich dem Geiste des Lehrbetriebes des Untergymnasiums liegt der Schwerpunkt der Lösung der hier vorliegenden Frage. Allein schon die Aeußerlichkeit der Trennung

*) Der Vers. dieser Schrift darf hinsichtlich des Bildes, das er selbst sich von solcher Durchführung macht, auf eine an anderer Stelle — ohne Nennung seines Namens — gegebene Darlegung verweisen: ‚Betrachtungen über die Mängel unseres höheren Schulwesens nebst Vorschlägen zu deren Abhilfe. Von einem preußischen Gymnasiallehrer.‘ Pädag. Archiv, Bd. XXIX, 1887. S. 209—271. Vgl. besonders Abschnitt 7 dieses Art. l. c. S. 245—254.

der jetzt bestehenden höheren Schulen in zwei gegen einander abgeschlossene Coeten wird sich also ein starker Damm erweisen gegen den über das wirkliche Bedürfnis hinaus ausgedehnten gewohnheitsmäßigen Verbleib auf der Schule. Weil zur Erwerbung der höheren Bildung der Uebergang auf eine neue Anstalt erforderlich ist, wird in jedem einzelnen Falle der Anlaß geschaffen, sich über die Zweckmäßigkeit eines solchen Schrittes eine klare Rechenschaft zu geben.

Der Geist des Unterrichts soll, wenn auch gegen jede unangebrachte Heranziehung der Gelehrsamkeit protestiert worden ist, durchaus nicht auf die mechanische Einprägung des Lehrstoffes gerichtet sein, im Gegenteil soll sich der Unterricht überall an das Verständnis wenden, d. h. an den allen Menschen von Rechtswegen zukommenden, von unserer gelehrten Bildung leider nur zu oft in den Hintergrund gedrängten gesunden natürlichen Verstand, blos alle darüber hinausgehende wissenschaftliche Vertiefung, die nun einmal nicht Jedermanns Sache ist, der höheren Bildungsstufe bewußt und ausdrücklich überlassend.

Durch diese Befreiung von dem falschen Scheine der Wissenschaftlichkeit würde auch die Pflege eines idealeren Sinnes bei den Schülern des Untergymnasiums nur gewinnen. Es ist schon mehrfach betont worden, wie wenig auch von den indirekten Früchten des Unterrichts bei den mit dem Freiwilligen-Zeugnis in das praktische Leben übertretenden jungen Leuten zurückbleibt, wie der Sinn für die Erhaltung einer gewissen Fühlung mit dem fortschreitenden geistigen Leben der Nation, für die Freude an den edlen Erzeugnissen der Litteratur und Kunst, für eine nach der Tagesarbeit als Erfrischung wirkende geistanregende Unterhaltung, ja auch nur für die Pflege des sprachlich richtigen und gefälligen Ausdruckes bei den Vertretern der praktischen Berufsarten viel seltener, als es sein sollte und könnte, angetroffen wird. Etwas von der Wirkung der Schule müßte doch hängen geblieben sein und würde es auch, wenn nicht von vornherein durch den ganzen Charakter des jetzt herrschenden Unterrichts bei so vielen Schülern das Gefühl eines Gegensatzes zwischen den Schulanforderungen und der eigenen Geistesanlage erzeugt und damit auch die Empfänglichkeit für die an sich dieser Anlage nicht widerstreitenden Unterrichtsstoffe in einer ganz ausgesprochenen Weise beeinträchtigt würde.

Im Gegensatz dazu ist zu hoffen, daß der in sich abgeschlossene und dem Gedankenkreise der Schüler mehr angepaßte Unterricht des Untergymnasiums den von demselben in das praktische Leben zu entlassenden jungen Leuten auch einen festeren Gehalt an idealer Lebensauffassung mitgeben und gerade dadurch dazu beitragen werde, die innere Bedeutung wie das äußere Ansehen der erwerbenden Berufsarten zu heben, auf diese

Weise aber auch die Neigung zum Eintritt in dieselben bei den besseren Elementen unserer Jugend zu fördern.

Es ist nun auch umgekehrt nicht zu fürchten, daß unter der Sorge für die mit dem Reifezeugnis des Untergymnasiums ihre Schulzeit abschließenden Elemente das Interesse der jungen Leute zu kurz kommen werde, die in der That zu einer auf wissenschaftlichem Grunde ruhenden Erweiterung ihrer Bildung die Anlage und den inneren Drang haben. Der wirklich wissenschaftliche Sinn ist angeboren, er wird durch den praktischen Unterricht des Untergymnasiums nicht zurückgedrängt, sondern nur vor dem leider bei uns recht häufigen Irrwahn bewahrt werden, daß der Begriff der Wissenschaft einen Gegensatz zu dem praktisch schaffenden Leben von selbst bedinge. Ohne Zweifel ist wissenschaftliche Bildung ein unabweisbares Bedürfnis für alle diejenigen, die an der Erhaltung und Erhöhung des geistigen Standpunktes der Nation mitzuwirken berufen sind, aber in der Beziehung auf diesen Zweck liegt auch allein die Berechtigung der öffentlichen Anstalten, die die Pflege solcher Bildung zur Aufgabe haben. Dieselbe soll nicht dem wirklichen Leben entfremden, sie soll lehren es zu veredeln, den ihm innewohnenden Gehalt zu erkennen, um ihn steigern zu können, sie soll zu einem Idealismus erziehen, der nicht der Gegensatz, sondern die Ergänzung des Realismus ist.

Zur Erwerbung solcher wissenschaftlichen Bildung würde nun das die oberen Jahreskurse der gegenwärtigen höheren Schulen in sich aufnehmende Obergymnasium bestimmt sein, dessen Besuch die Absolvierung des auf dem Untergymnasium gebotenen Bildungsganges voraussetzen würde. Ueber die Einrichtung dieser oberen Anstalt kann hier in größerer Kürze gehandelt werden, weil die im Sinne der vorgelegten Frage wichtigste Maßregel, wie schon gesagt, die Errichtung des selbständigen Untergymnasiums sein würde. Dort würde die Grundlage zu legen sein für die gesunde und vernünftige Berufswahl, und wenn jene Anstalt ihre Aufgabe richtig erfüllt, so würde der auf ihr gewonnene Sinn für die productive Berufsthätigkeit auch bei den jungen Leuten nachwirken müssen, die die praktische Bildung des Untergymnasiums durch eine auf dem Obergymnasium zu gewinnende wissenschaftliche Vertiefung zu ergänzen das Verlangen fühlen. Denn die durch solche Vertiefung zu erzielende Verstärkung der idealen Lebensauffassung ist wünschenswert, beziehungsweise notwendig auch für die auf gewerblichem Gebiete zu weitergreifender Wirksamkeit berufenen Männer. Das Obergymnasium würde demnach, wenngleich ihm selbstverständlich die Aufgabe der für den höheren Lehrer- und Beamtenstand erforderlichen Vorbildung zufallen würde, doch keineswegs den Charakter der spezifischen Schule für Gelehrte und Staatsdiener annehmen dürfen.

Den Hauptgesichtspunkt für den Lehrplan an dieser Anstalt würde die Pflege des wissenschaftlichen Charakters im Unterricht abgeben, dadurch würde diese Anstalt zu einem Uebergangsgebilde zwischen dem Untergymnasium und der Hochschule gestempelt, also gegen den oberen Coetus unserer gegenwärtigen Schulen etwas gehoben werden, was auch aus manchen anderen, die Disziplin und die Behandlung der Schüler angehenden Gründen vielleicht kein Uebel sein würde. Die Wissenschaftlichkeit selbst läge natürlich nicht in der oben auf das unzweideutigste zurückgewiesenen Kultivierung der Gelehrsamkeit, das wesentliche Merkmal derselben würde vielmehr das sein, daß die Schüler dem Lehrstoff gegenüber nicht blos eine rezeptive und reproduzierende Haltung einnehmen, daß sie vielmehr zu eigener, zusammenhängender, auf die Quellen des Wissens und der Erkenntnis wenigstens bis zu einem gewissen Grade zurückgehender Geistesarbeit angeleitet werden.

Daraus ergiebt sich ein direkter Gegensatz zu den Vertretern des Gedankens, daß „weil es nur eine allgemeine Bildung gebe, auch nur eine zur „Verabreichung" dieser Bildung bestimmte höhere Schule zulässig sei." An dem Uebelstande, daß die Bildung äußerlich verabreicht wird, krankt eben unser ganzes Schulwesen, ohne doch dabei die erstrebte Vollständigkeit in dieser Verabreichung praktisch irgendwie zu erreichen.

Wenn im Widerspruch hiermit die Anleitung zu selbständiger Geistesarbeit als der eigentliche Kernpunkt des auf dem Obergymnasium zu erteilenden Unterrichts angesehen wird, so ergibt sich zugleich, daß bei solcher Anleitung — falls sie nicht von vornherein auf einen Erfolg verzichten will — die eigentümliche Geistesrichtung des Schülers in Betracht gezogen werden muß. Nun lassen sich für die wissenschaftliche Thätigkeit unfraglich zwei wesentlich verschiedene Hauptrichtungen unterscheiden, eine, die die in den Dingen selbst liegenden Gründe zu erforschen und daran ihre Untersuchungen anzuknüpfen bestrebt ist, und eine zweite, die das Verhältnis des Menschen zu den Gegenständen seines Interesses zum Ausgangspunkt der Betrachtung nimmt. Und da bis auf eine verhältnismäßig geringe Zahl bevorzugter Naturen die geistige Anlage der einzelnen Menschen einseitig nach der einen oder der anderen jener beiden Richtungen wenigstens in der Hauptsache entwickelt ist, so kann auch eine der Erziehung zur selbständigen wissenschaftlichen Arbeit gewidmete Anstalt nicht umhin, in ihrer Einrichtung diesem in der menschlichen Natur wurzelnden Dualismus Rechnung zu tragen. Im Gegensatz zu der unteren Bildungsstufe, die, weil es sich auf ihr wesentlich um die Verabreichung des für den gesamten besseren Bürgerstand unentbehrlichen Bildungsstoffes handelt, einfach sein kann und muß, im Gegensatz dazu muß der die Gewöhnung an wissenschaftliche Auffassung bezweckenden

höheren Schulabteilung die Form von zwei coordinirten Anstalten, nach der üblichen Bezeichnungsweise einer humanistischen und einer realistischen, erteilt werden.

Auch hier wird eine weitere Ausführung der im Vorstehenden dargelegten Gesichtspunkte, als über den Rahmen der hier zulässigen Auseinandersetzungen hinausgehend, unterlassen werden dürfen*).

Schlußbetrachtung.

Eine Neugestaltung unseres Schulwesens, die sich in der durch diese Erörterungen bezeichneten Richtung bewegte, würde alles das umfassen, was für die Lösung der hier vorgelegten Frage im Wege planmäßiger Aenderung der öffentlichen Einrichtungen überhaupt geschehen kann. Allerdings würde die Umgestaltung der Schulverhältnisse nur eine halbe Wirkung üben, wenn sie nicht durch eine Reihe anderer Wandlungen in unserem sozialen Leben ergänzt wird, von denen hier nur eine, die Aenderung der bei der Beförderung zum Reserve-Offizier geübten, im ersten Abschnitt dieser Schrift erwähnten Praxis aufgeführt werden möge.

Aber der Eintritt dieser Wandlungen wird eine sich ganz von selbst ergebende Folge des unter der veränderten Schulorganisation in dem heranwachsenden Geschlecht erzeugten neuen Geistes sein, eine Folge, auf deren Eintreffen um so sicherer zu rechnen sein wird, als der im Vorstehenden empfohlene Uebergang unseres Schulwesens aus dem Zustande der Beamtenschule in den der vor allem für den gebildeten Bürgerstand überhaupt bestimmten Lehranstalt auf dem Unterrichtsgebiete nur den Prozeß nachbilden würde, der sich langsam, aber unabänderlich und für den scharfen Beobachter unverkennbar in unserem öffentlichen Leben überhaupt vollzieht.

Es läßt sich ja gar nicht verkennen, daß in dem mehrfach hervorgehobenen Wesen unseres Staates als eines militärisch organisierten Beamtenstaates einer der Gründe zu suchen ist, die denselben zum Bestehen des ihm auferlegt gewesenen schwierigen Existenzkampfes, ja die ihn zur Erfüllung seines Berufes als Führer und Einiger der ganzen zerrissenen deutschen Nation befähigt haben. Es liegt ein Zug von römischer Kraft in dieser straffen Zusammenziehung aller verfügbaren Elemente im Dienste des Staates, in dieser Durchtränkung des Nationalgeistes mit dem Bewußtsein, daß die Existenz, das Wohl, der Beruf eines Jeden auf das engste mit der Existenz, dem Wohle, dem Zwecke des Staatsganzen verknüpft ist.

---

*) Speziellere Vorschläge finden sich in dem in der Anmerkung S. 32 citierten Artikel, Abschnitt 8 desselben, l. c. S. 254—266.

Daß dieses für die Erhaltung unseres Staatswesens unentbehrliche Bewußtsein unter keinen Umständen verkümmert werden darf, das wird als ein bei jeder noch so einschneidenden Reform unabweislicher Gesichtspunkt betrachtet werden müssen.

Indessen fängt die Gestalt, in der dies Bewußtsein bisher seinen Ausdruck gefunden hat, an sich zu überleben, der Zustand des die besten Kräfte, die größte Summe der verfügbaren Intelligenz in seinen unmittelbaren Dienst zwingenden Beamtenstaates wird mehr und mehr zu einer einfachen Unmöglichkeit. Unser Staatswesen ist hervorgegangen aus räumlich kleinen und hinsichtlich der von ihm zu bewältigenden Culturaufgaben einfachen Verhältnissen. Diese Verhältnisse haben sich inzwischen gewandelt, oder sie sind vielmehr in einer Wandlung begriffen, deren Ende — was die den Staatsangehörigen sich darbietenden Culturaufgaben angeht — überhaupt gar nicht abzusehen ist. Die Wissenschaft und die von ihr getragene Technik, der durch die Errungenschaften der Technik erleichterte und zu früher ungeahnten Dimensionen gesteigerte Verkehr — alles dies hat in unser öffentliches Leben eine Fülle von Problemen geworfen, die nur durch Vereinigung von Geist und Character, durch eine glückliche Mischung der überlegenden Vernunft und des wagenden Mutes zu lösen sind und darum das Interesse aller mit diesen Eigenschaften ausgerüsteten Persönlichkeiten naturgemäß auf sich ziehen müssen. Diese Aufgaben, die teils des mit ihnen verknüpften Wagnisses wegen, teils wegen ihrer zunächst nur indirecten Beziehung zur Allgemeinheit, nicht in die Sphäre der von den Staatsbeamten zu erledigenden Arbeit fallen, spielen eben darum bei uns zu Lande noch nicht die Rolle, die ihnen an sich zukommt.

Aber je größer die in denselben ruhende natürliche Macht ist, je zweifelloser es erscheint, daß diese Macht sich früher oder später geltend machen wird, um so notwendiger wird es, den Zwiespalt zwischen der unaufhaltsam heraufziehenden neuen Zeit und den mit dieser Zeit nicht mehr in Einklang stehenden Traditionen unseres Beamtenstaates durch eine besonnene, aber klar bewußte, den berechtigten Forderungen der Gegenwart Rechnung tragende Aenderung der einschlägigen Institutionen zu beseitigen.

Ein Verlust des, wie gesagt, als kostbarstes Erbe unserer vaterländischen Geschichte uns überkommenen Staatsbewußtseins ist dabei nicht zu besorgen. Im Gegenteil, je weniger die Form unseres öffentlichen Lebens sich mit allem, was sonst den Inhalt unseres Daseins ausmacht, in Widerspruch setzt, je mehr man vielmehr in der Gestaltung der öffentlichen Einrichtungen den Rahmen erkennt, innerhalb dessen die Intelligenz und Thatkraft jedes Einzelnen den zu ihrer Bethätigung erforderlichen Spielraum findet, um so weniger wird eine innerliche Loslösung von der

Anhänglichkeit an den Staat der Väter gerade bei dem intelligenten und thatkräftigen Teile der Nation zu befürchten sein.

Nach wie vor wird durch die allgemeine Wehrpflicht jedem kräftigen Manne der ehrenvolle Beruf an der Verteidigung des Vaterlandes mitzuwirken auferlegt und dabei zugleich unserer Jugend eine in ihrer Unersetzlichkeit allgemein anerkannte Erziehung zu den besten und ursprünglichsten männlichen Tugenden gewährt werden. Und andererseits wird durch die allmähliche Umwandlung des Beamtenstaates die lebendige Teilnahme der Bürger am öffentlichen Leben nicht zurückgedrängt, nur in eine andere Form gegossen und geradezu auf breitere Schichten übertragen. Die unwiderstehliche Macht, mit der sich in unserem unter der Herrschaft eines einsichtigen Absolutismus entstandenen und gewachsenen Staatswesen trotz aller dankbaren Erinnerung an die Segnungen dieses vormals herrschend gewesenen Zustandes der Gedanke der constitutionellen Regierungsform und neuerdings der der Selbstverwaltung Bahn gebrochen haben, diese unwiderstehliche Macht zeigt deutlich, daß eine neue Gestaltung unseres öffentlichen Lebens an die Stelle des alten Beamtenstaates zu treten im Begriff ist.

Die Anschmiegung an diesen zwar durch das feste Gefüge der ererbten Traditionen bei uns einigermaßen verlangsamten, aber nicht aufzuhaltenden, mit Naturgewalt sich vollziehenden Prozeß ist eine unabweisliche Notwendigkeit für alle öffentlichen Einrichtungen, es kann sich ihr auf die Dauer keine entziehen. Am wenigsten kann und darf dies die Schule, der vermöge ihres Einflusses auf das heranwachsende Geschlecht gerade die Aufgabe zufällt, in diesem Wandlungsprozeß das moderirende, die Schroffheiten des Ueberganges abgleichende Element abzugeben. Je früher und mit je klarerem Bewußtsein sie sich den einmal unvermeidlichen Reformen unterzieht, um so besser wird sie ihrer Aufgabe dienen; denn nur dadurch kann es erzielt werden, daß aus den alten Verhältnissen auch das wirklich gute, d. h. die Pflege des berechtigten, des wahren Idealismus in die neuen Zustände hinübergenommen und damit die Continuität in der geistigen Entwickelung der Nation innerlich wie äußerlich gewahrt wird. Ein thörichtes Widerstreben gegen den mit so deutlichen Zeichen sich ankündigenden Geist der neuen Zeit könnte den Sieg dieses Geistes nicht verhindern, nur die Gefahr vergrößern, daß die unbedachter Weise zurückgestaute Flut bei dem einmal unvermeidlichen Durchbruch außer dem wirklich abgestorbenen und überlebten auch so manches hinwegschwemmen würde, an dessen Erhaltung allen einsichtigen Männern gelegen sein muß.

Möge es gelingen, die rechten Schritte zur rechten Zeit zu thun!

II.

P. Treutlein.

II.

Motto: „Where there's a will, there's a way".

Fachzeitschriften und politische Blätter (so z. B. die Kölnische Zeitung vom 28. Juni 1888, Nr. 178, Zweites Blatt) enthalten ein von Seiten des Allgemeinen Deutschen Realschulmänner-Vereins erlassenes Ausschreiben, wornach ein Preis ausgesetzt wird für die beste und zutreffendste Beantwortung der folgenden Frage:

> „Woher rührt die Ueberfüllung der sogenannten gelehrten Fächer, und durch welche Mittel ist derselben am wirksamsten entgegenzutreten?"

Nicht erst durch dieses Preisausschreiben wurde ich dazu veranlaßt, mich mit den in demselben berührten Fragen zu beschäftigen: seit längerer Zeit haben die zur Fragestellung führenden Thatsachen und Erscheinungen meine Aufmerksamkeit auf sich gezogen, haben mir Veranlassung gegeben meine Studien und mein Nachdenken darauf zu lenken, mich häufig und eifrig mit erfahrenen Männern der verschiedensten Lebensstellung hierüber zu besprechen, und so bin ich nach langer und allseitiger Erwägung möglichst aller in Betracht kommenden Punkte betreffs unserer eben so wichtigen als schwierigen Frage zu der auf den folgenden Blättern niedergelegten Ueberzeugung gekommen.

Indem ich die vorliegende Arbeit behufs Bewerbung um den ausgeschriebenen Preis dem verehrlichen Preisgericht überreiche, möchte ich wünschen, daß auf dem von mir zu weisenden Wege die Möglichkeit gefunden Voranschreitens gegeben sei — möge das verehrliche Preisgericht meinen Weg als einen gangbaren, als den zum Wohle des Ganzen verhältnismäßig bestbeschreitbaren erkennen, möge dieser Weg, wenn beschritten, das Glück des Volksganzen fördern und möglichst vielen Einzelnen zum Heile gereichen!

1. Das Preisausschreiben wünscht die Beantwortung zweier Fragen:
   1) Auf welchen Ursachen beruht die Ueberfüllung der sog. gelehrten Fächer? — und
   2) Durch welche Mittel ist eben dieser Ueberfüllung am wirksamsten entgegenzutreten?

Die grundlegende Frage, nämlich **ob überhaupt** eine solche Ueberfüllung wirklich vorhanden, hat in dem Ausschreiben besondere Erwähnung gar nicht gefunden, sie wird als thatsächlich bejaht schon vorausgesetzt, nach übereinstimmendem Urteile Aller ist also eine Ueberfüllung der sog. gelehrten Fächer als eine ausgemachte Thatsache hinzunehmen.

Auch ich bin geneigt diese Thatsache als fast vollauf in Wahrheit bestehend zuzugeben, und so dürfte ich sofort von ihr meinen Ausgang nehmen und zur gewünschten Beantwortung der beiden Fragen übergehen. Gleichwohl möchte ich, um dem von mir Vorzubringenden die notwendige und genügende Unterlage zu geben, um meine sozialpolitische Studie von ihrem kulturgeschichtlichen und allgemein geschichtlichen Hintergrunde sich abheben zu lassen, ich möchte — sage ich — auch jenen grundlegenden Teil in den Kreis meiner Betrachtung ziehen, die für ihn freilich nur eine skizzenhafte sein kann und darf.

Meine Arbeit wird sich also naturgemäß in die angegebenen drei Hauptteile gliedern, welche in Kürze unter den Ueberschriften zusammengefaßt werden können:

I. Stellung der Frage.
II. Gründe für die Ueberfüllung der sog. gelehrten Fächer.
III. Mittel gegen die Ueberfüllung der sog. gelehrten Fächer.

Vor Eintritt in den ersten Teil meiner Aufgabe habe ich noch in Kürze zwei Vorbemerkungen zu machen.

Die eine hat den Zweck, den ein unbeschränktes Gebiet zulassenden Wortlaut der Preis-Aufgabe wesentlich einzuschränken insofern, als ausdrücklich *nur deutsche Verhältnisse* berücksichtigt werden sollen in der gewiß zuzugestehenden Annahme, daß in diesem Sinne nur die Aufgabe vom Vereins-Vorstand aufgefaßt werden wollte.

Zweitens aber soll das, was unter „*gelehrten Fächern*“ zu verstehen sei, begrifflich bestimmt werden als die Gesamtheit derjenigen Berufsarten, zu deren amtlichem oder privatem Betrieb das Studium auf einer Universität, meistens auch das erfolgreiche Bestehen einer Abschlußprüfung selbstverständliche Voraussetzung ist. Wenn ich also wohl auch die sog. „*technischen Fächer*“ zu erwähnen, des Vergleiches wegen wohl beizuziehen haben werde, so sollen doch diese nicht als eine Unterart der „gelehrten Fächer“, sondern hier begrifflich als einen Gegensatz zu

letzteren bildend aufgefaßt werden; auch diese Festsetzung, welche die Gelehrsamkeit bei den Vertretern der technischen Fächer weder als minder vorhanden noch auch als für sie minder erforderlich hinstellen will, hoffe ich im Sinne des die Preisaufgabe ausschreibenden Vereinsvorstandes getroffen zu haben.

Ich wende mich nun zum ersten Teile meiner Arbeit.

I.

Stellung der Frage.

2. Das Ende des letzten deutsch-französischen Krieges hatte uns nach all den Siegen und ruhmreichen Erfolgen als herrlichstes Ergebnis die Einheit unseres Vaterlandes gebracht. Mut und Selbstvertrauen war gestärkt, der vorher stets hemmende Druck einer unsicheren Weltlage war gewichen. Mit der politischen Neuordnung trat auch in wirtschaftlicher Beziehung eine völlig neue Zeit ein: eine auf allen Gebieten und in ungeahntem Maße gesteigerte Thätigkeit schuf neue und neue Güter, jede sich darbietende Maschinen- und Kapitalkraft, jede Kraft menschlichen Körpers oder Geistes fand ihre Verwendung, fast schien all den Ansprüchen nicht genügt werden zu können.

Allzuschnell kam dann der Rückschlag: zu stark war jetzt die vorhandene Maschinenkraft, in Ueberfülle das darzuleihende Geld, zu groß das Angebot menschlicher Kraft; zu viele Fabriken kamen zum Stillstehen, der Zinsfuß sank, Arbeiter niedrigen wie hohen Ranges wurden brotlos.

Nur ein Stand, der der Beamten, der „Studierten", schien von dem jähen Wechsel der Dinge nicht oder kaum betroffen, in geordneter Arbeit und fester Stellung schien er der ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht; vordem so manchmal von oben herab angesehen, fast bedauert, ward er nun ob seiner Gesichertheit im Kampfe ums Dasein glücklich gepriesen, fast beneidet. Aber auch hier trat bald deutlicher und deutlicher eine Aenderung ein, auch den Vertretern gelehrter Fächer, selbstverständlich hauptsächlich dem jüngeren Nachwuchse unter denselben, sollte jene Wandelung der Dinge nicht erspart bleiben. Mehr und mehr fühlte der Einzelne diese Aenderung: der Rechtsanwalt wie der Arzt, der Stadtarzt nicht nur, auch der Landarzt klagte und klagt über den wachsenden Wettkampf gerade so wie der Gewerbtreibende, der Referendar wie der Assessor zählte jetzt die Jahrgänge der vor ihm Geprüften ab, deren definitive Anstellung auch er noch abwarten muß, bis seine Stunde gekommen, und in großen Teilen Deutschlands reichen längst schon die Finger einer Hand, bald die zweier Hände nicht mehr, um das Zählgeschäft zu erledigen; dem jungen

Studenten schon, dessen Segel sonst so geschwellt, tritt die Aussicht auf völlige Windstille, der Gedanken an künftige Stellenlosigkeit vor die Seele, und wer jetzt einen Jungen zum Gymnasium anmeldet, thut dies mit einiger Sorge um die nächste, mit bangerer Sorge um die spätere Zukunft des Heranwachsenden.

So machte sich seit Jahren schon in immer weiteren Kreisen die Empfindung geltend, daß am spätesten zwar, aber unbezweifelt auch bei den gelehrten Fächern und beim Beamtentum der Zudrang des Nachwuchses größer und größer, die Wahrscheinlichkeit guter oder gar baldiger Versorgung kleiner und kleiner werde. Ob aber jene Empfindung den Thatsachen vorauseile, oder ob sie eine aus dem Wissen und der Erkenntnis fest begründeter Thatsachen hervorgegangene Gemütserregung sei, oder ob sie bei genauerem Zusehen als eine aus manchen da und dort wirklich vorhandenen Zuständen abgeleitete unvollständige Induktion sich erweise — Niemand schien sich für die eine oder andere dieser Möglichkeiten fest entscheiden zu können.

Freilich — in den preußischen höheren Schulen hatte man auf Veranlassung des Ministeriums wie zu Anfang der 30er und 50er Jahre unseres Jahrhunderts, so auch bei Beginn der 80er Jahre öffentlich vom Studium der Rechtswissenschaft abraten lassen*), und die preußische Unterrichts-Verwaltung erklärte öffentlich**), es lasse sich „als gesichert erachten, daß der Unterricht in den neueren fremden Sprachen und der mathematische Unterricht schon jetzt (1881) vollständig durch geprüfte Lehrkräfte bestritten werden kann, und es läßt sich mit größter Wahrscheinlichkeit voraussehen, daß einem zeitweisen Mangel auf diesen Gebieten bereits in der nächsten Zeit ein erheblicher Ueberschuß der geprüften Lehrkräfte über die Fälle ihrer Verwendbarkeit an öffentlichen Schulen folgen wird".

Dagegen war es aber männiglich bekannt, daß zur selben Zeit Hunderte von Pfarrstellen nicht besetzt werden konnten, nicht etwa bloß katholische im Lande des sog. „Kulturkampfes" und eben auf Grund dieses letzteren, sondern in ganz Deutschland, auf katholischer wie protestantischer Seite fehlten die nötigen Kräfte in einer die Kirchenverwaltung geradezu erschreckenden Weise. Und wiederum zu gleicher Zeit — um auch ein Beispiel im besonderen aus Süddeutschland zu wählen — kam die badische Regierung fast in Verlegenheit betreffs der Besetzung von Stellen der

*) J. Conrad, Das Universitätsstudium in Deutschland während der letzten 50 Jahre. Statistische Untersuchungen unter besonderer Berücksichtigung Preußens. Jena. 1884. S. 106.

**) Centralblatt für die gesammte Unterrichts-Verwaltung in Preußen. Jahrgang 1881, S. 538.

Finanzververwaltung, weil es fast den Anschein gewann, die Klasse der „Finanzpraktikanten“ werde aussterben (vgl. die Tabelle unten S. 51!).

Wie waren solche nun einmal vorhandenen Thatsachen zu deuten? wie mit einander in Einklang zu bringen? Sollte nur ein Verschieben nach einer Seite hin stattgefunden haben? oder noch stattfinden?

3. Nur auf eine Weise läßt sich hier klarer Aufschluß gewinnen: durch Darbieten statistisch gesicherter und wissenschaftlich richtig gedeuteter Zahlen und Zahlenverhältnisse.

Leider ist es mit dem Darbieten eingehender und statistisch sicherer Zahlen von Seiten der deutschen Staatsverwaltungen, wenigstens soweit unsere Frage ins Spiel kommt, ziemlich schlecht bestellt; einzelne rühmliche Ausnahmen, wie sie z. B. die preußische Unterrichtsverwaltung macht, lassen den angegebenen Mißstand nur in um so helleres Licht treten. Glücklicherweise hat aber private Thätigkeit angefangen, wenigstens das notwendigste Material zur Beurteilung unserer Frage herbeizuschaffen.

So hat sich Professor Conrad in Halle ein entschiedenes Verdienst erworben, durch seine und seiner Mitarbeiter statistischen Untersuchungen über das Universitätsstudium in Deutschland die Quelle aufgedeckt und gefaßt zu haben, aus welcher der Zuwachs von neuen Vertretern der gelehrten Fächer herbeiströmt. Uns interessiert hier vorerst nur das eine Hauptergebnis seiner Arbeit*), daß, nachdem während des Vierteljahrhunderts von 1835 bis 1860 die Gesamtzahl der Studirenden an den deutschen Universitäten sich dauernd annähernd auf einer Höhe zwischen 11 und 12000 gehalten hatte, daß darauf eine langsame, aber stetige Zunahme eintrat bis etwa 1870, wo jene Zahl erst auf rund 14000 gestiegen war, daß aber von da ab die Anzahl der Studenten Halbjahr für Halbjahr in ungeahntem Maße wuchs, um im Sommer 1888 die Höhe von 29267 zu erreichen: in den letzten 18 Jahren hat also, bei einer Steigerung der Einwohnerzahl Deutschlands von 100 auf 114,8%, eine Zunahme der Studentenzahl von 100 auf 211,6% stattgefunden.

Wenn so die Zahl der Studenten wächst, was immer auch hiervon die Ursache sein mag, so muß die Zahl der Vertreter gelehrter Fächer unzweifelhaft auch wachsen. Nun hat sich freilich, wie Jedermann bekannt, gerade in den letzten 1½ Jahrzehnten ein hier nicht näher zu erörterndes erhöhtes Bedürfnis nach wissenschaftlich ausgebildeten Kräften in der That eingestellt; daß es aber in dem gleichen Maße gewachsen, wie die Anzahl der Universitätsstudenten zunahm, dürfte wohl niemand als glaublich hinstellen wollen.

*) Conrad a. a. O. S. 12—16 und Tabelle II. (Vgl. S. 58, Fig. 1.)

Es bedarf also der Untersuchung, ob und in welchen Zweigen eine Uebererzeugung von Vertretern gelehrter Fächer stattgefunden habe. Ich halte mich behufs Beantwortung dieser Fragen zunächst an Conrad's Ermittelungen, werde aber auch sonstige Angaben und die Ergebnisse eigener Nachforschungen verwerten. Conrad geht in seinem Buche nach Ausmittelung des erwähnten Uebersichts- und Hauptergebnisses näher auf die einzelnen Fakultäten ein und zieht dabei auch, was hier besondere dankende Erwähnung verdient, die Bedarfszahl je an fertig ausgebildeten und im öffentlichen Dienste verwendungs-, bzw. anstellungsfähigen jungen Männern in Betracht.

Da findet er nun die folgenden Ergebnisse.

4. Bei der **evangelischen Theologie** ist in **Sachsen** und **Würtemberg** um die Mitte der 70er Jahre ein Mangel an Geistlichen noch nicht vorhanden gewesen (S. 69 bei Conrad), zwischen Angebot und Nachfrage war ein angemessenes Verhältnis eingetreten; in **Baden** hatte sich zwar von 1850—73 die Zahl der Ordinierten nicht verringert*), gleichwohl hat es schon seit Anfang der 70er Jahre an Männern zur Besetzung neu geschaffener und auch mancher alten Stellen gefehlt, und nach Erkundigung an zuständiger Stelle kann ich zufügen, daß bis 1886 allmählich die Zahl der nicht besetzbaren Stellen auf 32 von im ganzen 407**), d. h. auf fast 8% aller gestiegen war, um in den letzten 2 Jahren auf 20 herabzugehen; in **Bayern** war der von 1861—71 vorhandene Mangel an Kräften bis 1881 trotz vermehrten Zuganges noch nicht gedeckt (Conrad a. a. O. S. 70); im **nichtpreußischen Norddeutschland** war um 1875 ein fühlbarer Mangel nicht vorhanden und hat sich seither wohl auch kaum eingestellt (S. 69 f.); für die **alten Provinzen Preußens** ist i. J. 1884 die frühere Sorge um Nachwuchs gegenstandslos geworden, vielmehr dürfte in der nachfolgenden Zeit die entgegengesetzte wegen Ueberfüllung Platz greifen, und auch im **gesamten preußischen Staate** war zwar von 1866—80 die für einen normalen Nachwuchs nötige Jahreszahl von Theologiestudierenden um etwa 300 zu gering, war aber mit dem Jahre 1881 mindestens erreicht und wurde in den folgenden Jahren bereits wesentlich überschritten (S. 78) — dabei ist aber als Ausgleichung oder Abschwächung solchen Ueberschreitens die andere wichtige Thatsache wohl im Auge zu

*) Laut Auskunft von amtlicher Stelle betrug die Anzahl der Ordinierten für die 29 Jahre von 1860 bis einschließlich 1888 bzw.: 20, 11, 15, 24, 13, 21, 18, 15, 10, 15, 9, 19, 12, 12, 12, 3, 6, 1, 8, 5, 9, 8, 4, 15, 21, 24, 30, 19, 19. Der durchschnittliche Jahresbedarf ist etwa 12. Auf 100000 evangelische Badener kommen jetzt (1. Dez. 1888) etwa 72 geistliche Stellen.

**) Nämlich 377 Pfarreien und 6 Militär- und Anstaltsgeistliche und 24 Pastorationsposten und Diakonate und selbständige Vikariate.

behalten, daß im Verhältnis zur Bevölkerungsmenge die Zahl der protestantischen Seelsorger Preußens sich fortdauernd vermindert hat: auf 100000 evangelische Preußen kamen im Jahre 1815 noch etwa 87 geistliche Stellen, in den Jahren 1840, 1850, 1860, 1870, 1880 und 1884 aber deren nur noch bzw. 65, 58, 54, 52, 48 und 53 (a. a. O. S. 78), Zahlen, welche wahrhaftig für eine Ueberfüllung des Standes der protestantischen Geistlichen nicht zu sprechen vermögen.

Betreffs der **katholischen Theologie** darf ich mich wohl auf das Wort Conrads (S. 102) berufen, welches den Abschluß seiner Zahlenuntersuchungen bildet, nämlich daß der Mangel an Geistlichen hier chronisch geworden ist und auch in der neuesten Zeit nicht eine solche Ausgleichung erfahren hat wie bei der evangelisch-theologischen Fakultät.

5. Was die Verhältnisse der **Juristen** betrifft, so sind die der preußischen Juristen am bekanntesten geworden. Conrad zunächst (S. 118) findet durch mühsame, aber doch nur angenäherte Ergebnisse liefernde Rechnung, daß in den altpreußischen Provinzen der Jahresbedarf an Juristen für die Rechtspflege sowohl, als für die Staats- und Gemeinde-Verwaltung von 211 (in 1830—55) auf 257 (in 1866) stieg, in dem jetzigen Preußen aber von 286 (in 1868) auf schließlich 307 (in 1881), daß also — diese Zahlen mit denjenigen der Anstellungsberechtigten verglichen — in der Zeit 1841—55 der Bedarf nicht ganz gedeckt werden konnte, daß in 1859—65 dagegen das Angebot den Bedarf wieder alljährlich überstieg, von 1866—70 wiederum vom alten Bestand gezehrt werden mußte, auch anfangs der 70er Jahre die beanspruchte Summe nicht voll erreicht wurde, daß dann erst von 1876—80 dem Bedarfe von je 300 neu zu besetzenden Stellen je 354 Kandidaten gegenüberstanden, seit 1880 aber jährlich über 500, „eine noch kaum dagewesene Ueberfülle" (S. 118).

Prof. v. Schulte in Bonn hat dann auf eigenem Wege die Frage nach dem Bedürfnis und Angebot an deutschen Juristen erneut einer Prüfung unterzogen*). Auch er berechnet (a. a. O. S. 332) zunächst für Preußen und zwar für dessen in der Rechtspflege verwendete Juristen den für die 6 Jahre 1880—85 nötigen jährlichen Bedarf auf durchschnittlich etwa 300; dem gegenüber hat ein Zugang an anstellungsfähigen Assessoren stattgefunden von $306 + 422 + 459 + 517 + 507 + 518$, zusammen von 2729; da 1751 derselben in die während der 6 Jahre erledigten Stellen einrückten (nämlich 810 in richterliche und 941 in Anwalts- und Notarsstellen), so blieb Ende 1885 die verfügbare Zahl von

*) Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, gegründet von B. Hildebrand, hrsgg. von J. Conrad; Neue Folge, 12ter Band. Jena 1886, S. 315—337.

978 Assessoren, d. h. das volle Bedürfnis war schon auf 3 Jahre hinaus gedeckt.

Für die in der Verwaltung Preußens verwendeten Juristen berechnet v. Schulte ebenfalls (bei dem Stande von 1885) ein um 260 Köpfe zu starkes Erzeugnis von Regierungsassessoren, so daß hiernach, um das Gleichgewicht herzustellen, die Anzahl der Studierenden der Rechte aus Preußen um jährlich 600 abnehmen müßte.

Was Conrad und v. Schulte für Preußen auf Grund teils von amtlichen Veröffentlichungen, teils von Kombinationen und Folgerungen berechnet hatten, nämlich eine Ueberfüllung des juristischen Standes mit Stellenanwärtern, das hat der preußische Kultusminister v. Goßler in der für unsere Frage besonders denkwürdigen und von mir weiterhin noch zu erwähnenden Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 7. März 1888 bestätigt, indem er mitteilte, daß an jenem Tage der preußische Staat über „das stattliche Regiment" von 3985 Referendaren und 3185 Assessoren verfüge — eine über das Bedürfnis weit hinausgehende Zahl.

Das kgl. preußische Statistische Bureau hat dann, natürlich aus amtlichem Material, diese Angaben genauer dargelegt und vervollständigt und die allmählige Entstehung dieser Zahlen erörtert*). Ich will aus dieser amtlichen Angabe, hauptsächlich in Rücksicht auf den zweiten Teil meiner Arbeit, zunächst die Thatsache entnehmen, daß „die Zahl der im Vorbereitungsdienste bei den preußischen Justizbehörden beschäftigten

Referendare	in den Jahren	1869 u. 1870	durchschnittlich	1450 betrug,
daß sie dann	„ „	1871—75	schon auf	1734,
ferner	„ „	1876–80	auf	2971,
endlich	„ „	1881—85	gar auf	3883 stieg, um
darauf		1886/87	wieder auf	3554 zu sinken.

„Fügt man diesen Zahlen die im Vorbereitungsdienst bei den Verwaltungsbehörden beschäftigten Regierungsreferendare mit 190—200 für 1881—85 und mit 350 für 1886/87 hinzu, so berechnet sich das Verhältnis der zwischen der ersten und zweiten Prüfung stehenden Juristen zur Bevölkerung . . . so, daß in den 3 aufeinander folgenden Jahrfünften von 1871 ab je 1 Referendar zu rechnen war auf durchschnittlich bezw. 1144, 701, 540 20—30jährige männliche Einwohner, im Jahre 1886/87 auf deren 587.

„Nach diesen Zahlen ist in den nächsten Jahren eine weitere Verminderung der Zahl der Referendare zu erwarten.

---

*) Statistische Korrespondenz, XIV. Jahrgang, Nr. 27 vom 21. Juli 1888, S. 2.

„Nicht so steht es aber mit den **Assessoren** . . .". Solche sind seit 1871 in stets steigender Zahl aus den Prüfungen hervorgegangen, nämlich ansteigend der Zahl nach

in den Jahren von 1871—74 von 157 bis 228 (Durchschnitt = 227),
„ „ „ „ 1875—80 „ 278 bis 380 („ = 354),
„ „ „ „ 1881—85 „ 503 bis 622 („ = 561);

die Gesamtzahl stellte sich aber im Jahre 1886 auf 692,

und im Jahre 1887 haben — „die höchste je in Preußen erreichte Zahl!" — nicht weniger als 704 Gerichtsreferendare die Prüfung behufs Erweises der Befähigung zum Richteramte bestanden.

„Rechnet man hierzu die aus Regierungsreferendaren hervorgehenden Regierungsassessoren, deren 1887 98 ernannt sind und Ende 1887 etwa 400 vorhanden waren*), so erhält man die Zahl derjenigen früheren Angehörigen der juristischen Fakultät, welche den zu den höheren Verwaltungsämtern, zum Richteramt, zur Staats- und Rechtsanwaltschaft und zum Notariat Befähigten 1887 hinzugetreten sind."

Den Abgang aus denjenigen Berufsstellungen, welche den so Befähigten vorbehalten sind oder in der Regel übertragen werden, kann auch das amtliche Blatt nur schätzungsweise beschaffen; seine Arbeit gewährt aber im Vergleiche zu v. Schulte's Aufsatz den Vorteil, bis auf die neueste Zeit fortgeführte Zahlen zu geben.

Darnach gab es in den Jahren

	1878	1885	1887	
	4674	4205	4234	Richter und Staatsanwälte,
sowie	2148	2553	3068	Rechtsanwälte u. Notare u. dgl.,
ferner	1680	1775	1865	juristisch vorgebildete Beamte in sämtlichen Betrieben der Staatsverwaltung,
und noch	350	etwa	400	höhere Justiz- und Verwaltungsbeamte bei den höheren Kommunalverbänden und Gemeinden.
Demnach wären also bzw.	8852	8933	9567	Amtsstellen für die betreffenden Kandidaten vorhanden gewesen, wenn die Erlangung der Rechtsanwaltschaft mit der Anstellung als gleichwertig betrachtet und zugleich von den

*) Nach einem „Berlin 7. Oktober 1888" datirten Artikel der Köln. Zeitung vom 9. Okt. 1888, Nr. 281, Erstes Blatt gab es in Preußen i. J.:

1882	1883	1884	1885	1886	1887	1888
121	155	171	187	226	242	304

Regierungsassessoren bei allen Regierungen des preußischen Staates. Die Zahl der Regierungsreferendare betrug demselben Artikel zufolge in denselben Jahren:

154	238	259	258	339	360	366.

etwa 500 im Privatdienst stehenden Juristen abgesehen wird. „Die Zahl der Amtsstellen ist sonach seit 10 Jahren annähernd die gleiche geblieben oder selbst geringer geworden, da ja die Vermehrung hauptsächlich auf die Zunahme in der Rechtsanwaltschaft kommt."

Rechnet man nun — wie die Statistische Korrespondenz annähernd begründet — etwa 28 Jahre durchschnittliche aktive Dienstdauer der betreffenden Beamten, „so würden in den Jahren

	1878	1885	1887	
etwa	317	320	342	Stellen zur Neubesetzung gelangt sein; diesen

standen aber 379 670 802 Neuernennungen von Assessoren gegenüber. Sonach war schon i. J. 1878 etwas mehr Nachwuchs vorhanden als Stellenvakanzen, und dieses Verhältnis hat sich bis 1887 ganz bedeutend verschlechtert. Wie wir oben sahen, wird dasselbe in den nächsten Jahren nicht günstiger werden. Bei einer Anzahl von fast 2000 Assessoren und 320—340 jährlichen Vakanzen **muß** jeder Assessor als solcher durchschnittlich 6 Jahre auf Anstellung warten. Der Jurist (in Preußen) sieht heute also von der Reifeprüfung bis zur Anstellung mindestens 15 Jahre vergehen: gewiß keine verlockende Aussicht!"

Für den richterlichen Beruf in Preußen gilt also in der That das Wort derselben Statistischen Korrespondenz, „daß die Ueberproduktion von Juristen gegenwärtig ohne Zweifel sehr groß ist und für die nächste Zeit nahezu eine Kalamität zu werden droht"; sie fügt aber am Ende ihres Aufsatzes die verhältnismäßig tröstenden Worte hinzu: „— Allerdings lastet die Ungunst der Verhältnisse vor allem auf den eigentlichen Juristen; in der allgemeinen Verwaltung liegen die Dinge zur Zeit noch besser."

Für die Gebiete des **nichtpreußischen Deutschlands** läßt sich, sagt v. Schulte (a. a. O. S. 336), wegen der fehlenden Grundlagen nichts Genaueres berechnen; nur für **Bayern** und **Württemberg** findet er, ohne genauere Zahlen anzugeben, daß von einer zu großen Zahl von Juristen in diesen Staaten keine Rede sein kann, daß höchstens in Bayern sich „in einigen Jahren" eine Ueberfülle herausstellen könne.

Für **Baden** kann ich selbst zahlenmäßige Belege beibringen. In den Jahren von 1873 ab bestanden nämlich die erste bzw. zweite juristische Staatsprüfung und wurden dadurch zu sogenannten

Rechtspraktikanten:

1873	1874	1875	1876	1877	1878	1879	1880
30	23	19	20	—	18	63	12

1881	1882	1883	1884	1885	1886	1887	1888
27	35	46	33	34	24	24	21

und bezw. zu Referendären:

1873	1874	1875	1876	1877	1878	1879	1880
30	25	24	18	24	17	—	18

1881	1882	1883	1884	1885	1886	1887	1888
16	32	31	30	29	36	34	30.

Von diesen Referendären sind nach einer von amtlicher Stelle erhaltenen Auskunft alle vor dem Jahre 1884 bestandenen sämtlich fest angestellt oder in eine einer Anstellung gleichen, meist pekuniär ergiebigeren Stelle (als Anwälte oder Notare) eingerückt; von den 30 29 36 34 30 Referendären der Jahre 1884—88 aber sind mit solcher Anstellung nur noch im Rückstande bzw. deren 6 9 28 34 30, und diese rückständigen erhalten während der Gerichtsferien, wo viele Dienstverwesungen eintreten, sämtlich, während der übrigen Zeit des Jahres fast alle, mit beinahe verschwindenden Ausnahmen, eine Bezahlung in Tagesgebühren. Demnach läßt sich für das Großherzogtum Baden — und das ist auch die Meinung des Regierungsvertreters — von einer Ueberfüllung an Juristen zur Zeit **nicht** reden.

Ebenso ist in **Baden** für die früheren sog. **Kameralisten**, d. i. für die Vertreter der Staatswirtschaft und des Finanzfaches, von einer Uebersetzung mit Kandidaten weder jetzt die Rede, noch konnte seit mindestens 15 Jahren davon die Rede sein. Die betreffende erste und einzige Prüfung bestanden*) in den Jahren

1843—52	1853—62	1863—72	1873	1874	1875	1876	1877
81	83	91	5	7	5	6	4

1878	1879	1880	1881	1882	1883	1884	1885	1886	1887	1888
1	2	1	1	1	3	9	12	15	12	11,

und laut Auskunft des betreffenden Regierungsvertreters sind die vor dem Jahre 1884 Geprüften schon alle in etatmäßige Stellen eingerückt, von denen der Jahre 1884 und 1885 sind schon oder werden noch im Verlaufe des Jahres 1888 wohl deren 9 angestellt; die übrigen sind bei der mannigfachen Verwendungsfähigkeit im eigentlichen Finanzdienst, im Kassenwesen der inneren Verwaltung sowie der kirchlichen Stiftungen und beim Eisenbahndienste sämtlich gegen Bezahlung beschäftigt. Dies bestätigt, daß hier eine Ueberfüllung **nicht** vorhanden ist.

*) L. Kirsch, Das kameralistische Studium im Großherzogtum Baden. Abdruck aus dem „Finanzarchiv", hrsgg. von G. Schanz (J. G. Cotta'scher Verlag), IV. Jahrg., 1. Band, S. 1—80, insbesondere S. 57 f.

6. Betreffs der **Mediziner** ergeben die Untersuchungen Conrads (a. a. O. S. 119—131), daß die Steigerung in der Anzahl der deutschen Medizinstudierenden in den 20 Jahren von 1862 ab zwar noch etwas stärker als bei den Juristen gewesen, ganz besonders seit 1878, und ich muß zufügen, daß seit den hinzugekommenen letzten 6 Jahren die Zunahme noch beträchtlich viel stärker war, wie die im „Reichsanzeiger" veröffentlichte Zahl der alljährlich bestandenen Aerzte beweist. So hat auch der preußische Minister von Goßler in seiner (S. 48) erwähnten Rede vor dem Abgeordnetenhause angeführt, daß die Zahl der Medizinstudierenden in dem Jahrzehnt von 1877 bis 1887 annähernd auf das Dreifache gestiegen sei, und dieser absolute Zuwachs ist freilich außerordentlich, aber durch ihn als absolute Zahl ist noch wenig festgestellt. Man muß wohl berücksichtigen, daß (Conrad a. a. O. S. 126) in den altpreußischen Provinzen i. J. 1825 je ein Arzt*) kam auf 3001 Einwohner, i. J. 1849 auf 2929, 1852 auf 2638, 1861 aber auf 3067, 1867 gar auf 3453, 1879 auf 3349 Personen, mit Ausschluß der sog. „Chirurgen" aber i. J. 1834 je ein approbierter Arzt auf 6000, 1840 auf 5286, 1867 auf 3456, 1879 auf 3349 Personen; man muß daneben halten, daß im heutigen Preußen Anfang der 80er Jahre je ein Arzt kam auf 3171, in Würtemberg i. J. 1879 einer auf 3900, in Hessen auf 2668, in ganz Deutschland aber auf 3403 Einwohner. Ich will auch noch beifügen, daß im Großherzogtum Baden die Zahl der Aerzte im Jahre

1852	1877	1878	1879	1880	1881	
366	525	525	516	505	513	
1882	1883	1884	1885	1886	1887/88	
508	545	549	569	594	561	betrug**),

daß also bzw. je 1 Arzt kam

im Jahre	1852	1877	1878	1879	1880	1881	
auf	3708	2919	2943	3019	3109	3073	Einwohner,
im Jahre	1882	1883	1884	1885	1886	1887/88	
auf	3115	2915	2905	2814	3407	2876	Einwohner.

Welch beträchtliche Verschiedenheiten aber in Bezug auf die Verteilung der Aerzte vorkommen, kann eben das Land Baden beweisen: in

*) Dabei sind die alten sog. Chirurgen eingerechnet, „welche in jener Zeit ihrer Wirksamkeit, namentlich auf dem Lande und in den kleinen Städten, durchaus die Stellung der unter der Mittelmäßigkeit bleibenden Aerzte unserer Zeit einnehmen". (Conrad a. a. O. S. 121 und 125.)

**) Laut „Statistischem Jahrbuch für das Großherzogtum Baden, 19. Jahrgg. 1886. Karlsruhe (1888)", S. 224. — Die letzte Zahl, nach der amtlichen Aufnahme vom 1. Januar 1888, ist entnommen aus „Aerztliche Mitteilungen aus Baden, 42. Jahrgg. 1888, Nr. 16 vom 31. August 1888", S. 124.

den 6 Amtsbezirken Waldshut, Engen, Donaueschingen, St. Blasien, Mannheim und Freiburg kommen auf 1 Arzt bzw. rund 4900, 4400, 4100, 3300, 2100, 920 Einwohner, in den Städten Karlsruhe und Heidelberg (Universität!) bzw. 1212 und gar nur 483 Einwohner!

Wenn man also auch allüberall in Deutschland die wohl richtige Bemerkung machen kann, daß in den Städten fast zu viele Aerzte ansässig sind, jedenfalls die Grenze des Zulässigen erreicht zu sein scheint, so wird man gleichwohl Conrad (a. a. O. S. 127) zustimmen können, daß im ganzen Deutschland die Zahl der Aerzte „nicht in solcher Weise zugenommen hat wie es zu wünschen gewesen wäre". So ergibt sich als Schlußergebnis seiner Studien (a. a. O. S. 131) und auch unserer, daß „bei den Medizinern eine Ueberfüllung **nicht** vorliegt."

7. So bleibt also noch die **philosophische Fakultät** zur Untersuchung übrig.

Zwei Hauptgruppen von Vertretern gelehrter Fächer sind es ja wesentlich, welche bei der genannten Fakultät ihre Ausbildung erlangen: die Philologen und Historiker einerseits, die Mathematiker und sog. Naturwissenschafter anderseits. Von beiderlei Vertretern ist in den letzten Jahren eine ungemein große Zahl geprüft und staatlich anerkannt worden.

Ich beginne mit den bezüglichen Verhältnissen **Preußens**. Hier haben die Hauptprüfung „pro facultate docendi" seit dem Jahre 1820 junge Männer in einer Anzahl bestanden, welche früher ziemlich gleich hoch geblieben war, seit Anfang der 60er Jahre ab, ganz besonders aber seit 1880 ungemein stark gestiegen ist. Dieselbe wechselte von 1832—60 zwischen 80 und 100, stieg während der Jahre 1860 bis 74 von 130 auf 436, ging bis 1879 auf 384 zurück, um dann rasch auf 628 zu steigen (1884/85), von welcher höchsten Zahl seitdem wieder ein Rücksinken bemerklich geworden ist (zuletzt 469 im Jahre 1887/88).

Die Gesamtzahl der von 1820—60 (ausschl.) Geprüften*) ist = 3637,
durchschnittlich jährlich = 90,9, dagegen
die Gesamtzahl der von 1860—68 (ausschließl.) Geprüften ist = 1556,
d. h. schon durchschnittlich jährlich = 194,5 und
die Gesamtzahl der von 1868—87/88 (einschl.) Geprüften ist = 9002,
d. h. sogar durchschnittlich jährlich = 450.

*) Die Zahlen sind entnommen für die früheren Jahre aus „Dr. L. Wiese, Das höhere Schulwesen in Preußen" (Bd. 1), Berlin 1864, S. 555 ff., für die späteren Jahre den einzelnen Jahrgängen der Zeitschrift „Centralblatt für die gesamte Unterrichtsverwaltung in Preußen, hrsgg. in dem Ministerium der geistlichen Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten", künftig kurz als „Centralblatt" angeführt.

Hierbei ist freilich zu beachten, daß auch die Zahl der wissenschaftlichen Lehrerstellen, wie ich später noch gelegentlich zeigen werde, ganz gewaltig vermehrt worden und wesentlich stärker gestiegen ist als die Bevölkerung; aber gleichwohl ist ganz so wie bei den Juristen eine Uebervölkerung im Vergleiche zu den vorhandenen Lehrerstellen thatsächlich vorhanden (vgl. S. 44). Auch diese Verhältnisse wurden grell beleuchtet in der wiederholt schon erwähnten Rede des Kultusministers v. Goßler am 7. März 1888: er teilte aus amtlichem Materiale mit, daß i. J. 1887 nicht weniger als 1834 Kandidaten des höheren Schulamtes [= 893 Altphilologen + 941 Mathematiker und Neusprachler] ihr Probejahr bereits abgelegt, also vollkommen anstellungsfähig, aber unangestellt seien, daß zwar 551 [= 226 + 225] derselben dauernde Remunerationen als Hülfslehrer beziehen und daß 517 [= 259 + 258] derselben zeitweise gegen Remuneration beschäftigt, daß aber deren 769 [= 308 + 461], d. h. etwa 42% aller ganz ohne Einkommen seien. Ein beklagenswertes Gesamtbild! — ruft der Minister selbst aus. Ein Bild, dessen düstere Schatten Regierung und Volksvertretung einigermaßen mildern könnten und sollten, nicht etwa hauptsächlich der Lehrer, sondern der Schüler, des Unterrichtserfolges wegen, dadurch nämlich, daß sie der allgemein beklagten Ueberfüllung der Schulklassen steuerten durch Errichtung neuer Lehrerstellen.

In den eben gekennzeichneten Verhältnissen ist es auch bedingt, daß das Fach der Bibliothekare und Archivbeamten, welche ja naturgemäß aus den Reihen der Philologen und Historiker sich rekrutieren, nach zuverlässigen privaten Mitteilungen ein in Deutschland jetzt durchweg ungemein übersetztes ist.

In **Sachsen** stehen die Dinge ähnlich wie in Preußen. Bei Beginn des Winterhalbjahres 1885/86 standen dem Kultusministerium zu Dresden 25 altklassische + 24 Neu-Philologen + 32 Mathematiker + 22 Naturwissenschafter + 15 frühere Seminaristen, zusammen = 118 junge Lehrkräfte zur Verfügung, während die Mehrzahl der fest angestellten Lehrer ein Durchschnittsalter von 30—40 Jahren hat und an Gründung von Schulen oder Lehrerstellen kaum zu denken ist.

Auch in **Würtemberg** bestehen ähnliche Zustände für das höhere Lehrfach und es sollen die „Aussichten trostlos" sein; und auch in **Baden** ist der Stand der Dinge kein erwünschter: es haben hier die Staatsprüfung bestanden in den Jahren:

1873	1874	1875	1876	1877	1878	1879	1880
12	6	6	6	13	19	16	14
1881	1882	1883	1884	1885	1886	1887	1888
15	5	14	16	18	25	19	25;

von diesen sind aber als sog. Praktikanten thätig:

1873—79	1880	1881	1882	1883	1884	1885	1886	1887	1888
—	1	2	5	12	16	17	21	19	17,

und zwar sind von diesen 110 nicht fest angestellten Praktikanten deren 93 in etatmäßigen Stellen und 17 ohne Bezahlung (als sog. „Volontäre") an den Mittelschulen des Landes verwendet. So nach dem Stande vom 1. Juni 1888 [Vgl. Badische Schulblätter, Organ des Vereins akademisch gebildeter Lehrer an den badischen Mittelschulen, 5. Jahrgang 1888, Nr. 6, S. 127, nach amtlich mitgeteiltem Material].

Wenn ich bei den Vertretern der Naturwissenschaften, welche in der philosophischen Fakultät ihre Ausbildung erstreben, noch der **Chemiker** und ihrer landauf, landab bekannten Ueberzahl gedacht, so bin ich mit meiner Wanderung durch die einzelnen Fakultätsstudien zu Ende.

8. Ich fasse nun die in den vorstehenden vier Paragraphen in Kürze so genau und eingehend als möglich dargelegten Verhältnisse der letzten Jahre und besonders der Gegenwart zusammen und komme zu dem Gesamtergebnis, daß bei einzelnen der sog. gelehrten Fächer, insbesondere bei den Juristen, bei den Lehrern für höhere Schulen [— aber nicht, wie es scheint, bei denen für Hochschulen, vgl. Conrad a. a. O. S. 159 ff. —] und bei Chemikern eine Ueberfüllung an Kandidaten für die betreffenden Stellen in der That vorhanden ist, daß die Zahl der Aerzte in den Städten freilich fast zu groß sein dürfte, im ganzen aber durchschnittlich wohl etwa dem seit den letzten Zeiten erheblich gestiegenen, freilich nur schwer oder gar nicht genau angebbaren Bedürfnisse entsprechen mag, daß dagegen im Fache der „Gottesgelehrtheit" noch ein entschiedenes „Zu wenig" uns fast von allen Seiten entgegentönt; was endlich die Menge der deutschen „Privatgelehrten" betrifft, diejenigen nur gezählt, welche es sind dem eignen Trieb gehorchend, nicht der Not, so ist diese, bei unserer durchschnittlich geringeren Wohlhabenheit der mittleren Schichten und bei unserer deutschen landläufigen Auffassung von dem eine gesellschaftliche Stellung erst schaffenden Amtsberufe, im Vergleich zu anderen Kulturstaaten eine recht geringe.

Bei solchem Gesamtergebnisse kann ich dem Wortlaute des ersten Teils der gestellten Preisaufgabe nicht beistimmen; nicht etwa bloß die schon oben (S. 42) vorbehaltene Einschränkung auf nur deutsche Verhältnisse wünsche ich in der Fragestellung ausgedrückt, sondern auch die weitere im unmittelbar Vorangehenden kurz dargelegte. Ich glaube also recht und hoffentlich im Sinne des ausschreibenden Vorstandes sowohl als des Preisgerichtes zu handeln, wenn ich die in Wirklichkeit gestellte Frage,

um sie beantwortungsfähig zu machen, zunächst in dem Sinne der folgenden Frage deute:

„Woher rührt die Ueberfüllung einiger, vielleicht der Mehrzahl der sogenannten gelehrten Fächer im größten Teile Deutschlands?"

Es wird mir diese meine Umdeutung der Aufgabe wohl um so eher zugestanden werden, wenn ich sie auch aus der geschichtlichen Entwickelung der Fragestellung heraus zu begründen vermag.

Am 7. März 1888 hatte im preußischen Abgeordnetenhaus Dr. Langerhans erneut die Frage der Gleichberechtigung von Gymnasial- und Realschul-Abiturienten besprochen und ihre Lösung im zustimmenden Sinne warm befürwortet, der Kultusminister v. Goßler hatte dieses Ansinnen abgelehnt und hatte zur Begründung seiner Ablehnung die vorhin erwähnten traurigen Anstellungsverhältnisse bei den preußischen Juristen und höheren Lehrern und die, wie er sagte, noch viel schlimmeren Verhältnisse bei den Medizinern zahlenmäßig dargelegt — Zahlen und Zahlenverhältnisse, welche im einzelnen und bei den gerade in Mitleidenschaft kommenden Kreisen wohl annähernd bekannt waren, welche nun aber für die neueste Zeit und amtlich festgestellt und jetzt durch die Presse den weitesten Kreisen bekannt geworden einen ungeheuren Eindruck machten und die Entstehung eines „gelehrten Proletariates" in gefährliche Nähe zu rücken schienen. Der Kultusminister hatte durch seine Rede aber auch für die nächste Zeit die Hoffnungen des deutschen Realschulmänner-Vereins zerstört. Als daher dessen Delegierten-Versammlung kurz darauf tagte, geschah es wohl unmittelbar unter dem Eindruck der Ministerrede, daß am 4. April 1888 der Antrag des Zweigvereins Sprottau auf Ausschreiben unserer Preisaufgabe gestellt und kurzer Hand angenommen wurde — begreiflich genug, daß die wesentlich preußische Verhältnisse beachtenden und vornehmlich preußischen Schulmänner-Delegierten den etwas zu allgemein gefaßten Wortlaut des Antrages zu dem ihrigen machten.

Ich wende mich nun zur Beantwortung der im angegebenen Sinne gedeuteten ersten Frage der Aufgabe und damit zum zweiten Teile meiner Arbeit.

II.

Ursachen der Ueberfüllung.

9. Wer irgend einem sog. „gelehrten Fache“ sich zuwenden will, hat in deutschen Landen seinen Weg durch die Universität zu wählen: nicht Herkommen und Sitte nur machen diesen Weg zum selbstverständlichen, für die Zulassung zum Kirchen- oder höheren Staatsdienste ist er der gesetzlich gebotene.

Wenn und soweit also jetzt oder in den letzten Zeiten eine Ueberfüllung gelehrter Fächer vorhanden ist, muß sie sich durch einen der Zeit nach vorhergehenden gesteigerten, nach irgend welchem Maße gemessenen unverhältnismäßig großen Besuch unserer deutschen Universitäten anzeigen. Nicht wird umgekehrt eine gesteigerte, selbst im Verhältnis zu einem vieljährigen Durchschnitt übermäßig große Anzahl von Universitäts-Studenten an sich eine Ueberfüllung gelehrter Fächer zur Folge haben müssen oder gar selbst schon darstellen: wie jeder zugibt, wie übrigens die in der Einleitung (S. 42) gegebene Begriffsbestimmung deutlich ergibt, ist das Universitätsstudium selber gewiß kein gelehrtes Fach, sondern nur Vorbereitung zu einem solchen, und es wäre ja denkbar, daß gerade die den nötigen Durchschnitt übersteigende Anzahl von Studenten nach Erledigung ihrer Studien zu den heimischen Penaten zurückkehrte, um in selbstgewählter privater Thätigkeit oder in beschaulichem Zurückziehen ihr Dasein zu vollenden — eine Ueberfüllung genannter Art wäre dann gewiß nicht vorhanden.

Dem ist aber nicht so. Also symptomatisch wird, wie nun einmal unsere deutschen Verhältnisse liegen, der zahlreiche, der allzu zahlreiche Besuch unserer Universitäten unzweifelhaft sein, symptomatisch insofern, als er in sich die Vorbedingung für jene auf ihre Ursachen zu untersuchende Ueberfüllung darstellt.

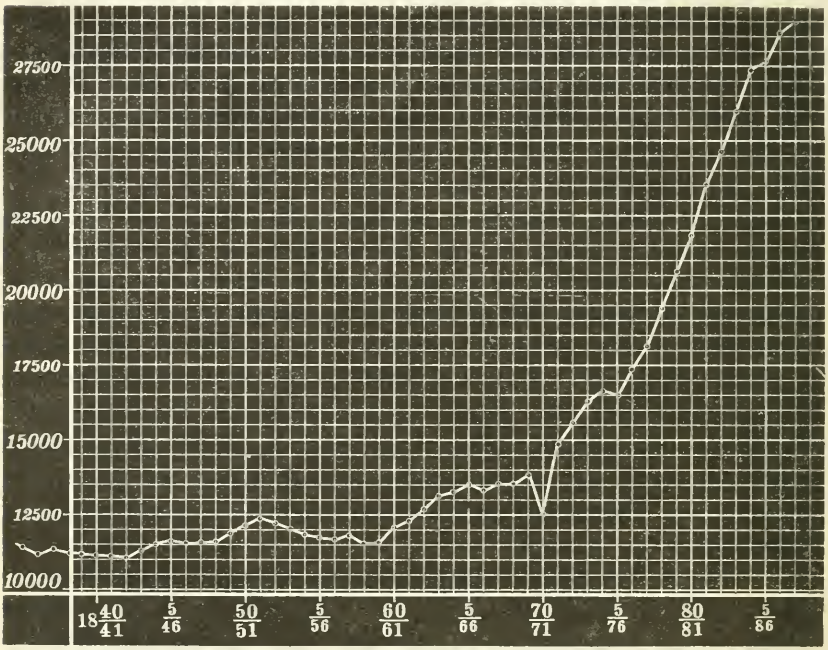
Eine Nachforschung nach den Gründen einer teilweisen oder vollständigen Ueberfüllung unserer gelehrten Fächer wird also im wesentlichen, wenn man vorerst von der Frage der das Studium abschließenden Staatsprüfung absieht, hinauskommen auf die Untersuchung der Gründe für die in den letzten Zeiten so außerordentlich gesteigerte Besuchszahl unserer Universitäten. Denn daß eine solche Steigerung stattgefunden, ist ja eine allgemein bekannte Thatsache.

10. Dieser Thatsache des gesteigerten Universitätsbesuches wende ich mich nun zunächst zu. Ich stelle sie fest nach den bis 1882/83 von Conrad ermittelten, für die letzten 6 Jahre aus Aschersons Univer-

sitäts-Kalender entnommenen Zahlen, und zwar in der Art, daß ich aus jenen je für ein Winter- und das darauf folgende Sommerhalbjahr gültigen Zahlen das Mittel bilde — einmal um die Uebersichtlichkeit zu erhöhen, dann aber auch um des späteren Vergleiches willen mit anderen je nur für ein Volljahr gültigen Zahlen. Die so ermittelten Zahlen will ich

Figur 1.

Gesamtzahl der Studenten an den deutschen Universitäten.



nun in der beigefügten Figur 1, die **Gesamtzahl der Studenten an den deutschen Universitäten** darstellend, versinnlichen*) derart, daß die seit 1835 verflossenen Studienjahre als Abscissenpunkte, die Zahlen der betreffenden Studenten als zugehörige Ordinatenlängen erscheinen: die Kurve weist so deutlich Verlauf, Art und Stärke des Besuchs und der Zunahme des Besuches unserer Universitäten auf.

*) Meine beim Preisgericht s. Zt. eingereichte handschriftliche Arbeit enthielt im ganzen 40 Figuren zur Erläuterung statistischer Thatsachen. Die Rücksicht auf die Höhe der Druckkosten zwang mich aber leider, jene Zahl wesentlich herabzusetzen, und so erscheinen denn hier in der gedruckt vorliegenden Arbeit nur 60 Prozent der sämtlichen Figuren, und diese wiederum zum Teile wenigstens in verkleinertem Maßstabe.

Uns interessiert an dieser Kurve hauptsächlich ihr ungemein starkes Ansteigen im letzten Teile: seit 1876 ist es, „als ob in jedem Semester eine Universität wie Straßburg hinzugetreten wäre".

Woher rührt diese auffallende Erscheinung?

Man könnte auf den Einfall kommen, am einfachsten und zuverlässigsten werde eine Antwort auf diese Frage dadurch zu gewinnen sein, daß man, weil unmöglicher Weise alle, so doch eine größere Zahl solcher Männer, welche in dem verflossenen Jahrdutzend Universitätsbürger gewesen oder es noch sind und die aus den verschiedensten Lebenskreisen herstammen und den verschiedensten Berufskreisen sich zugewandt haben, daß man diese nach den Gründen ausfrage, welche sie zur Hochschule geführt haben. Angenommen, jeder **wolle** nach bestem Wissen Aufschluß geben über seine Beweggründe — wer wird glauben, daß er es **könne**? Wie wenig vermag oft der Einzelne die Beweggründe auch nur zu einer Handlung sich selbst, wie viel weniger einem Anderen auseinanderzusetzen? die ganze Reihe oft von Beweggründen, die wie die Töne eines Orchesters vom stärksten Fortissimo bis zum sanftesten Pianissimo gleichzeitig oder fast gleichzeitig ins Spiel treten? Nun gar die Beweggründe zu einem bestimmten Berufsstudium, zum Studium überhaupt? Weiter aber: sind denn die Motive, welche den von uns Ausgefragten zum Universitätsbesuch brachten, sind es denn *seine* Motive? Antriebe, seinem *Willen* und *seinem* Willen entsprungen? Wer denkt nicht sofort an die Eltern, an die Verwandten, an die Gespielen, an die tausendfältig wechselnden Verhältnisse der Zeit und der Umgebung?

Es bedarf nur der Andeutung solcher paar Fragen, um sofort zu übersehen, daß der Besuch, gar der in den letzten Zeiten so gesteigerte Besuch der Universitäten, eine gleichsehr wie politisch und sozial äußerst wichtige, so auch, wenn seine Gründe erforscht und dargelegt werden sollen, eine ungemein zusammengesetzte, verwickelte Erscheinung ist.

11. Ein Umfragen bei dem und jenem vermag hier nicht zum Ziele zu führen — es bedarf hierzu einer *streng methodischen Erforschung*. Solche Erforschung wird auszugehen haben von der Betrachtung der menschlichen Natur, von den Triebfedern des menschlichen Willens überhaupt, von den zumal beim unausgereiften, in der Entwickelung begriffenen jugendlichen männlichen Geiste wirksamen Gründen des Thun und Lassens; sie wird beiziehen dürfen den consensus omnium, die öffentliche Meinung, wird hierbei aber große Vorsicht walten lassen müssen in der Beurteilung, ob solche angerufene öffentliche Meinung auch wirklich besteht, und wird, wenn sie als bestehend zugegeben werden muß, vor der Prüfung nicht zurückschrecken dürfen, ob sie inhaltlich gerechtfertigt und begründet ist.

Zu den sichersten Ergebnissen wird aber jene Erforschung gelangen, wenn sie unbestreitbare Thatsachen anruft, minder bekannte ermittelt und ins rechte Licht setzt, auf sie sich stützt und von ihnen aus in streng logischem Verfahren Schlüsse zieht, deren Wahrheit von Jedermann zugegeben werden muß. Unbestreitbarste Thatsachen sind aber die richtigen Zahlen der Statistik; auf sie, als die von jedem Belieben und Meinen unabhängigen Zeugen, werde ich im Nachfolgenden, vielmehr bei den wesentlichsten Teilen der nachfolgenden Untersuchung mich stützen: Zahlen beweisen — vielmehr: Zahlen, wenn richtig gedeutet, beweisen.

Von der gekennzeichneten Absicht geleitet werde ich meine Frage zu lösen versuchen.

12. Daß die Frage nach den Gründen der Ueberfüllung gelehrter Fächer sich auf die andere Frage hinausspielt: „Woher rührt der hauptsächlich in den letzten anderthalb Jahrzehnten so außerordentlich gesteigerte Besuch unserer Universitäten?" — das habe ich vorhin schon begründet; letztere Frage aber zerlegt sich in die beiden anderen:

> „Welche Gründe drängen überhaupt und von jeher zum Ergreifen eines gelehrten Faches, also auch zum Universitätsstudium?" —

und in die zweite:

> „Welche Gründe drängen jetzt wohl stärker als früher auf die Erreichung des eben genannten Zieles hin?"

Diese Gründe sind, wie schon eine kurze Ueberlegung zeigte, gar mannigfacher Art und auch, vom einen zum andern wechselnd, von recht verschiedener Stärke der Triebkraft.

Das aber springt sofort in die Augen, daß die mannigfaltigen Gründe sich naturgemäß in zwei Abteilungen bringen lassen: die einen entspringen aus der seit gar langen Zeiten unveränderten **Natur des Menschen**, aus der körperlichen wie aus der seelischen Natur des Einzelwesens; andere nehmen ihren Ursprung in den **äußeren Verhältnissen**, wie sie durch das in Familie und Gemeinde sich äußernde Zusammenleben des Einzelnen mit anderen seiner Gattung, wie sie durch das staatlich geordnete Gemeinwesen, durch die vielhundertjährige religiöse und politische, wirtschaftliche und soziale Geschichtsentwickelung sich allmählich gestaltet haben und in deren Mitte eben jener auf seine Weise veranlagte und geartete Einzelmensch geboren wird und aufwächst.

Suchen wir zunächst denjenigen Gründen für die aufzuklärende Erscheinung gerecht zu werden, welche aus der Natur des Einzelnen ihren Ursprung nehmen!

A.

13. Die mächtigste aller Regungen menschlichen Wesens ist der **Selbsterhaltungstrieb**, der in allen Abstufungen vom Unbewußten bis zur höchsten Klarheit des Bewußtseins wirksam ist und sich als die Gesamtheit aller Strebungen und Handlungen darstellt, welche auf die Erhaltung, auf die Dauer mindestens des körperlichen Daseins gerichtet sind.

Grundbedingung für letzteres ist die Nahrung oder in unseren Kulturverhältnissen ihr gleichwertig der Besitz an Geld, und zwar, je mehr der Selbsterhaltungstrieb auf eine höhere Art der Erhaltung gerichtet ist, bis zu einem gewissen Grade ein um so höherer Besitz an Geld. Wer, um zu diesem zu gelangen, seine Arbeit einsetzt, wünscht als Entgelt dafür möglichst hohen Lohn. Die Höhe des Lohnes aber richtet sich nach der Beziehung von Angebot und Nachfrage; die seltenere Waare, und das ist in unserem Falle Leistung geistiger Arbeit, diese auf den Markt zu bringen, ist also natürliches Streben geweckterer Menschen und solcher, die es unter Einwirkung ihrer Angehörigen werden sollen und wollen. Wenn aber, wie bei der überwiegenden Mehrzahl unserer Vertreter von gelehrten Fächern, d. h. bei unseren Beamten, die den Lohn bringende Stellung für die Dauer verbürgt und der Lohn selbst in Zeiten vorübergehender Arbeitsunfähigkeit geleistet wird, wenn sogar ein hoher Bruchteil des Lohnes als Ruhegehalt auch noch nach eingetretener dauernder Unfähigkeit zur Arbeitsleistung bis zum Lebensende bezahlt wird, so gewährt die Erreichung solchen Zieles für Viele unzweifelhaft die höchste Befriedigung des Selbsterhaltungsbestrebens. So ist der Zugang zu den höheren Studien sicherlich bedingt durch die Magenfrage. Für sich, losgelöst von jeder Nebenbedingung, ist diese heute nicht wichtiger und nicht weniger wichtig als früher; durch sie allein veranlaßt würde sich heute wohl kaum ein einziger mehr oder weniger zu höheren Studien bestimmen lassen; erst durch die eigentümliche Gestaltung unserer jetzigen Kultur- und Lebensverhältnisse ist die so natürliche Jagd nach Brot ein stärkerer Antrieb zum Ausbilden für ein gelehrtes Fach geworden. Hiervon werde ich aber an einem späteren Orte noch zu reden haben.

Ein bekanntes Schiller'sches Wort verknüpft in treffender Kürze mit der Bedeutung des menschlichen Triebes nach Erhaltung eigenen Lebens die des Triebes nach **Erhaltung der Art.** Diesem letzteren, insbesondere dem nur einen Teil desselben ausmachenden Sinn der Sorge für die Nachkommen entspringt ein verstärkter Anreiz zur Steigerung eigenen Lohnempfanges, also ein erhöhter Antrieb zur Erlangung der Befähigung, bessergewertete geistige Arbeit zu erzeugen: eine neue Ursache, erst für die Eltern des Knaben, diesen auf die Bänke der besseren Schule zu bringen,

später für den Jüngling selbst, auf dem eingeschlagenen Wege zu höherem Studium auszudauern und den Lohn langjähriger Anstrengung sich und den Seinen zum Genusse einzuheimsen, um sich im mehr als wahrscheinlichen Falle künftigen Beamtentums des sicheren Gefühles erfreuen zu können, sogar über den eigenen Tod hinaus durch Wittwen- und Waisen-Versorgung dem schlimmsten Loose der Angehörigen vorgebeugt zu haben.

Auch dieser Grund, höheren Studien zuzustreben als der Vorbedingung leichterer und besserer Aufzucht der Nachkommen, an sich jetzt wohl ebenfalls nicht stärker wirkend als früher, gelangt der heutigen Lebensverhältnisse wegen, wie noch zu zeigen sein wird, gegenwärtig gewiß zu kräftigerer Geltung.

14. Ich habe im Vorstehenden die in erster Reihe auf die körperliche Natur des Menschen zurückzuführenden Gründe besprochen, welche stets einen Bruchteil unseres Volkes bewogen haben und heute wohl — wer vermag das genauer abzuschätzen? — einen größeren Bruchteil bewegen, höhere Studien zu pflegen oder, enger gefaßt, der Stellung des Beamten, zumal des höheren Beamten zuzustreben.

Es war schon hierbei nicht möglich, das seelische Leben der in Betracht kommenden Menschen außer Acht zu lassen; mit jenen Naturäußerungen sind ja ganze Vorstellungsreihen und Phantasieerregungen unwillkürlich verknüpft, welche, mehr oder minder lebhaft den Willen beeinflussend, in Antriebe zum Handeln nach bestimmter Richtung hin sich umsetzen. Es kann aber an solchem Streifen des Gebietes der Seelenvorgänge nicht genug sein; ich muß gründlicher auf diese Seite unserer Frage eingehen, um zu voller Klarheit zu gelangen.

Da ist zunächst der **Erkenntnistrieb**, der trotz faustischer Bedrängnisse unser Leben verschönt und adelt. Wer hat sie nicht empfunden, die reine Freude des Jünglings, Schritt um Schritt vordringen zu dürfen auf der Bahn wahren Wissens? wer nicht das beseligende Gefühl des Mannes genossen, tiefer und tiefer eindringen zu können in die Verknüpfung und die Gründe all der Dinge in Natur und Geschichte, all der Wunder in Wesen und Leistungen des menschlichen Geistes? Freilich ist die Studienfrage auch eine Magenfrage — aber sie ist nicht dieses allein. Wie sollte der, der zum Teil nur erkannt, nur versucht hat zu erkennen, was die Welt im Innersten zusammenhält, wie sollte der nicht aus vollem Herzen erfreut sein, daß immer und immer wieder neue Scharen nachwachsender Jugend sich hinzudrängen, am Borne wahren Lebens zu schöpfen? daß immer neue Kämpfer eintreten in die Lücken, welche tagtäglich gerissen werden im Heere der Streiter für Licht und Wahrheit? Viele sind ja berufen, aber wenige nur auserwählt, durch Erkennen und wahres Schaffen

von Neuem die Menschheit voranzubringen, ihr leibliches wie geistiges Gedeihen zu fördern; aber diese Wenigen, müssen sie nicht auf den Schultern der Vielen stehen, um emporbringen zu können zum helleren Lichte? Und bedarf es nicht wieder der Vielen, um dem Denken und Fühlen jener Besten Gestalt und wirkliches Leben zu verleihen?

Eine oft gerühmte, fast noch öfter beklagte Eigentümlichkeit unseres Volkscharakters ist jene Neigung zu theoretischem Erkennen, zum Theoretisieren — daß so manche Blätter der Kulturgeschichte mit Ruhmesthaten unseres Volkes beschrieben sind, haben wir eben jener Neigung zum Grübeln zu verdanken. Sollte nicht schon dieser altererbten geistigen Anlage ein gut Teil der Erscheinung zugeschrieben werden müssen, daß man sich bei uns vielleicht mehr als bei andern Kulturvölkern zum Ergreifen des „gelehrten Faches" drängt?

Wie Mancher hat sich in den schönen Jahren des Uebergangs vom Knaben zum jungen Manne von den Schöpfungen der Poesie und Kunst überhaupt voll und ganz erfüllen lassen und will dauernd sich am Genusse des Schönen erfreuen, noch mehr, er will es verstehen lernen — ihm ist die philosophische Fakultät der Hochschule das erstrebte Eldorado. Da die Wissenschaften jetzt zu so glänzender Entfaltung, da zumal die Naturwissenschaften in den letzten Jahrzehnten zu so ungeahnter theoretischer Höhe nicht minder wie unmittelbarer praktischer Verwertung gelangt sind, wer sähe nicht ein, daß unter den skizzierten Vorbedingungen gerade jetzt der Antrieb selbst zu erkennen, teilzunehmen an der Gedankenarbeit, mitzuhelfen an der Ausbildung und Ausbeutung der gewonnenen Grundlagen, daß dieser Anreiz gerade jetzt mehr Streiter zum Heer führen müßte als sonst? mehr Streiter, wenn selbst die Werbetrommel auch nicht so sehr landauf, landab gerührt würde als es, wie wir hören werden, wirklich geschieht?

Und — die Möglichkeit, fast Notwendigkeit dieses erhöhten Antriebes zugegeben — muß er nicht noch erst recht gesteigert werden durch die so ungemein begünstigenden Nebenbedingungen wie hundertjährigen allgemeinen Volksschulunterricht, überaus zahlreiche Verbreitung von Bildungsstätten u. s. w., kurz all der günstigen äußeren Verhältnisse, von welchen ich noch zu reden haben werde? Wenn unser Lerntrieb, freilich nicht er allein, uns über das Ziel hinaustreibt und eine zu große Zahl Lernenwollender und Lernender erzeugt, wem fiele dabei nicht das berühmte Wort ein, daß Jeder hat die Fehler und Nachteile seiner Vorzüge?

15. Der einen Seite seelischer Thätigkeit, dem Intellekt, war die vorangehende Betrachtung gewidmet — den Grundströmungen unseres **Gemütes**, oft an der Oberfläche nicht recht deutlich erkennbar, dürfen wir

nicht vergessen ebenfalls gerecht zu werden. Denn sie sind bei unserer Frage von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Ich will nicht davon reden, daß die eine und andere katholische Mutter ihren Sohn bei der Taufe schon prädestinierend dem Dienste des Herrn widmet — das sind vereinzelte Erscheinungen.

Aber von der größten Wichtigkeit ist das, daß allüberall in deutschen Landen die Familien der „Studierten" darauf halten, daß auch ihre Söhne „studieren": daß es in dieser Beziehung wie eine Familien-, so auch eine Standestradition gibt, ist allgemein bekannt, wird übrigens auch durch die von Conrad a. a. O. S. 48 ff. und S. 87 f. mitgeteilten Zahlen bewiesen.

Daß aber der Zudrang zum gelehrten Fach aus den Familien, deren Häupter akademische Bildung besitzen, jetzt stärker sei als früher, ist nicht zu erweisen, anderseits, wie es scheint, auch nicht das, daß ihre Beteiligung im Verhältnis zur Anzahl solcher Familien schwächer geworden — prozentisch rücksichtlich der Zahl aller Studenten ist sie thatsächlich schwächer geworden (vgl. Conrad S. 59), und zwar dies wegen der stärkeren Rekrutierung aus mittleren und tieferen Gesellschaftsschichten.

Ich werde ja die Gründe noch des Näheren zu besprechen haben, welche für eine starke, im Vergleiche zu früher wohl stärkere Beteiligung am „gelehrten Fache" aus den jetzt waltenden gesellschaftlichen Verhältnissen entspringen. Das aber muß schon hier Erwähnung finden, daß sich im Empfindungsleben seit langem schon das Vorurteil eingenistet zeigt, daß Gelehrsamkeit an sich schon, ja leider auch das, daß gelehrter und leider selbst halbgelehrter Schein Besseres sei, zum mindesten höhere äußerliche Achtung verdiene als gar manche wirklichen körperlichen oder geistigen Vorzüge. Herbert Spencer hat so schön hervorgehoben, daß gleichwie der Putz der Zeit nach der Kleidung vorangehe, so auf geistigem Gebiete das äußerlich Zierende dem Nützlichen vielfach den Rang ablaufe: der Putz einer sog. „standesgemäßen Schulbildung", fast noch mehr das papierene Zeugnis darüber, daß zur Erreichung dieses Zierrates ein gar oft nur zu beträchtlicher Teil der so kostbaren Lebenszeit verwandt worden, dieser Putz ist unter der Herrschaft des Vorurteils das in weiten Kreisen wahrhaft Erstrebte. Eine Reihe von Einflüssen, nicht zuletzt auch solche unserer höheren Schulen und ihrer „Berechtigungen", insbesondere auch das allzu vornehme Herabsehen unserer monopolisierten „klassischen" Schulen auf den „materialistischen Utilitarismus", dies und andere noch zu erwähnende Einflüsse haben dazu beigetragen, das Uebel jenes Vorurteils zu steigern, insbesondere als „vornehmer" die Ansicht herauszubilden, daß Studium an sich ehrenvoller sei als eine Thätigkeit im wirtschaftlichen Erwerbsleben. Ein großer Teil unserer Frauenwelt — um auch dies zu erwähnen — hat jedenfalls nicht dazu beigetragen, die Stärke dieses dem

Empfindungsleben und dem Gebiete der Sympathie zuzuweisenden Momentes abzuschwächen.

Das vorhin gekennzeichnete Vorurteil scheint in den letzten Zeiten eher zu- als abgenommen zu haben, und so meine ich und viele erfahrene Schulmänner bestätigen diese Meinung, daß zum Teil deshalb jetzt mehr junge Leute als früher auf die Bänke der Gymnasien geschickt werden; sind sie erst einmal in deren mittleren Klassen angekommen, so ist aus diesen wie anderen noch zu erwähnenden Gründen der Wunsch, nun ganz ans Ziel zu gelangen, ein zu natürlicher: eine Ueberfüllung unserer Gymnasien und später teilweise Ueberfüllung der gelehrten Fächer ist aber dann die natürliche Folge.

16. Bis hierher habe ich versucht, aus dem geheimnisvoll komplizierten Zusammenwirken seelischer Regungen, welche unsere jungen Männer zum Studium veranlassen, zwei Gruppen solcher herauszulösen, um deren Bedeutung für unsere Frage einzeln zu prüfen.

Eine Seite ist dabei noch kaum genügend zur Beachtung gekommen, und doch besitzt sie fast ausschlaggebende Bedeutung: ich meine die ganze **Willensthätigkeit**, die im Charakter sich zeigende Energie. Gewiß bedarf es — so fühlt jeder, auch der Jüngste — der Ausbildung, der möglichst geregelten Ausbildung des Geistes wie des Körpers, der wahren „Schulung", um das herauszubilden, was wir die voll entwickelte Persönlichkeit nennen. Sofort verknüpft sich aber mit dieser Vorstellung die des Handelns, der zielbewußten Thätigkeit; drum will auch der Jüngste schon „etwas werden", nicht bloß etwas lernen und wissen. Nicht die Zusammenraffung und Aufspeicherung von losen oder selbst auch geordneten Kenntnissen in irgend welcher Fülle ist das Ziel wahren männlichen Strebens — Wissen allein bedeutet nichts, es ist nur berechtigt, um neues Wissen zu schaffen oder umgesetzt zu werden in praktisches Thun. Wem aber dieses Thun vorwiegend zu Gute kommen soll, wird durch das Naturell des Einzelnen entschieden: der stellt das eigene Ich als den Götzen hin, welchem er zu opfern gedenkt, jener, über den Mitmenschen sich selbst vergessend, will all sein Handeln dem öffentlichen Wohle weihen, ein dritter gedenkt, auf goldener Mittelstraße wandernd, beides vereinen zu können. Sein Ziel erreichen will aber jeder von diesen, und so muß er auch — das sieht er ein und fügt sich — die Mittel wollen, die jenes Ziel erreichen helfen. Gar manchen führt nicht der Erkenntnistrieb, die nimmer rastende Lust am Lernen auf die Bank der hohen Schule und hält ihn dort fest, er ist, mit Scheffel zu reden, „selbst um Wissen mehr nicht beflissen als in dem Wald d'raus Käfer und Grasmaus", höchstens kümmern ihn noch Ueberlieferungen seiner Familie, die seinen Ehrgeiz verstärken: er will freie

Stellung und Selbständigkeit gewinnen, will Macht und Einfluß erlangen, will in Gemeinde und Staat zu den obersten der oberen Zehntausend gehören.

Niemand, glaube ich, wird behaupten wollen, daß dieses Streben des Einzelnen, seiner Natur und seinem Thätigkeitstrieb freie Bahn zu schaffen, daß die aus solchem Zwange des Charakters entspringende Wahl des Studiums und eines „gelehrten Faches" heutzutage eine häufigere Erscheinung sei als in vergangenen Tagen. Nur — ich muß auch hier schon Gesagtes wiederholen und noch zu Sagendes zum voraus andeuten — nur die eigentümliche Gestaltung unserer politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse bringt es mit sich, daß mehr und mehr so, wie gekennzeichnet, veranlagte Charaktere zum wirklichen Beschreiten der gelehrten Bahn gelangen können und in den letzten Zeiten auch wirklich in größerer Zahl eintreten in die als Mittel nur zu andersartigen Zwecken erwählten gelehrten Berufe.

Es ist Zeit, mich nun mit eben diesen äußeren Verhältnissen der Umgebung zu beschäftigen, welche von jeher, in den letzten Zeiten aber stärker als früher viele zum Studium veranlassen und so wesentlich die Ueberfüllung der gelehrten Berufe miterzeugen helfen.

B.

17. Was der Mensch zu vollbringen vermag und was er vollbringt, ist das Ergebnis, zusammengesetzt aus den Anlagen, die ihm Mutter Natur verliehen, aus der Weiter- und Durchbildung, welche diesen Anlagen durch Erziehung und Unterricht zu Teil geworden, und aus den ihn umgebenden Verhältnissen, in welchen er aufwächst und wirkt.

Wiederholt schon habe ich in der bis hierher geführten Untersuchung hervorheben müssen, wie wichtig für die Frage des Zuganges und Zudranges zu den höheren Studien gerade diese den jungen Mann so wesentlich beeinflussenden äußeren Verhältnisse sind. Ihrer eingehenderen Betrachtung muß ich mich nun zuwenden, um die früher angekündigte methodische Erforschung unserer Hauptfrage weiter und ihrer endlichen Erledigung zuzuführen.

18. Man sieht leicht, daß die äußeren Verhältnisse, welche so bestimmend auf das Wirken des Menschen, insbesondere des Mannes Einfluß üben, am einfachsten sich gliedern lassen in die allgemeinen politischen, in die wirtschaftlichen und in die sozialen Verhältnisse. Nicht als ob der Einfluß der einen Gruppe derselben sich losgelöst betrachten ließe von dem der andern — ein inniges Band um-

schlingt alle, jede steht in innigster Wechselwirkung mit jeder anderen, ist zugleich Ursache wie Folge von andern allgemeinen kulturellen Beziehungen, deren Gesamtheit eben unser ernstes soziales Problem mitbedingt.

Und die **Schule**, die deutschen Schulverhältnisse, dieser in allererster Reihe zu erwähnende Faktor, wo bleibt denn dessen Erwähnung? — so höre ich fragen. Nun, ich könnte ja diesen Faktor bei den politischen Verhältnissen zur Besprechung bringen, ihn als dahin einzurechnen betrachten; die deutsche Schule, als im Wesen Staatsanstalt, ist ja eine der wichtigsten politischen Einrichtungen, und wenn eine, so ist diese wichtig für unsere Frage. Sie ist aber nicht bloße staatliche Einrichtung, sie ist so innig verwachsen mit unseren Familien-, mit unseren Stände-, unseren gesamten gesellschaftlichen Verhältnissen, so sehr von allen diesen Beziehungen abhängig, daß ich deshalb und wegen der ganz hervorragenden Wichtigkeit des Schulwesens für unsere Frage den Schulverhältnissen einen besonderen Platz am Schlusse meiner Erörterungen einräumen werde.

Eine andere ebenfalls wohl zu beachtende Größe, nämlich die **Bevölkerungsmenge** Deutschlands [insbesondere einiger seiner Staaten], wird auch nicht unter einer der genannten Gruppen von allgemeinen Lebensverhältnissen zu besprechen sein, sondern weil sie für alle diese selbst bestimmend und bedingend wirkt, werde ich sie am besten sofort an allererster Stelle behandeln.

19. Die **Einwohnerzahl**, vor allem Deutschlands, dann Preußens und Badens, kommt für uns hauptsächlich betreffs ihres im Verlaufe des letzten Halbjahrhunderts stattgehabten Anwachsens in Betracht.

Ein beredtes Zeugnis dieser Bevölkerungszunahme giebt die a. f. S. stehende Figur 2, in welcher ich, unter Annahme des Bevölkerungsstandes vom Jahre 1835 als = 100, die Bevölkerungszahl der folgenden Jahre im Vergleiche zu jener vor Augen führe.*)

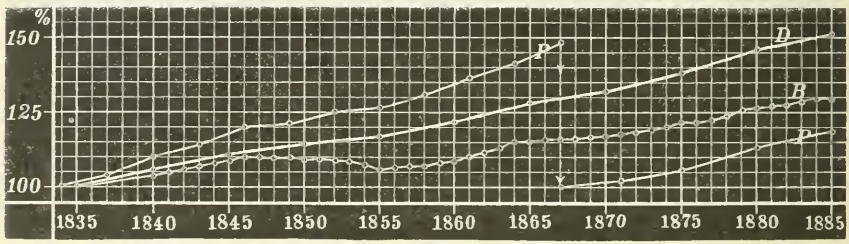
Auf derselben deutschen Bodenfläche verteilt wohnen also im Jahre 1885 nicht weniger als 151,5 Prozent der Bevölkerung von 1835! Auch der Zuwachs will leben, will gedeihen, will emporblühen! Die Landwirtschaft allein vermag trotz beträchtlich gesteigerter Pflege und Ertragsfähigkeit des Bodens den Mehrbedarf an nötigen Unterhaltsmitteln nicht zu decken, zumal bei den seitdem so sehr gesteigerten Lebensansprüchen; Gewerbthätigkeit und Handel müssen eintreten, den Besitz zu vermehren,

*) Die hier graphisch versinnlichten Zahlen sind entnommen aus dem „Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich" und zwar aus dessen 1. Jahrg. 1880, S. 2 ff., aus dem Jahrgang für 1885, S. 1 und 1888, S. 1.—Für Preußen mußte wegen des Gebietszuwachses von 1866 eine zweifache Vergleichsrechnung ausgeführt und in der Figur eingetragen werden.

seinen Genuß zu erhöhen und zu verteilen. Mit der Bevölkerungszunahme und wohl in einem diese selbst übertreffenden Maße hat sich, besonders bei der eingetretenen ungeheuren Verkehrserleichterung, ein Wettkampf Aller gegen Alle herausgebildet, bei welchem für den Einzelnen die Erlangung der Existenzbedingungen erschwert, der Erfolg im Kampf ums Dasein wesentlich verringert wird. Aber wie in jedem Wettkampf, so kann und wird auch hier derjenige eher obsiegen, wird der ein besseres Loos sich erringen, welchem die größere Gewandtheit des Körpers und Geistes, die bessere Schulung eigen ist.

Figur 2.

Prozentische Zunahme der Bevölkerung { D = Deutschlands, P = Preußens, B = Badens } im letzten Halbjahrhundert.



Ein erhöhter Besuch der Schule, insbesondere der Schule, welche die wahre oder vermeintliche höhere Ausbildung erzielt oder zu erzielen bestrebt ist, mußte so die notwendige Folge sein und ist es thatsächlich gewesen, wie ich noch zeigen werde; aber nicht blos der Bevölkerungszunahme einfach entsprechend hatte sich dieser erhöhte Schulbesuch einzustellen, er mußte, wie aus den dargelegten Vorbedingungen sich ergiebt, sich ergeben muß, in stärkerem als dem genannten Maße wachsen — und auch das ist, wie ich später beweisen werde, thatsächlich der Fall gewesen. Sind aber einmal junge Leute auf die Bahn zur Erlangung höherer Ausbildung gekommen, so entwickelt schon diese selbst Anziehungskraft genug, um einen großen Teil derselben dauernd auf ihr zu erhalten, auch wenn es der künstlichen Anziehungs- und Festhaltungsmittel nicht so viele und so kräftige gäbe, als ich deren aufzuweisen noch Anlaß genug haben werde.

So ist also in der That die starke und bis zur Stunde anhaltende Zunahme der Bevölkerung seit langem einer der Gründe gewesen und ist immer noch einer der Gründe, welche zum Besuche der höheren Schulen, insbesondere des Gymnasiums drängen und so den Zuwachs, den zum Teil übermäßig großen Zuwachs an Vertretern der gelehrten Berufe hervorrufen.

20. Ich wende mich zur Darlegung derjenigen **allgemeinen politischen Verhältnisse Deutschlands**, welche ebenfalls auf unsere Frage Einfluß ausgeübt haben und tagtäglich noch ausüben.

Aus der „guten alten Zeit“ hatten wir die in politischer Beziehung jammervolle Viel- und Kleinstaaterei überkommen, welcher das die nationalen Gesamtinteressen schützende Gegengewicht einer kräftigen Zentralgewalt fehlte, auf lange hinaus schien die politische Zerrissenheit und Ohnmacht besiegelt. Zollschranken umgaben fast jedes Land und Ländchen, Schranken schieden die Stände, Schranken innerhalb des Handwerkerstandes die einzelnen Gewerbe, halb kastenartig vererbte sich Stand und Stellung und gesellschaftliche Bedeutung von Vater auf Sohn, ein Uebersteigen der Schranken schien und war vielfach unmöglich.

Erst langsam nur machen sich die Anzeichen einer neuen Zeit fühlbar, schneller als man gedacht ist diese angebrochen. Die Vorzugsrechte einzelner Stände fallen, die Zoll- wie die Zunftschranken verschwinden, die Freiheit des Gewerbebetriebs wird staatlich verbürgt, die Gleichheit vor dem Gesetz wird zur Wahrheit, selbst für die Juden. Preußen besinnt sich auf seinen Beruf: der Dualismus samt der Idee der Trias wird niedergetreten, das Reich ersteht.

Die allgemeine Wehrpflicht war jetzt schon nicht mehr für Preußen allein Ehrenvorrecht und harte Last; deutsche Heimatszugehörigkeit und Freizügigkeit sind Vorbedingungen für die Erstehung von Deutschlands Namen, der jetzt in den fernsten Ländern bekannt wird und zu Ehren kommt.

Die einzelnen Landtage verzichten auf die hohe Politik und finden sich mehr und mehr in die Stellung, Hüter und Förderer der materiellen und geistigen Wohlfahrt ihrer Landesangehörigen zu sein, insbesondere den schönen Gedanken der Selbstverwaltung in Gemeinde, Kreis und Provinz einzuführen und sich einleben zu lassen; ihre politische Gesamtbedeutung übernimmt der Reichstag, welchen allgemeines und unmittelbares Wahlrecht ernennt.

Wahrhaftig eine Umänderung aller Dinge und Zustände in wenigen Jahrzehnten, fast Jahren nur, wie sie selten in der Geschichte sich findet. Wer so geschüttelt und gerüttelt wird wie das deutsche Volk in diesen Zeiten, der muß geläutert, der muß gehoben werden! Und vollen Herzens freuen wir uns dieser Hebung!

Wie sollte aber solche Hebung des Ganzen vollzogen werden und dauernden Bestand haben ohne Hebung der Einzelnen? wenigstens der die Führung übernehmenden oberen Zehntausend oder Hunderttausend? Gewiß, politische Erfahrung des Mannes macht viel, mehr bewirkt sie nach vorangegangener jahrelanger tüchtiger Schulung des Jünglings, bei

redlicher Ausbildung seines Geistes und seines Charakters. Wenn hohe politische Rechte dauernd erhalten bleiben sollen, steht ihnen treue Erfüllung ernster politischer Pflichten gegenüber, die einen tragen und stützen die andern. Schon die instinktive Empfindung, daß eine dieser Pflichten — und das ist ja die uns hier hauptsächlich interessierende Seite der Sache — daß eine dieser Pflichten bessere Ausbildung breiterer Volksschichten ist, schon diese Empfindung, scheint mir, hat in den letzten Jahrzehnten größere und immer zahlreicher werdende Schülermengen unseren höheren Schulen zugeführt. Und darüber wollen Manche sich wundern? das möchten Manche gerne zurückdrängen? Freuen müssen wir uns, von ganzem Herzen freuen über solche in erster Reihe politisch bedeutsame Erscheinung! Nur seien wir besorgt, den Strom der nach Bildung dürstenden jungen Männer auf die rechten Bahnen, in die rechten Schulen zu leiten!

Schon die instinktive Empfindung der neuen Ordnung der Dinge — sagte ich — hat gar viele Eltern und gerade der tiefer stehenden Gesellschaftsschichten dazu gebracht, ihre Söhne dem besseren, dem weiter gehenden Unterrichte zuzuführen. Reden nicht alle die gehobenen, die erweiterten Volksschulen und wie sie sonst heißen mögen, reden sie nicht alle die gleiche Sprache? sagen sie nicht jedem deutlich genug, wie der Zeiger der Uhr voranrückt?

Diesem aus den allgemeinen Verhältnissen hervorgehenden Bildungsbestreben kommt die **Menge von Bildungscentren** fördernd entgegen, durch welche sich Deutschland vor all den andern Ländern gleich hoher Kultur auszeichnet. Ich meine damit nicht bloß die dem unmittelbaren Unterrichte der Jugend gewidmeten Schulen als Bildungsstätten. Die Vielstaaterei hat uns ja lange viel, viel Ungemach bereitet; wir dürfen und wollen dabei aber nicht vergessen, daß sie für unsere kulturelle Entwickelung Jahrhunderte lang von großer, heilsamer Bedeutung gewesen ist und es noch ist. Die vielen Höfe und Regierungssitze, die vielen Hochschulen für Wissenschaft und Kunst, alle räumlich günstig verteilt in dieser ohnedem zum Lernen und Grübeln so geneigten Nation, haben in den weitesten Kreisen das Bewußtsein vom Werte, die Freude am Besitz und Genuß geistiger Bildung erzeugt, und so fielen die durch die neueren politischen Verhältnisse gegebenen Anregungen auf einen wohl vorbereiteten günstigen Boden.

Ohnedem war in unserem Jahrhundert der **allgemeine Volksschulunterricht** zu einer Wahrheit, zu einer gesetzlich zu erzwingenden und auch wirklich erzwungenen Wohlthat geworden. Nachdem aber der ausgestreute Samen einer wenn auch nur elementarsten Volksbildung Wurzel geschlagen, nachdem er immer tiefer und fester sich eingewachsen, ist es doch

ebenso natürlich wie erwünscht, daß der durch so rastlose Wartung endlich erstarkte Baum nun auch Früchte trägt. Welche Frucht rationeller Geistespflege ist aber naturgemäßer als die, das erlangte Wissen und Können zu erweitern, zu vertiefen? Und ein Geschlecht vererbt hier dem nachfolgenden die Aufgabe: was ist natürlicher als der Wunsch, daß der Sohn genieße, was der Vater entbehrt, daß der Sohn erreiche, was der Vater erstrebt? Die notwendige Folge solcher Entwickelung ist aber, von allen anderen treibenden Gründen abgesehen, ein gesteigerter Besuch der Mittelschulen. Betrüben müßte es, ja an der Bildungsfähigkeit, fast an der Bildungswürdigkeit des Menschen geradezu verzweifeln machen, wenn die durch Jahrzehnte fortgesetzte Unterrichtung und Erziehung Aller sich nicht in einer Zunahme der Besucherzahl unserer höheren Schulen zeigen würde. Nicht beklagen, nein, begrüßen müßte man diese Thatsache — wenn jene Zunahme nur nicht so gar so groß wäre!

So ist aus dem Zusammentreffen glücklich-unglücklicher Umstände der so sehr gesteigerte Besuch und der vermehrte Zudrang zu den gelehrten Berufsarten hervorgegangen.

21. Aus den, wie dargelegt, geänderten allgemeinen politischen Verhältnissen unseres Volkes erflossen dann aber noch weitere besondere Ursachen des gesteigerten Zudranges zu den höheren Schulen. Da ist vor allem namhaft zu machen die vor rund 20 Jahren erfolgte **Einführung der allgemeinen Wehrpflicht** in den nichtpreußischen Staaten Deutschlands und die damit verbundene **Einrichtung des Einjährig-Freiwilligen-Wesens.**

Ich werde, freilich nur an einem Beispiele, an dem des Großherzogtums Baden und seiner Schulen, nachweisen (vgl. unten Figur 16), wie ganz genau mit dem Jahre der Einführung dieses Vorrechtes der gebildeten oder doch der geschulteren Volksschichten die Besucherzahl der höheren Schulen steigt, um bis heute andauernd in diesem Zustande steter Vermehrung zu verharren. Wenn sich der Einfluß dieser Einrichtung an Badens Schulen so typisch beweisen läßt, so wird er sich wohl für den großen Bruchteil der Bevölkerung Deutschlands, für welchen nach dem 1866er Krieg zugleich oder fast gleichzeitig mit Baden die allgemeine Wehrpflicht zur Einführung gelangte, in gleicher Weise seitdem geltend gemacht haben. Diese Einjährig-Freiwilligen-Einrichtung ist für die nicht preußischen Staaten Deutschlands jedenfalls der stärkste Antrieb zum viel regeren Besuche der höheren Schulen gewesen und hat so gewiß, wenn auch nicht durch sich allein, zugleich einen Hauptanstoß abgegeben zum verstärkten Besuche der Universität und zum häufigeren Hinwenden zum gelehrten Fach, wie ich noch nachweisen werde. Oder sollte dieser ge-

nauere Nachweis nicht fast schon als erbracht angesehen werden können durch den Verlauf der in Figur 20 zur Anschauung gebrachten Kurve?

Die Einführung des Einjährig-Freiwilligen-Dienstes ist so hauptsächlich für die nichtpreußischen Staaten Deutschlands von einschneidender, was den Schulbesuch betrifft, geradezu von epochemachender Wichtigkeit geworden. Für die gesamte deutsche Bevölkerung ward dann aber jene stille innere politische Revolution, deren Wahlspruch durch die Worte **„Selbstverwaltung"** und **„allgemeines unmittelbares Wahlrecht"** angedeutet ist, unzweifelhaft ebenfalls von großer Bedeutung. Die alten Zeiten, wo es nur den Fürsten vertretende „Büreaukraten" einerseits und „Unterthanen" anderseits gegeben, die waren unwiederbringlich dahin; „Staatsbürger" waren nun alle geworden, mit den neuen Rechten kam die neue Stellung und das Bewußtsein von dieser geänderten Stellung. Gar Mancher, der seither nur Regierter gewesen und nun in den verschiedenen Ehrenämtern niederer und höherer Selbstverwaltung und Gerichtsbarkeit selbst Regierungsfunktionen auszuüben berufen ward, der wollte, wenn für ihn selbst auch die Zeit des Nachholens versäumter Dinge vorüber, seinem Sohne doch wenigstens den Vorteil annähernd gleicher Bildung mit dem eigentlichen Beamten und Vertreter des Staates verschaffen — ein neuer Antrieb höhere Schulbildung zu suchen für Kreise, welchen diese früher wohl als minder nötig erschienen.

So greift die neue, vorerst hauptsächlich die innere politische Gestaltung in unserem Vaterlande zwingend, anregend, fördernd in das Leben der mittleren und höheren Schulen; es ist für diese selbst infolge dessen unmöglich sich frei zu halten von den Wirkungen des Tages, losgelöst vom Pulsschlage der Zeit ihr altüberkommenes stilles Dasein weiterzuführen. Freilich hatten wir es bis jetzt nur mit der reinen Zahl ihrer Besucher zu thun — die hat sich unzweifelhaft bei dem neuen Lauf der Dinge erhöht, sie mußte sich erhöhen; wir werden bald sehen, daß es bei diesem reinen Einfluß auf die Zahl nicht sein Bewenden haben konnte, nicht gehabt hat und fernerhin nicht haben wird.

22. Solche politischen Wandelungen eines Volkes wie die geschilderten können nicht vorgehen, ohne ihre Rückwirkung zu äußern auf die wirtschaftlichen, auf die gesellschaftlichen Verhältnisse desselben. Ich bin genötigt, nun auch den ersteren, den **wirtschaftlichen Verhältnissen** und ihrer Einwirkung auf unsere Hauptfrage meine Betrachtung zuzuwenden.

Ein guter Teil der schon skizzirten Aenderungen der letzten Jahrzehnte — ich erinnere nur an die Gewerbefreiheit und an die Freizügigkeit — kann gleichsehr als Neugestaltung auf dem politischen wie auf dem

wirtschaftlichen Gebiete aufgefaßt werden, hat jedenfalls bedeutende volkswirtschaftliche Wirkungen zur Folge gehabt. Auf diese näher einzugehen kann ich hier unterlassen; nur die eine für unsere Frage wichtige Wirkung muß hervorgehoben werden: sie hat den Wettbewerb ganz außerordentlich gesteigert, die Anspannung zumal geistiger Kräfte, um auf dem Felde den Platz zu behaupten oder ihn zu erringen, erheblich vergrößert.

Wer aber hat jene politisch-wirtschaftlichen Neuerungen herbeigeführt, als unabweisbare aufgedrängt, erzwungen? Doch wohl hauptsächlich die fast unheimlich gesteigerte Verwendung von Maschinenkraft, welche in merkwürdig kurzer Zeit und dennoch in weltbezwingender Weise und mit furchtbarer Gewalt die früheren Grundlagen alles Wirtschaftslebens umgestaltet hat. Gewerbebetrieb und Verkehr wurden in ungeahnter Weise verändert, gesteigert. Erhöhte Anforderungen an die Leistungsfähigkeit des Einzelnen sind die notwendige Folge; gar sehr anstrengen muß sich jeder, der auf der Höhe gewerblicher und kaufmännischer Thätigkeit sich erhalten, verstärkt anstrengen, wer jene Höhe erklimmen will.

Und da der Deutsche in ererbter Weise viel, oft zu viel von seiner Schule erhofft, so war also auch aus den hier dargelegten Verhältnissen und Gründen ein verstärkter Besuch der Schulen die einfache Folge. Und wem hauptsächlich mußte dieses halb freiwillige, halb erzwungene Bildungsbestreben — soll ich sagen: zu Gute kommen? soll ich sagen: zur Last fallen? Neben den wenigen Fachschulen*) doch wohl in Anbetracht der sogenannten Berechtigungen, dieser Nebenumstände, welche für Viele die Hauptsache wurden, den gerade in letzterer Beziehung fast monopolisierten Anstalten, den Gymnasien: eine neue Hinweisung zum gelehrten Fache. Als dann infolge und zur Zeit des wirtschaftlichen Niederganges der Zulauf zu den Fachschulen abnahm (— vgl. die Tabelle unten! —), blieb der zu den allgemeinen Bildungsanstalten wie Gymnasien u. s. w. bestehen, ja er nahm noch zu, wie wir sehen werden.

23. So wie die mehr und mehr gesteigerte Ein- und Durchführung des Maschinenbetriebs in unmittelbarer Weise den Zudrang zu den gelehrten Schulen und — man kann es nicht oft und laut genug wieder-

*) Das „Statistische Jahrbuch für das Königreich Würtemberg", Jahrgang 1885, S. 182 und Jahrgang 1887, S. 224 enthält die zugleich für das Gedeihen des Handwerks und des Gewerbes kennzeichnende Tabelle über die **Besucher der Stuttgarter Baugewerkschule.**

Darnach war in den Jahren:	1845/46	1855/56	1865/66	1875/76	1876/77	1877/78
deren Anzahl der Schüler:	107	136	702	1171	1044	947

1878/79	1879/80	1880/81	1881/82	1882/83	1883/84	1884/85	1885/86 (Winter)
811	689	581	519	433	397	407	318.

holen — leider am meisten zu den gelehrten Schulen verstärkt hat, so auch in mittelbarer Weise. Die Maschinenkraft mußte zunächst eine teilweise Lahmlegung des Handwerkes bewirken; mit dessen goldenem Boden, der so lange gerühmt worden war, schien es vorbei. Nur langsam hat sich bei unserem Handwerk die Einsicht Bahn gebrochen, daß den veränderten Verhältnissen ein veränderter Betrieb sich anpassen müsse.

So lange und insoweit dies noch nicht geschehen ist, vielleicht auch für einzelne Zweige nicht geschehen kann, ist bei vielen Vertretern des Handwerkerstandes Mangel an Selbstvertrauen, Verzagen, selbst Mutlosigkeit eingetreten: der Verlust des Glaubens an die Zukunft des Handwerkes hat so manchen Vater aus diesen Kreisen bestimmt, hat wohl auch so manchen aus der niedersten Beamtenwelt und aus ähnlichen Lebenskreisen*) bestimmt, seinen Sohn, unter Verzicht auf dessen Mitverdienst und unter Aufbietung verhältnismäßig großer Opfer**), der höheren Schule anzuvertrauen, glücklich schon im Bewußtsein, ihn in der Zukunft als fest angestellten „besseren Schreiber" zu sehen und ihn der Ungewißheit, der Unsicherheit des Erwerbes entzogen zu wissen. Die Statistik der Hochschulen kann solche Leute dann freilich meist nicht nachweisen (vgl. Conrad a. a. O. S. 56); deren Mittel reichen nicht bis zu solcher Höhe, sie bewirken ganz wesentlich mit, die später noch zu untersuchende „Abfallkurve" der Gymnasiastenzahl steiler zu machen. Aber gleichwohl helfen auch sie ihrerseits, mindestens wegen der Erhöhung des Wettbewerbes auf den unteren Gebieten, den Zugang zu den oberen Gebieten, zu den gelehrten Fächern verstärken.

Ich habe das Groß- und Mittelgewerbe, ich habe das Handwerk besprochen, soweit seine Verhältnisse unsere Frage beeinflussen. Ich kann und will nicht alle Gebiete des Wirtschaftslebens einzeln in gleicher Weise durchsprechen; aber es ist dies auch nicht nötig — wenige als typisch sind genügend.

Nur der Landwirtschaft, dieses Schmerzens- und Schoßkindes der neuesten Zeit, muß ich noch gedenken. Mögen ihre Bedrängnisse auch nicht so groß sein als Manche dies darstellen, groß sind sie gewiß, eine trübe Zeit ist über sie gekommen und, wie es scheint, nur langsam

---

*) Conrad a. a. O. S. 59.

**) Mir persönlich ist die Familie eines nicht gar zu nahe an einer Stadt angestellten Bahnwartes bekannt, dessen drei einzigen Söhne im Alter von 14, 12, 11 Jahren das Gymnasium besuchen. Die Familie hat so gut wie keine fremde Unterstützung, die Mutter ist seit Jahren brustleidend, der Vater alt — und sein Monatseinkommen (außer dem Genuß eines kleinen Gartens) beträgt 63 Mark! Hiervon gehen noch monatlich $2\frac{1}{2}$ M. für staatliche und $3\frac{1}{2}$ M. für private Lebensversicherung ab. Der eine Fall spricht für viele!

im Schwinden begriffen. Begreiflich drum, daß auch da oft, vermutlich mehr als früher, des vermöglichen Landwirts Söhne dem angesehenen Stande der Juristen zusteuern, aber auch die des minder begüterten nach der zwar nicht fetten, aber steten und sicheren Staats- oder Kirchenpfründe Ausschau halten. Sicher muß so auch von dieser Seite der gelehrte Beruf mehr als früher aufgesucht, wenigstens erstrebt*) werden. Daß dem so ist, hat ja auch Conrad (a. a. O. S. 54 f.), für einzelne Hochschulen wenigstens, zahlenmäßig festgestellt.

Wenn so, wie es scheint, auf den verschiedensten Gebieten des Wirtschaftslebens schon der beginnende Niedergang der Erwerbshöhe und der Erwerbsmöglichkeit einen treibenden Grund abgab, dem gelehrten Berufe oder — was hier dasselbe ist — dem Staatsbeamtenwesen neue und neue Kandidaten zuzuführen, so mußte die nachhaltige Dauer der gedrückten Lage die Triebkraft jenes Grundes noch verstärken, und um so mehr verstärken, als das persönliche Mißbehagen, die Empfindung der gedrückten Lage deshalb stärker war und blieb, weil jene wirtschaftliche Depression eintrat und so nachhaltig eintrat, nachdem der gesamte Wohlstand und damit die Lebensansprüche wesentlich gehoben waren.

Gar gerne möchte ich die aus den vorgetragenen Gründen wirtschaftlicher Misere erfolgte und erfolgende Steigerung der schon oft genannten Zahl auch wirklich zahlenmäßig feststellen — ich muß leider hierauf verzichten, weil die hierfür zu verwendenden statistischen Angaben nicht in genügender Menge beschaffbar sind.

24. Daß auch aus den **gesellschaftlichen Verhältnissen** (= sozialen V.) der Gegenwart und jüngsten Vergangenheit stark wirkende Ursachen für den verstärkten Besuch unserer höheren Schulen und für eine gewisse Ueberfüllung der sog. gelehrten Fächer entspringen, ist für jeden klar, welcher offenen Auges die letzten 20 Jahre durchlebt hat. Eine Reihe einzelner Thatsachen und Vorgänge ließe sich anführen, welche dies bestätigen. Ich will aber nur eine Sache von hervorragender Bedeutung herausheben.

*) Der preußische Minister hat im Abgeordnetenhause am 17. März 1882 gut bemerkt betreffs der landwirtschaftlichen Krise: „Ich habe oft mit Kummer bemerkt, wie die Söhne der kleinen Gutsbesitzer vielfach durch einen **falsch verstandenen Bildungstrieb der Eltern** dazu geführt werden, nicht wieder ihre Kraft zur Hebung des Grundbesitzerstandes zu verwerten, sondern, nachdem sie — und das ist die Mehrzahl — am Abiturientenexamen gescheitert sind, entweder zur Oekonomie- und Inspektorkarriere gedrängt werden oder schließlich zur Subalternenkarriere übergehen, während ich immer der Meinung gewesen bin, daß diese jungen Leute im Stande ihrer Eltern unendlich segensreicher für sich und den Staat mit ihrem Besitze an Kenntnissen hätten werden müssen".

Nichts kennzeichnet ja bekanntlich unsere gegenwärtigen sozialen Verhältnisse mehr als die Gesammtheit von Erscheinungen, welche alle Welt unter den Namen der „sozialen Frage“ zusammenfaßt. Was aber ist in Kürze gesagt ihr Wesen? Doch wohl nichts anderes als eine mit elementarer Gewalt stattfindende Bewegung, ein Aufwärtsdrängen der nach Arbeitsverdienst und Lebenshaltung niedersten, nach Zahl stärksten Schichten des Volksganzen, um zunächst zu wahrhaft menschenwürdigem Dasein, zu politischer Bedeutung und dadurch zu höherer und höherer Stufe persönlichen Wohlbefindens zu gelangen. Kann da anderes die Folge sein, als daß hierdurch die nach oben hin an jene angrenzenden Schichten gedrängt werden ihrerseits emporzustreben, wenn nicht um die gleichhohe Stufe wie jene, so doch um eine sie immerhin fördernde in die Höhe zu kommen? In der That, mehr und mehr müssen so die zuvor einander ferner stehenden Schichten sich nähern, die Pyramide der sozialen Gliederung muß niederer, dafür durchschnittlich an jeder einzelnen Stelle dichter werden; die Stände mit ihrer eingebildeten oder wirklichen Ueber- und Unterordnung bleiben wohl noch erhalten, aber jeder derselben durchsetzt sich mehr und mehr mit Elementen, welche den darunter stehenden Schichten entstammen. Zeigt nicht die tägliche Erfahrung eines jeden, daß sich dies wirklich so verhält? Wer sollte sich dann noch wundern, daß auf dem Gebiete der Schulen, der höheren Schulen dieselbe Erscheinung sich zeigt, daß sie sich zeigen muß?

Die höchststehenden Stände, deren männliche Vertreter selbst mit akademischer Bildung erzogen sind, fahren fort, wie sie immer gethan, ihren Söhnen ebendieselbe Bildung zu übermitteln. Falls diese aber vollständig nicht erreicht werden kann oder soll, so werden sie ihre Söhne selbst auf die Gefahr hin, denselben eine für ihre Zwecke minder gute, weil abgebrochene Ausbildung zu Teil werden zu lassen, trotz Allem zum Gymnasium schicken als der nach ihrem Standesbewußtsein besten Schule.

Die der gesellschaftlichen Rangordnung nach mittleren Stände aber fühlen sich schon durch das vorhin dargelegte Nachdrängen der unteren und untersten veranlaßt und in den letzten Zeiten mehr und mehr veranlaßt, nach höherer Schulausbildung ihrer Kinder zu streben. Gewiß mag, wie viele Beurteiler meinen, Hochmut und Eitelkeit dabei im Spiele sein — der Haupttriebgrund ist dies sicherlich nicht. Ich habe ja der auf eben diese Bahn drängenden wirtschaftlichen Not unserer Gewerbskreise oben schon gedacht; nach der gleichen Richtung wirkt aber auch die bei unseren höchsten Ständen stets vorhanden gewesene und allmählich in die tieferen Gesellschaftsschichten durchgesickerte Minderwertschätzung des Gewerbes als der vollen oder teilweisen Bethätigung körperlicher Arbeit. Wir sehen ja bei der Frauenwelt die entsprechende Erscheinung: es ist

allbekannt, daß es eine das Bedürfnis weit überschreitende Zahl von höheren Lehrerinnen und Gouvernanten giebt; daß aber bessere Kindermädchen (Bonnen) schon seltener sind, und daß zuverlässige gute Köchinnen, die Hand anlegen mögen, nicht so leicht aufzufinden sind, ist eine Klage aller unserer Hausfrauen.

Alles vereinigt sich so, daß so Viele, auch gar viele Unberufene, den Weg zum gelehrten Berufe einschlagen, selbst wenn sie frühe schon wissen, daß sie ihn nicht bis zum Ende durchschreiten werden.

Ist denn aber nicht auch jeder der Preise, welcher durch Ersteigen je einer Stufe jenes Weges errungen werden kann, ein gar zu verlockender, den zu erringen es sich lohnt, Lebenszeit und Mühe aufzuwenden? Ist nicht fast jede Stufe mit einer besonderen Auslese von Möglichkeiten versehen zum Eintritte in Beschäftigung und Dienst eines niederen oder mittleren Beamten? Winkt nicht inmitten des Weges das den ersehnten Einjährigendienst verbürgende Papier? Winkt nicht eine kleine Strecke weiter der Erlaubnisschein zum Eintritt in eine ganze Reihe erwerbbringender angesehener Stellungen? Und wer ausharrt bis zum Ende, wird der nicht gekrönt werden? Denn als eine Krönung erscheint ja in der That dem weitaus größten Teile unseres Volkes der Eintritt in die dem Staat oder der Kirche gewidmete höhere Beamtenlaufbahn. Ist ja doch in Deutschland die amtlose Betreibung eines gelehrten Faches die ziemlich seltene Ausnahme; hier „mehr als irgend sonstwo verlangt man von jedem tüchtigen Manne eine feste Lebensstellung mit bestimmter Berufsthätigkeit; diese erst schafft im Allgemeinen eine angemessene gesellschaftliche Stellung". Letztere aber besitzt der deutsche Beamte in bevorzugtem Maße ob seiner Hingebung an sein Amt, ob seines Fleißes und seiner Pflichttreue, ob seiner strengen Ehrenhaftigkeit; ihm ist aber auch die amtliche Stellung fest verbürgt und in ihr mit seltenen Ausnahmen ein Aufrücken in höhere Stufen; ihm ist — und dies sogar während der Zeiten völliger Berufsunfähigkeit — der Lohn der Arbeit, die sichere, meist auch geregelt wachsende Bezahlung verbürgt; ihm steht in Zeiten dauernder Invalidität sein Ruhegehalt und seinen Angehörigen selbst über seinen Tod hinaus eine gewisse vor dringendster Not schützende Versorgung in Aussicht — Gründe genug, den Stand des Beamten als erstrebenswert, als sogar anderweitigem höheren Geldgewinne vorziehenswert zu erachten.

All diese Vorzüge und Vorteile des Beamtenwesens sind ja in früheren Zeiten absolut genommen eben so groß und begehrenswert gewesen wie jetzt; sie sind aber in den letzten Zeiten, bei der minder sicheren wirtschaftlichen Lage, bei den geänderten sozialen Verhältnissen erstrebenswerter geworden und haben im Verein mit dem Andrängen der gesell-

schaftlich tiefstehenden Schichten viele angelockt und so mehr als früher die Auffüllung der gelehrten Berufe mit Vertretern hervorgerufen.

25. So sehr mir die im Vorangehenden besprochenen Verhältnisse auf den Zudrang zum gelehrten Fache und deshalb auch zu den höheren Schulen anreizend und fördernd eingewirkt zu haben scheinen, so ist doch in der Stärke der Einwirkung, glaube ich, nichts vergleichbar der auf Grund unserer **Schulverhältnisse** ausgeübten oder vielmehr nichts so bedeutsam für unsere Frage als die Einwirkung, welche eben die Schulverhältnisse Deutschlands in Verbindung mit den früher dargelegten allgemeinen Verhältnissen politischer, wirtschaftlicher, sozialer Art hervorgerufen haben. Ich komme damit zum wichtigsten Teile des vorliegenden Abschnittes meiner Arbeit.

Ein kurzer **geschichtlicher Rückblick** möge ihn einleiten.

Ursprünglich als Anhängsel kirchlicher, meist klösterlicher Anstalten entstanden bewahrte die Schule Jahrhunderte lang die ihr entstehungsgemäß angewiesene Stellung. Als Berufs- und Fachschulen bildeten sich dann im späteren Mittelalter die sogenannten Hohen Schulen aus, welche, an Zahl, an innerer Gliederung, Bedeutung und selbstbewußter Stellung allmählich wachsend, sich zu den Universitäten um- und ausgestalteten. Die Reformation ward dann die Begründerin der allgemeinen Volksschule und schuf damit die natürliche Grund- und logische Unterlage jeglicher Schulorganisation.

Lange war die Gründung, die Erhaltung und die Pflege der genannten Schularten und der hinzugekommenen schola latina samt ihren Weiterbildungen den gesonderten einzelnen Lebenskreisen der Gesellschaft erhalten geblieben, den Kirchen, den Fürsten, den Städten; am wenigsten schien die organische Gesamtheit, der Staat, sich um dieses wichtige Kulturgebiet kümmern zu wollen.

Erst als er erstarkt war und seiner Kraft, seiner Lebensbedeutung sich selber bewußt worden, da holte er reichlich nach, was er so lange versäumt hatte: die Erklärung der Schule als einer Staatsanstalt, die Schaffung und Ausstattung fester Elementarlehrerstellen, die gesetzliche Forderung und allmähliche wirkliche Durchführung des allgemeinen Volksschulzwanges, die Verweisung der Prüfung behufs Zulassung zur Universität an die Gymnasien, die Aufstellung eines Normallehrplans für diese letzteren wie für die verwandten Schulgattungen, die Feststellung eines bestimmten Zieles für jede Schule im ganzen wie allmählich für jeden ihrer Jahrgänge, die Forderung gleichmäßiger Durchbildung aller ihrer Schüler möglichst in allen vorgeschriebenen Fächern — das waren, um nur das Allerwichtigste hervorzuheben, die Hauptetappen auf dem Wege,

welchen seit der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts, hauptsächlich aber seit den letzten 50 Jahren die Entwickelung unseres Staatsschulwesens eingeschlagen hat.

Die Kraft und Stärke des Staatsgedankens hat so auch an den Schulen ihre Wirksamkeit erwiesen und gute Früchte gezeitigt. Wer wollte aber verkennen, daß das in der angedeuteten Entwickelung liegende Hindrängen zum **Gleichförmigmachen**, zum Unterordnen jeder früher selbständigeren Gestaltung unter eine bestimmte vom Staat verfügte Form eine ernste Gefahr in sich birgt, daß diese Gefahr hauptsächlich für die sogenannten höheren Schulen entsteht? Es wird Aufgabe der Schulleitung sein dafür zu sorgen, daß durch solches Vereinheitlichen, durch solch allzustraffes Anfassen der Schule durch den Staat nicht eine Schädigung des idealen Zweckes der Schule, nicht auch eine Schädigung der mit der Schule so innig verknüpften praktischen Interessen hervorgerufen werde.

Diese Gefahr aber besteht, die Schädigung ist zum Teil Thatsache. Denn der Staat blieb nicht dabei stehen, die von ihm als beste ersonnene Schul- und Unterrichtsgestaltung den Beteiligten zur Beurteilung und darnach zu beliebiger Benutzung oder Verwerfung anzubieten. Er setzte Belohnungen fest für die, welche seinem Wege folgen, Strafen für die, welche es vorziehen ihren eigenen Weg zu gehen, und zwar Belohnungen und Strafen, welche nicht für den Augenblick nur wirken, nein, von deren Eintreten die Gestaltung des Lebens seiner Bürger abhängt. Oder sind etwa die an den Besuch gewisser Schulen und gewisser Stufen dieser Schulen geknüpften „**Berechtigungen**" und „**Nichtberechtigungen**" vielleicht keine solchen für Wert und Gestaltung des Lebens entscheidenden Belohnungen und Strafen?

Wenn der Staat wenigstens nur für seine eigenen künftigen unmittelbaren Beamten jenen Zwang zum Besuche seiner Schulen hätte aufstellen und durchführen wollen! Freilich ließe sich auch dann so Manches vorbringen gegen die Verteilungsweise jener Berechtigungen an die einzelnen Schularten und ihre Stufen. Aber der Staat unterwirft ja mittelbar auch gar manches nicht beamtenmäßige Wirken seiner Oberaufsicht nicht nur, sondern auch seinem Gebote eines ganz bestimmten Schul- und Studienganges. Mehr und mehr hat sich so im Verlauf der Jahre und Jahrzehnte das unselige Berechtigungswesen bei unseren höheren Schulen eingebürgert, und nur zu häufig, wie jeder Schulmann aus hundert- und tausendfältiger Erfahrung bestätigen kann, sind die Fälle, wo nicht die Erlangung einer gewissen geistigen Durchbildung Selbstzweck beim Schulbesuche ist, sondern nur die Auswirkung des betreffenden Berechtigungsscheines den Knaben und Jüngling zum dauernden Drücken der Schulbänke veranlaßt.

Eine gewisse freiere Gestaltungsmöglichkeit des höheren Schulwesens scheint mir entschieden angezeigt. Nicht als ob ich wünschen möchte, daß das der Staatsgewalt theoretisch zustehende Oberaufsichtsrecht nicht auch praktisch kräftigst gehandhabt würde; aber dies schließt das Lockern einer allzu straffen, nur staatlichen Behörden zustehenden Gestaltung nicht aus. Freiere Ausbildung und Entwickelung ermöglichen Erfahrungen, die heute nicht zu gewinnen sind, sie gestatten Wege und Verfahrungsweisen, die heute nicht zu beschreiten, kaum zu erproben sind, und die doch vielleicht der Sache der Jugendbildung großen Gewinn zu bringen vermöchten.

26. Gerade das eigentümliche Berechtigungswesen unserer über die einfache und gehobene Volksschule hinausgehenden „höheren Schulen" hat, wie ich zeigen werde, einen guten Teil des Zudranges zu den gelehrten Fächern zu Stande gebracht oder, sagen wir besser, verschuldet.

Freilich ist dies nur einer der Gründe, welche aus den Verhältnissen unseres Schulwesens abzuleiten sind. Diese Gründe aber möglichst vollständig zu erkennen und darzulegen, ist die mir hier obliegende Aufgabe.

Wie werde ich ihr am besten gerecht? Mit Aufstellung einer Meinung, selbst einer neuen Meinung, falls eine solche möglich wäre, wird unserer Sache nicht gedient. Der Meinungen, der Ansichten, der Vorschläge auf dem Gebiete des höheren deutschen Schulwesens giebt es so viele, so gar sehr einander widersprechende. Und glaubt nicht jede dieser Meinungen theoretische Gründe in genügender Stärke für sich beibringen zu können?

Mir scheint, vor allem thut es not, in diesem Streite der Meinungen, der nur zu oft von unvollständigen Induktionen oder gar von Vorurteilen bestimmten Auffassungen einen festen, sicheren Untergrund und Halt zu gewinnen, von welchem aus eine gerechte Beurteilung eben jener Meinungen zu erlangen ist. Am besten, wenn es möglich wäre, eine unanfechtbare **zahlenmäßige Grundlage** zu gewinnen! Die einzige, soviel ich zu sehen vermag, ist die durch die **Statistik des Schullebens** zu gewinnende; durch sie Aufschluß zu gewinnen, habe ich in erster Reihe als meine Verpflichtung gefühlt. Die Anzahl der in Betracht kommenden Schulen, die Stärke ihres Gesamtbesuches sowohl als des ihrer einzelnen Gattungen sowie ihrer einzelnen Klassen oder Jahreskurse, die Art und Stärke ihres Abganges — das waren die wesentlichen Punkte, auf deren Ermittelung es vor allem ankommen mußte, um dann aus den sich ergebenden Zahlen Schlüsse abzuleiten.

Gar gerne hätte ich nun das **gesamte deutsche höhere Schulwesen** einer derartigen Betrachtung unterzogen, hätte gerne aus sämtlichen deutschen Ländern die betreffenden Zahlen ermittelt und ausgenutzt — es

war nicht möglich! Die Schulstatistik der deutschen Staaten lag und liegt noch großenteils im Argen, für eine Reihe von Staaten wären nur vereinzelte Zahlen zu beschaffen gewesen. So hat man in **Bayern** die Statistik des Unterrichtswesens erstmals für das Jahr 1851/52, dann erst wieder für 1862/63, hierauf für die drei Jahre 1869—72 veröffentlicht, und es war im Jahre 1870 beschlossen worden, nun alljährlich die Hauptergebnisse bekannt zu machen. Aber schon mit 1871/72 war das Strohfeuer erloschen, und erst für 1884/85 wurde wieder eine, freilich recht dürftige und gerade für meine Zwecke fast nichts nützende Statistik herausgegeben. Seitdem ist wieder Alles stille geworden. Mit solchen vereinzelten Angaben ist ein Studium des Entwickelungsganges im einzelnen Lande selbstverständlich unmöglich.

So wählte ich denn notgedrungen zwei Länder aus: das Königreich **Preußen** und das Großherzogtum **Baden**, jenes erstere wegen der Größe des Gebietes*) und weil dort seit 30 Jahren amtliche Ermittelungen und auch Veröffentlichungen der für meine Zwecke nötigen Zahlen stattgefunden haben, Baden aber hauptsächlich, um wenigstens einen der süddeutschen Staaten zu berücksichtigen und den Vergleich mit dem Norden zu ermöglichen.**) Für Preußen ging ich mit dessen amtlicher Statistik **auf 30 Jahre**, für Baden aber **auf volle 53 Jahre** zurück, um aus den

*) Das Königreich Preußen umfaßt 64,7 % der Bodenfläche und (laut Zählung von 1885) 60,4 % der Bevölkerung von ganz Deutschland.

) Die Zahlenangaben für **Preußen wurden entnommen aus dem „Centralblatt für die gesamte Unterrichts-Verwaltung in Preußen", Jahrgang 1859 ff.

Die Beschaffung der zur Darlegung des Schulbesuches und der Schulausnützung in **Baden** nötigen Zahlen hat mir außerordentlich viel Mühe gemacht. Man sollte es kaum glauben, und doch ist es so: weder die Großh. Hof- und Landesbibliothek in Karlsruhe, noch die Bibliothek des Großh. Oberschulrates daselbst, noch auch die Bibliothek einer der Schulen des Landes besitzt eine vollständige Reihe der im letzten halben Jahrhundert gedruckten Jahresprogramme der badischen Schulen, die Centralbehörde selbst besitzt in ihren Akten nicht oder nicht mehr die für meine Zwecke notwendigen Einzelzahlen, so daß ich mich in einer ganzen Reihe von Fällen an die einzelnen Schulanstalten des Landes brieflich um Auskunft wenden mußte. Bereitwilligst erhielt ich diese, freilich nur insoweit sie in den Anstaltsakten selbst noch zu finden war; für 7 kleinere und kleinste Schulen Badens waren aus der ersten Hälfte der 30er, für eine solche aus der der 40er Jahre keine Besuchszahlen mehr aufzutreiben. Glücklicherweise wird wegen der ganz geringen in Betracht kommenden Schülermenge durch diese kleine Lücke das Gesamtergebnis in nennenswerter Weise kaum beeinflußt. Wo aber gedruckte Jahresprogramme zur Verfügung standen, waren selbst diese mit Aufmerksamkeit und Vorsicht zu benützen, da sich auch in ihnen Unklarheiten und in ihren übersichtlichen Zusammenstellungen selbst Fehler finden. Und auch die in den amtlichen Veröffentlichungen der Oberschulbehörde mitgeteilten Zahlenreihen besitzen oft nicht die für meine Zwecke erforderliche Genauigkeit, d. h. Richtigkeit. Deshalb hatte ich Anlaß, ja Verpflichtung, für Erhalt der nötigen Zahlen stets auf die Originallisten zurückzugehen.

gewonnenen Zahlen möglichst das Gesetzmäßige der Erscheinungen ablesen zu können. Indem ich soweit in der Zeit zurückging, gelangte ich dazu, für Preußen nahezu **drei Millionen**, für Baden beinahe **eine Drittelmillion Schüler***) meinen vergleichenden Betrachtungen zu unterziehen — gewiß genügend große Zahlen, um daraus von Zufälligkeiten freie Ergebnisse zu gewinnen.

Ich habe, soweit statistische Angaben aufzufinden waren, auch **andere deutsche Länder** und auch **Oesterreich****) in Betracht gezogen und zur Vergleichung benützt.

27. Was zunächst die **Art der Schulen** betrifft, so sind wesentlich drei Arten derselben zu unterscheiden.

Die erste Gruppe umfaßt die ihrer Idee nach rein als Vorbereitungsanstalten zum Universitätsstudium gedachten Schulen, nämlich die Voll-Gymnasien (in Baden bis 1872 „Lyceen" genannt) und die nur die 7 oder 5 untersten Jahreskurse jener umfassenden Teil-Gymnasien („Progymnasien" bzw. „Pädagogien" genannt). Sie sind gekennzeichnet durch den verpflichtenden Betrieb der lateinischen Sprache durch alle Klassen und durch den der griechischen Sprache vom vierten Jahreskurse ab (in Preußen bis 1882 vom dritten Jahreskurse ab).

Eine zweite Gruppe umfaßt diejenigen Schulen, welche zwar kein Griechisch, wohl aber Latein als verpflichtenden Lehrgegenstand durch alle Klassen haben: es sind dies in Preußen***) von 1859—82 die Realschulen

---

*) Wenn ich hier oben und weiterhin in solchem Zusammenhange den Begriff „Schüler" gebrauche, so sind hierunter natürlich nicht ebenso viele einzelne Persönlichkeiten zu verstehen, sondern es sind die je in die Jahreslisten der einzelnen Schulklassen aufgenommenen Schülernamen damit gemeint.

) Die Angaben für Oesterreich entnehme ich aus dem amtlichen Werke „Oesterreichische Statistik", und zwar aus dessen Band 3 (Heft 2), Bd. 9 (Heft 1), Bd. 12 (Heft 3), Bd. 16 (Heft 2), Bd. 18 (Heft 2), Bd. 21 (Heft 1), sowie aus den „Tafeln zur Statistik der österreichischen Monarchie", Neue Folge, Bd. 5, Teil 2, Tafel 14. Unter „Oesterreich**" sind hier verstanden die im Reichsrat vertretenen Länder, nämlich: Nieder- und Ober-Oesterreich, Salzburg, Steiermark, Kärnten, Krain, Küstenland, Tirol und Vorarlberg, Böhmen, Mähren, Schlesien, Galizien, Bukowina und Dalmatien.

***) Die Scheidung nach Betrieb oder Nichtbetrieb der lateinischen Sprache als verpflichtendem Lehrgegenstand macht für **Preußen** eine nähere Erläuterung nötig. — Die Unterrichts- und Prüfungsordnung vom 6. Oktober 1859 richtet amtlich ein „Realschulen" und „Höhere Bürgerschulen".

Die Realschulen I. Ordnung hatten in VI 8, in V und IV je 6, in III 5, in II 4, in I 3 Wochenstunden Latein. Die Realschulen II. Ordnung sind diejenigen Realschulen, welche „kein vollständiges System von 6 aufsteigenden Klassen haben" oder „welche für die einzelnen Klassen eine geringere Kursusdauer haben als vorgeschrieben" (nämlich 9 Jahre im ganzen) oder „welche für ihren Ort in den unteren und

I. Ordnung und die sog. „Berechtigten Höheren Bürgerschulen", seit 1882 die Realgymnasien und Realprogymnasien, wie sie seit 1884 nun auch in Baden heißen. Hier führten sie vorher den Namen „Höhere Bürgerschulen mit Lateinunterricht" und besaßen früher meist 3 oder 4, später 4 oder 5, in den letzten Jahren sogar 6 Jahreskurse; sie finden sich vorwaltend in den kleineren Städten des Landes und hatten und haben die nach bestehendem Schulschema oft schwer zu gleichzeitiger Lösung zu bringenden zwei Aufgaben, sowohl den Söhnen der Beamten und Honoratioren jener Städtchen die zum Uebertritt in ein Gymnasium nötige Grundlage, als auch den zu späterer gewerblicher Thätigkeit berufenen Knaben die hierzu erforderliche Vorbildung zu gewähren.

Eine dritte Gruppe kann man aus den die lateinische Sprache nicht [oder höchstens für freiwillige Teilnehmer] lehrenden Schulen bilden, welche wesentlich für die Bedürfnisse des Gewerbestandes eingerichtet sind. In Baden bestehen sie seit 1835 ebenfalls unter dem Namen von „Höheren

mittleren Klassen zugleich das Bedürfnis der Elementar- und der niederen Bürgerschule befriedigen müssen und darnach eingerichtet sind", „deren Lehrplan von dem für die Realschulen I. O. vorgeschriebenen soweit abweicht, daß z. B. ein **Unterricht im Lateinischen** gar nicht erteilt oder daß die Teilnahme daran oder an anderen wissenschaftlichen Gegenständen den Schülern freigestellt wird". (Wiese, Verordnungen und Gesetze 2c., 3. Ausg. (1886), Bd. I. S. 80).

Als höhere Bürgerschulen wurden amtlich „solche Real-Lehranstalten bezeichnet, welche die Tendenz der vollständigen Realschule verfolgen, aber eine geringere Klassenzahl haben. Die höheren Bürgerschulen, welche die **Berechtigung** zu giltigen Abgangsprüfungen erwerben wollen, müssen die 5 Klassen VI bis II einer vollständigen Realschule umfassen . . . und das **Lateinische** gehört auch bei ihnen zu den obligatorischen Gegenständen des Lehrplans". (Wiese a. a. O. S. 83).

Hiernach haben viele (vielleicht die meisten) Realschulen II. O. Lateinunterricht gehabt. Gleichwohl will ich sie sämtlich zu den Latein **nicht** lehrenden Schulen einrechnen. So gehe ich gewiß zu sehr nach der einen Seite über das Ziel hinaus, aber die auf meine Zahlenergebnisse aufgebauten Schlüsse gelten dann auch zum mindesten für den Umfang, für den sie ausgesprochen werden, und sind zuverlässig — **thatsächlich gelten sie noch weiter.**

Dem Dargelegten zufolge **zähle ich** für die Zeit von 1859/60 bis 1882 in Preußen

a) als Latein und Griechisch lehrend: die Gymnasien und Progymnasien;

b) als Latein lehrend: die Realschulen I. Ordnung und die sog. Berechtigten Höheren Bürgerschulen.

c) als Latein nichtlehrend: die Realschulen II. Ordnung und diejenigen Schulen, welche in den amtlichen Tabellen unter dem Titel „Sonstige in der Organisation begriffene Real-Lehranstalten" aufgezählt sind; ferner dazu noch die seit 1878/79 in den Listen geführten „Lateinlosen Realschulen mit 9jährigem Lehrkursus".

Die Cirkularverfügung vom 31. März 1882 richtet in Preußen ein: a) Griechisch und Latein lehrend: Gymnasien und Progymnasien; b) Latein lehrend: Realgymnasien und Realprogymnasien; c) Latein nichtlehrend: Oberrealschulen, Realschulen und Höh. Bürgerschulen.

Bürgerschulen“ (ohne Latein) oder als sog. „Realklassen“ einzelner Gymnasien, seit 1884 als „Realschulen“; für Preußen sind (— vgl. die Anmerkung a. v. S. —) dahin einzurechnen für die Zeit von 1859—82 sämtliche Realschulen II. Ordnung und die in den amtlichen Listen unter dem Namen „Sonstige in der Organisation begriffene Real-Lehranstalten“, sowie die seit 1878 in den Listen geführten „Lateinlosen Realschulen mit 9jährigem Lehrkursus“; seit 1882 gehören in Preußen zu dieser dritten Gruppe die „Oberrealschulen“, „Realschulen“ und „Höheren Bürgerschulen“. Für Bayern habe ich zu dieser dritten Gruppe die sog. „Gewerbeschulen“ der Jahre vor 1872 rechnen müssen; erst 1869 bezw. 1874 werden in Bayern Realgymnasien und erst 1877 werden sog. Realschulen gegründet.

Von den vorstehend aufgeführten Gruppen von Schulen kann die dritte kurz als **Latein nicht lehrende Schulgattung** bezeichnet, die beiden ersten Gruppen können dagegen als **Latein lehrende Schulen** bezeichnet werden. Es empfiehlt sich aber auch alle diese zwischen allgemeiner Volksschule einerseits und Hochschule anderseits mitten inne stehenden Schularten unter gemeinsamem Namen zusammenzufassen: so werde ich sie begrifflich künftig als **Mittelschule** benennen, wie ich sie seither schon gelegentlich als „**Höhere Schulen**“ benannt habe.

28. Die **Anzahl der höheren Schulen** und die im Verlauf der Jahre stattgehabte Veränderung in dieser Anzahl von preußischen und badischen Mittelschulen ist aus der folgenden Tabelle zu entnehmen:

Je am Ende des Jahres:	1818	1820	1825	1830	1835	1836	1837	1840	1845	1850	1855	1860
besaß Preußen	91	96	104	109	148	160	165	174	181	193	206	229
„ Baden						20	22	27	34	41	40	40

Je am Ende des Jahres:	1866	1867	1868	1869	1870	1875	1880	1885	1886	1887	1888
besaß Preußen	270	289	359	387	401	449	489	523	529	533	
„ Baden	43	43	43	44	45	48	52	50	21	52	52

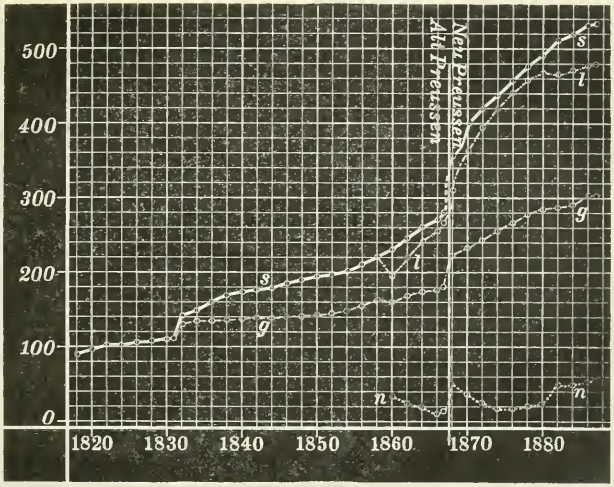
Die Versinnlichung dieser Zahlen geben die Linien s in den folgenden Figuren 3 und 4: man sieht, wie in beiden Ländern schon seit der Mitte der 60er Jahre, ganz besonders aber nach dem großen Kriege die Zahl der Schulen sehr beträchtlich wuchs. Und merkwürdigerweise gilt für Oesterreich die gleiche Thatsache: während in den 13 Jahren von 1873—1886 in Baden die Zahl der höheren Schulen um 11 %, in Preußen um 24,2 % zunahm, stieg sie in Oesterreich*) von 214 auf 252, d. h. um 17,8 %. Dabei ist aber auch wohl zu beachten, daß überall die Bevölkerungsmenge beträchtlich stieg (vgl. oben Figur 2, S. 68), daß aber gerade in dem letzterwähnten Zeitraume das Wachstum der Bevölkerung

*) Oesterreich in dem oben S. 82, Anm. ** gegebenen Sinne [laut „Oesterreichische Statistik“, Bd. 18, Heft 2].

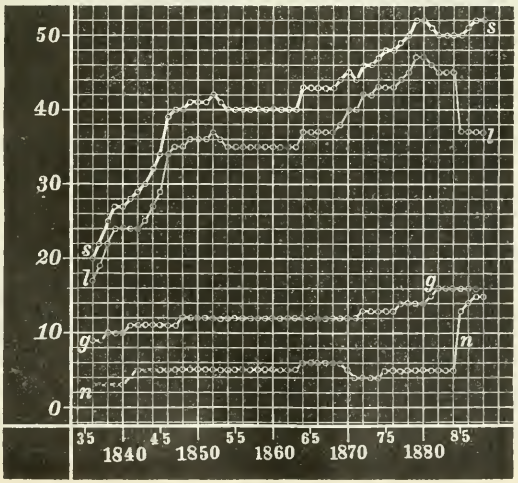
hauptsächlich den städtischen Wohnsitzen zu gute kam, d. h. eben den Orten, wo höhere Schulen allein gegründet und unterhalten werden. Um nur ein beglaubigtes Beispiel anzuführen, so betrug im Jahre 1880 der in Orten von je über 2000 Einwohnern anwesende Bevölkerungsteil des Deutschen Reiches noch 41,4 %, er stieg bis 1882 auf 41,8 % und hatte 1885 bereits 43,7 % erreicht!

29. Die **Art der Verteilung der Gesamtzahl von Schulen** auf die vorhin (S. 82 f.) angegebenen 3 Hauptarten derselben machen die weiteren Linien der Figuren 3 und 4 deutlich, wo jedesmal bedeutet:

Figur 3 (**Preußen**).



Figur 4 (**Baden**).



s = die Gesamtzahl der jeweils vorhandenen Mittelschulen,
g = die Anzahl bloß der (altklassisch) gymnasialen Anstalten,
l = die Anzahl sämtlicher Latein lehrenden Schulen,
n = die Anzahl sämtlicher Latein nicht lehrenden Schulen*).

Die auffallende verhältnismäßige Lage der Linien g, l und besonders von n macht es erwünscht, auch aus anderen Ländern Deutschlands Beispiele zum Vergleiche herbeizuziehen.

Da findet sich nun Folgendes. Die **beiden Mecklenburg** haben 10 Gymnasien, 8 Latein lehrende Realschulen und, nur wenn man die Einrichtungen von Realklassen an diesen letzteren als eigene Schulen zählt, 7 nicht Latein lehrende Realschulen.

Würtemberg besaß**) zu Neujahr 1885 bezw. 1887 im ganzen 164 bezw. 167 Schulen, wovon je 85 „Gelehrtenschulen", je 7 realistisch-humanistische Anstalten und 72 bezw. 75 Realschulen. — In **Bayern** gab***) es vor 1877 überhaupt keine lateinlosen „Realschulen", als ihre Stelle vertretend können die sog. „Gewerbschulen" angesehen werden: in der Zeit von 1863—72 bestanden 28 Vollgymnasien, 47 bis 49 „isolierte Lateinschulen" (= Untergymnasien) und 6 Realgymnasien; im Schuljahre 1884—85 gab es 33 Gymnasien, 54 sog. „isolierte Lateinschulen", 4 Realgymnasien und [4 Industrie- sowie] 56 Realschulen. — Im **Königreich Sachsen** zählte man†) Ende 1887 = 14 Gymnasien, 10 Realgymnasien und 23 Realschulen. — Im **ganzen Deutschen Reiche** aber bestanden††)

*) Die Kurve n in Figur 3 (für Preußen) beginnt erst mit dem Jahre 1860, weil erst von hier ab in den amtlichen Veröffentlichungen die lateinlosen Realschulen (in dem oben S. 83 erklärten Sinne) ausgeschieden sind. Würden aber auch sämtliche von 1832—1859 als „Berechtigte Real- und höhere Bürgerschulen" bezeichneten Schulen den Latein nicht lehrenden Schulen beigezählt, so würde in Figur 3 die n-Linie nach links hin eine Fortsetzung erfahren, welche als Ordinate je den Ordinatenunterschied der s-Linie und der g-Linie hätte, also auch in diesem günstigsten Falle außerordentlich tief läge!

**) Statistisches Jahrbuch für das Königreich Würtemberg, Jahrg. 1885, S. 184 und Jahrg. 1887, S. 225 f.

***) Beiträge zur Statistik des Königreichs Bayern, 5. Heft (1855) für 1851—52, 14. Heft (1864) für 1862—63, 27. Heft (1873): „Statistik des Unterrichts für die Jahre 1869—72" und 52. Heft: „Die Ergebnisse der Unterrichtsstatistik für 1884—85". [Vgl. hierzu die Arbeit von M. Krück im Pädagog. Archiv, Jahrg. 30, S. 254 ff. Krück berechnet hier, daß auf 100000 Personen der männlichen Gesamtbevölkerung Bayerns 66,6 Latein lernende und 31,6 Latein nicht lernende Schüler kommen.]

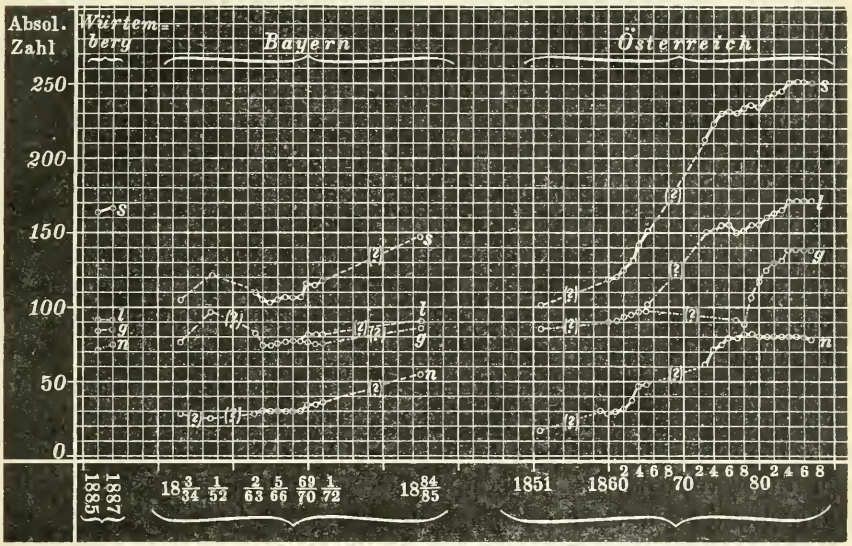
†) Statistisches Jahrbuch für das Königreich Sachsen für das Jahr 1889, S. 253.

††) Diese Zusammenstellung ist entnommen aus „Meyer's Konversations-Lexikon", 4. Aufl. (1887), Bd. 7, Art. „Gymnasium", S. 962. — Ich sehe wohl, daß diese Zahlen mit meinen Zahlen der einzelnen Länder nicht ganz stimmen; der Unterschied mag wohl z. T. davon herrühren, daß bei meinen Zahlen für (Preußen und) Baden 2 unter derselben Direktion stehende Abteilungen derselben Schule als 2 Schularten gerechnet sind.

im Jahre 1886 im gesamten 859 Mittelschulen, nämlich = 399 G. und 47 Progymnasien, 136 Realgymnasien und 107 Realprogymnasien, 16 Oberrealschulen und 67 Realschulen, sowie 87 höhere Bürgerschulen; werden diese letzten hälftig den R.-G. und hälftig den Realschulen zugeteilt und wird angenommen, daß diese letzteren sämtlich Latein nicht lehrende Schulen sind (— was gewiß zuviel! —), so ergeben sich für g = 446, für l = 732, für n = 127 Schulen, d. h. bezw. 51,9 %, 85,2 %, 14,8 %. Das „Statist. Jahrb. der höheren Schulen ꝛc." (von

Figur 5.

Würtemberg, Bayern und Oesterreich.



Mushacke-Teubner) 9. Jahrg. (1888) II, 220 ff. zählt dagegen [für 1886?] im ganzen 883 Mittelschulen auf: die den vorigen entsprechenden Zahlen sind hier = 415, 56, 132, 110, 15, 61, 94; bei gleicher Zuteilung wie vorhin ergeben sich hiernach die nur wenig davon verschiedenen Prozentzahlen g = 53,3 %, l = 86,1 %, n = 13,9 %.

Zum Vergleiche füge ich auch noch die Zahlen bei, welche ich für **Oesterreich** ermitteln konnte*) und zwar für eine Reihe von 15 Jahren (Fig. 5).

Und was lehren all diese Zahlen und Punkte und Linien? Sie lehren, daß die weit überwiegende Zahl aller Mittelschulen Latein lehrende Schulen umfaßt und daß unter den letzteren wieder die humanistisch-gymnasialen Anstalten meist den weit überwiegenden Prozentsatz ausmachen.

*) Oesterreichische Statistik, Band 3, Heft 2, S. XV.

Um auch für eine größere Zeitstrecke ein durchschnittliches Maß als Anhaltspunkt zu geben, so sei hier mitgeteilt, daß in den 27 Schuljahren von 1859 bis mit 1886:

in Preußen g = 60 %, l = 93 %, n = 7 %,
in Baden g = 29 %, l = 89 %, n = 11 %,

in den 10 Schuljahren von 1877 bis 1886 einschließlich:

in Oesterreich g = 50 %, l = 67 %, n = 33 % betrug.

Für deutsche Verhältnisse ist hier, wie die letzten drei Figuren deutlich zeigen, der niedere Stand von n ganz besonders auffällig, d. h. die absolut wie noch mehr relativ so ungemein geringe Anzahl von Schulen, welche die lateinische Sprache nicht als verpflichtenden Lehrgegenstand haben. Man könnte ja doch meinen, durch einen Schreibfehler seien an all den letzten Figuren die Buchstaben l und n, oder wenigstens g und n mit einander vertauscht. Aber nein — es ist die volle Wahrheit: diejenige Schulart, welche für die allerweitesten Kreise der Bevölkerung, für die große Mehrzahl deutscher Orte die geeignetste wäre, diejenige, welche den im engeren Sinne erwerbenden Schichten unseres Volkes, welche dem besseren Bürger-, dem weiterstrebenden Gewerbe- und Kaufmannsstande, dem mittleren und niederen Beamten dienen sollte, all den jungen Männern also, welche auf eine gelehrte Ausbildung verzichten, gerade diese Schulart ist allüberall in Deutschland am schwächsten vertreten!

Neben dieser niedrigen, jammervoll niedrigen Lage der Punkte und der Kurven n — welch stattlich hohe Lage von l! Wenn nur die Vielen, die übermäßig Vielen, welche Latein lernen, darin in etwas größerer Zahl zu einem einigermaßen erfreuenden Ergebnisse kämen — aber die weit überwiegende Mehrzahl kommt ja nicht über die gröbsten Grundlagen lateinischer Sprachkenntnis hinaus!

Und unter den Latein lehrenden Schulen nimmt wieder die Anzahl derer von klassisch-gymnasialem Charakter den weitaus größten Prozentsatz für sich in Anspruch! Haben wir denn wirklich das Bedürfnis, so viele Gymnasien zu besitzen? Jeder, der es gut meint mit seinem Volke und dessen Bedürfnisse richtig abschätzt, wird „Nein!“ und abermals „Nein!“ zur Antwort geben müssen.

Und man sehe sich nur die Kurven in den Figuren 3 und 4 und 5 nochmals an: die Gymnasiallinie g und die Lateinschullinie l gehen fast in ihrem ganzen Verlaufe gewissermaßen freudig in die Höhe, die Realschullinie n aber zeigt in Baden lange ein Stehenbleiben in gleicher Höhe*),

*) Das mit dem Jahre 1885 erfolgte plötzliche Ansteigen der Linie n in Baden (Figur 4, S. 85) und das entsprechende Sinken der Linie l hat seinen Grund in der

in Preußen aber allzu lang ein stetes Sinken*). Erst die letzten Jahre haben eine kleine Wendung zum Besseren gebracht.

Aber immer noch ist die Zahl der Gymnasien weit überwiegend. Und zu diesem ihrem Ueberwiegen der Zahl nach kommt noch hinzu, daß viele dieser Schulen eine ganz außerordentliche hohe Schülerzahl aufweisen. Klagt doch die preußische Unterrichtsverwaltung selbst darüber (Centralblatt 1882, S. 240), daß „eine ansehnliche Zahl unserer höheren Schulen eine Höhe der Gesammtfrequenz erreicht habe, welche ihre gesunde Entwickelung gefährdet. An mehr als einem Viertel der (preuß.) Gymnasien überschritt die Gesammtzahl der Schüler die Zahl 400 und reicht bis 700 und darüber". Daß im Süden Deutschlands ähnliche Verhältnisse herrschen, beweist das Beispiel Badens: 4 seiner 14 Vollgymnasien haben über 400, 3 derselben haben seit 1880 andauernd über 600, zeitweise selbst über 700 Schüler!

Um die wahre Bedeutung der so vorwiegend großen Zahl von Lateinschulen und von Gymnasien insbesondere für unsere Hauptfrage, für die nämlich nach den Gründen des übermäßigen Zudranges zu den gelehrten Fächern, voll zu erfassen, muß man aber auch noch einen anderen wesentlichen Punkt ins Auge fassen, den der *örtlichen Verteilung jener Schulen*.

Ein amtlicher Erlaß der preußischen Unterrichtsverwaltung hebt selbst hervor (Centralblatt 1882, S. 236), „daß im Jahre 1882 *an 81 Orten Preußens nur realistische Schulanstalten mit lateinischem* Unterrichte und *an 150 Orten überhaupt nur gymnasiale Anstalten* bestehen", und meine Nachforschungen (Centralblatt 1884, S. 405—425; 1885, S. 501—524; 1887, S. 479—502) haben gezeigt, daß diese letztere Zahl 150 für die folgenden Jahre sich etwas ermäßigt, daß sie sich für die Jahre 1884, 1885, 1887 aber immer noch auf 140, 139, 136 hält und daß sie, wenn man richtigerweise zu den Vollgymnasien auch noch die Progymnasien hinzuzählt, sich sogar bezw. auf der Höhe 170, 170, 166 zeigt. *An so vielen Orten Preußens ist also die Erlangung einer anderen als gymnasialen Ausbildung an öffentlichen Schulen überhaupt unmöglich!*

Wenn man sich nun zusammenfassend die obwaltenden Verhältnisse vergegenwärtigt, die überwältigend große Zahl von Lateinschulen in

---

neuen Organisation der „Real-Mittelschulen" vom 29. Januar 1884; einige der vorher vorhandenen „Bürgerschulen mit Latein" wurden damals in „Realschulen" (ohne Latein oder mit nur fakultativem Latein) umgewandelt; in Wahrheit ist der Sprung nicht so stark.

*) Und dabei sind noch (— vgl. oben S. 83, Z. 13 v. u. —) alle Realschulen II. O. zu den Latein *nicht* lehrenden eingerechnet! Dies entspricht aber der Wahrheit durchaus nicht, so daß in Wirklichkeit die Lage der Linie n eigentlich eine noch tiefere sein müßte.

Deutschland, die große Zahl gymnasialer Anstalten, die an vielen Orten einzig mögliche Gelegenheit des Gymnasiumsbesuches — kann man sich da wundern, daß aus diesen Gründen allein schon ein bedeutendes Ueberwiegen der Gymnasialschüler sich einstellt, daß gar in Verbindung mit den sonst noch gebotenen Vorteilen und Vorzugsberechtigungen die Gymnasien gerade am meisten von Schülern aufgesucht werden? kann man sich dann wundern, daß solch günstige Gelegenheit zur Vorbildung auf ein gelehrtes Fach hin so reichlich benützt, daß das gelehrte Fach selbst so zahlreich, so überzahlreich ergriffen wird? Ganz gewiß ist so mit dem reinen Zahlverhältnis der verschiedenen Arten von Mittelschulen schon ein wesentlicher Grund zur allmählichen Ueberfüllung der gelehrten Fächer nachgewiesen.

30. Es drängt sich hier schon die Frage auf, auf welchen Gründen wohl das im vorigen Paragraphen festgestellte eigentümliche Zahlverhältnis der verschiedenen Schulgattungen, insbesondere worauf das Vorwiegen der gymnasialen Anstalten beruhe. Ich will aber die Beantwortung dieser Frage vorerst noch zurückstellen und will zuvor noch, wie ich Zahl und Art der Mittelschulen feststellte, so nun auch Zahl und Art der sie besuchenden Schüler ermitteln, um hieraus dann Folgerungen zu ziehen.

Was nun zunächst die **Gesamtzahl der Schüler aller Mittelschulen** betrifft, so ist ja bekannt, daß dieselbe in den letzten Jahren beträchtlich zugenommen hat.

Für **Württemberg** scheint dies am wenigsten zu gelten, von den Ländern wenigstens, von welchen ich mir statistische Angaben verschaffen konnte. Die unten S. 95 folgende Figur 10 giebt in ihrer Linie s den Verlauf für die letzten 10 Jahre.

Es empfiehlt sich aber, möglichst auf eine längere Reihe von Jahren zurückzugehen: eben deshalb habe ich die bezüglichen Verhältnisse in Baden und Preußen genauer studiert.

Für **Baden** zeigt die Linie s in Figur 8 (auf S. 93) das Ergebnis meiner Ermittelungen. Vor Allem springt hier der gewaltige Unterschied zwischen der Anfangszahl 2001 (im Jahre 1835/36) und der Endzahl 11047 (in 1887/88) in die Augen: eine Steigerung auf mehr als das 5½fache in 52 Jahren! So sehr hat das Bestreben zugenommen, einen größeren und immer größeren Teil der heranwachsenden Jugend über die elementare Volksschulbildung hinausgelangen zu lassen!

Man erkennt ja im Einzelnen deutlich die ungünstigen Einwirkungen der unruhigen Zeiten der Revolutionsjahre sowie der wiederholten kriegerischen Verwickelungen der Folgezeiten. Aber von diesen paar Stellen abgesehen, an welchen ein vorübergehender Stillstand oder Rückgang zu

bemerken, ist der Verlauf der Schülerzahl-Kurve stets ein ansteigender, ein noch mäßig ansteigender in den ersten 30 Jahren, dann aber ein ganz außerordentlich in die Höhe gehender vom Schuljahre 1866/67 ab, und diese allgemeine Neigung der seitdem verflossenen 20 Jahre wird noch überboten durch das ungemein steile Ansteigen während des letzten Jahrfünftes.

Für **Preußen** vermag ich leider keine Zahlen für ebensoweit rückliegende Zeiten anzugeben. Immerhin führen die ermittelten, in Linie s der nachfolgenden Figur 9 (S. 94) bildlich niedergelegten Zahlenthatsachen deutlich genug dasselbe Hauptergebnis vor Augen, daß der Gesamtbesuch der höheren Schulen auch in Preußen, das vor 1866 schon 48%, seitdem bis 60 % der gesamten Einwohnerzahl Deutschlands umfaßt, in ungemein starker Weise zugenommen hat.

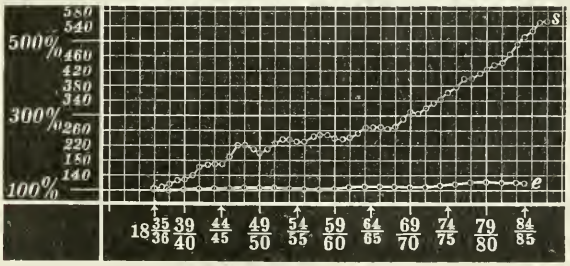
Und daß diese Erscheinung sich auch in den gesamten (deutschen) **Ländern Oesterreichs** zeigt, beweist der Linienverlauf in der nachfolgenden Figur 11 (S. 95), wo mir eine Rückwärtsverfolgung leider aus Mangel an amtlich beglaubigtem Material ebenfalls nicht möglich war.

31. Beträchtlich und stetig hat also seit Jahrzehnten schon die Gesamtanzahl der jungen Leute zugenommen, welche unsere höheren Schulen besuchen. Um diese Zunahme aber richtig würdigen zu können, bedarf es noch des **Vergleiches zwischen der Zunahme der Einwohnerzahl und der Schülerzahl** aller Mittelschulen der betreffenden Länder.

Für **Baden** giebt die untenstehende Figur 6 in Linie e die prozentische Zunahme der Einwohnerzahl und s die prozentische Zunahme

Figur 6.

Prozentische Zunahme der Einwohnerzahl und der Schülerzahl in Baden.

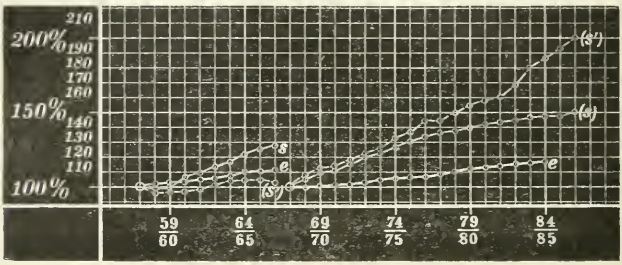


der Schülerzahl für die einzelnen Jahre seit 1835, indem dabei aus eben diesem Jahre die betreffende Zahl = 100 gesetzt ist. In solcher Beleuchtung tritt das wahre Wesen und die Bedeutung der in Figur 8 (und 9) versinnlichten Zunahmen erst recht eigentlich hervor.

Für **Preußen** kann wegen der im Jahre 1866 eingetretenen Umgestaltung der politischen Verhältnisse eine durchgehende vergleichende Rechnung für alle Jahre von 1858 ab nicht ausgeführt werden. Ich stellte deshalb die Rechnung einmal an von der für 1858 geltenden Einwohner-, bezw. Schülerzahl aus und ein zweites Mal von der für 1868

Figur 7.

Prozentische Zunahme der Einwohnerzahl und der Schülerzahl in Preußen.



geltenden aus: vgl. Figur 7! Zum Vergleiche habe ich für dieselben Zeiten in den Linien s' die entsprechend ermittelten Prozentverhältnisse für Baden beigefügt.

32. Allerorten wächst also und wächst fast von Jahr zu Jahr stärker das Bestreben nach einer höheren Ausbildung der Jugend, und ich sehe keinen Grund ein, dies anders als mit Freuden zu begrüßen.

Eine andersartige Empfindung überkommt aber jeden, so sollte man meinen, der die **Art der Verteilung der Gesamtschülerzahl auf die einzelnen Arten von Schulen** des Näheren betrachtet. Und man muß diese Verteilungsweise genauer studieren, wenn man die Lösung der uns interessierenden Hauptfrage fördern will.

Die Art der Verteilung der Gesamtzahl von Schulen wurde oben S. 85 ff. zur Darstellung gebracht; konnte man sich dort schon wundern, ja ernstlich beklagen über das bestehende Verhältnis, so ist man hier noch mehr dazu berechtigt: denn eben dieses Verhältnis, vielmehr das dort gerügte Mißverhältnis tritt bei der Größe der jene Schularten besuchenden Schülermengen noch deutlicher in die Erscheinung.

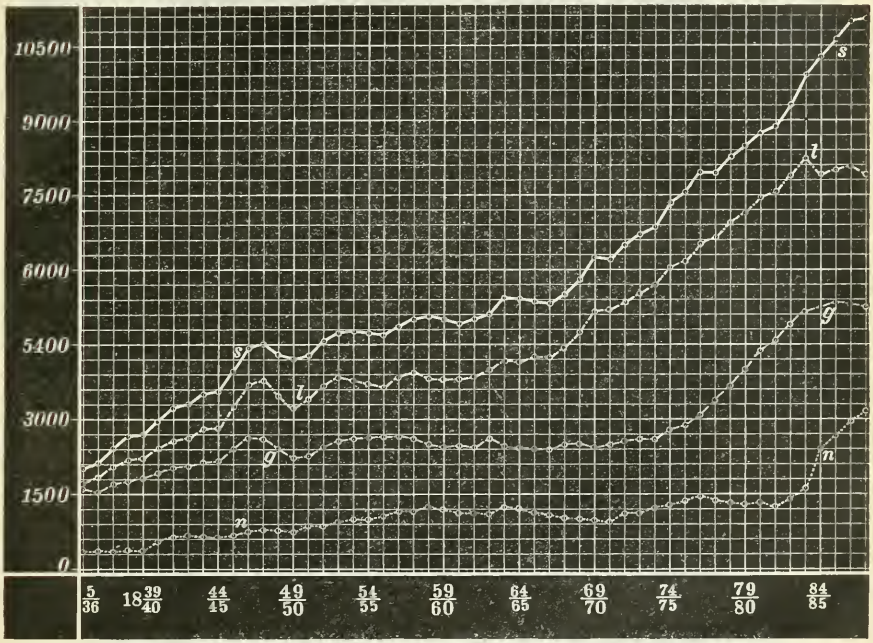
Führen wir zunächst die in dieser Beziehung geltenden thatsächlichen Zahlen vor Augen!

Die beifolgende Figur 8 versinnlicht für **Baden** die seit über einem halben Jahrhundert obwaltenden Verhältnisse: die stärker gezeichnete Linie s stellt wieder die absolute Gesamtzahl der Schüler dar, die drei übrigen Linien

dann die alljährlich stattgehabte Verteilung auf die einzelnen Schularten derart, daß g die Zahl je der Besucher von klassisch-humanistischen Voll- und Teil-Gymnasien darstellt, l aber die der Schüler von Latein lehrenden*), n die Zahl der Schüler von Latein nicht lehrenden Schulen. Wie gar niedrig ist die Anzahl der letzteren! Erst in den letzten Jahren ist sie

Figur 8.

Gesamtzahl von Schülern und Verteilung dieser Gesamtzahl auf die einzelnen Schularten in Baden.



gestiegen, scheint sogar beträchtlich gestiegen, dürfte aber in Wirklichkeit etwas weniger hoch anzurechnen sein**). In den Jahren und Jahrzehnten

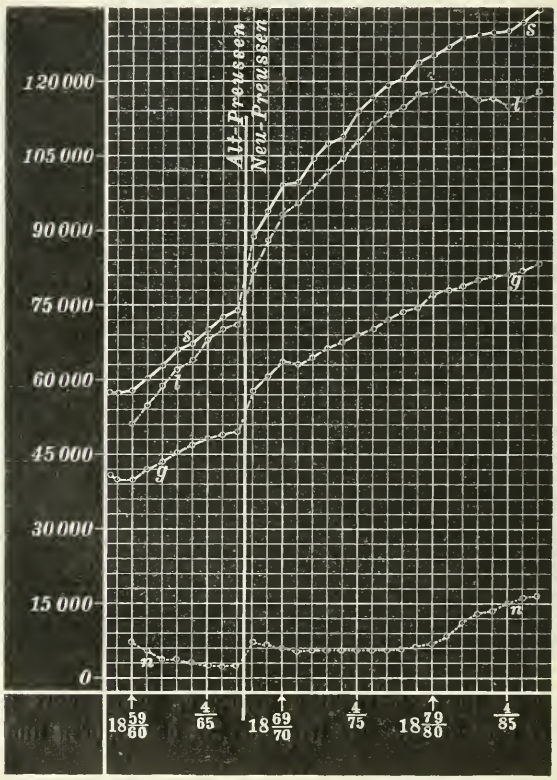
*) Früher etwas mehr als in den letzten anderthalb Jahrzehnten wurden auch sog. „**Gäste**" in allen Arten der badischen Schulen als Teilnehmer an einzelnen Unterrichtsgegenständen zugelassen. Was nun deren Einrechnung in die einzelnen Schularten betrifft, so machte ich die freilich nicht ganz richtige, aber für die Mehrzahl der Fälle wohl zutreffende Unterstellung, daß die Gäste der Gymnasien im wesentlichen nicht am Griechischen teilnahmen und habe sie deshalb den entsprechenden Klassen der nicht gymnasialen Lateinschulen zugerechnet, ferner daß die Gäste der letzteren hauptsächlich wegen ihrer Unkenntnis oder Unreife im Lateinischen Gäste waren, und deshalb habe ich sie den lateinlosen Schulen zugezählt; die Gäste der letzteren aber ließ ich ganz weg.

**) Vgl. S. 88, Anm.* Da trotz der Nebenennung viele der Schüler noch lateinischen Unterricht, freilich jetzt fakultativen, genießen, ist die Bemerkung des Textes wohl richtig.

vorher hatte die Zahl ihrer Schüler 1500 nie erreicht, auch nicht erreicht, als die Gesamtzahl der Schüler höherer Schulen sich im Vergleich zum Jahre 1835 auf das 3-, 4-, sogar 5fache gehoben hatte (vgl. Figur 6, S. 91). Die Zunahme, wie die Linie I zeigt, kam fast nur den Latein lehrenden

Figur 9.

Verteilung der Gesamtzahl von Schülern auf die einzelnen Schularten in Preußen.

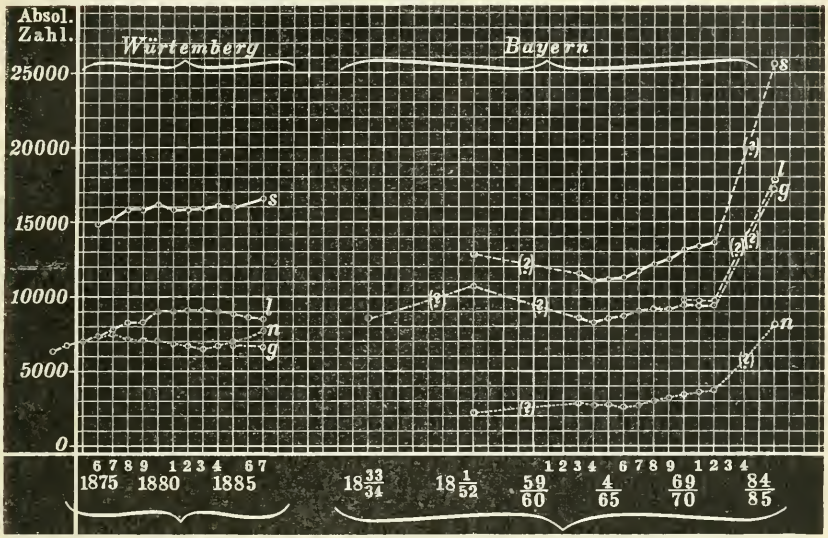


Schulen, ganz besonders den gymnasialen Anstalten zu gute. Merkwürdig genug! In Baden wie in ganz Deutschland und in allen Kulturstaaten haben sich in den letzten Jahrzehnten gerade diejenigen Verhältnisse des politischen und wirtschaftlichen Lebens gehoben, welche eine gelehrte Bildung im engeren Sinne nicht zu erfordern scheinen — und trotzdem nahm gerade der Besuch der Lateinschule zu! Ich werde ja noch auf die Gründe dieser Erscheinung einzugehen haben; vorerst sei nur das Thatsächliche berichtet.

Wie in Baden, so auch, nur noch viel einseitiger — oder sagen wir schlimmer? — haben sich die Verhältnisse in **Preußen** entwickelt. Die

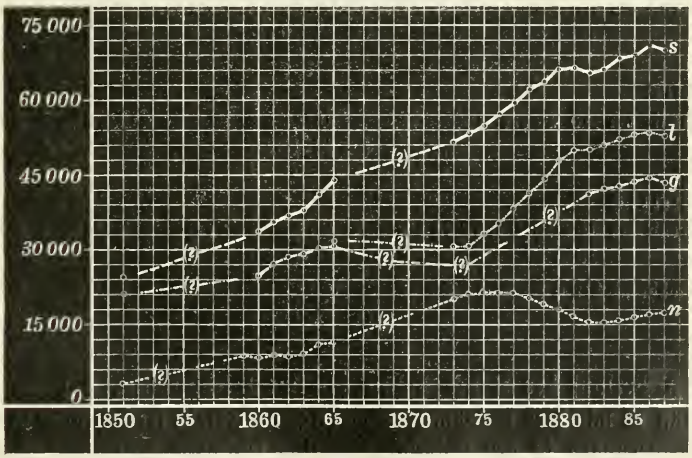
Figur 10.

Verteilung der Gesamtschülerzahl auf die einzelnen Schularten in Würtemberg und Bayern.



Figur 11.

Verteilung der Gesamtschülerzahl auf die einzelnen Schularten in Oesterreich.



vorstehende Figur 9 giebt hierüber vollen genau zahlenmäßigen Aufschluß. Jede Erläuterung scheint unnötig, die Vorführung des Linien-

verlaufes genügt, jedem bange zu machen, der es ernst meint mit der Entwickelung unseres Volkstums.

Auch in **Würtemberg**, wenn auch nicht in so überaus ungünstiger Weise (s. Figur 10 a. vor. S.) und in **Oesterreich**, hier wieder in stärkerem Maße (s. Figur 11), gelten die gleichen Verhältnisse.

Es empfiehlt sich die **Durchschnittsprozentzahlen der Besucher** auch für längere Zeitstrecken anzugeben. Es betrug die absolute und die prozentische Zahl der Schüler in:

	Gesamtzahl	Gymnasiasten (nicht R.G.)	Lateiner	Nichtlateiner
1) **Baden**				
während der 53 Jahre 1835—1888	100 % (= 305 582)	49,8 %	80,4 %	19,6 %
2) **Preußen**				
während der 8 Jahre 1859/60 bis Herbst 1867	100 % (= 530 903)	68,6 %	94,1 %	5,9 %
und während der 20 Jahre 1867/68 bis Herbst 1887	100 % (= 2337 822)	61,9 %	92,7 %	7,3 %
zusammen während der 28 Jahre von 1859/60—1887	100 % (= 2868 725)	63,1 %	93,0 %	7,0 %
3) **Würtemberg**				
während der 10 Jahre 1875/76 bis 1884/85	100 % (= 158 011)	[43,5 %]	55,2 %	44,8 %
4) **Bayern**				
während der 10 Jahre 1862—72	100 % (= 121 692)	73,8 %	74,7 %	25,3 %
5) **Oesterreich**				
während der 15 Jahre 1872/73 bis 1886/87	100 % (= 948 988)	(?)	70,3 %	29,7 %
und während der 6 Jahre 1882—87	100 % (= 412 498)	62,7 %	76,1 %	23,9 %

Im Verlauf der Jahre haben sich die Verhältnisse, auf deren Ermittelung es mir hier ankommt, allmählig, mehrmals freilich auch in Folge von Aenderungen in der Schulorganisation ruckweise geändert. Zur Beurteilung des **neuesten Standes der Dinge** wird es gut sein, die folgende Uebersichtstabelle einzufügen, welche für die Gegenwart — soweit wenig-

stens die amtlichen statistischen Veröffentlichungen reichen*) — die bezüglichen Zahlenwerte in Prozenten darlegt.

In Prozenten der Gesamtzahl von Schülern höherer Schulen war die:	Württemberg am 1. Jan. 1885	Bayern Schuljahr 1884/85	Baden Schuljahr 1883/84	Baden Schuljahr 1887/88	Kgr. Sachsen am 1. Dez. 1884	Kgr. Sachsen Ende 1887	Preußen Schuljahr 1884/85	Oesterreich Schuljahr 1884/85
Zahl der (klass.) Gymnasiasten	43,5	66,4	51,9	47,6	48,4	44,0	62,2	62,9
„ „ Lateinlernenden	55,7	68,0	83,5	71,4	73,0	67,6	88,4	76,1
„ „ Lateinnichtlernenden	44,3	32,0	16,5	28,6	27,0	32,4	11,6	23,9

33. In den letzten fünf Paragraphen (§§ 28—32) habe ich die Thatsache einer seit Jahrzehnten währenden Zunahme in der Anzahl der deutschen und auch der österreichischen Mittelschulen sowie die Thatsache eines außerordentlich gesteigerten Besuches dieser Mittelschulen festgestellt, und ich darf wohl annehmen, daß auch die Erklärung dieser Thatsache hinreichend gegeben ist durch die im früheren versuchte Darlegung der allgemeinen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse der letzten Jahrzehnte.

Daß aber jene Zunahme in der Anzahl von Schulen vor allem die Lateinschulen, insbesondere die Gymnasien getroffen hat (§ 29) und daß trotz einem nicht zu verkennenden, freilich nur schwachen Rückgang in der prozentischen Zahl der Gymnasiasten diese Zahl sich gleichwohl auf solcher Höhe hielt und absolut genommen in den letzten Zeiten stets in die Höhe ging, diese Thatsache bedarf noch einiger Worte der Erklärung.

Vor allem muß man beachten, daß die Lateinschulen, insbesondere die Gymnasien das Recht und die Stärke des geschichtlich Gewordenen für sich haben, daß sie schon nach dem Gesetze des Beharrungsvermögens dauern und durch ihr Beispiel auf die Einrichtung gleichartiger Schulanstalten hinführen.

Dann aber halten noch gar Viele und vor allem die obersten Schulbehörden und die Staatsregierungen den durch alle Klassen gepflegten vorwaltenden Unterricht in den altklassischen Sprachen für das beste allgemeine Bildungsmittel und für die passendste Vorbereitung auf das Studium der Hochschule. Selbst wenn aber auch bei einzelnen jener Behörden Zweifel an der Richtigkeit dieser Auffassung sich regen sollten,

*) Der besseren Vergleichung wegen wurde auch für Preußen das Jahr 1884 benützt.

sie scheuen vorerst noch zurück vor einer grundsätzlichen Aenderung des Mittelschulwesens, umsomehr als in diesem Punkte der einzelne deutsche Staat wohl nicht für sich allein vorgehen kann.

So behält man also die vorhandenen Gymnasien bis jetzt alle bei. Und ihnen strömt die Ueberfülle von Schülern zu, vielfach doch wohl wegen der äußeren Vorteile, welche ihr Besuch gewährt. Sie fordern zwar durchschnittlich ein etwas höheres Schulgeld*), aber sie gewähren wohl meistens mehr Schulgeldbefreiung**), jedenfalls besitzen sie in stark bevorzugter Weise das Anziehungsmittel der Stipendien.

Man gründet aber auch neue gymnasiale Anstalten hinzu, und hier sind es besonders die Städte, welche damit vorgehen. Die preußische Unterrichtsverwaltung erkennt (Centralblatt 1881, S. 538) bereitwillig an „die in den letzten zwei Jahrzehnten von städtischen Behörden mit schätzbarer Opferwilligkeit, aber zugleich nicht selten mit weitgehender Zuversicht betriebene Errichtung neuer höherer Lehranstalten oder die Erhebung be-

*) Den Angaben des „Statist. Jahrb. der höh. Schulen" (9. Jahrg., 1888) zufolge stellt sich der durchschnittliche Schulgeldsatz je für die sog. humanistisch-gymnasialen und für die sog. realistischen Anstalten in Preußen bzw. auf 94,52 und 88,82 Mark, in Bayern auf 26,84 und 23,40 M., im Königreich Sachsen auf 122,82 und 91,34 M., in Baden auf 58,94 und 34,57 M.

**) Die Fälle dürften nicht selten sein, daß in Städten mit beiderlei Anstalten, zumal wenn das Gymnasium dem Staate, die Realschule der Stadt gehört (z. B. Karlsruhe und Heidelberg), dort Schulgeldbefreiungen im durchschnittlich gebräuchlichen Maße, hier aber in sehr beschränktem Umfange gewährt werden, so daß in der That für gewisse Schüler die Wahl der Unterrichtsanstalt hierdurch bedingt wird.

Um übrigens die allgemeine Angabe des Textes durch ein Beispiel wenigstens zu belegen, so sei bemerkt, daß i. J. 1888/89 bei den humanistisch-gymnasialen Anstalten Badens auf eine Schulgeldhöhe von 312543,89 M. ein Nachlaß von 36344,92 M., bei den Realmittelschulen dagegen auf 201959 M. ein Nachlaß von 15640,10 M. kommt, d. h. dort 11,63, hier 7,74 Prozent Nachlaß. (Verhandlungen der Ständeversammlung des Großh. Baden im Jahre 1887, drittes Beilagenheft (1887), 2. Abtlg., S. 92 und 104.)

Man beachte ferner die amtliche Angabe aus Oesterreich, daß im Schuljahre 1885/86 „von den 54288 Schülern der Gymnasien und Realgymnasien waren 22710, d. h. 41,8 % ganz und 1019 = 1,9 % zur Hälfte von Schulgeldzahlung befreit, von den 16969 Realschülern waren 5770 = 34,0 % ganz und 378 = 2,2 % hälftig befreit. Dazu bezogen an den Schulen ersterer Art 5,2 % der Schüler Stipendien im Betrage von 341467 fl., an den Realschulen 2,3 % der Schüler Stipendien im Betrage von 41749 fl., so daß auf einen Stipendisten dort 121,4 fl., hier 109 fl. durchschnittlich kommen". [Oesterreichische Statistik, Bd. 18, Heft 2, Seite XVIII und XXIV.] Im Schuljahre 1886/87 sind „unter dem Einflusse der mit Ministerialverordnung vom 12. Juni 1886 verfügten Schulgelderhöhung" jene für die erste Gruppe von Schulen gültigen Prozentzahlen auf bzw. 44,7 und 2,5 % gestiegen, die für die Realschulen gültigen auf bzw. 38,8 und 3,1 %; Stipendisten gab es aber 5,3, bzw. 2,2 %. [Oesterr. Statistik, Bd. 21, Heft 1, Seite VIII und XII.]

stehender Schulen in eine höhere Kategorie. . . ." Aber ist solches Vorgehen nicht begreiflich, nicht notwendig? Es heißt ja doch niemand beleidigen, wenn man die Vermutung hegt, daß hierzu wohl selten in erster Reihe die Ueberzeugung von der Vortrefflichkeit altklassischen Unterrichtes treibt, sondern der nur zu sehr begründete Wunsch nach Erlangung all der Vorzugsberechtigungen, welche das Gymnasium nun einmal seinen Schülern, besonders seinen Abiturienten gewährt. Gleichwie an den Orten, wo nur gymnasiale Anstalten bestehen, Eltern dem Zwange unterstehen, selbst gegen ihre Wünsche ihre Kinder solchen Anstalten zu übergeben, falls sie sie nicht allzufrühe dem Elternhause entfremden oder auf jede höhere geistige Ausbildung verzichten wollen, ebenso sind die städtischen Verwaltungen dem in den allgemeinen Verhältnissen liegenden Zwange unterworfen, Gymnasien zu gründen oder andere Anstalten in solche umzuwandeln. Sie sehen ja dauernd, wie ihre mit so großen Opfern eingerichteten Realgymnasien staatlicherseits so wenig Förderung finden, und spüren sie nicht alle, müssen sie nicht alle erdulden das rücksichtslose Vorgehen gegen ihre Oberrealschulen? Sie kennen ja auch die Bevorzugung der Gymnasien von Seiten des Staates in finanzieller Beziehung und suchen so mit Recht die ihnen aufgebürdeten Lasten zu verringern*), indem sie sie zum Teil auf die Schultern des Staates überwälzen.

So helfen geschichtliche Entwickelung und die Gesamtheit der äußeren und der Schulverhältnisse den Gymnasien ihren Vorsprung bewahren, und es erklärt sich so die überaus große Zahl von kleinstädtischen Gymnasien im Norden Deutschlands, mehr und mehr auch im Süden. „Von dem äußersten Osten (Ostpreußen) und den polnischen Bezirken (Westpreußen, Posen) abgesehen, besitzen die industriearmen landwirtschaftlichen Provinzen Preußens und die norddeutschen Mittelstaaten verhältnismäßig die meisten Gymnasien. Es kommt ein Gymnasiast:

auf 200000 Einwohner im Königreich Sachsen,
„ 137000 „ im Großherzogtum Hessen,
„ 132000 „ in den Rheinlanden,
„ 123000 „ in Hessen-Nassau,

*) In **Sachsen** z. B. betrug laut Aufstellung vom 1. Dezbr. 1884 der Gesamt(jahres)aufwand für einen Schüler der Gymnasien 319,24 M., für einen der Realgymnasien 255,75 M., für einen der Realschulen 236,75 M. [Statist. Jahrb. des Kgr. Sachsen für das Jahr 1887, S. 264.] — In **Baden** beträgt i. J. 1888 der Jahresaufwand (ohne Schulgeldbeitrag) für je einen Schüler der humanistisch-gymnasialen Anstalten 124,06 M., für je einen der übrigen höheren Schulen 91,99 M. [Verhandlungen der Stände-Versammlung i. J. 1887, 3. Beilagenheft, „Voranschlag für 1888 und 1889", No. II, S. 76 ff.] — Dies nur als Beispiele; ich will damit natürlich nicht sagen, daß diesen Zahlen proportional sei das Interesse des Staates an den verschiedenen Schularten.

auf 111000 Einwohner in Schlesien,
„ 105000 „ in Westfalen,
„ 80000 „ in Pommern,
„ 82000 „ in Mecklenburg-Schwerin und
„ 33000 „ in „ -Strelitz*),

und ich kann zufügen: je einer (1885) auf 114000 Einwohner in Baden und auf 164000 Einwohner in Bayern.

34. Ich kehre nun wieder zu meiner Untersuchung der unsere deutschen Mittelschulverhältnisse kennzeichnenden Thatsachen zurück.

Ich hatte dargelegt, eine wie große, eine wie sehr von Jahr zu Jahr steigende Anzahl von jungen Leuten unseren höheren Schulen insgesamt und ihren verschiedenen Arten im einzelnen zur Ausbildung übergeben wird. Es erhebt sich jetzt naturgemäß die Frage: Wie viele dieser Schüler erreichen das Ziel ihrer Schule? — oder vielmehr, um dieser Frage einen scharf umgränzten Sinn beizulegen: Wie viele Schüler an denjenigen höheren Schulen, welche dem Ziele eines 9jährigen Unterrichtes zusteuern, durchlaufen ihre ganze Schule mit Erfolg? — Nun erweist sich der Erfolg doch durch das Bestehen der Abgangs-, d. i. der sog. Abiturientenprüfung; demnach stehe ich vor der Frage: Wie groß ist die **Zahl der Abiturienten**? Auch hier wird es sich nicht bloß um die wahre Größe der Abiturientenzahl handeln, sondern auch um deren verhältnismäßige Größe im Vergleiche zur Schülerzahl überhaupt.

Zunächst interessiert uns die **absolute Zahl der Abiturienten.** In den hier beigefügten Figuren 12 und 13 teile ich die graphisch versinnlichten Zahlen von Abiturienten mit, welche während verschiedener Zeitstrecken von ihren 9klassigen Schulen in Baden (b) und Würtemberg (r), in Preußen (p) und Oesterreich (o) entlassen wurden. Von einem gewissen Punkte ab gabelt sich jede der Linien, welche die Verhältnisse der betreffenden Staaten versinnlichen: je die von da ab **gestrichelt** ausgezeichnete Linie giebt die Zahl der **Abiturienten humanistischer Gymnasien**, die **voll** ausgezeichnete, mit nichtakzentuierten Buchstaben versehene **Linie** dagegen stellt die Summe aus der eben genannten Zahl und der Anzahl von Abiturienten der Realgymnasien (aber nicht der Realschulen im engeren Sinne) dar, d. h. die Gesamtzahl der Abiturienten **aller (humanistischen und realistischen) Gymnasien.**

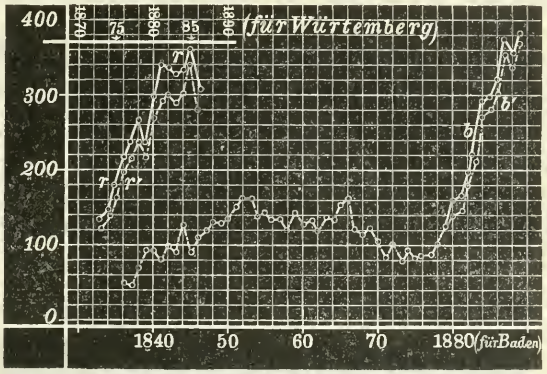
Abgesehen von der an der preußischen Linie sofort hervorstechenden (offenbar durch den Krieg bedingten) starken Erhebung im Jahre 1870 und dem natürlich hierdurch bedingten starken Abfall im Jahre darauf

*) Zeitung für das höhere Unterrichtswesen in Deutschland, Jahrg. 1888, No. 23, S. 177.

fällt am meisten in das Auge als gemeinsame Eigenschaft aller vier Linienzüge das vom Anfange der 70er Jahre so plötzlich und so ungemein starke und anhaltende Steigen derselben. Ein vergleichender Blick auf die frühere Figur 1 (S. 58), in welcher ich die Anzahl der

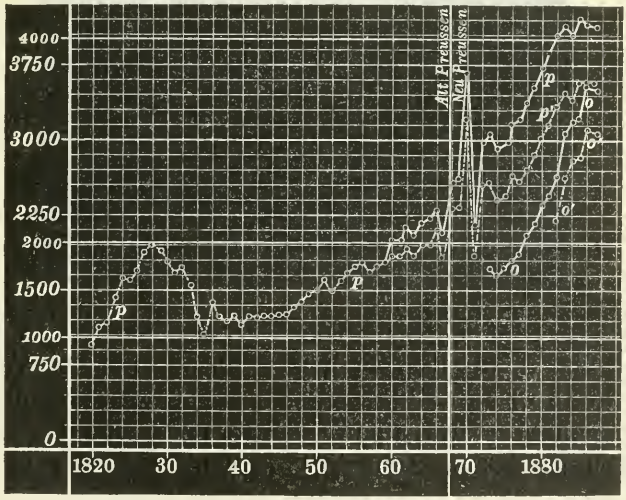
Figur 12.

Gesamtzahl der Abiturienten in Baden (b) und Würtemberg (r).



Figur 13.

Gesamtzahl der Abiturienten in Preußen (p) und Oesterreich (o).



Studierenden an sämtlichen deutschen Universitäten graphisch darstellte, erklärt nun sofort, weshalb auch die letztgenannte Zahl genau zur selben Zeit so ganz außerordentlich in die Höhe gehen mußte.

Welcherlei Gründe aber bestimmend in dem Sinne einwirken, daß der Schüler überhaupt das Gymnasium aufsuche und wenn er erst einige

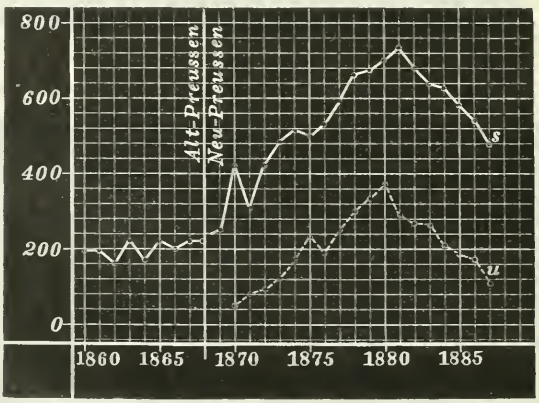
Klassen desselben durchlaufen, daß er dann möglichst die ganze Schule zu durchlaufen strebe, worin also die große Zahl der Abiturienten begründet ist, das habe ich schon oben auseinandergesetzt, ich werde aber im dritten Teile meiner Arbeit nochmals hierauf zurückzukommen haben.

35. Eine besondere Beleuchtung kann aber unsere Hauptfrage noch erhalten, wenn wir die **Anzahl der Abiturienten von Realgymnasien** ins Auge fassen.

Die absolute und relative Zahl der von den 2 **badischen** Realgymnasien kommenden Abiturienten ist so gering (— in den letzten 10 Jahren von 1879/80*) ab bezw. 10, 21, 16, 12, 15, 14, 14, 19, 20, 15), daß hieraus weitere Schlüsse hier nicht gezogen werden können.

Wohl aber ist dies bei den **preußischen** Realgymnasien der Fall. Die Anzahl ihrer Abiturienten**) habe ich in der untenstehenden Figur 14

Figur 14.
Anzahl der Abiturienten preußischer Realgymnasien.



durch die ausgezogene Linie s dargestellt, zugleich habe ich in der gestrichelten Linie u die alljährliche Zahl derjenigen unter ihnen versinnlicht, welche (seit 1870) beim Abgang von der Schule dem Universitätsstudium sich zuwenden zu wollen erklärten. Man sieht, wie das Steigen der Gesamtzahl mit der im Jahre 1870 gegebenen Erlaubnis zu teilweisem

*) Erst mit dem Schuljahre 1879/80 erhielten die badischen Realgymnasien einen 9. Jahreskurs und Abiturientenprüfung.

**) In den amtlichen Veröffentlichungen findet bis mit 1879 die Zählung nach Kalenderjahren statt, seit 1881/82 je vom 1. April bis 1. April; für die Zeit vom 1. Januar 1880 bis 1. April 1881, also für $^5/_4$ Jahre als Uebergang hat eine Zusammenfassung stattgefunden, die ich für die Figur 14 verhältnismäßig wieder zerlegte.

Universitätsstudium, zugleich aber gewiß auch mit dem Aufschwung der neueren Philologie und der Naturwissenschaften zusammenhängt, wie aber auch das Fallen der Zahl dem dauernden Vorenthalten der so sehnlich erwarteten weiteren Berechtigungen parallel geht, jedenfalls auch noch kräftig unterstützt wird durch den gleichzeitigen Rückgang von Technik und Industrie, welche ja den größten Teil der Realgymnasiums-Abiturienten aufzunehmen hat.

Das Fallen der beiden Linien in Figur 14 seit 1880, besonders aber der gestrichelten, den Zugang zur Universität andeutenden Linie könnte auf den ersten Blick als augenfälliges Zeichen eines geminderten Zuganges zu den gelehrten Berufen gedeutet werden und somit als eine zu begrüßende Wirkung eben jenes Vorenthaltens von weiteren Berechtigungen; dies wäre aber eine ganz falsche Deutung. Im Gegenteil, gerade die hartnäckige Abweisung ist, sicherlich so lange die Industrie darniederliegt, ein weiterer Grund für die Ueberfüllung der gelehrten Berufsarten. Denn die künstliche Verkümmerung der oberen Klassen der Realgymnasien trieb und treibt stets dazu diese in Gymnasien umzuwandeln (— wie ja auch aus der obigen Figur 3, S. 85 ersichtlich —), deren Abiturienten dann notwendig, eben den früher angeführten Gründen zufolge, in größerer Zahl auftreten und wieder in weitaus überwiegender Anzahl zur Universität übergehen. Hiermit soll nicht geläugnet werden, daß die Freigebung sämtlicher Universitäts-Fakultäten oder doch der meisten an die Abiturienten von Realgymnasien zunächst wohl ein wesentlich verstärktes Hindrängen zur Universität und zu gelehrten Berufen zur Folge haben würde. Wie aus dieser Klemme zu entkommen, werde ich im dritten Teile meiner Arbeit zu zeigen haben.

36. Ich schickte schon oben (S. 100) voraus, daß ich mich auch mit der **verhältnismäßigen Größe der Abiturientenanzahl** im Vergleich zur Schülerzahl überhaupt beschäftigen müsse. Natürlich — die letztere ist ja so außerordentlich gestiegen (vgl. S. 90 ff.), daß nur das vergleichsweise Betrachten den richtigen Einblick gewährt.

Ich beginne sofort mit der Zahl der Abiturienten der humanistischen **Voll- und Teil-Gymnasien**; denn sicherlich müssen diese beiden Schularten gleichzeitig betrachtet werden, da die Vollgymnasien ihre Schüler der oberen Klassen ja auch aus den Progymnasien (und in Baden früher aus den sog. Pädagogien) beziehen.

Es handelt sich nun um die Art der Vergleichung.

Man könnte da die Zahl der Abiturienten einzelner Schuljahre mit

deren Gesamtschülerzahl vergleichen*), und es wird solche Vergleichung ja zuweilen beliebt; ich kann sie aber nicht als irgend etwas beweisend betrachten, da die eine dieser Zahlen mit der andern in keinem unmittelbaren ursächlichen Zusammenhang steht.

Man könnte auch versuchen, die Zahl der Abiturienten der einzelnen Schuljahre mit der Anzahl der gleichzeitig der untersten Klasse (Sexta) angehörigen Schüler zu vergleichen**); aber auch so werden Jahrgänge von Schülern mit einander verglichen, welche einander durchaus fremd sind und bei welchen die mehr oder minder starken Zugänge zu der untersten Klasse während der späteren Jahre jeden Vergleich trügerisch machen.

Man hat darnach, um nur Gleichartiges zu vergleichen, die Anzahl der Abiturienten der einzelnen Jahre in Beziehung zu setzen mit der Gesamtzahl von Schülern, welche 9 Jahre vorher in der untersten Klasse anwesend waren. Diese Vergleichsrechnung habe ich für Preußens und Badens gymnasiale Anstalten durchgeführt und ich führe die gewonnenen Ergebnisse im Nachfolgenden an.

Bei den **preußischen Voll- und Teil-Gymnasien** waren der geänderten politischen Verhältnisse wegen die Zahlen vor und nach 1867 nicht mit einander vergleichbar: so konnte ich aus den beiden angeführten Zeitabschnitten nur 3, bezw. 12 prozentische Verhältniszahlen berechnen. Ich fand so, daß von den in die unterste Klasse in den Jahren:

	1857/58	1858/59	1859/60 Eingetretenen
9 Jahre später:	31,3	27,6	29,9 %
	durchschnittlich = 29,6 %		

ferner in:	1867/68	68/69	69/70	70/71	71/72	72/73	73/74	74/75	75/76	76/77	77/78	78/79
bzw.	26,1	23,9	24,7	26,3	27,0	[27,0]	28,3	28,7	28,0	28,9	29,5	29,8 %
	durchschnittlich = 26,3 %											

d. h. also, daß von den in den genannten 15 Jahren je in Sexta eingetretenen jugendlichen Schülern 9 Jahre später durchschnittlich = 26,7 Prozent **als Abiturienten entlassen** wurden***).

*) Diese Vergleichung würde ergeben, daß für **Preußen** in den 30 Jahren von 1857/58 bis 1886/87 einschließlich den sämtlichen 1891284 Schülern der im Text genannten Schularten 80717 Abiturienten gegenüberstehen, d. h. 4,27 %; in **Baden** entsprechend stehen den sämtlichen 152160 Gymnasiasten der 53 Jahre von 1835/36 bis 1887/88 Abiturienten in der Zahl 7262 gegenüber, d. h. 4,77 %.

**) Wird auch diese Vergleichung für Preußen und Baden und zwar für die in der vorigen Anmerkung angegebenen 30 bzw. 53 Schuljahre durchgeführt, so finden sich in Preußen 25,95 % [80717 auf 311071 Sextaner] und in Baden 28,43 % [7262 Abit. auf 25541 Sextaner].

***) Wollte man der Thatsache Rechnung tragen, daß viele Schüler der Gymnasien nicht 9, sondern 10 Jahre zum Durchlaufen des ganzen Gymnasiums gebrauchen, so

Bei den **badischen Voll- und Teil-Gymnasien** mit ihrer Stetigkeit der Entwickelung konnte ich für eine Zeitstrecke von einem Halbjahrhundert eine ununterbrochene Reihe von Schulbesuchszahlen benützen. Hier fand ich entsprechend, daß von den in die unterste Klasse in den Jahren:

	1835-40	1840-45	1845-50	1850-55	1855-60	1860-65	1865-70	1870-75	1875-80
Eingetretenen 9 Jahre später durchschnittlich:	36,5%	45,9%	34,9%	30,0%	34,3%	24,8%	22,2%	29,3%	44,7%
d. h. durchschn.	41,2		32,5		29,5		25,7		

d. h. durchschnittlich = 33,6 Prozent

als Abiturienten entlassen wurden.

Was an den für Badens Verhältnisse berechneten Zahlen, noch deutlicher an den für die einzelnen Jahrgänge berechneten (hier freilich nicht mitgeteilten) Zahlen auffällt, ist ihr wiederholtes Absinken zu einem tiefsten und ihr jedesmaliges Wiederansteigen zu einem höchsten Stande. Nie zuvor ist aber das Ansteigen so kräftig und so andauernd groß als für die letzten 12 Jahrgänge, und auch in Preußen ist seit 1868, wenn auch schwächer, der gleiche Vorgang zu beobachten: der Prozentsatz derjenigen, welche das ganze Gymnasium durchlaufen, ist jetzt in Baden bis zu 50 % gewachsen, hat freilich in Preußen 30 % auch jetzt noch nicht erreicht.

Was aber das Entscheidende ist, der Durchschnittssatz für die lange Reihe von Jahren, für welche ich die Rechnung durchführte, ist ein merkwürdig niederer: in Baden **nur ein Drittel**, in Preußen sogar nur wenig mehr als **ein Viertel** aller der den humanistischen Gymnasien übergebenen Schüler erreicht das Ziel! Welche harte, ja schreckliche Thatsache spricht sich in diesem Worte aus! Man bedenke, daß der ganze Lehrplan, die ganze Unterrichtsweise unseres Gymnasiums auf das volle Durchlaufen desselben eingerichtet ist, daß in den unteren und mittleren Klassen im wesentlichen nur gesät wird, um in den obersten zu ernten, daß die reife Frucht, der wahre Lohn all der Jahre langen Anstrengungen nur dem verheißen, nur dem zu Teil wird, der bis zum Ende hindurchdringt! Und ein Dritteil, selbst nur ein Vierteil von Allen dringt durchschnittlich soweit vor! Wohl sagen die Verteidiger solchen Zustandes, die Verfechter der Idee und der heutigen

---

wären für die preußischen Schulen die obigen Angaben zu ersetzen durch die folgenden: 10 Jahre später:

	27,5	29,9	—%	bzw.	25,9	25,0	25,9	27,8	28,2	28,4	29,4	28,4	29,1	28,8	29,6%
	durchschnittlich = 28,7				durchschnittlich = 27,7										

d. h. durchschnittlich = 27,9 Prozent.

Verwirklichung der Idee des Gymnasiums, daß die vor Erreichung des Zieles Abfallenden sich, nur sich selbst den Schaden zuzuschreiben haben, die Einbuße an wahrem Gewinn, den teilweisen Verlust ihrer Jugend, die mangelhafte Vorbildung für ihre Lebenszwecke. Aber wie, ist denn die Schule nicht eingerichtet für den öffentlichen Nutzen? Muß denn die große Mehrzahl Schaden — und welchen Schaden! — leiden, damit so gar Wenige ihren Vorteil finden? Denn daß so Schaden und Unheil entsteht, ist ja doch außer Frage. Wo bleibt die schuldige Rücksicht auf jene abfallenden 66, ja 73 Prozent? Warum bleiben sie stets außer acht? Müssen diese dazu verurteilt sein und bleiben, die Trittstufen zu bilden, über welche ihre glücklicheren Kameraden hinwegschreiten hinauf zum lockenden Ziele?

Nein! So kann es, so darf es nicht bleiben! Wo ein Wille, da ist ein Weg! Es kann, denn es muß ein Weg gefunden werden, welcher den Einen fördert und den Anderen nicht schädigt, ein Weg, d. h. eine Einrichtung des öffentlichen Schulwesens, welche jeden in seiner Weise berücksichtigt.

37. Wenn ich auf Grund meiner Berechnungen vorhin behauptete, daß im Durchschnitt langer Jahre in Baden nur 34, in Preußen sogar nur 27 Prozent aller Sextaner, d. h. aller Kandidaten für die Abiturientenprüfung und damit zum großen Teile für das gelehrte Fach zu ihrem wahren Ziele gelangen, so bleibt selbst diese Behauptung sicherlich noch hinter der Wahrheit zurück: diese Prozentzahlen sind gewiß noch zu groß.

Denn bei dieser Berechnung ist erstens die gar nicht geringe Zahl derer außer Ansatz gelassen, welche zwar nicht in die unterste Klasse, wohl aber in eine der folgenden Klassen eintreten, nachdem sie sich auf privatem Wege vorbereitet haben (vgl. z. B. S. 112 unten); auch deren Anzahl müßte der Sextanerzahl hinzugezählt werden.

Ferner aber ist jene Prozentzahl ja nur aus der Schülerzahl der humanistischen Gymnasien abgeleitet. Aber haben denn unsere Realgymnasien nicht seit einer Reihe von Jahren auch das Recht, wenn auch das beschränkte Recht, ihre Abiturienten zur Universität übergehen zu lassen? Und wie, giebt es in deutschen Landen nicht allüberall eine gar große Zahl von „Lateinschulen“ oder „höheren Bürgerschulen“ oder wie sie sonst heißen mögen oder mochten, Schulen, welche nicht minder wie die unteren Klassen der „Gymnasien“, „Progymnasien und „Pädagogien“ wenigstens einen Teil ihrer Schüler an diese letztgenannten Schulen abgeben und stets abgaben und damit ebenfalls der Abiturientenprüfung und der Hochschule zuschicken? Sollen diese sämtlich bei Berechnung un-

ferer als so wichtig erkannten Prozentzahl außer Ansatz bleiben? Ja, gewiß! — so höre ich sagen: haben doch gar viele, vielleicht die meisten der jenen kleineren Schulen zugewiesenen Knaben gar nicht die Absicht bis in die oberen Klassen vorzudringen, sind also auch nicht mitzuzählen! Da scheint mir nun, daß die große Mehrzahl der jüngsten Schüler unserer Voll- und Teil-Gymnasien überhaupt keine bestimmten Absichten betreffs der Zukunft hat, weil nicht haben kann, daß jedenfalls unbekannt bleibende Absichten und Wünsche nicht Gegenstand irgend welcher Rechnung sein können, und wenn dem auch so wäre, daß hier, wo es sich in letzter Hinsicht um Untersuchung der Güte von Schuleinrichtungen handelt, geradezu Alle mitgerechnet werden müssen, welche irgendwie lange oder kurze Zeit den betreffenden Unterrichtsplan befolgen.

Mit vollem Fug und Recht darf man also und muß man hier der **sämtlichen Latein lehrenden Schulen** Sextanerzahl mit ihrer Abiturientenzahl vergleichen*).

Auch hier habe ich die Vergleichung der Abiturienten je mit den 9 Jahre vorher in die Sexta Eingetretenen nicht blos summarisch, sondern wiederum für die einzelnen Jahrgänge einzeln durchgeführt.

Für **Preußen** zunächst lauten die erhaltenen Zahlenergebnisse so, daß von den in den Jahren

1859/60	1867/68	68/69	69/70	70/71	71/72	72/73	73/74	74/75	75/76	76/77	77/78	78/79
Eingetretenen 9 Jahre später:												
24,9	21,5	19,9	20,2	20,6	20,8	21,8	22,0	20,7	21,0	20,4	20,4	20,3%
	durchschnittlich = 20,8 Prozent											
und erst 10 Jahre später:												
—	21,8	21,0	21,1,	21,7	22,7	22,2	21,6	21,4	20,7	20,4	20,3%	
	durchschnittlich = 21,4 Prozent											

als Abiturienten entlassen wurden.

Für **Baden** aber ergaben die einzelnen Rechnungen, daß von den Schülern, welche in die Sexta eintraten in den Jahren

1835-40	1840-45	1845-50	1850-55	1855-60	1860-65	1865-70	1870-75	1875-80,
9 Jahre später durchschnittlich:								
27,1%	29,3%	18,9%	16,3%	18,0%	12,1%	9,2%	12,0%	20,8%
d. h. durchschn. 28,2		17,6		15,1		10,6		
d. h. durchschnittlich = 20,0 Prozent								

als Abiturienten entlassen wurden.

*) Würde man hier ebenfalls [wie oben S. 104, Anm. *) und **)] die Gesamtzahl der Abiturienten mit der Gesamtschülerzahl vergleichen, so fände sich, daß in **Preußen** den 2549278 Schülern sämtlicher Latein lehrenden Schulen während der 27

Was ist nun das Gesamtergebnis der in § 36 und § 37 durchgeführten Rechnungen? Wenn man das Verhältnis angeben soll zwischen der Anzahl derjenigen Knaben, welche unseren das Latein von der untersten Klasse ab als Bildungsmittel benützenden höheren Schulen übergeben werden, und der Anzahl derjenigen Jünglinge, welche den 9jährigen Kursus derselben mit Erfolg durchlaufen, so stellt sich jenes Verhältnis auf rund 20 Prozent fest; denn daß die für die Voll- und Teil-Gymnasien allein errechneten (s. S. 104 f.) 27 bis 33 Prozent zu viel sind, geht aus der S. 106 angestellten Ueberlegung hervor. So kann man denn jene erstere Zahl als untere Grenze und etwa 30 Prozent als obere Grenze festhalten (für das große Preußen fanden sich ja nur 26,7 Prozent!), d. h. mindestens 20 und höchstens 30 Prozent der Schüler unserer 9klassigen Schulen erreichen deren Ziel.

Und die übrigen 70 bis 80 Prozent? — so erhebt sich sofort die Frage. Gewiß haben auch sie Gewinn von ihrer Beteiligung am Unterricht — aber, eben weil der ganze Lehrplan auf das vollständige Durchlaufen aller 9 Klassen eingerichtet ist, sicherlich nicht und bei weitem nicht in dem Verhältnisse der Zeit ihrer Anteilnahme am Leben der Schule: mit einer unvollständigen, relativ unabgeschlossenen Bildung und mit einer für ihren weiteren Lebensweg in mehrfacher Beziehung unzweckmäßigen Art der Bildung müssen sie sich begnügen, diese drei Viertel Aller! Dieses Ergebnis allein schon scheint hinzureichen, um unsere heutige sog. Mittelschulorganisation und das an diese geknüpfte Berechtigungswesen als unzweckmäßig zu erkennen.

38. Das zuletzt ausgesprochene Urteil findet neue verstärkte Begründung, wenn man nicht bloß, wie in den zwei letzten Paragraphen geschehen, die auf Anfang und Ende der Schülerlaufbahn bezüglichen Zahlen mit einander vergleicht, sondern auch die den einzelnen Zwischenstufen zukommenden Schülerzahlen in Betracht zieht.

Ich werde also weiterhin die **Verteilung der Gesamtschülerzahl auf die einzelnen Jahreskurse** studieren.

Jahre von 1859/60 bis 1885/86 84069 Abiturienten entgegenstehen, d. h. 3,30 %; in **Baden** aber während der 53 Jahre von 1835/36 bis 1887/88 den 245648 Schülern 7404 Abiturienten, d. h. 3,01 %.

Würde man aber die Gesamtzahl von Abiturienten mit der Gesamtzahl der Sextaner vergleichen, so würde sich finden, daß in **Preußen** jene 18,90 % [= 84069 auf 444899], in **Baden** jene 14,32 % [= 7404 von 51694] von diesen letzteren ausmachen.

In Kürze summarisch betrachtet findet sich da nun, daß in sämtlichen Mittelschulen von

Preußen die 2 983 679 Schüler während der 30 Jahre von 1857/58 bis 1886/87 und von
Baden a) „ 201 136 „ „ „ 30 „ „ „ „ „ „ „
„ b) „ 305 582 „ „ „ 53 „ „ 1835/36 bis 1887/88

sich in der folgenden Weise auf die einzelnen 9 Schuljahre verteilen:

	Summe	VI	V	IV	III Unter	III Ober	II Unter	II Ober	I Unter	I Ober
Preußen	100 % (= 2 983 679)	17,8 %	18,0 %	17,5 %	23,5 %		15,4 %		7,8 %	
Baden a)	100 % (= 201 136)				14,2 %	9,2 %	6,4 %	3,9 %	2,7 %	2,2 %
					47 095		20 696		9 973	
		22,0 %	20,6 %	18,8 %	= 23,4 %		= 10,3 %		= 4,0 %	
b)	100 % (= 305 582)				14,0 %	9,1 %	6,4 %	4,1 %	3,1 %	2,6 %
					70 390		32 234		17 351	
		21,7 %	20,4 %	18,6 %	= 23,1 %		= 10,5 %		= 5,7 %	

Auf diese Zahlen und Zahlenverhältnisse nun aber irgend welche Schlüsse aufbauen zu wollen, ist unzulässig. Denn die Anzahl von Schülern, welche in irgend einem Jahre einer beliebigen (außer der untersten) Klasse angehören, hängt ja nicht von der Anzahl derjenigen ab, welche gleichzeitig in den darunter stehenden Klassen anwesend sind; sie ergiebt sich vielmehr ihrem Hauptbestande nach aus der Schülerzahl der nächstvorhergehenden Klasse des unmittelbar vorangegangenen Jahres und letztere wieder aus der zweitnächsttieferen Klasse des zweitvorangegangenen Jahres u. s. w. Nur durch Vergleichung also der Schülerzahl der untersten Klasse mit der der nächsten Klasse im folgenden Jahre u. s. f. gelangt man zu Verhältniszahlen, zu Prozentzahlen, welche die wahre von Jahr zu Jahr eintretende Veränderung, d. i. meistens Verminderung der ursprünglichen Anzahl eines Jahres angeben und damit dasjenige darstellen, was man den „**Schülerabfall**“ jenes Jahrganges nennen kann. Führt man eine Reihe solcher Zahlen, nach Koordinatenart durch Strecken versinnlicht, in einer Zeichnung vor Augen, so bietet sich in der entstehenden „**Linie des Schülerabfalles**“ das bequemste Mittel dar zur Uebersicht über die wechselnden Zahlenverhältnisse des betreffenden

Jahrganges. — Zieht man aus den für eine Reihe von Jahrgängen berechneten Prozentzahlen das arithmetische Mittel, so gewinnt man in letzterem als Durchschnitt aller Jahrgänge das, was man wohl als das **„Gesetz des Schülerabfalles"** bezeichnen darf. Ist dieses festgestellt, so werden daraus wichtige Schlüsse gezogen werden dürfen für die Angemessenheit oder Nichtangemessenheit der Schuleinrichtungen — selbstverständlich unter Zuhülfenahme des Axioms, daß die Schule für die Schüler da ist, nicht umgekehrt.

Der wirklichen Mitteilung der ermittelten Schülerabfall-Verhältnisse muß ich nur noch zwei Bemerkungen vorausschicken.

Die erste betrifft die Berücksichtigung der sog. Repetenten bei der Berechnung, d. h. derjenigen Schüler, welche nicht in einem Jahre ihre gesetzlich einjährige Klasse durchmachen: wenn nicht alle Schüler — so könnte der Einwand lauten — von Jahr zu Jahr eine neue Klasse durchlaufen, so wird ja die ganze unter jener Voraussetzung durchgeführte Prozentberechnung eine eingebildete, vielmehr falsche!

Dem entgegen ist zunächst zu bemerken, daß ein Heraussuchen der Anzahl je in einer Klasse Sitzenbleibender bei unserer Statistik vielfach unmöglich ist; man kann sich nur an die gegebenen, thatsächlich anwesend gewesene Schülerzahl halten. Es wird aber so nicht gar schlimm mit den Rechenfehlern, wie eine einfache Ueberlegung zeigt.

Wird nämlich angenommen, durch alle die eine allmählige Herabminderung der Schülerzahl bewirkenden Einflüsse sei für die 9 auf einander folgenden Jahreskurse eine Schülerzahl bedingt von bezw.:

100 98 92 70 45 31 22 17 15 Köpfen,

und es mögen in diesen 9 Klassen vom vorhergehenden Schuljahre zurückgeblieben sein bezw.:

20 19 18 14 9 6 4 3 2 Repetenten,

so stellt sich die wirkliche Schülerzahl auf:

120 117 110 84 54 37 26 20 17

oder, wenn diese neuen Zahlen in Prozente der Anfangszahl umgerechnet werden, auf bezw.:

100 97,5 91,7 70 45 30,8 21,7 16,7 14,2,

so daß also trotz einem oder auch durch einen derartigen Zusatz von solchen, welche ein zweites Jahr in derselben Klasse verharren müssen, der natürliche Abfall kaum geändert würde.

Dasselbe Spiel wiederholt sich nun Jahr um Jahr, und wenn auch zugegeben werden muß, daß bei den stets sich ändernden Zahlen jene Prozentsätze sich bald auf-, bald abwärts verschieben, so wird man der

Wahrheit doch wohl ziemlich nahe kommen, wenn man den Durchschnitt einer größeren Reihe von Jahren ermittelt und auf diesen zu ziehende Schlüsse aufbaut.

Die zweite der zu machenden Bemerkungen bezieht sich auf die natürliche Sterblichkeit als die zwingendste der Ursachen, welche die mit dem Lebensalter allmählig fortschreitende Minderung der Schülerzahl bedingt. Um auch deren Einfluß kenntlich zu machen, habe ich die neueste sozusagen amtliche*) „Deutsche Sterbetafel für das männliche Geschlecht“ benutzt, habe dabei beachtet, daß nicht mit 9 + 9, sondern mit etwas mehr Jahren unsere Abiturienten abgehen, und habe das Zahlenergebnis, in Prozenten ausgedrückt, in Gestalt der Kurve der noch Lebenden den folgenden Figuren hinzugefügt. Ein kurzer Blick auf diese Figuren zeigt, wie von ganz anderen Ursachen als von dem natürlichen Absterben die Abnahme der Schülerzahl von Jahr zu Jahr abhängt.

39. In Ausführung des zu Anfang des vorigen Paragraphen skizzierten Gedankens gehe ich nun daran, zunächst den **Abfall der Schülerzahlen für sämtliche Mittelschulen** festzustellen — natürlich wieder der Mittelschulen Preußens und Badens.

Man könnte hiergegen einwenden, daß so Schülergattungen in einer Gruppe vereinigt betrachtet werden, welche ganz verschiedenen Zielen zustreben und für welche die einheitlich zahlenmäßige Vergleichung grundsätzlich falsch sei. Aber die sämtlichen Mittelschulen, wie sie im einzelnen auch benannt sein mögen und welche verschiedenartigen Hilfsmittel sie auch zur Erreichung ihrer Ziele in Anwendung bringen mögen, bilden ja doch ein für sich abgeschlossenes und eigenartiges Ganzes im Gesamtgebiete des staatlich organisierten Schulwesens, und eben dieses Ganze im Ueberblick zu fassen, zu erkennen, in welchem Maße die von Seiten des Staates und der Gemeinden dargebotene Möglichkeit höherer Ausbildung der Jugend wirklich benützt, in welcher prozentischen Stärke die verschiedenen Stufen derselben erstiegen werden, das eben sind, so glaube ich, die von mir mühsam ermittelten Zahlen zu leisten im Stande. Zu einem von jeglicher Voreingenommenheit freien Urteile zu gelangen, muß uns jedes einigermaßen hierzu Aussicht versprechende Mittel recht sein — und welches Mittel wäre geeigneter als das „Gesetz der großen Zahlen“? Wer im heutigen Kampfe der Meinungen zu einem selbständigen Urteile

*) Diese Sterbetafel ist enthalten im „Statistischen Jahrbuch für das deutsche Reich“, Jahrgang 1888, S. 16 f.; sie ist berechnet aus der Bewegung der Bevölkerung in den Jahren 1871—1881.

gelangen will, hat vor allem die Verpflichtung, die Vergangenheit, die thatsächlichen Zustände der Vergangenheit und Gegenwart genau zu studieren: nur so erschließt sich der Blick in die Zukunft.

Solche Erwägungen trieben mich an, in der angedeuteten Weise die Stärke der Schulausnützung möglichst zahlenmäßig zu ermitteln, und mir scheint dieselbe in den Prozenten des Schülerzahlen-Abfalles am besten ihren Ausdruck zu finden.

Für **Preußen** steht nun hier einer genauen Einzelangabe leider das böse Hindernis im Wege, daß die amtliche preußische Statistik für alle die Jahre vor 1884/85 bei den zweijährigen Klassen Tertia (III), Sekunda (II) und Prima (I) je nur die Gesamtzahl der beiden Jahreskurse dieser Klassen veröffentlicht hat. Erst für die drei letzten Jahrgänge 1884/85, 85/86 und 86/87 hat die preußische Unterrichtsverwaltung die Trennung dieser Teilsummen in ihre Einzelbeträge vorgenommen. Um nun gleichwohl auch für Preußen zu einem ungefähren Ergebnis zu gelangen, habe ich die [freilich einigermaßen unsichere] **Voraussetzung** gemacht, daß auch bei den früheren Jahrgängen von 1867/68 ab die Schülersumme von III, II, I je in demselben Verhältnis verteilt gewesen sei wie durchschnittlich in den genannten letzten drei Jahren. Auch für die 10 Jahrgänge vor 1867 dieselbe Voraussetzung gelten zu lassen, habe ich nicht gewagt, und so fielen diese Jahre bei meiner Berechnung ganz aus, was um so eher statthaft war, weil über die Grenzscheide 1867 hinüber die früheren mit den späteren Zahlen doch nicht vergleichbar sind und somit ohnedem nur zwei einzelne Reihen von Abfallprozentzahlen hätten berechnet werden können.

Unter der genannten Voraussetzung finde ich nun für die 12 Jahrgänge von Alters- bezw. Klassengenossen, welche in den Schuljahren 1867/68 bis mit 1878/79 in die unterste der 9 Klassenstufen eintraten und weitergingen, die folgenden absoluten und prozentischen Besuchszahlen:

	VI	V	IV	III		II		I		Abit.
				U.	Ob.	U.	Ob.	U.	Ob.	
				181148	154262	147286	84060	69755	50973	
	236278	241798	238193	335410		231346		120728		(44208),
d. h.:	[97,7]*)	100	98,5	74,9	63,8	60,9	34,8	28,9	21,1	(18,7) %

Diese Prozentzahlen sind in Figur 15 (S. 114) durch die Linie des Schülerabfalles versinnlicht.

*) Daß in V die Gesamtschülerzahl größer als in VI, kommt in den badischen Schulen schon seit 30 Jahren (im Durchschnitt) nicht mehr vor, wohl aber ist sie in Preußen noch vielfach vorhanden. Offenbar muß aber als Ausgangszahl für VI die höhere Zahl von V gewählt werden, d. h. die erst in V eintretenden Schüler sind als ideelle Sextaner im Jahre zuvor schon der Schülerzahl von VI beizurechnen.

Für **Baden** konnte ich betreffs der 45 Jahrgänge, welche in den Jahren von 1835/36 ab bis mit 1879/80 in die unterste Klasse eintraten, also am Ende der Jahre 1843/44 bis 1887/88 aus der obersten Klasse abgingen, die Abfallverhältnisse berechnen. Ich werde die den Durchschnitt der 45 Jahrgänge angebenden Anwesenheits-Zahlen und -Prozentzahlen hier angeben (= b), vorher aber noch, behufs der Vergleichung mit den obigen preußischen, auch die für dieselben 12 Jahrgänge berechneten absoluten und prozentischen Durchschnittszahlen (= a). Diese sind:

	VI	V	IV	III		II		I		Abitur.
				u.	Ob.	u.	Ob.	u.	Ob.	
a) für 12 Jahrg.:	20067	18850	17049	12571	8358	6695	3938	2897	2577	(2426),
d. h.:	100%	93,9	85,0	62,7	41,7	33,4	19,6	14,4	12,8	(12,1)%
b) für 45 Jahrg.:	50747	49257	45632	34213	22361	15818	10797	8189	7291	(6773),
d. h.:	100%	97,1	89,9	67,4	44,1	31,2	21,3	16,1	14,4	(13,4)%

Auch diese Prozentzahlen und die durch sie bestimmte Linie des Schülerabfalles sind in Figur 15 (a. f. S.) zur Darstellung gebracht.

Was lehren nun diese Prozentzahlen und ihre Versinnlichung, die Abfalllinien der Figur? Von all den Knaben, welche in die unterste Klasse der Mittelschulen Preußens und Badens (also wohl Deutschlands) eintreten, sind im 4. Schuljahre nicht einmal mehr ¾ aller vorhanden: über ¼ jener Gesamtzahl hat seinen Studienlauf bereits beendet.

Weiterhin sind die Verhältnisse Preußens und Badens recht verschieden: die preußische Abfalllinie liegt durchweg beträchtlich höher als die badische, und die Erklärung hierfür kann wohl am einfachsten durch das Ueberwiegen der Lateinschulen, insbesondere der humanistischen Gymnasien in Preußen (vgl. Figur 3, S. 85) gegeben werden, und wir wissen ja, welche Gründe zusammenwirken, um einen dem Gymnasium einmal übergebenen Knaben mindestens bis U. II darin festzuhalten. In Preußen dringen 61%, in Baden durchschnittlich etwa halbsoviel, nämlich 31% der Anfangszahl bis Untersekunda vor. Freilich hat sich die Sache auch in Baden im Verlaufe der letzten 8 Jahre wesentlich geändert: jene Zahl stieg auf 40, 45, 50 und selbst 55%!

Beim Uebergang nach O. II zeigt sich dann ein übermäßig starker Abfall und jetzt nähern sich die Schüleranwesenheits-Linien beider Länder recht beträchtlich, um an ihren Endpunkten nahe zusammenzukommen: nur ⅕ aller in Preußen, nur ⅐ aller in Baden kann oder will bis zur 9. Klasse. Eine solche Auslese findet statt teils durch freiwilligen Entschluß, teils durch den Zwang der Verhältnisse!

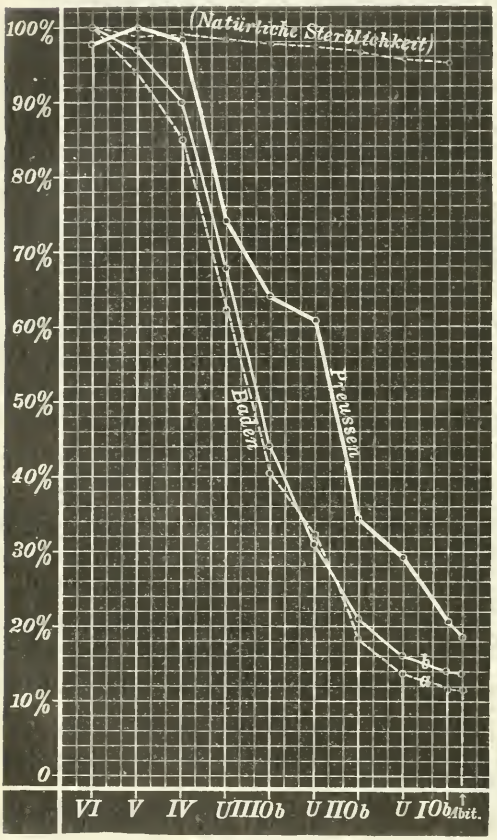
40. Die Figur 15 zeigt, daß von den auf Baden bezüglichen Linien die Linie a durchweg unterhalb von b verläuft, mit Ausnahme einer ein-

zigen Klasse, d. h. daß trotz oder vielleicht wegen des so viel stärkeren Besuches der Mittelschulen die Ausnützung derselben in den letzten Zeiten schwächer geworden ist. Jene Ausnahme findet statt für Untersekunda.

Figur 15 (vgl. Anm. S. 123).

Linien des Schülerabfalles für sämtliche Mittelschulen.

[Baden: (a) = für 11) (b) = für 45] Jahrgänge.



Beim Nachdenken über die Ursache dieser Erscheinung wird man leicht darauf kommen, daß hieran wohl die an den erfolgreichen Besuch der Untersekunda (bzw. der sechsten Klasse der Realschulen) geknüpfte Berechtigung zum Einjährig-Freiwilligen-Dienste schuld sei.

Drum reizte es mich und wird wohl jeden interessieren, zahlenmäßig den Einfluß der Berechtigung zum Einjährig-Freiwilligen-Dienste kennen zu lernen, insofern sich dieser Einfluß auf den Schulbesuch geltend macht.

Für **Preußen** ist dies aus der heute zugänglichen Statistik nicht vergleichend nachzuweisen; doch spricht die hohe Lage der Linie in Figur 15 deutlich genug.

Für **Baden** aber muß dies möglich sein, da hier erst im Jahre 1867 die allgemeine Wehrpflicht und mit ihr die Vergünstigung eines nur einjährigen Dienstes bei der Waffe eingeführt wurde für diejenigen, welche die 6. Klasse einer Mittelschule mit Erfolg besucht haben.

Ich versuchte, **auf zwei Arten** den genannten Einfluß festzustellen.

Erstens schied ich die 45 Jahrgänge, deren durchschnittlicher Schulbesuch in der vorigen Figur 15 zur Darstellung gelangte, in zwei Gruppen, in die erste, die 30 Jahrgänge von 1835/64 bis 1844/73 umfassend,

und in die zweite, die 15 Jahrgänge 1865/79 bis 1874/88 umfassend, und berechnete nun für diese zwei Gruppen getrennt die Abfallverhältnisse. Das Ergebnis war das folgende:

	VI	V	IV	III		II		I		Abitur.
				U.	Ob.	U.	Ob.	U.	Ob.	
α) für die 30 ersten	26521	26406	24739	18575	11863	7561	5873	4589	4120	(3816)
Jahrgänge:	100%	96,6	93,3	70,0	44,7	**28,5**	22,1	17,3	15,5	(14,4)%
β) für die 15 letzten	24226	22851	20893	15638	10498	8257	4924	3600	3171	(2957)
Jahrgänge:	100%	94,3	86,2	64,6	43,3	**34,1**	20,3	14,9	13,1	(12,2)%

Noch deutlicher würden, wenn man auch die Ergebnisse α und β wieder durch besondere Abfalllinien darstellen würde, noch deutlicher als in Figur 15 würden diese Linien α und β auseinander treten, noch deutlicher als dort überhöht hier, mit einziger Ausnahme für die 6. Klasse von unten ab, die Linie α die Linie β, d. h. bei jenen 30 früheren Jahrgängen ist durchweg eine verhältnismäßig größere Zahl von Schülern zu den mittleren und oberen Klassen vorgedrungen als bei den letzten 15 Jahrgängen. Die einzige Ausnahme betrifft den 6. Jahreskurs: hier allein ist jetzt der Zudrang, das Ausdauerbestreben größer geworden, um dann in den folgenden 3 Jahren um so mehr abzufallen. Nimmt man gar nur den Durchschnitt der letzten 5 Jahrgänge, so stellt er sich in den folgenden Zahlen dar:

	VI	V	IV	III		II		I		Abitur.
				U.	Ob.	U.	Ob.	U.	Ob.	
γ) für die letzten	9454	8860	7939	6262	4644	3894	2490	1844	1758	(1630)
5 Jahrgänge:	100%	93,7	84,0	66,2	49,1	**41,2**	26,3	19,5	18,6	(17,2)%

Hier macht sich das starke Hindrängen zu den oberen Klassen sehr deutlich bemerkbar, ganz besonders aber spricht sich hier die in U. II. stattfindende Stauung aus.

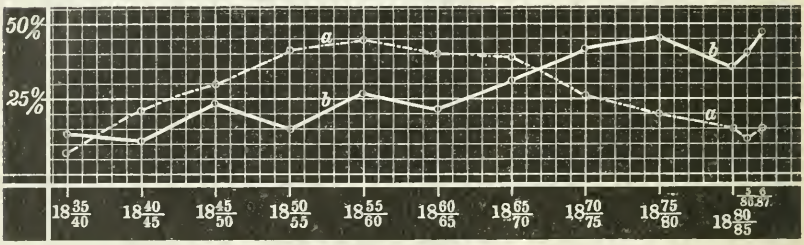
Noch in einer **zweiten Weise** will ich versuchen, den Einfluß des Einjährig-Freiwilligen-Berechtigungswesens auf die badischen Schulen darzulegen. Früher war mit der eingetretenen Konfirmation ein innerer Grund und ein äußerer Anlaß gegeben, die Schule zu verlassen, und der ältere Lehrplan selbst für die badischen Gymnasien (vom Jahre 1837) suchte mit Rücksicht hierauf geradezu an das Ende von Ober-Tertia einen gewissen Abschluß zu verlegen. Seit jetzt 22 Jahren, d. h. seit Einführung des Einjährigendienstes haben sich hierin die Verhältnisse in Baden wesentlich geändert. Die Aenderung wird zahlenmäßig klar, wenn man für alle Mittelschulen die Prozentzahl derjenigen Schüler berechnet, *welche je am Ende der 5. Klasse* (Obertertia), und die Prozentzahl derer, *welche je am Ende der 6. Klasse* (Untersekunda) die Schule verließen, in Prozenten nämlich derjenigen ausgedrückt, welche je der 5., bezw.

6. Klasse während des betreffenden Jahres angehört hatten. Die Durchschnittsergebnisse für die 10 einzelnen Jahrfünfte seit 1835 und für die letzten 2 Jahre sind hier eingefügt. Es verließen nämlich die Schule:

	1835/40	40/45	45/50	50/55	55/60	60/65	65/70	70/75	75/80	80/85	85/86	86/87
a) am Ende der 5. Klasse:	7,7	21,7	29,6	41,2	44,4	39,8	38,1	26,1	20,6	15,2	12,1	15,0 %
b) dagegen am Ende der 6. Klasse:	12,7	11,0	23,4	15,0	26,9	21,5	30,9	42,4	45,6	36,1	41,2	46,8 %.

Diese Durchschnittsprozentzahlen führe ich in der folgenden Figur 16 vor Augen. Man sieht hier, wie die eine Linie, welche stets und teil-

Figur 16.



weise weit oberhalb der anderen verlief, mit dem Jahre 1867 etwa zu sinken anfängt und seitdem sich ungemein viel tiefer hält.

Die beiden auf der vorigen Seite ausgeführten Rechnungs- und Prüfungsarten sind im Grunde genommen nur verschiedene Formen des Nachweises, des zahlenmäßigen Feststellens der Thatsache, daß seit 22 Jahren in Baden gegen früher ein wesentlich erhöhter Besuch der 6. Klasse (Untersekunda) stattfindet; wer offenen Auges seitdem gelebt hat, weiß, daß diese Erscheinung nicht bloß in zeitlichem Zusammentreffen mit der Einführung des Einjährigendienstes stattfindet, sondern durch letztere ursächlich bedingt ist. Die gleiche Sache wirkt aber — davon haben die früheren Ausführungen schon überzeugen können — auch fördernd auf den Besuch der oberen Klassen unserer sämtlichen Mittelschulen ein und ist insofern ein sehr starkes Anreizmittel zum Uebergange auf die Hochschule und somit zum Ergreifen des gelehrten Faches.

41. Gleichwie ich in den beiden letzten Paragraphen (§§ 39 u. 40, S. 111—114) den Abfall der Schülerzahlen für sämtliche Mittelschulen behandelt habe, so werde ich nun aus diesen eine besondere Gruppe herauslösen und werde im besonderen den **Abfall der Schülerzahlen für die Latein lehrenden Mittelschulen** feststellen. Auch hier werde ich nur die preußischen und die badischen zu behandeln vermögen.

Für die **preußischen** Schulen gilt betreffs der Austeilung der veröffentlichten Schülerzahlen auf die untere und die obere Stufe von Tertia, Sekunda und Prima selbstverständlich dieselbe Voraussetzung wie oben (S. 112). Unter dieser Voraussetzung findet sich für die gleichen 12 Jahrgänge wie oben (S. 112) die folgende Verteilung:

VI	V	IV	III		II		I	
			u.	Ob.	u.	Ob.	u.	Ob.
			(171947)	(148255)	(137742)	(83448)	(67592)	(49573)
220368	226961	223665	320202		221190		117165	
d. h. [97,1%]*)	100%	98,6%	75,8%	65,3%	60,7%	36,8%	29,8%	21,8%

und Abiturienten: 44208 Schüler = 19,5 Prozent.

Die diese Zahlen versinnlichende Abfalllinie zeigt Figur 17 (a. f. S.; vgl. jedoch die Anm. S. 123).

Für die **badischen** Schulen ergeben sich als entsprechende Zahlen, und zwar a) für die 12 Jahrgänge wie für die preußischen, und b) für alle 45 Jahrgänge:

a) für die 12 Jahrgänge (1867/68 bis 1878/79):

VI	V	IV	III		II		I		Abitur.
			u.	Ob.	u.	Ob.	u.	Ob.	
16541	15184	13596	10373	7049	5828	3740	2893	2577	2426 Schüler,
d. h. 100%	91,8	82,2	62,7	42,6	35,2	22,6	17,5	15,6	14,7 Prozent;

b) für die 45 Jahrgänge (1835/36 bis 1887/88):

40137	38323	34978	26919	18382	14111	10499	8184	7291	6773 Schüler,
d. h. 100%	95,5	87,2	67,1	45,8	35,2	26,2	20,4	18,2	16,9 Prozent.

Auch die hier vorstehend gegebenen Prozentzahlen sind in der auf nächster Seite folgenden Figur 17 graphisch veranschaulicht.

Ein Vergleich mit Figur 15 (S. 114) zeigt, daß die sämtlichen Linien der Figur 17 ein klein wenig in ihrem ganzen Verlaufe gehoben erscheinen. Aber wie tritt gleichwohl der jähe Abfall des ganzen Linienverlaufes so deutlich hervor, besonders in den auf Baden bezüglichen Linien! Nicht einmal die Hälfte aller Schüler ist hier im Durchschnitt beinahe eines halben Jahrhunderts bis zur Obertertia gelangt: wozu dann die vielen, vielen bis dahin genossenen Wochenstunden lateinischen Unterrichtes? welchen wirklichen Gewinn hatten die 54 Prozent aller gewesenen Sextaner, wenn sie jetzt nach soeben begonnener Cäsar-Lektüre dem Latein und dem ganzen „Klassizismus" den Rücken kehren? Man sollte nicht meinen, daß der Glaube an die „formalbildende Kraft" des lateinischen Unterrichtes noch immer so viele Köpfe von Lehrern gefangen hält, daß sie in solcher Unterrichtsgestaltung und in solcher Unterrichtsausnützung das Heil der 54 Prozent Abfallenden erblicken. Mir scheint, daß einfach die

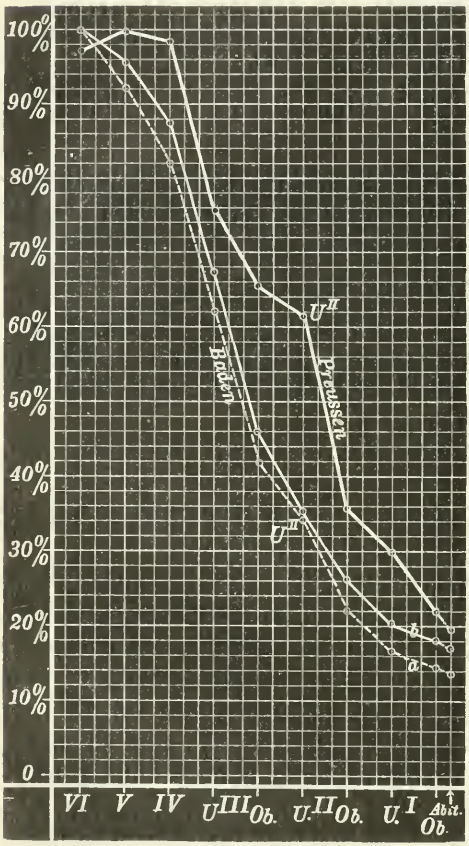
*) Auch hier gilt das in der Anm. *), S. 112, Gesagte.

Thatsache eines so starken Abfallens nicht bekannt genug ist; sollte sie durch vorliegende Zeichnung bekannter werden und ihre Wirkung äußern, so sähe ich meine große, auf die Ermittelung der Zahlen verwendete Mühe reichlich belohnt.

Figur 17.

Linien des Schülerabfalles für sämtliche Latein lehrenden Schulen.

[Baden: (a) = für 11) (b) = für 45) Jahrgänge.]



In Preußens Schulen tritt die schon oben (S. 114) erwähnte und dort auf ihre vermutlichen Gründe zurückgeführte, so überaus starke ansaugende Kraft der Untersekunda sehr deutlich hervor; aber wie jäh ist dann auch der Absturz nach Empfang des berüchtigten Einjährigenscheines! Nicht weniger als 63 Prozent aller ursprünglichen Sextaner sind mit Beginn von Obersekunda ein für alle Mal von der Bildfläche verschwunden! Kann es eine schärfere Verurteilung solchen Zustandes und unserer heutigen ihn erzielenden Schulgestaltung geben, als das eben so offene als wahre Wort des preußischen Unterrichtsministers von Goßler, welcher in seiner bekannten Rede vom 6. März 1889 voll Bitterkeit die „verkümmerte und verkrüppelte Bildung“ beklagt, mit welcher „ein junger Mann in das Leben tritt, wenn er (blos) die einjährige Berechtigung erhalten hat“? Sagt nicht Aehnliches das hartklingende Wort der öffentlichen Meinung, welches unsere Latein lehrenden Schulen als „Züchtungsanstalten für Einjährige“ benennt? In der That, nur 37 Prozent in Preußen, in Baden aber gar nur weit unter 30 Prozent der ursprünglichen Sextaner gelangten durchschnittlich nach Obersekunda! Wie macht

sich in der gezeichneten Abfalllinie der geringe Besuch der oberen Klassen unserer Realgymnasien so jammervoll deutlich sichtbar! Es bedarf wahrhaftig beim Vorlegen dieser Zeichnungen keines weiteren Wortes als: — sieh und staune!

Im Laufe der Zeit hat sich natürlich ein Wechsel der Verhältnisse eingestellt, der zur vollen Kenntnisnahme des Sachverhaltes ebenfalls erwähnt werden muß. Für Preußen kann ich ihn nicht darlegen, wohl aber für **Baden**: wie den Durchschnitt für die 45 Jahrgänge, so berechnete ich ihn auch für die einzelnen Jahrzehnte derselben, nämlich 1835/44—44/53, 1845/54—54/63 u. s. f., sowie für das nachfolgende Jahrfünft (1875/79—84/88) und eine weitere Gruppe von 3, eine von 2 und noch eine von 2 Jahrgängen. Es ergaben sich:

	VI	V	IV	III		II		I		Abitur.	
				U.	Ob.	U.	Ob.	U.	Ob.		
(α)	[94,9]	100	93,2	71,1	53,7	43,7	38,2	30,0	27,9	26,4 %	Anwesende
(β)	100	93,6	84,7	64,7	41,8	28,5	24,3	21,0	19,0	17,4 „	„
(γ)	100	99,4	91,7	70,9	46,8	32,7	26,2	18,9	16,2	14,9 „	„
(δ)	100	93,6	87,0	64,0	40,9	31,6	20,0	14,4	11,5	10,6 „	„
(ε)	100	91,9	82,3	67,9	51,0	43,2	29,3	23,7	22,7	21,0 „	„
(ζ)	100	91,9	86,3	74,8	57,5	52,9				„	„
(η)	100	85,9	86,8	77,5						„	„
(ϑ)	100	89,3								„	„

Im Vergleiche zum Durchschnitt (b) in Figur 17 würden die etwa graphisch durch Abfalllinien dargestellten Verhältniszahlen ε, ζ, η, d. h. die Durchschnitte des letzten Jahrzehntes eine Erhöhung des Anwesenheitsprozentes für U. III. zeigen, ganz besonders aber für U. II, so daß, wenn diese Hebung andauern sollte, die betreffenden Verhältnisse Badens sich denen Preußens (vgl. Figur 17) mehr und mehr annähern würden; daß auch für die 3 obersten Klassen die Neigung zu stärkerer Ausdauer besteht, zeigt die Hebung der tiefsten Punkte von ε im Vergleiche zu den vorangehenden Linien — die obige Figur 12 (S. 101) spricht ja in gleicher Weise dafür.

42. Ich habe nun noch Prozentzahlen und Linien des **Schülerabfalles bei den humanistischen Voll- und Teil-Gymnasien** zur Darstellung zu bringen; denn diese letzteren aus den sämtlichen Latein lehrenden Schulen herauszulösen und ihre Verhältnisse für sich zu untersuchen, ist wegen der bevorzugten Bedeutung derselben für das gelehrte Studium ganz besonders wichtig.

Ich habe die Rechnung nun wieder für die **preußischen** und für die **badischen** Schulen der genannten Art durchgeführt, für jene natürlich nur unter der schon zweimal (s. S. 112 und 117) angegebenen Voraussetzung,

für diese in doppelter Weise: einmal für alle die genannten 45 Jahrgänge und dann auch, zur Vergleichung mit Preußen, für dieselben 12 Jahrgänge wie bei Preußens Schulen. Als Ergebnis findet sich, daß von den sämtlichen in die Sexta Eingetretenen nachher von Klasse zu Klasse im ganzen noch vorhanden waren:

in **Preußen**: bei den 12 Jahrgängen 1867/68 bis 1878/79:

	VI	V	IV	III		II		I	
				u.	Ob.	u.	Ob.	u.	Ob.
				(109847)	(98584)	(91387)	(63474)	(54945)	(40911)
	138120	139964	136287	208431		154861		95856	
d. h.:	[98,7]	100%	97,4	78,5	70,4	65,3	45,4	39,3	29,2

und Abiturienten: 36744 Schüler = 26,3 Prozent;

in **Baden**: a) bei denselben 12 Jahrgängen:

	6768	6075	5995	5297	4461	4156	3157	2603	2431
d. h.:	100%	89,8	88,6	78,3	65,9	61,4	46,6	38,5	35,9

und Abiturienten: 2304 Schüler = 34,0 Prozent,

b) bei den 45 Jahrgängen 1835/44 bis 1880/88:

	19653	19020	18899	16128	13409	11529	9500	7641	6982
d. h.:	100%	96,8	96,2	82,1	68,2	58,7	48,3	38,9	35,5

und Abiturienten: 6631 Schüler = 33,7 Prozent.

Die anschauliche Darstellung dieser Zahlen ist in der Figur 18 (S. 121) gegeben*) (vgl. jedoch die Anm. S. 123. Man erkennt sofort, daß die Lage der einzelnen Punkte der Linien eine viel höhere ist, d. h. daß der Abgang von den Gymnasien prozentisch genommen der schwächste ist von all den betrachteten Schularten.

Als Hauptmerkmal springt aber sofort auch das in die Augen, daß die Abfalllinien sich für die 3 ersten Gymnasialjahre annähernd auf der gleichen Höhe erhalten, dann aber plötzlich und für alle folgenden Jahre anhaltend steil abfallen — nicht einmal die Hälfte aller Gymnasialsextaner erreicht Obersekunda! In Preußen gehen dann nochmals Viele vor Oberprima ab, und ein Drittel, in Preußen nicht einmal ein volles Drittel (vgl. S. 104) kommt dann durch die Abgangsprüfung zum heiß ersehnten Ziele.

*) In die Figur 18 habe ich auch die Abfall-Linie eingezeichnet, welche für die **humanistischen Gymnasien Bayerns** (samt Lateinschulen) gilt oder vielmehr galt: denn aus dem geringen benützbaren, statistischen Material läßt sich nur für die 6 Jahrgänge, welche in den Jahren 1863—69 in die unterste der 8 Klassen eintraten, die Reihe der Abfallprozente berechnen. Die diese letzteren zur Anschauung bringende Linie zeigt nur zu deutlich die Scheidung der 8 Klassen in die 4 des Unter- und die 4 des Obergymnasiums, und zeigt den unverhältnismäßig starken Abgang aus jenem und die Ausdauerfähigkeit der Schüler in diesem: übrigens nur 32,8 % gelangten überhaupt in das (Ober-)Gymnasium und nur 27,7 % Aller rückten bis in die oberste 8. Klasse vor!

Den im Verlauf der Jahre stattgehabten Wechsel der Verhältnisse kann ich auch hier nur für **Baden** bestimmen. Das Ergebnis der wie S. 119 berechneten Abfallverhältnisse für die einzelnen kleineren Zeitstrecken ist hier beigefügt und in Figur 19 zur Darstellung gebracht.

	VI	V	IV	III		II		I		Abitur.	
				u.	Ob.	u.	Ob.	u.	Ob.		
α)	[92,8]	100	97,8	80,3	68,1	59,6	52,7	42,2	39,0	37,9 %	Rückbleibende
β)	100	97,9	96,6	79,5	62,7	49,8	43,0	37,2	33,8	31,9 „	„
γ)	100	[98,8]	100	84,7	69,2	54,9	47,8	34,5	30,6	29,4 „	„
δ)	100	87,7	87,7	73,9	60,2	53,7	41,5	31,7	27,8	26,3 „	„
ε)	100	95,7	94,4	89,3	80,1	75,4	57,1	49,8	48,0	44,8 „	„
ζ)	100	93,9	98,2	97,8	84,0	84,1				„	„
η)	100	96,5	96,2	96,5						„	„
ϑ)	100	91,1								„	„

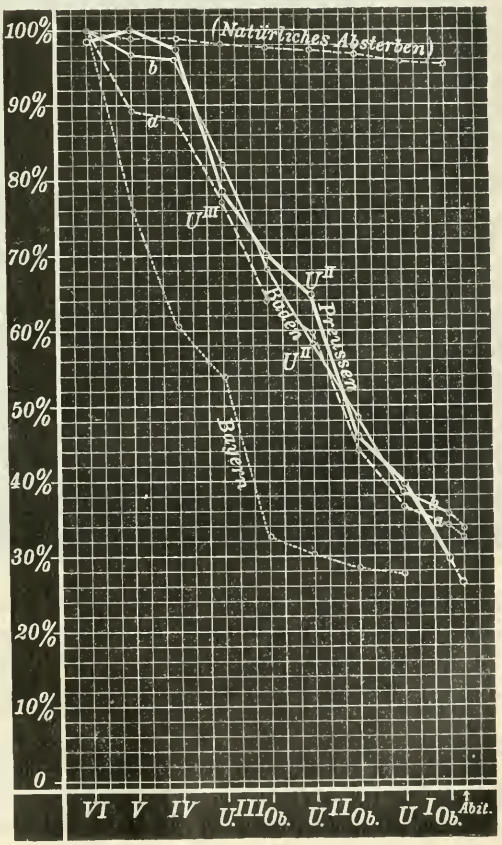
Die Figur 19 (a. f. S.) giebt einen schönen Einblick in die obwaltenden Verhältnisse.

Man beachte zunächst die Gesamtgestaltung, d. h. die Gesamtsenkung der Abfalllinien im Vergleiche zu einander. Die Linie α des Durchschnittes für das erste Jahrzehnt hält sich höher als der Durchschnitt b aller 45 Jahrgänge; von der zweiten Linie β ab senkt sich diese wie jede der 2 nachfolgenden für fast jede der einzelnen Klassen, besonders für die oberen Klassen, und in ihrer ganzen Erstreckung immer tiefer und tiefer herab: drei Jahrzehnte lang dringen absolut freilich mehr und mehr, prozentisch aber immer weniger und weniger junge Leute bis zu den oberen Klassen der Gymnasien und bis zum Abiturientenzeugnisse vor. Wie mit einem Schlage

Figur 18.

Linien des Schülerabfalles bei den Gymnasien.

[Baden: (a) = für 11 / (b) = für 45 Jahrgänge.]

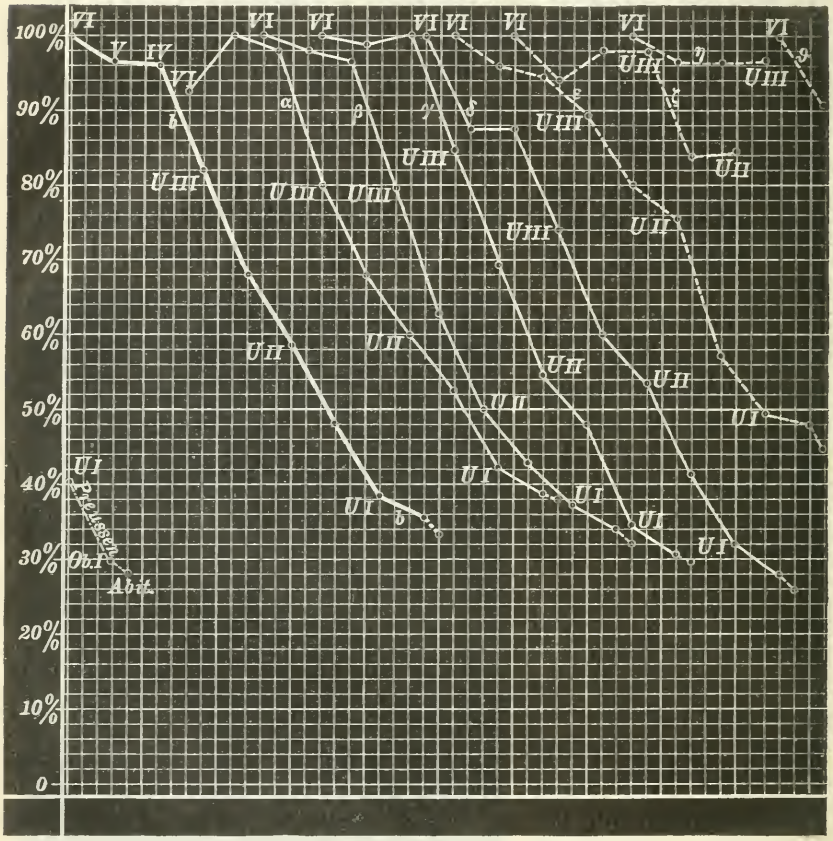


ändern sich aber (vgl. Linie ε!) die Dinge von der zweiten Hälfte der 70er Jahre ab: jeder Punkt der Abfalllinie hebt sich; die 70 bis 80 Prozent Rückbleibender, welche lange Jahre vorher Untertertianer

Figur 19.

Linien des Schülerabfalles bei den humanistischen Gymnasien Badens.

(Bedeutung der Buchstaben wie in Figur 17.)



gewesen, sind jetzt Untersekundaner geworden, das Ausharrungsbestreben und -vermögen ist auf einmal außerordentlich gestiegen; wo früher 28 bis 33 Prozent Oberprimaner gewesen, sind jetzt — bedeutend mehr als im Durchschnitte Preußens*), mehr als anderthalbmal so viel — gegen

*) Die seitherigen auf Preußens Schüler bezüglichen Rechnungen sind ja nur unter der oben S. 112 gemachten Voraussetzung gültig. — Um hier von dieser Voraussetzung unabhängig zu sein, benützte ich die in den amtlichen Veröffentlichungen der letzten 3

50 Prozent; die Lage der Punkte für U.I und Ob.I sowie für die Abiturientenzahl nimmt jetzt, mit Berücksichtigung der früher (S. 90—97) zahlenmäßig dargelegten so ungeheuer gestiegenen absoluten Schülerzahl, eine geradezu sorgenerweckende Höhe an.

Und dieses Hinaufrücken der Kurvenpunkte, dieses Verharren der gewesenen Sextaner im Gymnasium, dieses Ausdauerbestreben nimmt in den 80er Jahren noch recht beträchtlich zu. Die Linien ζ und η der Figur 19 führen diese Thatsachen deutlich genug vor Augen. Wie strebsam und ausdauerfähig erscheint hiernach unser nachwachsendes Geschlecht! Welche Unsumme von Ermahnungen und Anspornen tritt da aber auch lebhaft vor die Phantasie desjenigen, der sich hinter die Kulissen, in die stillen Räume des Hauses und der Familie versetzt denkt! Wie laut sprechen da unsere Zahlen! Aufjauchzen müßte der begeisterte Verehrer unseres Gymnasiums ob der Masse klassischer Bildung, welche jetzt in die breiten Schichten des Volkes eindringt: der Wunsch des Gymnasiums, seine Schüler möglichst durch alle Klassen zu behalten, wird also mehr und mehr erfüllt, der seiner Konstruktion unbestreitbar zu Grund liegende Gedanke, sie möglichst alle zu „Abiturienten" zu machen, wird also mehr und mehr verwirklicht — und dennoch die Unzufriedenheit, dennoch das in den Kreisen der Gymnasiallehrer selbst mehr und mehr wachsende Unbehagen, dennoch die im badischen, im bayrischen, im hessischen, im preußischen Landtag zum Ausdruck gekommene Klage über diese Erscheinung! Es erscheint also in der That notwendig gegen sie auf Abhülfe zu sinnen, und

---

Jahrgänge (1884/85, 85/86, 86/87) getrennt gehaltenen Zahlen der 9 Klassen und verglich sie, sowie die zugehörigen Abiturientenzahlen mit ihren entsprechenden Sextanerzahlen und fand, daß im Durchschnitt dieser drei letzten Jahre von den 100 % Sextanern

in V	IV	III u.	III Ob.	II u.	II Ob.	I u.	I Ob.	Abit.
noch 102,2	98,8	93,7	82,7	77,9	52,3	42,3	30,5	29,4 Prozent

vorhanden waren. Diese Prozentzahlen sind in Figur 19 (links unten!) zur Vergleichung eingetragen worden.

Weil seit Abfassung dieser Schrift ein weiterer Jahrgang statistischer Thatsachen, die preuß. Schulen betreffend, veröffentlicht wurde, ich aber diese weiteren Zahlen nicht unbeachtet lassen wollte, so ist zwischen einigen der schon fertig gewesenen Figuren und den mitgeteilten Zahlen ein kleiner Widerspruch eingetreten.

In Figur 15, 17 und 18 beziehen sich nämlich die Kurve für Preußen und die Kurven a nur auf die 11 Jahrgänge 1867/68 bis mit 1877/78, während der jeweils entsprechende Text von den namhaft gemachten 12 Jahrgängen spricht, und die im Eingang dieser Anmerkung mitgeteilten, auf Preußens Gymnasien bezüglichen Zahlen sind für die drei Jahrgänge 1884/85, 1885/86, 1886/87 berechnet, während die betreffende Kurve in Figur 19 nur die Verhältnisse der zwei ersten dieser Jahrgänge versinnlicht.

Die Abweichung zwischen den Figuren und dem Texte ist aber jedesmal sehr gering, so daß die Figuren gleichwohl fast genau die Zahlen des Textes zur anschaulichen Darstellung bringen.

ich werde noch im dritten Teile meiner Arbeit solche Mittel zur Abhülfe vorzuschlagen haben.

Zuvor aber sollen die Verhältnisse an den Gymnasien noch einer weiteren Betrachtung von neuer Seite aus unterzogen werden.

43. Zwei Teiluntersuchungen betreffs der Verhältnisse an den Gymnasien sind es, die ich hier noch beifügen möchte, um möglichst vollständig alles Thatsächliche darzulegen, was für die Entscheidung unserer Hauptfrage von Bedeutung ist.

Die erste Teiluntersuchung bezieht sich auf den **Einfluß des Einjährig-Freiwilligen-Wesens auf die Gymnasien.** Deutlich sichtbar machen läßt sich dieser Einfluß — aus dem oben S. 114 entwickelten Grunde — auch wieder nicht für Preußens, wohl aber für Badens Schulen, und zwar in derselben zweifachen Weise, wie ich dies oben S. 115 für die Gesamtheit der badischen Mittelschulen durchführte.

Berechnet man *erstens* wieder die Abfallprozentzahlen bei den Schülern der Voll- und Teil-Gymnasien für die ersten 30 und getrennt für die letzten 15 der sämtlichen 45 Jahrgänge, so finden sich diese wie folgt:

	VI	V	IV	III		II		I		Abitur.
				u.	Ob.	u.	Ob.	u.	Ob.	
α) für die 30 ersten	11460	11486	11408	9279	7738	6336	5529	4392	3982	3816
Jahrgänge:	[99,8]	100%	99,3	80,8	67,4	**55,2**	48,1	38,2	34,7	33,2 %;
β) für die 15 letzten	8278	7534	7491	6649	5671	5193	3971	3249	3000	2815
Jahrgänge:	100%	91,0	90,5	80,3	68,5	**62,7**	48,0	39,3	36,2	34,0 %.

Hier sind zwar nicht, wie früher, alle Zahlen unter α kleiner als die entsprechenden unter β, wohl aber macht der in bekannter Weise zu erklärende Unterschied von U. III ab durchweg höchstens 1½ %, *nur einzig bei U. II beträgt er volle 7½ %*. Die Thatsache einer ganz beträchtlichen Erhöhung der Anwesenheits-Prozentzahl gerade für Untersekunda der Gymnasien und genau seit dem Zeitpunkte, wo in Baden die allgemeine Wehrpflicht und die Einjährig-Freiwilligen-Einrichtung eingeführt wurde, ist damit erwiesen und stimmt mit der oben S. 116 für alle badischen Mittelschulen gefundenen Thatsache überein.

Zweitens kann man auch hier bei den Gymnasien [wie oben Figur 16, S. 116 für alle Mittelschulen] die Prozentzahlen der *je am Ende von Obertertia abgehenden Schüler* mit den Prozentzahlen *der je am Ende von Untersekunda abgehenden* vergleichen. Diese Vergleichung habe ich wiederum für die einzelnen Jahrfünfte seit 1835 und für die letzten zwei Jahre durchgeführt; das Ergebnis ist in der folgenden Uebersicht enthalten. Darnach verließen das Gymnasium:

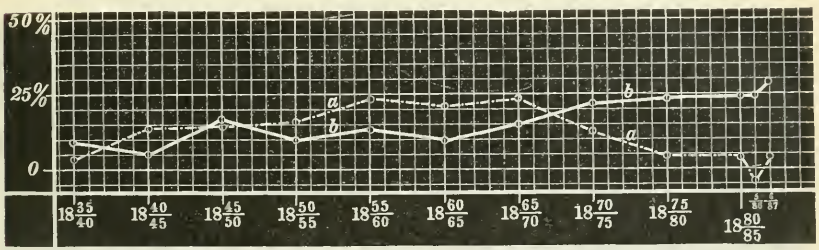
während des Jahrfünftes bzw. während des Jahres:

	1835/40	40/45	45/50	50/55	55/60	60/65	65/70	70/75	75/80	80/85	85/86	86/87
a) am Ende von Ober III:	2,9	12,9	14,1	16,7	24,6	20,7	22,7	11,7	4,8	4,7	—3,2	4,5%
b) dagegen am Ende von Unter II:	9,2	4,6	16,5	9,1	18,0	9,7	16,0	21,8	23,5	24,3	24,0	28,1%

der je in der betreffenden Klasse im Verlaufe des Schuljahres anwesend gewesenen Schüler.

Diese Prozentzahlen des Abganges sind in der folgenden Figur 20 übersichtlich vor Augen geführt. Auch hier wie in Figur 16 (S. 116) zeigt sich deutlich das kennzeichnende Herabsinken der Linie a unter b genau vom Jahre 1867 ab, dem Jahre der badisch-preußischen „Militärkonvention".

Figur 20.



Die Einwirkung des Einjährig-Freiwilligen-Dienstes auf den Besuch der Gymnasien, zunächst freilich nur der badischen, der Analogie nach wohl aber der sämtlichen deutschen Gymnasien, und damit seine mittelbare Einwirkung auf den gesteigerten Besuch der Universitäten — dies sollte der Gegenstand der ersten Teil-Untersuchung sein, welche ich den Verhältnissen der Gymnasien widmen wollte.

Die zweite Teiluntersuchung soll der **Stärke der Ausnützung des griechischen Unterrichtes** gelten, d. i. der möglichst zahlenmäßigen Darlegung dieser Ausnützung. Gerade der griechische Unterricht bildet ja das wichtigste unterscheidende Merkmal der humanistischen Gymnasien von den übrigen Mittelschulen; die Stärke seiner vollen Ausnützung wird ein wichtiger Maßstab sein können, sein müssen für die Beurteilung der Güte unserer Schuleinrichtungen.

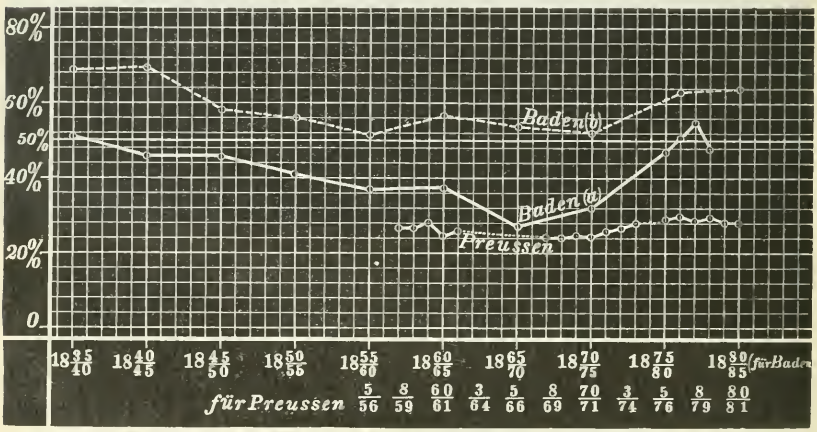
In **Baden** nahm stets (wie erst seit 1882 in Preußen) der Unterricht in griechischer Sprache seinen Anfang in Untertertia. Indem ich nun je die Zahl derer, welche in den einzelnen 48 Schuljahren von 1835/36 bis 1883/84 in Untertertia anwesend waren, d. h. das Griechische be-

gannen, = 100 setzte und damit verglich die Zahl derer, welche 6 Jahre später als Abiturienten entlassen wurden, erhielt ich Prozentzahlen, deren Höhe doch wohl als Maß der vollen Ausnützung des griechischen Unterrichtes erachtet werden darf. Die Durchschnittszahlen für die einzelnen Jahrfünfte, nämlich 51,8, 46,5, 46,4, 41,8, 36,8, 37,7, 26,6, 32,1, 46,9 Prozent und für die einzelnen drei letzten Jahre, nämlich 50,2, 54,8, 48,1 Prozent sind in der Linie a der nachstehenden Figur 21 eingetragen. Der Durchschnitt für diese sämtlichen 48 Jahrgänge beträgt = **41,4 Prozent.**

Figur 21.

Stärke der Ausnützung des griechischen Unterrichtes auf den badischen Gymnasien

a) = während voller 6 Jahre, d. i. von U. III bis zur Abitur.-Prüfung, und
b) = während der Zeit von 3 bis 4 Jahren, d. i. von U. III bis in Ob. II.



Man sieht auch hier bis zu den 70er Jahren ein stetes Sinken der relativen Anzahl derjenigen, welche den griechischen Unterricht des Gymnasiums bis zu Ende genießen; von den 70er Jahren ab ist aber das Ansteigen ein ebenso andauerndes, nur viel kräftigeres: während der Durchschnitt jener ersten 35 Jahre nur 38,0 Prozent beträgt, ist der der letzten 13 Jahre nicht weniger als 52,4 Prozent.

Wenn man aber, um auch eine Zwischenstufe zu prüfen, die prozentische Zahl derer aufsucht, welche statt bis zum Ende des 6., nur bis ins 4. Jahr griechischen Unterrichtes vordringen (also bis in Ob. II), so ergeben sich wieder je als Mittelwerte für die einzelnen 10 Jahrfünfte:

69,6; 70,4 58,5 56,2 51,5 57,2 54,6 52,5 63,0 63,9 %

durchschnittlich = 59,7 %;

als Durchschnitt für die schon genannten ersten 35 Jahrgänge findet sich = 58,6, für die letzten 15 Jahre = 61,0 Prozent. Auch diese Prozentzahlen sind bildlich dargestellt durch die Linie b der Figur 21.

Für **Preußen** vermag ich das Ergebnis der Untersuchung nur für wenige Jahre vorzulegen wegen der infolge des Länderzuwachses von 1866 eingetretenen Unstetigkeit der Schülerzahlen. Ich scheide also die Zeit vor dem genannten Jahre von der nach ihm folgenden.

Von den in den 5 Schuljahren 1857/58 bis mit 1861/62 in Quarta vorhanden gewesenen Schülern bestanden je 7 Jahre später die Abiturientenprüfung die folgenden Prozente:

26,9; 27,0; 28,8 [Kriegsjahr 1866!]; 24,9; 26,2

durchschnittlich = 26,75 %;

von denjenigen aber, welche in den 14 Schuljahren 1867/68 bis mit 1880/81 der Quarta angehörten, bestanden 7 Jahre später die Abiturientenprüfung:

24,6 24,5 25,1 24,4 25,6 27,0 28,1 — 29,3 30,0 29,1 29,7 28,5 28,4

durchschnittlich = 27,3 %.

Die letzte Figur 21 (a. v. S.) enthält auch diese auf Preußens Gymnasien bezüglichen Zahlen versinnlicht.

Was lehren nun diese Zahlen? Man vergegenwärtige sich, daß in Baden von allen denen, welche Griechisch zu lernen begannen, während der letzten 13 Jahre 52 Prozent, im Durchschnitte des letzten Halbjahrhunderts aber nur 41 Prozent zur vollen (wenigstens beabsichtigten) geistigen Ausbeutung des in dieser Sprache und ihrer Literatur dargebotenen geistigen Bildungsstoffes gelangten, daß nur 60 Prozent aller Beginnenden bis ins 4. Jahr des griechischen Unterrichtes vordrangen, also gerade über die rohesten Grundlagen des grammatischen Unterrichtsstoffes hinauskamen. Und die übrigen 40 Prozent? Entspricht für sie der sog. formale, entspricht der dauernde geistige Bildungsgewinn, den sie sich durch eine 3 bis 4 Jahre währende Beschäftigung mit dieser alten Sprache, vielmehr mit der Grammatik dieser alten Sprache erwarben, entspricht er all der harten Arbeit und der Mühe dieser Jahre? Beschäftigung mit altgriechischer Literatur und Kunst, Versenken in altgriechischen Geist in allen, in den höchsten Ehren gehalten — aber ist für die in Betracht kommende Jugend von solchem die Rede? Sollte denn wirklich

das Eindringen in die Geheimnisse der griechischen Deklination, sollte das Auswendiglernen der Konjugationsformen von παιδεύω und der Verba auf μι, sollte das Herleiern der unregelmäßigen Zeitwörter und das Bischen Homerskandieren und das nachfolgende dauernde Verlassen, das Aufgeben für Lebenszeit, sollte all dies den Verlust aufzuwägen vermögen, welchen jene 40 Prozent durch das Nichterlernen des Englischen, durch die nur allzu mangelhafte Ausbildung im Französischen erleiden? Ganz gewiß nicht!

Aber Baden ist, was die Verwertung des griechischen Unterrichtes betrifft, noch ein glücklich zu preisendes Land. Ist hier schon der aus dem Halberlernen des Griechischen sich ergebende Nachteil so groß, wie beträchtlich, wie entsetzlich viel größer ist er aber in dem großen Preußen, in dem Preußen, dessen Bevölkerung über 60 Prozent der Bevölkerung ganz Deutschlands ausmacht! Es sind ja **in Preußen nur 27 Prozent** der den griechischen Unterricht Beginnenden, welche ihn voll bis zum Ende der Gymnasiallaufbahn ausgenießen und ihn ausnützen können. So Wenigen kommt dieses als so überaus wichtig gepriesene Hülfsmittel geistiger Bildung und idealen Aufschwungs voll zu Gute!

Nicht weniger als 73 Prozent, also nahezu drei Viertel aller, welche begonnen haben, führen die Arbeit nicht zu Ende, sie fallen vorher ab und gehen des wahren Vorteils verlustig.

Mir scheint, es war nötig, die hier vorgetragenen Thatsachen einmal zahlenmäßig festzustellen, um das Betrübende, das — man darf ja wohl sagen — das Ungesunde unserer Mittelschulverhältnisse genau zu erkennen, um auf solche Erkenntnisse gestützt an die Aufsuchung von Heilmitteln zu gehen. Dies ist es, was der nachfolgende dritte Abschnitt meiner Arbeit nun noch bringen soll.

Ich werde nur zuvor noch in aller Kürze das im vorliegenden Abschnitt Dargelegte zusammenfassen.

44. Zusammenfassung. — Eine Ueberfüllung an Vertretern in den meisten der gelehrten Fächer und zwar für den größten Teil Deutschlands kann als sichere Thatsache gelten.

Die Gründe für diese Erscheinung sind mannichfacher Art und kommen in verschiedener Stärke zur Geltung.

Mir scheint und ich glaube es durch meine Untersuchung erwiesen zu haben, daß zwei Gründe in allererster Reihe jene Erscheinung bedingen: der erste ist die hohe soziale Stellung der „Studierten“ und das durch feste Besoldung und durch Pension gesicherte und, im Vergleiche zum vielfachen und heftigen Kampfe ums Dasein, ruhige Auskommen der Beamten unter ihnen; der zweite ist die grundsätzliche Bevorzugung huma-

nistisch-gymnasialer Vorbildung jener Studierten, die demgemäß stattfindende Teilung der Mittelschulen in parallel neben einander herlaufende Schulgattungen und die Bevorzugung, fast Monopolisierung der einen unter ihnen, des Gymnasiums, und die hierdurch bewirkte erdrückende Ueberzahl dieser Gymnasien und ihrer Schüler.

Zu diesen Hauptgründen gesellen sich und zwar im Verlauf der zwei letzten Jahrzehnte in steigendem Maß andere, die gleiche Wirkung erzielende Gründe, wie ich sie oben entwickelt habe und welche einzeln teils aus der politischen, zum Teil aus der wirtschaftlichen und aus der gesellschaftlichen Entwickelung unseres Volkes und der heutigen Gestaltung seiner Zustände sich ergeben, welche aber in voller Stärke ihren Einfluß nur geltend machen durch ihr Zusammenwirken, durch ihre gegenseitige Förderung.

Wahrhaftig, an Gründen für jene unliebsame Erscheinung der Ueberfüllung hat es nicht gefehlt und fehlt es nicht, sie sind nur zu zahlreich vorhanden.

Eine Aenderung aber thut not, die so oft schon genannte Hochflut muß eingedämmt, muß gemindert werden indem man ihre Ursachen beseitigt.

Sehen wir drum zu, wo und wie eine Aenderung zum Besseren angebahnt und durchgeführt werden kann.

III.

Mittel gegen die Ueberfüllung.

45. Im vorigen Abschnitte habe ich mich bemüht, den Gründen nachzugehen, von welchen die in großen Gebieten Deutschlands vorhandene Ueberfüllung an Männern des gelehrten Faches herrührt, und ich habe im Einzelnen gezeigt, was sich schon von vornherein erwarten ließ, daß es der Ursachen für diese Erscheinung gar viele giebt, und daß diese in ihrer Stärke gar mannigfaltig abwechseln, daß erst das Zusammenwirken all dieser Ursachen den vollen wahren Grund abgiebt für das Auftreten jener mißlichen Erscheinung.

Denn daß die so oft schon erwähnte Ueberfüllung der gelehrten Fächer eine mißliche Erscheinung, daß sie zum mindesten eine Vergeudung des Volksvermögens, daß sie aber, wenn längere Zeit während, geradezu

eine gesellschaftliche Gefahr ist, das übersieht jeder, der mit den Verhältnissen des öffentlichen Lebens und mit den Verhältnissen eben des besonderen Standes vertraut ist, welcher durch sie am stärksten in Mitleidenschaft gezogen wird.

Es ist nicht meine Aufgabe, die durch die genannte Ueberfüllung jetzt schon erzeugten betrübenden Zustände darzulegen oder künftige Gefahren auszumalen, welche aus ihr sich ergeben können; indem der die Preisaufgabe ausschreibende Vorstand die Frage stellte:

„Durch welche Mittel ist der Ueberfüllung der sog. gelehrten Fächer am wirksamsten entgegenzutreten?"

hat er schon seiner Befürchtung und, wie ich glaube, den Befürchtungen Aller ob solcher Ueberfüllung Ausdruck gegeben und sie als thatsächlich bestehend anerkannt. Mit der Forderung jene Frage zu beantworten hat er das Mißliche, das Beängstigende, das Gefahrdrohende der Erscheinung deutlich gekennzeichnet und hat sich ein Verdienst erworben dadurch, daß er, was an ihm liegt, thut, zur Erkenntnis dieser Erscheinung nicht nur, sondern auch der ihr zu Grunde liegenden Ursachen zu gelangen und durch Aenderung dieser Ursachen, sofern eine solche möglich, eine Besserung zu bewirken.

Manche hegen die Meinung, eine Besserung der besprochenen Mißstände brauche nicht durch bewußtes Eingreifen sozusagen künstlich herbeigeführt zu werden, sie werde sich schon von selbst einstellen, da ja die Ueberfülle an Vertretern der gelehrten Fächer bei den deutschen Verhältnissen einer übermäßigen Anzahl von Bewerbern um Beamtenstellungen gleichkomme, während die Zahl der letzteren nicht oder nur wenig wachse: das langsame Ein- und Vorrücken all der Anwärter einer gegebenen Zeitspanne, die Wahrnehmung von fehlender oder zum Leben ungenügender Bezahlung derselben schrecke solche, welche jenen nachzufolgen bereit wären, in mehr und mehr steigender Anzahl ab, und so stelle sich auf die natürlichste Weise in längerer oder kürzerer Zeit das Gleichgewicht her zwischen Angebot und Nachfrage.

So hat man z. B. darauf hingewiesen, daß in Preußen schon mehrere Male auf Veranlassung des Ministeriums in den Schulen öffentlich vom Studium der Jurisprudenz abgeraten wurde, so Anfang der 30er, der 50er und wieder der 80er Jahre. „In sehr kurzer Zeit folgte in den älteren Perioden der Rückschlag und in extremer Weise, er wird vermutlich auch jetzt nicht lange auf sich warten lassen". So kann man wohl auch die Meinung vertreten, daß der in den letzten Jahren so außerordentlich

starke Zulauf*) zur protestantischen Theologie nicht lange Zeit dauernd vorhalten könne, daß bald auch hier ein Rückschlag eintreten müsse.

Insofern enthält also jene besprochene Meinung viel Richtiges: die in der natürlichen Entwickelung der Dinge sich einstellende Selbststeuerung vermag allmählich sehr wohl eine Ausgleichung herzustellen und eine Gesundung zu erzielen. Der Erfolg dürfte sich vielleicht noch früher einstellen, wenn alljährlich oder alle 2 Jahre eine die sämtlichen Zweige der Staatsverwaltung umfassende Statistik über den Bedarf an Kräften veröffentlicht würde.

Wer aber auf jene Selbstheilkraft der Natur allein baut, muß etwaige stürmische Entwickelungen oder gar gewitterartige Ausgleichungen auch als „natürlichen Verlauf der Dinge" mit in den Kauf nehmen, und als entfernt möglich sind diese doch für unseren Fall zuzugeben. Aber selbst diese Möglichkeit ausgeschlossen, so wird doch das wünschenswert rasche Eintreten einer Besserung längere Zeit in Anspruch nehmen und — was die Hauptsache — einem künftig immer wiederholten Auftreten desselben Mißstandes wird so nicht vorgebeugt. Eine Voraussicht all dieser schlimmen Folgen wird also dazu führen, nicht Alles sich selbst zu überlassen, man wird ein unmittelbares Eingreifen in Gegenwart und Zukunft als erwünscht, als geboten erkennen.

46. Dem entsprechend will ich nun versuchen, im Nachfolgenden meine Meinung darzulegen über die **Mittel, welche angewandt werden können und angewandt werden sollten,** um der vorhandenen Ueberfüllung der gelehrten Fächer zu steuern, mehr noch um einer künftigen Ueberfüllung vorzubeugen. Da diese Ueberfüllung aber nicht minder Folge wie Ursache anderer unerwünschten Erscheinungen unseres öffentlichen Lebens ist, so eröffnet sich mit der Angabe der genannten Mittel zugleich der Ausblick, auch in der einen oder anderen Beziehung zu einer besseren Gestaltung einiger Seiten unserer staatlichen Einrichtungen gelangen zu können.

Indem ich mich zu diesem Teil meiner Arbeit wende, stütze ich mich naturgemäß auf die Untersuchungen des vorigen Abschnittes und ihre Ergebnisse; im Interesse der Uebersichtlichkeit und Gründlichkeit werde ich deshalb den dort eingehaltenen Gang auch hier befolgen.

---

*) An den 17 protestantischen Fakultäten Deutschlands studierten in den 12 Sommersemestern von 1876 bis mit 1887 bezw. 1595, 1617, 1738, 1945, 2315, 2646, 3097, 3558, 4032, 4455, 4682, 4837 Theologen. Während ihre Anzahl im ersten Jahre 9,7 %, also nicht ganz $^1/_{10}$ aller Studenten betrug, ist sie in diesen 12 Jahren auf 16,6 %, d. i. $^1/_6$ aller Studenten gestiegen, ihre absolute Zahl hat sich verdreifacht.

A.

47. Teils in der **körperlichen**, teils in der **geistigen Natur des Menschen** fand ich es in erster Reihe begründet, daß so Manche heute wie früher einer höheren Stufe geistiger Ausbildung zustreben, sei es daß sie diese als Selbstzweck, als Ziel vertieften und im edelsten Sinne verfeinerten Lebensgenusses ansehen, sei es daß sie in ihr ein, vielleicht das stärkste Mittel erkennen, um ihren mehr äußerlichen Strebungen als Untergrund wie als Leiter zu dienen.

Jenes Streben nach höherer geistiger Ausbildung führt aber naturgemäß, da die Anlagen gegeben, da Zeit und Befähigung beschränkt sind, zur Bevorzugung einer gewissen Richtung, führt zum Erwerbe besonderer fachlicher Bildung, zum Ergreifen eines gelehrten Faches als eines Berufes.

Wer hier beschränkend, zurückdrängend einwirken wollte, der müßte zuvor zweierlei nachweisen: *erstens* daß eben die in der (zunächst körperlichen) Natur des Menschen liegende letzte Triebfeder zum Ergreifen eines gelehrten Berufes heute stärker wirke als früher, daß sie in der Gegenwart eine größere Zahl von jungen Männern zu dem Studieren hintreibe als in früheren Jahrzehnten — und *zweitens* daß überhaupt eine Einwirkung auf die Natur, eine künstlich gewollte Veränderung des Wesens eines Menschen möglich sei, zudem möglich sei, ja schon mit Erfolg stattgefunden habe zu einer Zeit, wo das Beschreiten des Weges, der zum gelehrten Fache hinführen soll, eben erst beginnt.

Beides zu erweisen ist aber unmöglich, und so ist jedes Bestreben hinfällig, in der angedeuteten Richtung eine Aenderung zu erreichen, der oft genannten Ueberfüllung vorzubeugen. Stets wird der Mann und vorahnend schon der Knabe und Jüngling bestrebt sein, sich die Befähigung zu erringen, sich ein Feld der Thätigkeit zu eröffnen, so daß ihm die Mittel, möglichst reiche Mittel erwachsen zur Erhaltung seiner selbst, zur Begründung einer Familie, zur Erziehung wie zur Ausstattung seiner Nachkommen. Und *wenn* er sieht, freilich der sog. praktisch Vernünftige auch nur *solange* er sieht, daß die geistige Ausbildung und Geistesleistung, selbst abgesehen von größerer persönlicher Befriedigung und Glückserregung, einen höheren, in größerer Geldmenge darstellbaren Lohn empfängt, so wird er den Weg zu jener Ausbildung beschreiten, er wird ihn bei günstigen Verhältnissen vollenden und selbst widrigen Umständen entgegen wird ein starker Charakter sein Ziel erreichen. Durch Zwangsgebot aber, wie Manche wünschen, im Staate der Zukunft geistige Arbeit und körperliche Leistung als gleich hoch im Werte festzusetzen, zugleich durch Zwangsbefehl dem Einen diese, dem Andern jene zuzuteilen, wird

kein wahrhaft freier Mann erstreben wollen, wird keine staatliche Gemeinschaft auf die Dauer durchführen können.

48. Auf dem Gebiete der *seelischen Vorgänge* habe ich oben (S. 62—66) den Gründen nachgeforscht, welche eine Ueberfüllung des gelehrten Faches zu verschulden vermögen.

Ich habe den **Erkenntnistrieb** in seiner Bedeutung für unsere Frage zu würdigen gesucht: ich konnte aber und kann nicht finden, daß seinem zu starken Vorwalten Schuld zu geben sei an dem Mißstande, den wir bessern wollen. Darum kann ich mich auch nicht zu der von mancher Seite beliebten Anklage hergeben gegen die Pflege des Intellektes — im Gegenteil: seiner Pflege und seinem Gedeihen verdanken wir ja die Hauptstütze, die wesentliche Förderung des kulturellen Fortschrittes; er sei stets in Ehren gehalten!

Man versuche drum nicht, die wahre Studierlust zu beschränken; nichts würde der Kultur und dem gesamtpolitischen Wohlgedeihen größeren Schaden bringen als wenn man im Wahne, auf solche Weise einer Ueberfülle von Vertretern des Gelehrtenstandes vorbeugen zu können, jene Studierlust und das Studieren auf einzelne bevorzugte Kreise unserer Volksgenossen beschränken wollte. Möge die Ueberfülle der Zahl nach noch so groß sein, an besonders gut beanlagten jungen Männern, welche aus innerem Triebe sich dem Studium zuwenden, die aus innerster Naturnotwendigkeit die Laufbahn des gelehrten Berufes wählen, an solchen ist nie und nimmer Ueberfülle gewesen, wird nie und nimmer Ueberfülle zu befürchten sein. Wohl aber hat, zumal in den letzten zwei Jahrzehnten, wie alle berufenen Beobachter bestätigen, eine nur zu große Menge von solchen jungen Leuten dem Studium und den gelehrten Berufen sich zugewandt, die besser gethan hätten und thun würden auf anderen Gebieten ihre Kräfte zu versuchen; die Lehrer aller Gymnasien sind einig darin, daß ihre Klassen nur zu viele Besucher zeigen, welchen es nie und nimmer darum zu thun ist in wissenschaftlichem Geiste Fortschritte zu machen, die aber gleichwohl, in die höheren und höchsten Klassen vordringend, den Anspruch erheben und ihn schließlich erzwingen, miteinzutreten in die Reihe der Kandidaten für gelehrte Berufe. Solche Elemente schädigen dann Bedeutung und Würde eben dieser Berufe, unter deren Flagge sie segeln; sie auszumerzen nicht minder als die guten Elemente tüchtig zu fördern müßte eine wesentliche Aufgabe der höheren Schule sein, die sie mit Erfolg zu lösen hätte. Sie erzielt aber den letzteren leider nicht in dem wünschenswerten und notwendigen Maße; warum so und wie hier zu bessern, soll später noch besprochen werden, wenn ich die Schulfrage eingehender behandle.

49. Die Schule, so scheint mir, sollte auch befähigt sein, an ihrem Teile an der Hebung oder wenigstens Minderung jenes Uebels mitzuhelfen, auf das ich oben (S. 64) bei der Darlegung der Gründe für übermäßig lebhafte Ergreifung des gelehrten Faches zu sprechen kam, jenes Uebels, das hervorgeht aus **falschem Ehrbegriff** und aus dem Vorurteile, als sei das Leben eines „Studierten" notwendig ehrenvoller als eine Thätigkeit im wirtschaftlichen Erwerbsleben. Es ist ja eine Thatsache, sagt Conrad (a. a. O. S. 240), „und zwar eine höchst beklagenswerte Thatsache, daß der Kaufmann, der Industrielle im allgemeinen in Deutschland nicht die gesellschaftliche Stellung einnimmt, die ihm gebührt und die er im Auslande allgemein besitzt. Nur hervorragendere Leistungen oder ein imponierendes Vermögen bringen ihn auf die gleiche gesellschaftliche Stufe mit den akademisch gebildeten Beamten". Die Hauptbesserung hängt hier freilich ab von einer allmähligen Umgestaltung der öffentlichen Meinung, die sich selbstverständlich in längerer Zeit erst vollzieht. Diese Umgestaltung ließe sich aber im Interesse der guten Sache beschleunigen durch Einwirkung des Staates und seiner Organe. Wie ich dies meine, mag aus folgenden Andeutungen hervorgehen.

Viel häufiger als jetzt geschieht und grundsätzlich sollten z. B. Techniker auch in die höheren und höchsten Stellen der Staatsverwaltung einrücken, nicht sollte stets und fast überall der Jurist der geborene leitende Beamte sein; auch daß z. B. rein kaufmännisch gebildete Männer, Nichtstudierte also, in den Staatsdienst und zwar in höhere Stellen desselben einrücken, sollte nicht wie jetzt zu den äußersten Seltenheiten gehören, mancher Zweig der Staatsverwaltung würde hieraus unmittelbaren großen Nutzen ziehen. Mittelbar dürfte aber der Vorteil solchen Vorgehens noch größer sein: das sog. Monopol des grünen Tisches würde gebrochen, die Wertschätzung auch andersartiger als rein gelehrter oder zunftmäßiger Vorbildung müßte zunehmen, die günstige Rückwirkung auf unsere Hauptfrage und ihre Lösung müßte sich geltend machen.

Aber auch die Rückwirkung auf die höhere Schule wird dann nicht ausbleiben, und diese selbst wird ihrerseits wieder daran arbeiten, jene Vorurteile wenn nicht zu zerstören, so doch zu mildern. Sie wird ihren Schülern Achtung einflößen vor gewerblicher, wirtschaftlicher Thätigkeit, nicht durch Wort und Lehre bloß, sondern durch das Beispiel; sie wird nicht die Ausbildung des Geistes fast allein sich zum Ziele setzen, auch der Körper, auch die Hand und die Sinne werden zu ihrem Rechte kommen, sie wird nicht bloße Buchgelehrsamkeit züchten, sie wird auch den Einwirkungen und den Bedürfnissen des wirklichen Lebens gerecht werden; sie wird nicht ein Jahrzehnt hindurch den Jungen bloß zum gelehrten Berufe vorbereiten, sie wird ihm mehr als heute ermöglichen, auch von

ihren unteren und mittleren Stufen ab zum gewerblichen Leben, zu praktischer Thätigkeit überzugehen.

Ob dies die heutige höhere Schule genügend thut, habe ich später zu besprechen, dort auch meine Meinung betreffs etwaiger Neugestaltung zu äußern; hier handelt es sich wesentlich nur darum, im erwünschten allgemeinen Verhalten von Staat und Schule, in der Erzielung einer gewissen öffentlichen Meinung und einer gegen jetzt geänderten Grundstimmung der Gesellschaft ein Mittel und ein sehr wichtiges Mittel anzugeben, wie dem übermäßigen Zudrang zu gelehrten Berufen entgegengewirkt werden kann.

50. Die im Wesen menschlicher Natur liegenden Gründe zur Wahl, zu einer in der Gegenwart häufigeren Wahl eines gelehrten Faches und die ihnen gegenüberzustellenden Abwehrmaßregeln sind mit dem Vorstehenden noch nicht erschöpft; ich habe ja früher (S. 65) noch ein weiteres treibendes Motiv aufgezeigt in der **Willensenergie** solcher Charaktere, welche den gelehrten Beruf und das ganze dazu gehörige Rüstzeug im wesentlichen nur als Hülfsmittel zur Erreichung selbstischer Zwecke ansehen. Wenn deren Zahl nun auch, was nicht erweisbar, selbst größer sein sollte als früher, so ist doch gegen sie und ihr Eintreten in das gelehrte Fach kaum ein Mittel zu finden, es sei denn die in erster Reihe durch häusliche Erziehung zu erwirkende Unterordnung ihres Wollens und Wesens unter die höhere Macht der Pflicht, unter die Rücksicht auf das Allgemeinwohl. Wenn übrigens so gestaltete Charaktere gar oft in Ausübung ihres Berufes Schaden bringen, so wird solcher doch wohl auch häufig genug aufgewogen durch das Gute, das ihrem Eingreifen zu verdanken, durch die Tragweite und Stärke ihrer Entschlüsse, durch die Kraft und Zähigkeit bei deren Ausführung. Gerade solch kräftigen Charakteren wird man den Zugang zum gelehrten Fache nicht verwehren wollen, selbst wenn man es könnte.

So ist meine Betrachtung zu keinem andern Schlußergebnisse gekommen als dem, welches sich bei ihrem Beginne voraussvermuten ließ: eine Verminderung des Zuganges zu den gelehrten Fächern ist durch Einwirkung auf die Natur des Menschen, auf die in seinen körperlichen und geistigen Eigenschaften gegebenen Bedingungen kaum zu erwarten, nur in den seltensten Fällen zu erlangen.

Eine Schwächung jenes Zuganges, eine Verminderung der Anzahl fertig ausgebildeter und noch heranzubildender Kandidaten für gelehrte Berufe wäre aber eine Wohlthat, sie ist eine unbestreitbare Forderung des öffentlichen Wohles, es müssen also Mittel aufgesucht werden, welche sie in wirksamer Weise zu erzielen vermögen.

B.

51. In den äußeren Lebensbedingungen, in denen und unter deren Einwirkung der Mensch geboren wird, aufwächst und wirkt, fand ich oben die Hauptgründe, welche den Zugang zu gelehrten Berufen in den letzten Zeiten so merklich gesteigert haben. So hat man denn auch die Mittel zur Verminderung dieses Zuganges ganz wesentlich in einer **andersartigen Gestaltung der äußeren Verhältnisse** zu suchen.

Diesen Verhältnissen und ihrer etwa möglichen, unseren Zielen dienenden Abänderung und Neugestaltung wende ich deshalb im Nachfolgenden meine Aufmerksamkeit zu. Ich werde auch hierbei im ganzen die im zweiten Abschnitte meiner Arbeit gewählte Reihenfolge einhalten.

52. Gar gerne führt man die stets wachsende **Bevölkerungsmenge** Deutschlands als einen der Hauptgründe auf für den seit Jahren verstärkten Zugang zu den gelehrten Berufen. Aber wahr ist dies doch nur insofern als, wie ich früher (S. 68) zeigte, unsere starke Einwohnerzunahme für Viele, für eine stets wachsende Zahl den Besitz besserer Bildung, d. h. den Besuch höherer Schulen erwünscht, erstrebenswert, ja unbedingt notwendig erscheinen läßt; größtenteils aber nur, insoweit dann noch andere Nebenbedingungen in den äußeren Verhältnissen hinzukommen, führt jener erhöhte Schulbesuch auch zu verstärktem Hindrängen zu den gelehrten Berufen.

Wären wir im Stande, jene Nebenbedingungen zu ergründen und, falls möglich, sie zu ändern, so könnte gewiß dieses zu beklagende übermäßige Hindrängen vermindert, vielleicht gehoben werden. Auf solchem Wege müssen wir zu einer Besserung der Zustände zu gelangen suchen, nicht etwa auf dem, welchen so Manche schon in Verkennung natürlicher Dinge vorgeschlagen haben, auf dem Wege einer künstlichen Herabdrückung der Bevölkerungszahl.

Selbst wenn es bei uns möglich wäre, den bekannten einen Teil der Malthus'schen Theorie ins Praktische zu übersetzen, wem steht nicht als abschreckendes Beispiel Frankreich vor Augen? Beklagen nicht dessen eigenen besten Volkswirtschafter den verhältnismäßigen Rückgang seiner Einwohnerzahl als eine der schlimmsten Erscheinungen im öffentlichen Leben ihres Landes, als die, welche die größten Befürchtungen für die Zukunft wach werden läßt? Und wir sollten für uns Gleiches erwünschen, nach Gleichem streben? Nein, so zwar sagen die, welche eine Minderung der Geburten befürworten, einen solchen Rückgang erwünschen auch wir nicht, nur eine minder starke Zunahme sollten wir haben. Aber wer kann Stillstand gebieten, wenn einmal die Volksmoral das Zwei-

kindersystem als eine löbliche Einrichtung anerkannt hat, wenn in weiten Volkskreisen die Schließung von Ehen als ein lästiger Zwang empfunden wird?

Nie und nimmer kann ich glauben, daß aus solcher Predigt gute Früchte erwachsen, aber ich kann mich auch ganz im allgemeinen durchaus nicht für überzeugt erklären, daß unsere Volksmenge zu groß ist, daß wir wirklich in deutschen Landen an Uebervölkerung leiden.

Genug des anbaufähigen Landes giebt es bei uns und in der Ferne, um darauf die Ueberfülle Nahrungsmittel zu bauen; genug, übergenug der Güter werden erzeugt, um all diesen Menschen hier im Lande ein menschenwürdiges Loos zu bereiten und sie innerhalb gar nicht zu enger Grenzen ihr Leben genießen zu lassen; arbeitsfähig sind sie genug und arbeitsfreudig nicht minder, um durch rege Thätigkeit die Mittel zum Unterhalt und Genuß des Lebens sich zu verschaffen. Nur auf richtige Austeilung der Arbeit, auf Erhöhung der Verbrauchsfähigkeit derer, welche die Arbeit verrichten, kommt es an, und hierfür die geeigneten Mittel zu finden, ist die wichtigste, die würdigste Aufgabe unserer Staatsmänner und aller Freunde unseres Volkes und des Staates. Sie muß sich bis zu einem gewissen Punkte der Befriedigung lösen lassen, und hiervon fest überzeugt kann ich drum auch unsere Volksmenge nicht zu groß, kann ich in dieser angeblich zu großen Volksmenge nicht den notwendigen Zwang zur Ueberfüllung gelehrter Berufe finden.

Man wird mir, so hoffe ich, nicht Mangel an Folgerichtigkeit vorwerfen, wenn ich gleichwohl gar sehr die **Gründung und Pflege von Kolonieen**, die Ablenkung eines Teiles unserer üppigen Volkskraft in solche Anhängsel unseres Reiches erhoffe und erstrebe. Zwar gehört dies wohl mehr in den den politischen und wirtschaftlichen Dingen gewidmeten Teil meiner Untersuchung; es schadet aber auch nicht, ihn gleich hier abzumachen.

Wir sahen ja oben, wie so viele Ursachen vereint die Besuchszahl der höheren Schulen steigert. Während so Alles nach dieser Richtung drängt, wird der sich sammelnden, ja sich stauenden Hochflut fast nur der eine gradlinige Abflußkanal zur Hochschule und zur Anwartschaft auf den Staatsdienst dargeboten. Andere Länder, vor allen England, entsenden einen Teil ihrer überschüssigen Lebenskraft in ferne, nicht fremde Gebiete; Jahre dort verweilend, oft in hartem Kampfe ums Leben erwerbend sammeln solche Männer Erfahrung nicht minder als Vermögen und wirken hierdurch, in die Heimat zurückgekehrt, in bester Weise nach vielen Seiten hin anregend. Uns fehlte bislang ein solcher Tummelplatz für unternehmenden Mannesmut. Die Erwerbung von Kolonieen und ihre

Einreihung in unser politisches System ist für unsere Hauptfrage von großer Bedeutung.

In der That, in der Hinweisung heimischer Kraft, und gerade der für unsere Frage in Betracht kommenden Elemente, auf koloniale Thätigkeit, auf die hierdurch gebotene Umsetzung von Wissen und Wollen in Thun, in Erwerb sehe ich wirklich, wie mir England deutlich genug zeigt, ein erprobtes Mittel, um reinem Anhäufen von mehr oder minder unproduktivem Wissen, um auch übermäßiger Gelehrtenerzeugung vorzubeugen, um unmittelbar ein Weglenken noch dadurch zu verstärken, daß praktisches Handeln, Wagen und Gewinnen im harten Kampfe des Lebens, auch des Lebens fern von der Heimat in weiten, nicht am wenigsten in den obersten Volksschichten an Wertschätzung gewinnt.

53. Von den in Betracht kommenden **politischen Faktoren** ist die Bevölkerungszahl die bedeutsamste — ihr habe ich drum auch zuerst meine Aufmerksamkeit zugewendet, und gelegentlich der hierdurch angeregten Betrachtung habe ich, wie ich glaube, „wirksame Mittel" namhaft gemacht, dem allzu großen Zugang zum gelehrten Beruf entgegenzutreten.

Ich habe jetzt noch weiter auf die neueren politischen Verhältnisse Deutschlands und ihre Bedeutung für unsere Hauptfrage einzugehen.

Die Schilderung derselben, die Hervorhebung der für uns hier wichtigsten Züge jener Verhältnisse habe ich oben (S. 69 ff.) in aller möglichen Kürze gegeben. Wer sich das dort Gesagte vergegenwärtigt, wird nicht wünschen wollen, daß der aus dieser neueren Gestaltung der Dinge erflossene und stets noch erfließende Antrieb zum Aufsuchen höherer Schulen sich mindere oder aufhöre; selbst wenn hierdurch auch ein verstärkter Zugang zu den gelehrten Fächern bewirkt würde, müßte man dies eben hinnehmen als vielleicht notwendige begleitende Erscheinung: es könnte dies höchstens einen Antrieb abgeben, an anderen irgendwie gestalteten, aber auf diese Erscheinung Einfluß ausübenden äußeren Verhältnissen zu ändern, jene wirkenden Grundzüge politischer Neuordnung wollen wir aber unangetastet lassen.

Unter diesen Hauptmerkmalen des neueren politischen Zustandes tritt für unsere Frage fast am augenfälligsten die **allgemeine Wehrpflicht** hervor und die mit ihrer Einführung im ganzen deutschen Vaterlande verbundene Einrichtung des **Einjährigen-Freiwilligen-Dienstes.** Manche Stimmen aus dem Norden, vielleicht deren noch mehr aus dem Süden Deutschlands haben gerade dieses Einjährigen-Wesen als eine Hauptquelle des übermäßig verstärkten Aufsuchens der gelehrten Fächer geglaubt anschuldigen zu müssen — wie mir scheint, mit Unrecht.

Ich selbst habe nachgewiesen, daß aus dieser Einrichtung jedenfalls der stärkste Antrieb zu viel regerem Besuche der höheren Schulen erflossen sei (S. 114 ff. und 124) und daß so auch ein häufigeres Hinwenden zum gelehrten Fache hervorgerufen wurde. Doch habe ich früher (S. 71) schon bemerkt, daß jene Einrichtung dies nicht durch sich allein zu stande gebracht habe. Nur die begleitenden Verhältnisse, hauptsächlich das ungleiche Berechtigungswesen unserer Schulen und auch dieses wiederum nur in Verbindung mit der eigentümlichen Parallelgliederung derselben, sind Schuld an dem gerügten Mißstand.

Die oberste Militärverwaltung und die gesetzlich bestehende Einjährigen-Einrichtung muß hiervon ganz und gar freigesprochen werden: es bedarf dies der ausdrücklichen Hervorhebung. Bis zu einem gewissen Grad erworbene Kenntnis zweier fremden Sprachen — dies ist die einzige Forderung, welche die Heeresverwaltung stellt und die für uns in Betracht kommt. Nicht zwei alte Sprachen, überhaupt nur zwei fremde Sprachen werden gefordert; unsere Realschulen, welche kein Latein und kein Griechisch lehren, sind ja eben so berechtigt Einjährigen-Zeugnisse auszustellen wie die Realgymnasien, wie die Gymnasien; das Einjährigen-Wesen an sich treibt nicht einen einzigen Knaben und jungen Mann auf die Bahn, welche weiterhin zum akademischen Studium zu führen vermag und so Viele, mancherorts nur zu Viele wirklich auch dazu führt.

Im Einjährigen-Wesen und im Einjährigen-Berechtigungswesen an sich liegt also ganz und gar kein Grund, der zu Universitätsstudien hinführte; hier den Hebel ansetzen zu wollen, um Mißstände zu beseitigen, muß als ungerechtfertigt erscheinen, von hier aus sind keine Mittel, keine „wirksamen Mittel" zu ersinnen, um dem Mißstande der Ueberfüllung gelehrter Berufe entgegenzutreten.

54. Wohl aber dürfte die nachfolgende Betrachtung zeigen, daß in einer Beeinflussung der **wirtschaftlichen Verhältnisse**, soweit eine solche möglich, wohl ein Mittel gefunden werden kann, um dem wiederholt namhaft gemachten und gekennzeichneten ungesunden Zustande entgegenzuwirken.

Meine frühere Darlegung (S. 73 ff.) läßt ja erkennen, wie in der Not der schweren Zeit, welche für Gewerbe und Handel eingetreten, gar mancher, dessen häusliche und persönliche Verhältnisse ihn von den Studien fern gehalten haben würden, gleichwohl zu letzteren kam in der Hoffnung, auf diesem Wege zu einem gesicherteren Auskommen zu gelangen. Wenn dem so ist — und wem kämen nicht sofort Dutzende von beweisenden Beispielen vor das Auge? — so ist in der Erkenntnis der Sachlage zugleich auch die Möglichkeit eines Heilmittels gegeben. Es

käme eben darauf an, Gewerbe und Handel auf jegliche Weise zu schützen, zu heben. Es ist dies ja auch aus allgemeinen Gründen der Volkswohlfahrt so unbedingt nötig: wir sind ja kein reiches Volk,*) und doppelt notwendig ist es drum, dem allzu verbreiteten Luxus an Bildung oder an sog. Bildung etwas zu steuern und die Grundlagen materiellen Gedeihens zu festigen. Wie aber hätte dies zu geschehen?

Für unser Ziel, die nachwachsende Jugend von einseitigem Hindrängen zu gelehrten Berufen abzuhalten, ist schon Eins von großer Bedeutung, weil Grundstimmungen des Gemütes erzeugend, nämlich das allgemeine Ansehen des Handwerkes, des Gewerbes i. a. und des Handels zu festigen, zu **heben**, absichtlich die Wertschätzung dieser so wichtigen Faktoren menschlichen Wohlgedeihens, zumal der Jugend gegenüber, hervorzuheben; in jeglicher Schule, von jeglichem Lehrer, nicht minder in der Familie, auch in der höchststehenden, in der Gesellschaft, in der Presse sollte strenge darauf geachtet werden, daß in dem Kinde, in dem heranwachsenden jungen Manne die Achtung vor dem Gewerbe, vor dem Geschäfte, der Respekt vor der sog. „bürgerlichen Thätigkeit" der Eltern und jedes Anderen geweckt und erhalten werde. Wieviel ist in diesem Punkte schon durch Vergiften des kindlichen Gemütes geschädigt worden,

*) Als Beleg hierfür will ich nur ein einziges Beispiel vorführen, nämlich aus dem Großherzogtum **Baden** „Die Ergebnisse der im Jahre 1885 vollzogenen erstmaligen Veranlagung der Einkommensteuer", wie sie unter dem gleichlautenden Titel von der Regierung veröffentlicht wurden (Karlsruhe 1885). Darnach gab es bei einer Gesamtbevölkerung von rund 1 600 000 Seelen eine Gesamtzahl von 317 196 Einkommensteuerpflichtigen (worunter 237 nichtphysische Personen) mit einem (nach Abzug der Schuldzinsen) Gesamteinkommen von 448 114 827 M., so daß demnach auf jeden Pflichtigen ein Jahreseinkommen von nur 1306 M. zu rechnen ist.

Es besitzen hiernach ferner in Baden von der Gesamtzahl aller Steuerpflichtigen

25,8 Prozent ein Jahreseinkommen von nur 500 M.,
13,1 „ „ „ „ „ 600 „
10,8 „ „ „ „ „ 700 „
7,7 „ „ „ „ „ 800 „
6,3 „ „ „ „ „ 900 „ u. s. w.,

so daß demnach:

38,9 Prozent ein Jahreseinkommen bis höchstens 600 M.
49,7 „ „ „ „ „ 700 „
57,4 „ „ „ „ „ 800 „
63,7 „ „ „ „ „ 900 „
68,8 „ „ „ „ „ 1000 „ besitzen

und weiterhin:

80,6 Prozent Aller (nicht Köpfe) unter 1500 M. Jahreseinkommen,
87,9 „ „ „ 2000 „ „
93,9 „ „ „ 3000 „ „
97,6 „ „ „ 5000 „ „ bleiben.

wird täglich geschädigt! Wie mancher falsche Stolz wird so gehegt und großgezogen! Wie mancher wird durch sanfte, aber stete Einwirkungen dieser Art auf die Bahn des Studierens gedrängt und hat dann schließlich, selbst wenn er sein Ziel erreicht, dennoch seinen Beruf verfehlt!

Die idealen Hülfen genannter Art dürfen nicht gering geachtet werden, sie können aber nicht die einzigen bleiben. Freilich ist so Vieles schon geredet und geschrieben worden, wie dem Gewerbe und dem Handel aufgeholfen werden könne und solle, daß ich mich scheue auf diesen Gegenstand einzugehen; gleichwohl darf ich, muß ich wohl weniges hierher Gehöriges andeuten. Was im besonderen die Landwirtschaft betrifft, sollte es da nicht möglich sein, um die gelehrten Fächer zu entlasten, so mancher Familie, die ihre Söhne zur Staatskrippe drängt, eine bäuerliche Existenz zu schaffen, die ihren Kindern Arbeit und Brot sichert? Liegen nicht hauptsächlich im Norden und Osten unseres Vaterlandes weite, weite Strecken Landes annoch in großen Gütern zusammengehalten, die, wenn zerschlagen und aufgeteilt, so mancher bäuerlichen Familie Hof und Herd, Freude am Heim, ihren Söhnen gesunde Lebensbedingungen schaffen könnten? Und ist es nicht kennzeichnend, daß gerade aus jenen Gegenden die Auswanderung am stärksten, in jenen Landen zugleich die Zahl der Gymnasien weitaus am größten ist? (vgl. Anm. S. 75). Gesunder nationaler Sinn, Herauslösen aus freilich langher ererbten Standes- und Interessensschranken müßte dort, so scheint mir, Manches bessern, müßte insbesondere der nach Thätigkeit, nach eigenem Boden, nach einigermaßen sicherer Lebensstellung strebenden männlichen Jugend Anderes als Staatsdienst und gelehrtes Fach erstrebenswert erscheinen lassen. Würden so die Verhältnisse auch nur an einzelnen Stellen gebessert, immerhin würden sie gebessert!

Aber bei den gegen früher so sehr geänderten Erwerbs- und Verkehrsbedingungen, denen wir gegenüberstehen, dürfte die Fürsorge des Staates und der Gemeinde für das landwirtschaftliche Gewerbe noch weiter gehen, jede Hebung hier, jede Erleichterung erzeugt eine Verminderung der Säftestauung im Stande der „Studierten“. Es könnte wohl mehr noch und in weiterer Verbreitung als bis jetzt geschehen Beschaffung von Geld und Kredit erleichtert, es könnte behufs besserer Beschaffung von Mitteln und Maschinen, leichterer Verwertung und gründlicherer Ausnutzung der Arbeit, Erzielung gesteigerteren Absatzes der Erzeugnisse die Zusammenschließung der vielen Einzelnen zu Vereinen und Genossenschaften angeregt und, am wirksamsten durch das Beispiel, gefördert werden. Ganz besonders aber müßte behufs einer Stärkung des wirtschaftlichen Lebens eine tüchtige Vorbildung für dasselbe in den unteren Klassen unserer sämtlichen höheren Schulen beschafft, es müßte der engere fachliche Unterricht viel weiter ver-

breitet und nutzbar gemacht werden. Ich komme mit dem zuletzt Angedeuteten auf einen Punkt, den ich nachher noch weiter auszuführen haben werde; hier sei es einstweilen am Gesagten genug.

Nur Andeutungen wollte und konnte ich hier geben; soviel wird aber hieraus gewiß ersehen werden, daß, wenn Gewerbe und Handel aus eigener Kraft wie unter Beihülfe der öffentlichen Gewalten sich heben, daß das Hindrängen zu den gelehrten Fächern sich mindern wird und muß.

55. Ich komme zu der letzten Gruppe von Erscheinungen und Lebensverhältnissen, von denen ich früher sagte, daß ihr Einfluß auf unsere Hauptfrage studiert, daß, falls dieser Einfluß ein schädlicher, die Möglichkeit und die Art einer Aenderung desselben oder seiner Vorbedingungen aufgesucht werden müsse: ich meine die allgemeinen **gesellschaftlichen Verhältnisse.**

Ich habe oben (S. 75 ff.) versucht, ihr Wesen, vielmehr die seit den letzten Jahrzehnten eingetretene Aenderung ihres Wesens, ihre heutige Erscheinungsform zu kennzeichnen. Wer jene Darstellung als wenigstens im Hauptgedanken richtig zugiebt, wird mir wohl auch zugeben, daß von dieser Seite aus eine Beeinflussung des Besuches höherer Schulen in der Absicht einer Verminderung desselben unmöglich, somit auch nicht erstrebenswert ist. In unserer sog. „sozialen Frage" tritt uns eine durch die vorangegangene Entwickelung herausgebildete Erscheinung von so elementarer Naturgewalt entgegen, daß ihre weitere Entwickelung zurückhalten zu wollen vergebliches Beginnen, ihr einfachen Widerstand entgegensetzen zu wollen frevelhafter Wahnsinn wäre. Auch der konservativst Gesinnte, der zur Reaktion Geneigte muß wohl hier die Grenzen seines Könnens, seines Wollens eingestehen, auch er wird nur versuchen, die gekennzeichnete Bewegung in die rechte Bahn zu lenken. Wenn aber immer tiefere Volksschichten, immer weitere Volksmassen in besserer geistiger Ausbildung ihrer Kinder, zumal ihrer Söhne, instinktiv das Mittel zur Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage, zur Stärkung ihrer politischen Bedeutung erkennen und darnach handeln, so ist dies als Thatsache hinzunehmen, ob sie nun der Einzelne beklagen, ob er sie bejubeln mag: auch der Politiker, der Leiter einer weisen Schulpolitik insbesondere muß darnach *handeln*. Die gesellschaftlichen Verhältnisse an sich sind nicht zu ändern — passen wir ihnen also unsere Schuleinrichtungen an; denn diese letzteren spielen die Hauptrolle bei der Art und Stärke des Zudranges zu den gelehrten Berufen, wie er durch die gesellschaftlichen Verhältnisse der Gegenwart bedingt wird.

Unseren gesellschaftlichen Zuständen wird aber ihr wesentliches Gepräge mit verliehen durch das **Beamtenwesen;** dieses giebt, wie ich früher

(S. 61 und 77) zeigte, einen Antrieb allerersten Ranges ab, um den Weg zu den höheren Studien zu beschreiten und bis zur Erreichung des Zieles auszuharren.

Eine Aenderung in der fachlichen Vorbildung, in der Gewinnung, in der Anstellung unserer Beamten, etwa deren Wahl auf Zeit und ohne Forderung vorbestimmter Prüfungen und erlangter Grade, würde ja unläugbar den Andrang zu den „gelehrten" Berufen gründlichst herabmindern, freilich wohl den Andrang zu den Beamtenstellungen bedeutend erhöhen, und es ist auch unläugbar, daß so einiges Verbesserungsfähige im deutschen Beamtenwesen thatsächlich verbessert werden könnte und verbessert werden würde. Nie und nimmer aber würden die wenigen Besserungen im Stande sein, die großen Nachteile aufzuwiegen, welche durch derartige Veränderungen herbeigeführt würden. Nein, um den Preis solcher Opfer und Schädigungen wird kein Vernünftiger die Verminderung des Zudranges zu den gelehrten Fächern erkaufen wollen! Wir haben alle Ursache, uns vielmehr unseres hingebenden, pflichtgetreuen und ehrenhaften Beamtenstandes zu freuen; suchen wir drum auf andere Weise den stets zu rügenden Mißstand zu bessern!

56. Eine wesentliche und ganz gründliche Besserung ist aber wohl zu erhoffen von einer **Aenderung unserer Schuleinrichtungen.** — Hiermit komme ich zum letzten, aber wichtigsten Teile meiner Arbeit und auf den Kernpunkt der zur Besserung der Verhältnisse vorzuschlagenden Aenderungen, ich komme, wie ich zu zeigen hoffe, zur Angabe von „wirksamen Mitteln", um der oft genannten Ueberfüllung entgegenzutreten. Wiederholt schon habe ich im Verlaufe meiner Arbeit Gelegenheit und Veranlassung gehabt, die Bedeutung etwaiger Aenderungen in der Einrichtung, Gliederung und Lehrweise unserer höheren Schulen zu streifen; es ist Zeit, nun gründlich auf diese Fragen und ihre Erledigung einzugehen.

Zunächst und hauptsächlich wende ich mich der Betrachtung des **Mittelschulwesens** zu, die des Hochschulwesens einem späteren kurzen Abschnitte überlassend.

Ich werde mich hierbei zunächst im wesentlichen zu stützen haben auf die Ergebnisse meiner im zweiten Teile dargelegten mühsamen Untersuchungen statistischer Art; hier wird deren Bedeutung erst ins rechte Licht treten.

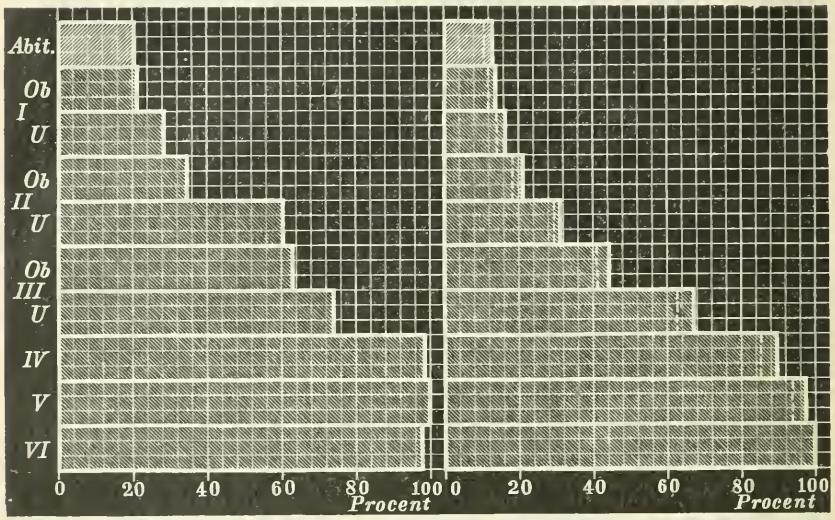
57. Ich beginne mit der Betrachtung der Gesamtzahl von Schülern unserer höheren Schulen oder Mittelschulen. Ich führe vorerst nochmals deren Verteilung auf die einzelnen Stufen, d. h. auf die einzelnen

Jahreskurse vor Augen, indem ich dabei die früher (S. 114 ff.) gegebenen Zahlenverhältnisse in anderer Darstellung vorführe. So also, wie die

Figur 22.

Klassenweise Verminderung der Schülerzahl in sämtlichen Mittelschulen von Preußen. Baden*).

(Vgl. Text S. 112 ff. und Figur 15.)



vorstehenden Figuren es zeigen, ist im Durchschnitt der letzten Jahrzehnte das thatsächlich in die Erscheinung getretene verhältnismäßige Bedürfnis nach höherer Ausbildung durch die Schule! Einer Pyramide vergleichbar verringert sich die prozentische Teilnahme der Schüler von der untersten Klasse bis zur obersten, vom 9. bis zum 20. Lebensjahre! Von Jahrfünft zu Jahrfünft haben sich ja die betreffenden Zahlenwerte etwas geändert; im großen Ganzen aber sprechen diese Durchschnittszahlen und die sie versinnlichenden Figuren 22 eine laute, eine fest bestimmte Sprache.

Wie nun kommt diesem Gesetze der großen Zahlen der Staat mit seinen Bildungsanstalten entgegen? Wie und in welchem Maße entsprechen diese Anstalten der so laut sich aussprechenden dauernden Art des Bildungsbedürfnisses?

*) Die in der Figur durch gestrichelte Linien abgegrenzten Flächenstücke versinnlichen die S. 113 gegebenen Zahlen für die 11 Jahrgänge, welche den bezüglichen für Preußen gewählten entsprechen. Hierdurch wird eine Vergleichung der Verhältnisse beider Länder ermöglicht.

Indem ich diese Fragen zu beantworten versuche, habe ich ja mein Hauptziel vor Augen, nämlich beizuhelfen, der Ueberfüllung in den gelehrten Berufen zu steuern; naturgemäß wird aber meine Betrachtung über diese enger gezogenen Grenzen hinausgehen, sie wird und muß einen allgemeineren Charakter annehmen, indem sie die Frage einer möglichst guten Mittelschulorganisation behandelt und den gesamten allgemeinen und besonderen Bildungsinteressen gerecht zu werden sucht.

58. Es sind doch drei allmählich nach einander gewordene Arten von Schulanstalten, welche die deutschen Staaten der nach höherer Bildung strebenden männlichen Jugend darbieten: das Gymnasium, das Realgymnasium und die Realschule (im engeren Sinne).

In der Pflege lateinischer und griechischer Sprache und Litteratur findet das 9klassige **Gymnasium** sein Hauptunterrichtsmittel und seine Stärke; unter Beibehaltung des Lateinischen von der untersten Klasse ab, in stärkerer Betonung der neueren Sprachen und der Mathematik, zum Teil auch der Naturkunde sucht das ebenfalls 9klassige **Realgymnasium** demselben Ziele edelster allgemeiner Bildung zuzusteuern; die **Realschule** wünscht unter Verzicht auf die alten Sprachen in 6 oder 7 Jahreskursen die sog. höhere bürgerliche Bildung zu vermitteln.

Als Entgelt für ihre aufgebotene Mühe, als Wertschätzung ihrer höheren Bildung verleiht und verbürgt nun der Staat denjenigen jungen Leuten, welche eine solche Schule ganz oder nur einzelne Klassenstufen derselben mit Erfolg besucht haben, gewisse abgestufte „Berechtigungen", die zunächst nur für den etwaigen Eintritt in die Dienste des Staates (oder der Kirche) Gültigkeit haben, die aber zugleich im gesellschaftlichen Leben eine hohe Bedeutung, eine gewisse Wertprägung für die betreffende Persönlichkeit erlangt haben. Solche Berechtigungen sind nun den genannten drei Arten von Schulen und ihren gleichhoch stehenden Klassen in verschieden abgestuftem Maße verliehen: ganz besonders in Folge der staatlich festgesetzten höheren Wertschätzung des Erlernens der alten Sprachen besitzt das Gymnasium sämtliche in Betracht kommenden Berechtigungen, das Realgymnasium nur einen Teil derselben, insbesondere, von einem Falle abgesehen, nicht die Berechtigung, seine Abiturienten bei der Universität immatrikulieren zu lassen; endlich die Realschule wieder verfügt nur über einen Teil und zwar einen geringen Teil der Berechtigungen des Realgymnasiums. Mit Fug und Recht darf daher das Gymnasium als die wesentlich bevorzugte, als die von Seiten des Staates nahezu „monopolisierte Anstalt" bezeichnet werden.

Es giebt manche, freilich nicht mehr eben viele Leute, welche solchen Zustand der Dinge als gut bezeichnen: für jeden Knaben solle einfach die

seinem Lebenszweck entsprechende Schule gewählt, diese solle von ihm durchlaufen werden, und Alles ordne sich dann aufs beste in einfachster Weise.

Wohl! — wenn die Voraussetzungen stets so einfach klare, wenn der Verlauf der Entwickelung stets so völlig glatt wäre!

Aber daß dies so sei, wird nur behaupten wollen, wer vor den wirklichen Dingen der Welt, wer vor den Thatsachen die Augen verschließt.

Was zunächst die **Auswahl der Schule** für den einer solchen zu übergebenden Knaben betrifft, so möge der ideale Beweggrund, die von Vielen gehegte Ueberzeugung oder Meinung vorerst als wahr zugegeben werden, die gymnasiale Ausbildung sei als die beste anzusehen. Dies könnte doch nur in dem Falle zugegeben werden, daß das ganze Gymnasium durchlaufen wird — wie aber, wenn es sich nur um einen Bruchteil des 9jährigen Kursus handelt? Ich werde hierauf noch zu sprechen kommen.

Gar Viele können sich aber nicht von Gründen idealer Natur bestimmen lassen. Und wo sollten die thatsächlichen Verhältnisse stärkere Beachtung fordern als an den Orten, wo eine Wahl der Schule überhaupt nicht in Betracht kommen kann, weil nur eine Anstalt gymnasialer Natur vorhanden ist? Ich habe ja weiter oben diesen Mißstand zahlenmäßig dargelegt (S. 89).

Aber selbst wenn die freie Wahl unter verschiedenen Schularten möglich, wie sollte ein über die Schulverhältnisse und über die heutige Tragweite der Schulzeugnisse unterrichteter Vater, der seinem Sohn eine weitergehende Bildung angedeihen lassen, der aber nicht gezwungen sein will, schon in dessen 9. [oder 12.] Lebensjahre über seine Berufswahl zu entscheiden, wie sollte der vor seinem Gewissen fast anders handeln können, als seinen Sohn dem Gymnasium zuzuführen, ganz unabhängig davon, freilich nicht gleichgültig dagegen, ob dieses die bestmögliche oder nur halb oder gar nicht geeignete Lehrstätte für denselben ist? Auf der einen Seite sieht er, trotz gleichlange währender und gleich angespannter Arbeit seines Kindes, fast nur Hemmnisse und Zurücksetzungen und völliges Versperren eines vielleicht geeigneten Lebensweges desselben, auf der andern Seite unbeschränkte Aussicht des staatlich verbürgten Einpassens in alle Verhältnisse, des Vorankommens und Emporsteigens zu jeglichem Rang und höchster Würde — wer wollte dem Vater daraus einen Vorwurf machen, daß er, in solche Zwangslage gebracht, sich für das Gymnasium entscheidet und, selbst wenn er später das Unpassende solcher Wahl erkennen muß, daß er trotzdem daran festhält?

Durch solche Ueberlegungen wird die Meinung derer gerichtet, welche den heutigen Zustand der Mittelschulverhältnisse als befriedigend, als gut erklären. Sie wird es aber noch mehr, wenn man die vielen Fälle be-

achtet, wo ein **völliges Durchlaufen der einmal gewählten Schule unmöglich**, wo die häuslichen oder die persönlichen Verhältnisse des Schülers ein Verweilen in derselben bis zum Ende ausschließen.

Was dann?

Ein unmittelbarer Uebergang von der Realschule zu dem Realgymnasium oder zu dem Gymnasium verbietet sich schon von der untersten Klasse ab wegen des Mangels lateinischer Kenntnisse, ein unmittelbarer Uebergang vom Realgymnasium zum Gymnasium verbietet sich aber heute von Untertertia ab des griechischen Unterrichtes wegen, ja schon von Sexta ab ist, wenigstens in Preußen, wegen der stärkeren Betonung des Lateinischen im Gymnasium der Uebergang zu diesem erschwert. Immerhin vermag ein begabter, ein fleißiger Schüler einen der genannten Uebergänge zu bewältigen, freilich in den oberen Klassen nur unter Aufbietung beträchtlicher Anstrengung, besonderer Kosten und oft nicht unbedeutenden Zeitverlustes. So beim begabten und fleißigen Schüler, der von der staatlich minder gewerteten Schule zur höher gewerteten übergehen will.

Aber ist vielleicht der Uebergang von der letzteren zur ersteren deshalb um so leichter? Mit nichten! Das erlernte Griechisch, das stärker betriebene Latein des Gymnasiasten vermag seine mindere Uebung im Französischen, wie in der Mathematik, teilweise in Naturkunde, vermag seine völlige Unkenntnis im Englischen nicht auszugleichen, falls er am Realgymnasium oder an der Realschule seine Studien fortsetzen will.

Die Gestaltung der Lehrpläne unserer drei parallel neben einander herlaufenden Schulen wird beim Versuche des Ueberganges von einer derselben zur andern nur einem energischen Charakter einen nicht allzugroßen Widerstand entgegensetzen.

Muß denn aber notwendig, woran Viele zuerst denken, Unbegabtheit, muß Unfleiß des Schülers solchen Uebergang als erwünscht erscheinen lassen? Führt denn nicht die Gestaltung der Lebensverhältnisse die Familie bald dahin, bald dorthin, an einen Ort, wo nur eine Schule *einer* bestimmten Art sich findet? Ist es nicht einfach unmöglich, daß der Staat oder die Gemeinden überall alle drei Arten von Schulen einrichten und unterhalten können? Wie wenige Eltern wollen, wie wenige können aber ihre Kinder durch lange Jahre an fremden Orten in Pension geben? Oder muß das Streben nach höherer Ausbildung und diese selbst ein Vorrecht der Reichen sein? Und weiter: stellt sich nicht bekanntermaßen weit später erst als im 12. oder gar 9. Lebensjahre die besondere Veranlagung des Jungen, seine Vorliebe zur einen oder andern Studienrichtung heraus? Welche Erziehungslehre verbietet aber, neben genügender Beachtung der allgemein menschlichen Bildung auf Grundstimmungen der Seele, auf Neigungen im Gebiete des Lernens Rücksicht zu nehmen?

Möglichst lange sollte doch wohl die für's Leben entscheidende Berufswahl hinausgeschoben werden — nehmen denn aber die Lehrpläne unserer höheren deutschen Schulen hierauf genügende Rücksicht, tragen nicht viele derselben diesem Umstande überhaupt keine Rechnung?

Was ist die Folge solcher Rücksichtslosigkeit? Die freie Beweglichkeit wird gehemmt, in unangenehmster Weise macht sich die Uebergewalt der Staatsschule geltend: der aus äußeren oder inneren Gründen so oft gebotene Uebergang von einer Schule zur andern, so lange diese so sind wie heute, unterbleibt in der Mehrzahl der Fälle, unterbleibt gar oft zum Schaden des Schülers, der Schule, des Gesamtwohls. Unsere Gymnasien wissen davon zu erzählen, in welch starkem Maße gar oft ihre mittleren und unteren Klassen übersetzt sind, sei's, daß keine Schule anderer Art an dem betreffenden Orte sich findet, sei's, daß der Uebergang in eine solche allzusehr erschwert ist, sei's, daß wie meistens solcher Uebergang wegen vermeintlichen und thatsächlichen Herabsteigens für unpassend erachtet wird.

Daß aber das Verlassen des Gymnasiums in dessen mittleren Klassen wegen der bis dahin erlangten theoretisch unvollkommenen und praktisch wenig brauchbaren Vorbildung eine gar ungeschickte und unzweckmäßige Handlungsweise ist, das empfindet jeder Lehrer, der in solch kritischer Zeit um Rat angegangen wird, das fühlt jeder Vater, der in solchem Augenblick über die Zukunft seines Sohnes entscheiden soll. Ob dieser dann will oder nicht will, ob er befähigt oder nicht befähigt, der väterliche Wille zwingt ihn in die oberen Klassen, und schließlich erreicht er denn auch, stets hangend und bangend in schwebender Pein, das so lang ersehnte Ziel. Daß er dabei zum Alter von 20 und 21 Jahren und darüber gekommen*), muß dann eben mit in den Kauf genommen

*) Die **preußische** Statistik unterscheidet, betreffs des Alters der Abiturienten 6 Gruppen: „Unter 17 Jahren, 17 bis 18, 18 bis 19, 19 bis 20, 20 bis 21, 21 Jahre und darüber alt"; ich setzte als bezügliches Alter = 16,8, 17,5, 18,5, 19,5, 20,5, 21,4 Jahre. Auf diese 6 Gruppen verteilen sich die

	Unter 17	17-18	18-19	19-20	20-21	21 und darüber
2003 Abit. der 3 Jahre 1820 bis mit 1822 in %:	1	6,6	22,8%	33,7	19,5	16,5%
18922 „ „ 10 „ 1859 „ 1868 „ „:	0,8	5,0	15,4%	24,3	25,3	29,2%
54518 „ „ 18 „ 1868/69 „ 1887 „ „:	0,6	5,1	18,5%	26,7	24,6	24,5%
64417 „ „ 23 „ 1864 „ 1887 „ „:	0,6	5,2	18,2%	26,4	24,7	24,9%

Das **durchschnittliche Alter der Abiturienten Preußens bei der Entlassung** betrug für diese 4 Gruppen von 3, 10, 18, 23 Jahrgängen bezw. 19 Jahre 7 Mon. 14 Tage, 20 Jahre 11 Tage, 19 Jahre 10 Mon. 26 Tage und 19 **Jahre 11 Monate.**

Es ist ja natürlich, daß auch mancher der älter gewordenen Abiturienten erst spät seine Gymnasialstudien begonnen hat.

Um auch für **Baden** wenigstens ein Beispiel anzuführen (— eine amtliche Statistik

werden; daß so ein guter Teil der Ueberzahl von Vertretern gelehrter Fächer und nicht ihrer tüchtigsten Vertreter sozusagen künstlich gezüchtet wird, ist die fast naturnotwendige Folge.

Was aber hier ganz besonders ins Gewicht fällt und von den Lobern des jetzt bestehenden Zustandes meistens einfach totgeschwiegen wird, und was geradezu das Entscheidende ist —: die Mehrzahl aller Schüler hat gar nicht die beschriebene Ausdauer, sie kommt überhaupt nicht an das Ziel, an das für die Schule und zwar von deren unterster Stufe an ins Auge gefaßte Ziel. Dies zeigen ja schon die früheren graphischen Darstellungen, dies zeigen für die lateinlehrenden Schulen Preußens und Badens, sowie insbesondere für Preußens und Badens*) Gymnasien die figürlichen Versinnlichungen der folgenden Seite (Figur 23 und 24). Sie führen, entsprechend der Figur 22 (S. 144), die früher auf S. 117 und 120 (Figur 17 und 18) mitgeteilten Zahlen nochmals vor Augen.

Man braucht nur diese Versinnlichungen der Verhältniszahlen zu sehen, sich ihre Bedeutung vorzustellen, zu hören, daß dies die Erscheinungsform im Durchschnitte längerer Zeitstrecken, selbst bis zu einem Halbjahrhundert, ist — und man wird zugeben, zugeben müssen, daß unsere deutsche Art, die Jugend auf drei parallel neben einander hergehende Schulgattungen zu verteilen, in Schulgattungen zudem, zwischen welchen ein Uebergang wie mit raffinierter Absicht erschwert erscheint, daß diese Art nicht die richtige sein kann: eine natürliche, auf gesunden Grundgedanken aufgebaute und folgerichtig durchgeführte, dabei die Verhältnisse des Lebens genügend berücksichtigende Organisation muß erst noch geschaffen werden, die **organische Neugestaltung unseres gesamten Mittelschulwesens** ist die wichtige Aufgabe der Zukunft, eine Aufgabe, deren richtige Lösung ganz wesentlich mit dazu beitragen kann, der Ueberfüllung bei den gelehrten Berufen vorzubeugen. Freilich wird diese Aufgabe nicht in kurzer Zeit und nicht von einem einzelnen Staate durchgeführt werden können, sie ist eine gesamtdeutsche und wird hoffentlich baldigst wenigstens in Angriff genommen.

Ich will versuchen, hier wenigstens die Grundzüge einer solchen Neugestaltung und ihre Vorteile in Kürze darzulegen. Nicht als ob ich

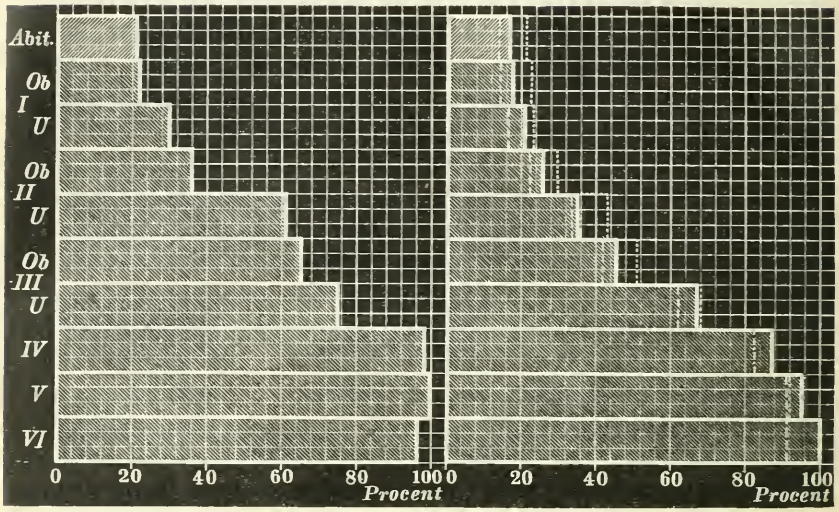
über das Lebensalter giebt es kaum —), so sei hier erwähnt, daß sich für die 546 Abiturienten des Gymnasiums Karlsruhe in den 19 Jahren von 1871 bis mit 1889 ein auf den Tag genaues **Durchschnittsalter von 19 Jahren 1 Mon. 13 Tagen** ergiebt.

*) Die gestrichelten Grenzlinien an den auf **Baden** bezüglichen Figuren 23 und 24 der folgenden Seite beziehen sich auf die Verhältnisse der mit Preußens 11 Jahrgängen übereinstimmenden 11 Jahrgänge, die punktierten auf die 5 Jahrgänge 1875/79 bis 1884/88, die ausgezogenen auf den Durchschnitt der 45 Jahrgänge.

Figur 23.

Klassenweise Verminderung der Schülerzahl in sämtlichen lateinlehrenden Mittelschulen von

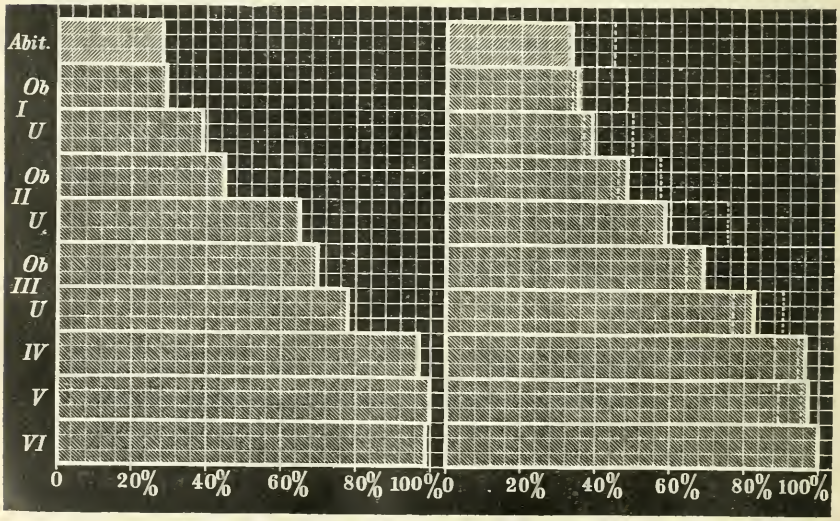
Preußen. Baden.



Figur 24.

Klassenweise Verminderung der Schülerzahl in sämtlichen (Teil- und Voll-) Gymnasien von

Preußen. Baden.



glaubte Neues bieten zu können — wer vermöchte dies? —; aber das oft schon und seit langer Zeit Gesagte und Geplante muß wieder und wieder gesagt werden, bis es zum Wohle des Ganzen zur That geworden.

59. Die **Grundgedanken einer Neugestaltung des Mittelschulwesens** ergeben sich, wie mir scheint, in einfachster Weise aus sämtlichen bis jetzt dargelegten Verhältnissen und aus der schuldigen Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse einer übergroßen Mehrheit, vorausgesetzt daß hierbei die Interessen der weiterstrebenden Minderheit ihre vollwertige Beachtung finden.

Fürs erste soll angenommen werden, daß wie seither üblich so auch künftig im allgemeinen die Schüler mit dem vollendeten 9. Lebensjahre der Mittelschule zugeführt werden und daß diejenigen unter ihnen, welche schließlich zu Hochschulstudien übergehen, in 9 Jahreskursen die Schule durchlaufen.

Diese Schule muß aber — hauptsächlich im öffentlichen Interesse einer gemeinsamen allgemeinen Vorbildung der höher Gebildeten und zugleich mit Rücksicht auf die völlige Unbestimmtheit der Zukunft der in die Schule eintretenden Knaben — die Schule muß eine sog. **Einheitsschule** sein: auf die breite Grundlage der Volksschule gegründet und aufgelagert wird, der Gestalt einer Pyramide vergleichbar, nach oben hin die Zahl ihrer Besucher zwar abnehmen, dafür aber wird zunehmen — so ist zu erwarten — die Befähigung und der zielbewußte Eifer der Zurückbleibenden sowie auch die Mannichfaltigkeit und Vertiefung der zur Verwendung gelangenden Unterrichtsmittel.

Gerade wegen der im Früheren wiederholt dargelegten Abfallverhältnisse der Schülerzahlen dürfen nun aber nicht (— etwa wie beim heutigen Gymnasium —) die wesentlichsten Unterrichtsmittel der sämtlichen Jahreskurse vom untersten ab fast rein und allein nur in der Absicht ausgewählt und darnach behandelt werden, dem nach 9 Jahren oder noch später zu erreichenden Endziele zu dienen; mit Rücksicht auf diejenigen, welche in den unteren und selbst mittleren Klassen noch nicht wissen, nicht wissen können, ob sie bis dorthin vordringen werden, mit Rücksicht auf diese muß ein **Zwischenziel** eingeschoben werden derart, daß auch mit seiner Erreichung schon ein gewisser Abschluß geistiger Ausbildung erzielt wird, daß erst von da ab der weiterstrebenden Minderheit dienende, ihr notwendige neue Unterrichtsmittel zur Anwendung kommen.

Ein solches Zwischenziel, ein solcher Abschluß muß, wenn die einheitliche Mittelschule den Anforderungen des Lebens gerecht werden will, an das Ende ihres 5. oder 6. Jahreskurses gesetzt werden: die Gesamtschule würde sich also in eine **untere Stufe** und eine **obere Stufe der Mittelschule** gliedern.

60. Was des Näheren den **Lehrplan** unserer künftigen Mittelschule betrifft, so muß dieser eben so sehr der körperlichen wie der geistigen Ausbildung der in ihr heranwachsenden Jugend gerecht werden.

Die **Geistespflege** wird aus Wissenschaft und Kunst ihre Hilfsmittel entnehmen und wird in der Eröffnung des Verständnisses für deren Bedeutung sowie in der Hinleitung zu deren Förderung ihr Ziel finden: Sprachen, Natur- und Völkerkunde, Mathematik werden aus dem Gebiete der Wissenschaft, Zeichnen und Singen aus dem der Kunst zu entnehmende Unterrichts- wie Erziehungsmittel sein.

Unter den **Sprachen** soll **Deutsch** eine grundlegende Bedeutung haben: aus psychologisch-pädagogischen, aus sozialen, nicht minder aus nationalen Gründen muß unsere Muttersprache künftig viel mehr als bislang geschehen beachtet und gepflegt werden, sie muß in der künftigen Mittelschule zu ihrem vollen Rechte kommen, Verständnis ihrer Entwickelung und ihrer Hauptschriftwerke sowie ihre möglichste Beherrschung in Wort und Schrift muß das zu erstrebende, das zu erreichende Ziel sein.

Ferner wird der Betrieb von **Fremdsprachen** den Charakter unserer Schule ganz wesentlich mitbestimmen: die so erzielbare Förderung im Deutschen, das Verständnis fremden Volkstums und seiner Litteratur sowie seiner Bedeutung für die Kultur, zum Teil auch das Verstehen von Fremdsprachen als Selbstzweck erheischen unbedingt ihre Aufnahme in den Lehrplan.

Der ganze Grundgedanke, Sinn und Zweck der künftigen Mittelschule verlangen aber eben so gebieterisch, daß die **lebenden Sprachen** nach Zeitfolge wie nach Stärke des Betriebes den toten Sprachen vorauszugehen haben. Wir würden mit Verwirklichung dieses Gedankens nur ausführen, was eine ganze Reihe von Völkern rings um uns schon durchgeführt haben oder zu thun auf dem Wege sind. Es gebietet sich dies auch als unabweisbare Forderung in Folge des Gedankens, daß unsere Schüler zu männlichem Wirken in Gegenwart und Zukunft herangebildet werden, daß sie eingeführt werden sollen in die vollberechtigten Interessen der heutigen Welt, daß die stete und weit überwiegende Hinwendung ihres Denkens und Fühlens auf eine fernabliegende Vergangenheit, selbst wenn sie noch vollauf möglich wäre, die zu erfüllenden Kulturaufgaben der Gegenwart schädigt.

Geradezu Alles weist, ja drängt darauf hin, neuere Sprachen, d. h. für uns Deutsche in erster Reihe **Französisch** und **Englisch** als Unterrichtsmittel aller Klassen der Mittelschule zu verwerten, vornehmlich aber ihrer untersten und mittleren Klassen. Die preußische Zirkularverfügung vom 31. März 1882 erkennt ja selbst an, daß „das Gymnasium allen seinen Schülern . . . die zeitigere Einführung in [das Französische], diese

für **unsere gesamten bürgerlichen und wissenschaftlichen Verhältnisse wichtige Sprache** unbedingt schuldig" ist. Im allgemeinen dürfte wohl Französisch den Anfang machen, vielleicht aber erst in der zweituntersten Klasse; der Norden Deutschlands dürfte vielleicht das Englische als Anfangssprache vorziehen. Jedenfalls aber würde der mehrjährige Betrieb blos der einen Fremdsprache mit nachfolgender Zufügung der anderen die oben gekennzeichnete untere Stufe der Mittelschule naturgemäß in zwei Abteilungen zerlegen.

Erst der oberen Stufe und ihrer verhältnismäßig geringeren Anzahl von Schülern, von Schülern zudem, welche voll wissenschaftlicher Ausbildung zustreben und welche nach Befähigung, Klarheit ihres Lebenszieles und dementsprechender Arbeitslust die Auslese bilden würden, erst diesen wären die **altklassischen Sprachen** vorzubehalten. Deren Stellung im Lehrplan, ihre Bedeutung im Vergleich zu heute würde sich so gewiß wesentlich ändern, selbstverständlich auch ihre methodische Behandlung; der Lehrerfolg dürfte aber, wenigstens was das **Latein** betrifft und soweit nur Umfang und Verständnis der Lektüre in Betracht kommt, kaum ein viel geringerer sein.

Das **Griechische** freilich hätte die Hauptkosten zu tragen bei einer solchen Neugestaltung unseres Unterrichtes, es würde vom Lehrplane entweder verschwinden oder nur für eine verhältnismäßig kleine Gruppe von Schülern verpflichtend oder selbst von diesen nur als eine freiwillige Ueberleistung zu wählen sein.*)

*) Auch ich achte hoch die erhabenen Eigenschaften altgriechischen Geistes und seiner Erzeugnisse in Litteratur, Wissenschaft und Kunst; ich möchte nicht die Wertschätzung jenes Geistes herabgedrückt, den seinen Erzeugnissen zu gestattenden Einfluß auf unsere höhere Jugendbildung nicht geschmälert oder gar beseitigt sehen. Freilich ist ja klar, übrigens wohl auch kaum bestritten, daß, wer griechische wie überhaupt fremdsprachliche Werke im Original zu lesen vermag, einen reicheren Gewinn von diesem Lesen hat als wer sich mit Uebersetzungen begnügen muß. Es ist aber, so scheint mir, bei den heutigen allerseits gesteigerten Anforderungen an die zu akademischen Studien Uebergehenden diesen in ihrer Mehrzahl nicht mehr möglich, ohne Vernachlässigung von Wichtigerem, auch die griechische Sprache noch zu erlernen, so zu erlernen und zu üben, daß ein genußreiches Lesen der Schriftsteller und ein freudvolles stetes Zurückkehren zu ihnen möglich wäre. So muß diese Sprache als ein für Alle verpflichtender Lehrgegenstand aufgegeben werden. Aber im wesentlichen ist die Sprache doch nur Form, und wenn sich auch hier wie in allen geistigen Gebieten Inhalt und Form gegenseitig bedingen und selbst ergänzen, so ist doch der Inhalt das weitaus Wichtigere; aber nicht die Form, der Geist macht lebendig. Von diesem lebendig anregenden Geiste altgriechischen Wesens wünsche ich auch weiterhin, daß er auf unsere deutsche Jugend seinen veredelnden Einfluß geltend mache; ein methodisches Verknüpfen der Lesung von Uebersetzungen mit dem Geschichtsunterrichte und ein volles Ausnützen durch vergleichendes Beiziehen im deutschen und philosophischen Unterrichte vermag viel, fast möchte mir scheinen, es vermöchte mehr Gutes zu leisten als die heute übliche unmittelbare Behandlung griechischer Quellenwerke. Man lese nur Paulsen's bekanntes Werk, man lese

Denn nicht nur scheint eine gesunde Erziehungslehre wohl zu gestatten, sie muß es wünschen und das Bedürfnis der Jetztzeit verlangt dringend, daß, wenn die Schüler erst bis zur obersten Stufe vorgedrungen sind, wenn bei der Mehrzahl derselben die Vorliebe für das eine oder andere Gebiet von Wissenschaft oder Kunst deutlicher hervorgetreten, daß die Schule hierauf Rücksicht nehme, daß auf ihrer oberen Stufe eine **teilweise Gabelung des Unterrichtes** stattfinde. Die geschichtlich-sprachliche Richtung einerseits, die mathematisch-naturwissenschaftliche anderseits sind ja die Zweige des Hauptstammes, welchen besondere Beachtung geschenkt werden muß und kann. Nicht als ob den Schülern der zweiten Richtung das Erlernen der lateinischen Sprache erspart werden sollte: wer zu wissenschaftlichen Studien vordringen will, ist verpflichtet, des allgemeinen Ganges geschichtlicher Entwickelung sich bewußt zu bleiben, in sich selbst, in seiner Geisteserziehung ein Stück des steten Zusammenhanges alter und neuer Kultur darzustellen, und wenn etwas, so ist hierzu heute und wohl noch auf lange Zeit hinaus die Kenntnis der lateinischen Sprache unbedingt nötig; auf ihr beruht jener Kulturzusammenhang des europäischen Abendlandes. Aber sie braucht so eingehend nicht zu sein wie bei den künftigen Vertretern geschichtlich-sprachlicher Fächer im engeren Sinne, wie umgekehrt diesen eine gewisse Beschränkung auf dem Gebiete mathematischer, vielleicht selbst naturwissenschaftlicher Studien zugestanden werden könnte. Wird also auch die Gleichartigkeit des Unterrichtes im ganzen für Alle aufrecht erhalten, so sind doch Abweichungen in Stundenzahl und Vertiefung des Einzelunterrichtes je nach Wahl einer Abteilung der Schule zulässig, ja im Wesen der Sache begründet.

Neben den Sprachen haben **Natur- und Völkerkunde, sowie Mathematik** ebenfalls hohen Anspruch auf Beachtung im Lehrplan der Mittelschule; es ist aber hier nicht der Platz, Zweck wie Art und Stärke ihres Betriebes im einzelnen auseinanderzusetzen.

Wenn ich zufüge, daß das **Zeichnen** auf allen Stufen jener Schule und zwar von allen oder fast allen ihrer Schüler zu pflegen ist, so sind damit — von Religion abgesehen — wohl alle Hülfsmittel zur Erwähnung gekommen, welche für eine rationelle Geistespflege verwendbar sind.

Daß diese Geistespflege bei und infolge der geplanten Organisation des Mittelschulunterrichtes auf dessen oberer Stufe eine gewiß eben so gute, selbst eine bessere, weil auch zweckgemäßere, aber auch aus den angeführten Gründen eine tiefere und ohne Ueberbürdung der Schüler eine intensivere sein könnte und sein würde als heute, steht mir außer Zweifel.

wiederholt die Schlußbetrachtungen seines fünften Kapitels (S. 755—785) und man wird nicht umhin können der hier vorgeschlagenen künftigen Uebung zuzustimmen und sie als in der That förderlam zu erachten.

Man lege übrigens doch ja nicht fast alles Gewicht auf die Unterrichtsfächer allein, als ob diese an sich die wunderbarsten Wirkungen zu erzielen vermöchten; der Geist der Behandlung ist und bleibt das Leben Gebende, und das Zutrauen dürfen wir zum ideal angelegten Wesen unseres Volkes haben, daß es auch künftig nicht dem Götzendienste banaler Nützlichkeit sich ergeben wird.

Auch der **Körperpflege** der heranwachsenden Jugend — so deutete ich oben an — muß der Lehrplan der künftigen Mittelschule in gleicher Weise gerecht werden wie der Geistespflege.

In Bezug auf Pflegung des Körpers ihrer Schüler hat die Schule zunächst Alles zu vermeiden und fernzuhalten, was schädlich einzuwirken vermöchte; sie hat dann aber auch eine bewußte, durch Jahre hindurch planmäßig geleitete Ausbildung der körperlichen Organe, insbesondere der Muskeln und der Sinne, unmittelbar zu erstreben.

In ersterer Beziehung scheint mir im Verlaufe des letzten Jahrzehntes das laute und andauernde Verlangen der öffentlichen Meinung manche Mißstände gebessert zu haben — noch ist aber nicht all das geschehen, was geschehen könnte und sollte. Entgegen selbst dem Wunsche mancher Eltern und entgegen vielfacher heutiger Uebung muß die deutsche Schule die Zahl der Sitzstunden vermindern und die Vorsorge für Bewegung, Luft und Licht vermehren.

Sie muß aber auch die unmittelbare Körperpflege viel mehr berücksichtigen als dies heute der Fall ist. Eine künftige Schulgestaltung wird darauf Bedacht nehmen müssen, nicht wie früher wöchentlich nur zweimal, sondern in täglicher Turnstunde den Körper zu üben und so der etwaigen einseitigen Geistesausbildung und dem Sitzzwange ein Gegengewicht zu bieten; Turnspiele und Turnfahrten sollten mehr als früher gepflegt, körperliche Spiele und Belustigungen nach Art der Engländer mehr und mehr bei uns eingebürgert werden und allmählig das Paukwesen und die Mensuren der Hochschule verdrängen.

Aber noch ein Weiteres sollte an unserer künftigen Mittelschule in den Dienst der Körperpflege treten und auch schon einen Teil der geistigen Ausbildung erzielen helfen, der in neuerer Zeit mehr und mehr zur Anerkennung gelangende **Handfertigkeitsunterricht.** Nicht bloß, ja nicht sowohl die Volksschule, viel mehr und in erster Reihe die die Kinder der höheren Stände aufnehmende Mittelschule benötigt eines derartigen Hülfsmittels zur Ausbildung von Auge, Arm und Hand; mit dieser Ausbildung, mit der dadurch erreichbaren Schärfung des Tastsinnes und Bereicherung des Begriffsschatzes sowie der Gewandtmachung der Glieder ist zugleich auch der nicht minder große Vorteil verbunden, daß der Sinn

für Reinlichkeit und Genauigkeit, daß Fleiß und Geduld geübt, das Selbstbewußtsein gehoben, daß zugleich die Empfindung geweckt und gefestigt wird, auch körperliche Beschäftigung, durch den Geist geregelt, vermöge den Menschen zu adeln. Sollte hier nicht auch in der That eine Handhabe geboten sein, die Lust zu gewerblicher Thätigkeit zu wecken, dem vornehm thuenden Herabsehen auf diese zu steuern und so zugleich dem übermäßigen Zudrange zum Gelehrtenwesen entgegenzuwirken?

61. In den beiden letzten Paragraphen habe ich den Grundgedanken einer künftigen Neugestaltung des Mittelschulwesens dargelegt: die **Vorteile einer solchen Schulgestaltung** liegen aber auf der Hand.

Sie bietet zunächst eine einfache, klare und wahrhafte Organisation, deren Wesen und Aufbau jedermann leicht verstehen kann, während die heutige Dreiteilung zumal in Verbindung mit ihren wunderbar künstlichen, ja geheimnisvoll ausgeteilten staatlichen Berechtigungen für gar viele der Beteiligten ein Geheimnis ist und bleibt. Ihre natürliche Beziehung zur allgemeinen Volksschule sowie zur Hochschule ist schon erwähnt, ihre Beziehung zu den Fachschulen, die überaus einfache und leichte Angliederung der letzteren an sie wird sich weiterhin (S. 160 f.) ebenso leicht ergeben.

Auch den Vorteil dürfte man wohl hoch schätzen, daß der Unterricht von Knaben und Mädchen, wenigstens auf der Unterstufe, innerlich wirklich völlig oder fast übereinstimmend würde und äußerlich auch vielfach als ein gemeinsamer erteilt werden könnte.

Die heute so mißliche Vorentscheidung über die Wahl der Schule je nach der Wahl eines künftigen Berufes wird unnötig, da nur eine Schulgattung den Zugang eröffnet zur mittleren wie zur höheren Ausbildung; jeder unlautere Beweggrund zur Wahl dieser, nicht jener heutigen Schulgattung fällt weg, hiermit auch zum großen Teile das durch den Zwang der heutigen Schulverhältnisse, nicht durch den eigenen Willen des Schülers bedingte ungebührliche Verharren in der Schule, das künstlich gesteigerte Hindrängen zu den oberen Kursen.

Der grundlegende Unterricht der künftigen Mittelschule und die durch diesen Unterricht erzeugte Bildung wird für alle Volksgenossen, für alle Stände gemeinsam; das Ersteigen jeder weiteren Stufe wird nur eine Fortbildung sein, kein grundsätzlicher Unterschied in der Weiterbildung wird eine die nationalen Gesamt-Bildungs-Interessen schädigende Spaltung in verschiedene Lager hervorrufen können. Mehr noch als seither und mit besserem Rechte wird dann das Wort der preußischen Unterrichtsverwaltung gelten, daß „die Ausdehnung eines gewissen Maßes

der Ansprüche auf alle obligatorischen Lehrgegenstände nicht ist eine Erfindung einseitiger übereifriger Schulmänner, sondern geboten durch den Zweck, den höher gebildeten Schichten des Staates das Band gegenseitigen Verständnisses zu bewahren." *)

Beim Aufsteigen in die oberen Klassen, mit zunehmendem Alter und weiter gediehener Bildung wird der Einzelne seiner Befähigung, seiner Neigungen, seiner häuslichen Verhältnisse mehr und mehr bewußt, er vermag deutlicher und deutlicher den Anfang einer Entscheidung zu treffen über den Beruf, welchem er sich zu widmen gedenkt, und dieser Entscheidung entsprechend wird er, wohl mehr als seither, sein weiteres Studium mit Liebe, mit innerer Hingabe, drum auch mit Aufbietung von Ernst und Fleiß betreiben.

So wird sich zugleich — und hierauf lege ich entscheidendes Gewicht — in einfachster und natürlichster Weise nach Befähigung und Fleiß, nach Charakterbildung und Neigung aus der Gesamtzahl der Schüler für die oberen Klassen von selbst eine Auswahl der Schüler bewerkstelligen, welche für die Erreichung der letzten Ziele unserer Schule von der höchsten Wichtigkeit ist. Wer immer aber nicht bis zu Ende vordringen kann, durch persönliche, durch häusliche Verhältnisse daran behindert, wird, von welcher Klasse er auch abgehe, eine Grundlage der Bildung besitzen, die nicht nur an sich wertvoll, sondern auch für den Uebergang in eine Fachschule gleichwie für den Eintritt ins geschäftliche Leben unmittelbar verwertbar ist. **Ein Ersitzen der höheren Stufen** aber sollte und kann rundweg **unterdrückt** werden: bei der geplanten Schulgestaltung braucht für den Fall der Wegdrängung eines Schülers auf Eltern und Lehrern der Gewissensdruck nicht zu lasten, der sich seither in diesem Falle doch meist einstellte, eine Ausmerzung unpassender Elemente kann sich dann leicht vollziehen und muß, falls die Schule ihren Charakter wahren, ihr Ziel nicht verfehlen soll, unnachsichtlich stattfinden; die Schule wird es in der Hand haben nur vollwertige Schüler zu ihren oberen Stufen gelangen zu lassen, das Reden vom „Ballast der Schulen" wird aufhören.

Bei der geplanten Neugestaltung wird nach einer Unterbrechung der Studien ein Wiederaufnehmen derselben leicht möglich sein; nicht minder leicht wird auch nach Eintritt in den einen Zweig und vollem oder teilweisem Durchlaufen desselben der Uebertritt in den andern Zweig der gegabelten Schule zu bewerkstelligen sein.

Es „wird sich so auch bestätigen" — um nochmals die Worte der preußischen Unterrichtsverwaltung zu gebrauchen (Centralblatt, Jahrgang

*) Centralblatt für die gesamte Unterrichtsverwaltung in Preußen, Jahrgang 1884, S. 207.

1884, S. 206) — „daß fast jede Maßregel, welche auf zweckmäßigere Herstellung des Lehrganges unserer höheren Schulen und der Ausführung des Unterrichtes gerichtet ist, zugleich dazu dient, die Gefahr der Ueberbürdung zu mindern."

Ich habe die wesentlichsten Vorzüge, welche eine solche Art von Einheitsschule für die Schüler derselben gewährt, ins Licht gerückt; ebenso wichtige Vorzüge ergeben sich aber auch für die Eltern der Schüler gleichwie für die zur Errichtung einer höheren Schule Berechtigten und Verpflichteten, für Staat, Gemeinde und Körperschaft. Der unerquickliche Streit um die Art der zu gründenden, der zu erhaltenden Schule hört auf; die Verpflichtung zur Aufbringung der für die Schule nötigen Geldmittel kann ein für allemal klar definirt werden, das jetzige so überaus unklare und prinziplose Verteilen der Lasten verschwindet; rein sachliche Erwägungen nur finanzieller und pädagogischer Natur kommen in Betracht, das wahre Bedürfnis wird entscheiden: Zufügung oder Weglassung einer oder mehrerer Klassen, Neugründung oder Auflassung einer Parallelanstalt wird künftig die einzige Frage organisatorischer Natur sein.

Eine gewisse heute stattfindende Zersplitterung und hierdurch selbst Vergeudung der dem höheren Unterrichte gewidmeten Geldmittel kann aufhören, bessere Verteilung selbst in weitere Kreise und dabei trotzdem straffes verstärktes Hinlenken auf eine verminderte Zahl von höchsten Bildungsstätten kann dann Platz greifen. Einer größeren Zahl von Familien kann das Beisichbehalten ihrer Söhne während längerer Zeit ermöglicht werden, weil einer größeren Zahl von Gemeinden die ihnen und dem Ganzen zugleich passende Unterstufe der höheren Schule gewährt werden kann; gleichzeitig wird aber die Zahl der künftigen „Vollgymnasien" dem wirklichen Bedürfnisse des Staates und der Gesellschaft angepaßt, d. h. auf eine kleinere Zahl herabgedrückt und so der Zugang zu den gelehrten Berufen verringert werden — freilich wird es dazu großer Festigkeit und dauernder Thatkraft der Regierungsbehörden wie der Lehrkörper bedürfen.

62. Wenn die zuletzt genannte Absicht von der künftigen Mittelschule miterreicht werden soll, so bedarf es noch **zweier unterstützenden Einrichtungen**, die ich um so mehr hier besprechen muß, als sie ohnehin notwendig sein werden, um die Wirkung der künftigen Einheitsschule an Stelle der heutigen mehrfach geteilten zu erhöhen.

Die eine dieser Einrichtungen betrifft das **Berechtigungswesen.** Selbstverständlich wird der Staat stets bestimmte Anforderungen an die Durchbildung wie an die Vorbildung seiner Beamten aller Stufen stellen

müssen; so regellos aber wie heute kann es nicht bleiben: das warnende Beispiel der preußischen „Oberrealschulen" kann stets daran mahnen, daß auf dem Wege des Gesetzes Abhülfe geschafft werden muß.

Es scheint mir nicht einer der geringsten Vorzüge der geplanten Schulreform zu sein, daß sie gerade auf dem beregten Gebiete Wandel zu schaffen vermag in einer Weise, welche allseitige Zustimmung finden kann.

Zwei Hauptstufen kennzeichnen ja die künftige Mittelschule: man knüpfe also je an die Erreichung der oberen Grenze dieser Hauptstufen die Erlangung der „Berechtigungen".

Das **Durchlaufen der vollen Schule** gewähre also das Recht erstens zum Besuche der beiden Hochschularten und darnach zum Uebergang in die höheren wissenschaftlichen Berufe, zweitens aber möge es (ohne Hochschulbesuch) berechtigen zum Eintritt in die höhere Beamtenlaufbahn zweiten Ranges, nachdem eine auf den betreffenden künftigen Beruf vorbereitende Fachschule kürzerer Dauer, sei's im unmittelbaren Anschluß an die Mittelschule, sei's nach einiger praktischer Thätigkeit, durchlaufen ist.

Das **Durchlaufen bloß der unteren Stufe** der Mittelschule berechtige vor Allem ohne Weiteres zur Ableistung des Einjährig-Freiwilligen-Dienstes, sodann aber auch zum Eintritt in alle Beamtenstellen mittleren und niedrigeren Ranges, dies wiederum, soweit nötig, nach Besuch einer Fachschule von kürzerer Dauer. Das Abhängigmachen der künftigen Verwendungsfähigkeit vom erfolgreichen Besuche etwa der 7. und nicht bloß der 6. Klasse, oder der 8. und nicht bloß der 7. Klasse der höheren Schule, wie dies heute geschieht, scheint mir ohne Nutzen, ja schädlich für den öffentlichen Dienst*), der Erweis praktischer Brauchbarkeit und nicht eine etwas höhere Stufe des Schulzeugnisses sollte hier entscheiden.

So würde ein klares System zur Herrschaft gebracht, neben der

---

*) Für eine ganze Reihe von mittleren und niederen Beamten, z. B. für die ungemein große und stets noch wachsende Zahl von Beamten im Steuer- und Zoll-, Eisenbahn-, Post- und Telegraphen-Dienst, für die bei den Regierungen und Gerichten beschäftigten und für so manche andere von ähnlicher Stellung ist doch gewiß die heute zugelassene, ja verlangte Art der Vorbildung, d. h. das Durchlaufen bloß einiger Klassen meist des Gymnasiums, eine durchaus unpassende und ungenügende; sie zu fordern rührt eben aus der Zeit her, da es die manchfaltigen Schularten wie heute noch nicht gab. Eine auf Grund des Deutschen und der neueren Sprachen erlangte Vorbildung und eine an diese letztere sich anschließende Weiterbildung in einer je für den betreffenden Dienstzweig eingerichteten Fachschule wäre doch viel besser. — Auch der preußische Minister v. Goßler beklagt in seiner Rede vom 9. März 1889 die „verkümmerte und verkrüppelte Bildung", mit welcher „ein junger Mann ins Leben tritt, wenn er (bloß) die einjährige Berechtigung ersessen hat!!" Eine schärfere Mißbilligung und Verurteilung der in den obigen Figuren 15, 17, 18 sowie 23 und 24 zur Anschauung gebrachten Thatsachen bezw. der dieselben herbeiführenden Schulgestaltung ist kaum denkbar.

Schulbildung auch den natürlichen Anlagen und dem Weiterbilden durchs Leben und durch praktische Thätigkeit zu seinem Rechte verholfen, zugleich auch würde das nicht eigenem Antrieb entstammende Hindrängen zu den oberen Klassen und der künstlich gesteigerte Zudrang zum gelehrten Berufe soweit möglich verhütet, jedenfalls beträchtlich vermindert.

Mit dem auch jetzt wieder wie schon wiederholt erwähnten Fortbildungs- und **Fachschulwesen** komme ich auf die zweite der Einrichtungen, welche für die richtige Wirkung der Mittelschule, nicht minder für das öffentliche Wohl erforderlich sind. Die weitere Ausbildung des Fachschulwesens besitzt für die Entscheidung unserer Haupt- und Preisfrage ganz hervorragende Bedeutung.

Sehen wir zunächst zu, in welcher Weise bezw. in welcher Stärke dieser Teil des öffentlichen Unterrichtes heute entwickelt ist: die Höhe der dafür aufgewendeten Geldmittel kann doch wohl als Maßstab dafür dienen.

Für **Preußen** hat die Statistische Korrespondenz (XIV. Jahrg., Nr. 28 vom 28. Juli 1888) die gesamten Aufwendungen für Unterrichtszwecke zu 210810000 M. berechnet, d. h. zu fast genau drei Zehnteln der sämtlichen Staatsverwaltungsausgaben von 1888/89. Mit Recht sagt sie, daß dieser hohe Betrag „als ein ziffernmäßiger Beweis für die hohe Wertschätzung gelten kann, deren sich in unserem Vaterlande die Schule erfreut.“ Bei der sofort angeknüpften Frage: „Welchen Zweigen des Unterrichtes dienen jene rund 211 Millionen Mark?“ fügt die Statistische Korrespondenz selbst alsbald ein „aber“ bei; denn sie findet die folgende Verteilung. Es entfallen auf:

	im ganzen	in Prozenten	auf den Kopf der Bevölkerung
Universitäten	15831500 M.,	d. h. 7,51%	oder 0,559 M.
Höhere Lehranstalten	29148500 M.,	„ 13,83%	„ 1,029 M.
Elementarunterricht	156903000 M.,	„ 74,43%	„ 5,541 M.
Fachschulen	8927000 M.,	„ **4,23%**	„ 0,315 M.
	210810000 M.,	d. h. 100%	oder 7,444 M.

Für **Baden** habe ich nach dem für 1888/89 gültigen Budget die entsprechenden Zahlen ermittelt.*) Da finde ich, daß die Gesamtausgaben in M. für Unterricht sich in folgender Höhe belaufen und in folgender Weise verteilen:

*) Verhandlungen der Stände-Versammlung des Großherzogtums Baden im Jahre 1887: Drittes Beilagenheft, Voranschlag für 1888 und 1889, Nr. II, S. 76 ff. — Dazu: Kommissionsbericht des Abgeordneten Fieser im Landtag 1887, S. 4.

	Eigenes Einkommen	Schulgeld*)	Staatszuschuß	Gemeindezuschuß	Summe in M.	Summe in Prozent.	Summe auf den Kopf der Bevölkerung
3 Hochschulen	101 264	42 832	1 272 844	—	1 416 940	17,0%	0,885 M.
Mittelschulen	305 351	514 502	539 000	340 609	1 699 460	20,4%	1,061 M.
Volksschulen	380 088	806 399	394 470	3 272 322	4 853 279	58,2%	3,031 M.
Technische Schulen	24 326	28 311	197 236	114 906	364 779	4,4%	0,228 M.
zus.	811 029	1 392 044	2 403 550	3 727 837	8 334 459	100%	5,205 M.
d. h. in Prozenten:	9,7%	16,7%	28,8%	44,7%	100%		

Mit der genannten Statistischen Korrespondenz findet man es natürlich, „daß der größte Teil der Aufwendungen dem Elementarunterrichte zugute kommt"; was sie aber weiterhin unmittelbar wieder nur von preußischen Verhältnissen sagt, kann ebensowohl auf Baden übertragen werden, daß es nämlich „auffallend erscheint, daß das **Fachschulwesen gegen das höhere Unterrichtswesen so sehr zurücktritt** ... Es hat den Anschein, als ob für die technische Bildung in den beteiligten Schichten der Bevölkerung nicht ein hinreichendes Verständnis obwalte, um zu bedeutenderen Ausgaben hierfür anzuregen. In der That wendet der Deutsche vorwiegend dem „höheren Schulwesen" sein Interesse zu, d. h. der allgemeinen Bildung, die in schulmäßigem Abschlusse dann den Eintritt in die Universität verstattet. Dort Unterschätzung — hier Ueberschätzung!"

Die ganze Einrichtung unseres heutigen Mittelschulwesens und sein Berechtigungswesen — man kann es nicht oft genug wiederholen — sind in erster Reihe schuld an dem gerügten Mißstande; aber die Statistische Korrespondenz scheint sich mit der Mahnung zur Besserung doch an die falsche Adresse zu wenden, wenn sie den „beteiligten Schichten der Bevölkerung" das Interesse abspricht. Die Regierungen, die Unterrichtsverwaltungen müssen doch wohl eher für jenen Mißstand haftbar gemacht werden, „sie haben vor allem die einseitige Begünstigung und künstliche Verallgemeinerung der gelehrten Bildung zu unterlassen" (Conrad a. a. O. S. 241), die Unterschätzung der einen, die so nicht gemeinte, aber thatsächlich erzielte Ueberschätzung der andern Seite aufzugeben.

Mit der mehr und mehr gesteigerten Teilung der Arbeit und der hierdurch bedingten Erhöhung der Anforderungen hat es sich als unerläßlich herausgestellt, daß dem Gewerbe, dem kaufmännischen Betriebe, dem Maschinenwesen, dem Kunstgewerbe, nicht zuletzt der Staatsverwaltung sich zuwendende junge Männer nach Erwerb einer genügenden und

*) Ohne die Kollegiengelder der Universitäten.

passenden allgemeinen Bildung in den je nach ihren Zwecken verschieden gestalteten Fachschulen sich noch die allgemeine und besondere Vorbildung für ihren Beruf erwerben. Nicht die höhere wissenschaftliche Ausbildung soll damit gemeint sein — auch der um das Bildungswesen sich so sehr bemühende Verein Deutscher Ingenieure meint, daß „an ‚Stabsoffizieren' fortan in Deutschland weder im Heere noch in der Verwaltung noch in der Volkswirtschaft Mangel zu erwarten sein wird, dagegen wohl an gut vorgebildeten, auf höherer Stufe sittlicher Reife stehenden ‚Unteroffizieren'". (Conrad a. a. O. S. 241.)

Sie müssen auf Fachschulen ihre Weiterbildung erhalten. Aber die Angliederung solcher Fachschulen an die heute bestehenden Bildungsanstalten ist gar schwer, fast unmöglich, die Schaffung solcher Fachschulen unterbleibt daher zu oft. Auch in dieser Beziehung wäre also die Gründung einer einheitlichen Mittelschule von den segensreichsten Folgen begleitet und — was für uns hier die Hauptsache — die mittleren und oberen Klassen unserer Gymnasien würden entlastet werden können, der Zudrang zu den gelehrten Berufen würde beträchtlich herabgemindert.

63. In meiner ganzen Darlegung der Grundzüge einer künftigen Neugestaltung unseres deutschen Mittelschulwesens und der Vorteile, welche sie im Gefolge haben würde, habe ich bis jetzt kaum oder nur gelegentlich der **Einwände** Erwähnung gethan, welche sich gegen meine Auffassung und gegen meinen Vorschlag einer Neuordnung vorbringen lassen. Ich weiß wohl, dieser Einwände giebt es eine übergroße Zahl, und sie werden sich geltend machen. Ich erachte es aber nicht als in meiner Aufgabe gelegen, alle diese Einwände aufzusuchen und sie einzeln zu widerlegen. Gleichwohl kann ich zwei derselben von grundsätzlicher Bedeutung nicht übergehen.

Man kann meiner Darlegung den **ersten Vorwurf** machen, daß sie auf eine sog. grundsätzliche Erörterung der Schulfrage sich nicht einlasse, daß sie das Wesen der Bildung nicht untersuche und nicht genau das Ideal allgemein menschlicher Bildung angebe, daß sie nicht eingehend die Hülfsmittel zur Verwirklichung solchen Ideales wissenschaftlich betrachte und sie auf ihren absoluten und relativen Wert prüfe, daß sie die ganze Frage mehr von dem vielerorts verpönten Standpunkte praktischer Zweckmäßigkeit erörtere.

Aber wie? Habe ich denn nicht auch Betrachtungen allgemeiner, ja wie ich glaube entscheidender Natur vorgeführt? Konnte es denn meine Aufgabe sein, hier eine allgemeine Erziehungslehre, eine besondere Gymnasialpädagogik zu schreiben oder den Auszug einer solchen hierherzusetzen? Und ist denn zur einen oder anderen Schulgestaltung nicht wiederholt

deren „Idee“ nachträglich erst hinzugefunden worden? wurde diese im Wechsel der Zeiten nicht verschieden gedeutet, nachdem das Bedürfnis des Lebens die Gestaltung der „Idee“ lange zuvor verwirklicht hatte?

Uebrigens schreibe ich hier ja auch für einen Gerichtshof von Sachverständigen: diesen über das Allgemeine der hier in Betracht kommenden Dinge aufklären zu wollen, erscheint mir unnötig, ja unpassend. Darf man ja doch mit Fug und Recht voraussetzen, daß fast alle die, welche für unsere Mittelschulfrage ein lebhaftes Empfinden besitzen, die, welche bei deren Beurteilung überhaupt in Betracht kommen, daß alle diese bereits zu einer gewissen Grundstimmung ihres Gemütes, zu einer gewissen Richtung ihres Wünschens gekommen sind, wo ähnlich wie in Glaubenssachen nach der einen oder anderen Seite der Vorentscheid bereits getroffen ist. Hier nützt und wirkt nur das Eingehen auf Einzelnheiten, auf die wirkliche Welt der Thatsachen — und eben diese habe ich in meiner Darlegung bevorzugt, ihnen glaube ich gerecht geworden zu sein.

Auf einen **zweiten Einwand** habe ich vorhin schon hingewiesen, welcher meiner Forderung und meiner Umrißzeichnung einer Neugestaltung des deutschen Mittelschulwesens entgegentreten könnte, ja der mir von Manchem, welcher meine Gedanken über die Sache nur bis hierher verfolgt hat, als Vorwurf entgegengehalten werden wird.

Mein Vorschlag — so wird man sagen — ist zu radikal, dem jetzt bestehenden Zustand der Dinge zu schroff entgegentretend. Wohl, ich gebe das zu. Aber ist es denn meine Meinung, daß sofort, von heute auf morgen, mit der Einführung einer solchen Schulgestaltung, mit der Durchführung eines solchen Unterrichtsplanes vorgegangen werde? Keineswegs! Schon die Notwendigkeit, eine größere Anzahl von geeigneten Lehrern zur Verwendung zu besitzen bezw. sie heranzubilden macht langsames Vorgehen nötig, und schon deshalb „müssen — und hierin stimme ich der Meinung der preußischen Unterrichtsverwaltung bei (Centralblatt 1884, S. 212) — die Aenderungen maßvoll getroffen werden, um wirklich zur Ausführung zu gelangen, weil die Organe der Ausführung auf allen Stufen dieselben bleiben“.

Aber meine Meinung ist die: wer nicht bloß von Fall zu Fall, vom einen Jahre zum nächsten entscheiden will, wer nicht auf dem Meere widerstreitender, nach Ort und Zeit und Umständen wechselnder Meinungen steuerlos hin- und hergetrieben werden will, der muß ein bestimmtes Ziel scharf vor Augen haben, der muß mit dem Kompaß einer fest begründeten Ueberzeugung durch die auf- und niedergehenden Wogen privater und öffentlicher Meinung hindurchsteuern können.

Ich habe meine Meinung ausgesprochen, mein Endziel klargelegt.

Ich weiß aber wohl, daß die Dinge der Welt nur allmählig sich umgestalten, daß es für staatliche Einrichtungen, zumal für eine wie die des öffentlichen Unterrichtes ein wahrer Segen ist, wenn sie sich langsam, wenn sie sich unter der Zustimmung, nach dem Wunsche der großen Mehrheit umgestalten. Der glühendste Eifer für eine Neuordnung, für eine künftige wahre Organisation des Mittelschulwesens darf drum nicht die Erkenntnis trüben, daß nur auf dem Wege allmähliger Abänderungen das Bestehende verbessert werden kann, daß nur das Erreichen von Zwischenzielen das Annähern an das geplante Endziel vermittelt, aber auch das sichere Erreichen des Endzieles verbürgt.

Dem so nötig werdenden planmäßigen schrittweisen Vorgehen sei die nun folgende Betrachtung gewidmet.

64. Mit dem Gedanken einer **allmähligen Ueberführung des jetzigen Mittelschulwesens in das oben geplante der Zukunft** vertrete ich nur eine der heutigen so mannichfachen Bestrebungen, welche eine Aenderung als notwendig erkennen. Zu den wichtigsten behufs einer Aenderung in Vorschlag gebrachten Ausführungsweisen muß ich hier noch Stellung nehmen.

Ganz absehen nämlich darf man von denen, welche eine Aenderung überhaupt für unnötig erklären: die Zahl dieser Sonderlinge ist gering, sie verkörpern nur das Beharrungsbestreben des Bestehenden, weil sie, wenn sie überhaupt um das Schulwesen sich kümmern, wie eigensinnig die Augen verschließen vor den offenbaren Mißständen, welche bestehen.

Im Vergleiche zu diesen bilden wohl die weit überwiegende Mehrzahl diejenigen, welche bei sich und im privaten Gespräch das Bedürfnis einer Aenderung zugeben, aber öffentlich dessen nicht Wort haben wollen, sei's, daß sie die Oeffentlichkeit überhaupt scheuen oder nicht durch öffentliche Besprechung die schon vorhandene Erregung vermehren wollen, sei's, daß sie es vermeiden aus sich herauszugehen, weil sie ein Mittel der Abhülfe nicht wissen oder vor der Anwendung eines solchen zurückscheuen. Mit Solchen ist schwer zu verhandeln, sie können im einzelnen überzeugt, im ganzen nur geschoben werden.

Dieses Schieben wollen und werden aber die besorgen, bei welchen sich klare Erkenntnis des Bedürfnisses einer Aenderung und deutliche Angabe einer Abhülfsmöglichkeit vereinigt mit Ausdauer und Zähigkeit in der Vertretung ihrer An- und Absichten.

Zu diesen gehört zunächst die kleine, aber heilig überzeugte und entschlossene Schar derjenigen Männer, welche in der Rückkehr zum Alten das wahre Heil erblicken, vor allem in der Wiederherstellung des alten Gymnasiums, an diesem zwar der neuen Welt einige Zugeständnisse

machen, im übrigen aber mehr oder minder rein nur technische Vor- und Fachschulen zugestehen wollen. Diese Leute, so glaube ich, kommen zu spät, die Welt ist zu weit vorangeschritten, um solchen Ideen noch dauernd Verwirklichung zu gönnen.

Andere, im innersten Herzen wohl derselben Richtung, stellen sich auf den rein akademischen Standpunkt, von ihm rufen sie laut in die Welt, daß der Altklassicismus Grundgedanke und Rückgrat jeglicher höheren Bildung sein und bleiben müsse; ob aber und wie hiermit die berechtigten Ansprüche der heutigen Welt zu vereinigen seien, das nicht nur, sondern auch die Lösung der Frage, wie denn nun ihrer Ansicht gemäß die Mittelschule organisiert werden müsse, das überlassen sie allergnädigst denen, die sich damit abplagen mögen.

Besseren Erfolg an harmonischer Ausbildung der Jugend wie an Zufriedenstellung aller Ansprüche glauben die in Aussicht stellen und erreichen zu können, welche in überidealem Eifer das gute Alte und das erwünschte Neue, klassische und moderne Bildungsideale vereinigen wollen in derselben gymnasialen Einheitsschule. Mir scheint aber und die Erfahrung würde es bestätigen, daß die Anhänger dieser Richtung einerseits von der Lehrmethode der Zukunft und von der durchschnittlichen Leistungsfähigkeit der Jugend zu viel verlangen, andererseits, daß eben auch sie die übergroße Zahl der Schüler zu wenig berücksichtigen oder überhaupt nicht beachten, welche jene Einheitsschule nicht ganz durchlaufen. Der ideale Gehalt dieser Schulgestaltung mag Viele für sie erwärmen, praktisch durchführbar oder brauchbar wird sie sich leider nicht erweisen.

Da möchte noch eher, wenigstens eine Zeit lang, die Rückkehr auf den vorhin zu allererst gekennzeichneten Standpunkt als möglich erscheinen — hat man ihn ja doch thatsächlich in Elsaß-Lothringen seit wenigen Jahren eingenommen, indem man die Realgymnasien einfach unterdrückte. Aber auch nur dort ist dies möglich gemacht worden, keine andere deutsche Schulverwaltung würde es thun mögen oder können. So erhielt die badische Oberschulbehörde auf einer im Sommer 1883 aus Schulmännern und Nichtschulmännern zusammengesetzten beratenden Konferenz auf die Frage, ob die Realgymnasien entbehrlich und demgemäß die an dieselben von Seiten des Staates zu leistenden Zuschüsse zurückgezogen werden sollten, eine rund verneinende Antwort, und die Regierung ließ jene Schulgattung bestehen.

Und die preußische oberste Schulverwaltung erklärt in ihrer letzten amtlichen Aeußerung: „Die Unterscheidung der Gymnasien und Realschulen ist sachlich begründet und als durch die Erfahrung bewährt aufrecht zu erhalten“ (Centralblatt 1882, S. 235).

So ist doch wenigstens der Boden fest gegründet, auf welchem, und der Punkt gesichert, an welchem die Arbeit zu beginnen hat, welche als ihr Ziel ins Auge faßt die schließliche Durchführung einer einheitlichen deutschen Mittelschule.

Es handelt sich — das fühlen seit langem alle Verteidiger einer neuen Schulordnung — es handelt sich, so lange das heutige Berechtigungswesen währt*), in erster Reihe um die **Erkämpfung weiterer staatlicher Berechtigungen für die Abiturienten des Realgymnasiums**, also um Erkämpfung des Rechtes zum medizinischen, zum rechts- und staatswissenschaftlichen Universitätsstudium. Wer denn mehr als der künftige Lehrer an höheren Schulen sollte sich die höchste Stufe allgemeinwissenschaftlicher Vorbildung erwerben? Haben also mit seiner Zulassung vom Realgymnasium aus die preußische Regierung und ihr nachfolgend andere deutsche Regierungen seit 1870 den Grundsatz durchbrochen, daß der Weg zur Universität durch das altsprachliche Gymnasium führt, so ist nicht zu begreifen, warum das Realgymnasium nicht noch mehr für die Mediziner, für die Juristen die geeignete Vorbildung zu geben vermöge.

Es sind nur zwei Fälle der Weiterentwickelung denkbar: jene Maßregel wird aufrecht erhalten oder sie wird zurückgenommen.

Sollte sie zurückgenommen werden — und Männer wie Conrad u. A. wünschen dies — so wird die jetzt schon mehr und mehr stattfindende Umwandlung von Realgymnasien in Gymnasien sich wesentlich beschleunigen, in kurzer Zeit würden wohl alle Realgymnasien aufgehört haben zu sein, und die Füllung und Ueberfüllung der Universitäten, der Zudrang zu den gelehrten Berufen würde eine zeitlang noch riesenhafter zunehmen als seither. Was dann? Der Rückschlag wird nicht ausbleiben, die Unzufriedenheit in noch stärkerem Maße als jetzt wird um sich greifen: man wird zu verderblichen Gewaltmaßregeln oder zur Abänderung des Gymnasiums und damit zu einer einheitlichen Neugestaltung des Mittelschulwesens geführt werden.

Wird aber jene Maßregel und mit ihr auch ihre Begründung aufrecht erhalten, so ist die Folgerung für die vorhin genannten weiteren Studienzweige schließlich unausbleiblich, Recht und Pflicht verlangen dies. Freilich muß ich zugestehen und ich räume es gern ein, daß in diesem Falle das Uebel, dessen Bekämpfung die Preisaufgabe und diese meine Arbeit gewidmet ist, sich wesentlich vergrößern müßte, aber doch wohl nur für kurze Dauer: die Mißstände würden sich ja noch steigern, eine gründliche Aenderung müßte statthaben, sie könnte aber wohl nur in der Richtung auf mein geplantes Endziel hin stattfinden, und so wäre doch

*) Vgl. oben S. 79 f.

die schließliche und dauernde Minderung des Hauptübels erzielt. Mit Rücksicht hierauf müßte die vorübergehende Erhöhung des Mißstandes während der wohl nur kurzen Uebergangszeit getragen werden.

In jedem Falle also, soweit sich das heute absehen läßt, wird wohl die weitere Entwickelung, welche sich abspielen wird und zu erstreben ist, vorerst in einer immer weitergehenden und stärkeren Annäherung der Lehrpläne von Gymnasium und Realgymnasium bestehen, d. h. in Fortsetzung der Bewegung, welche wir seit Jahren als unaufhaltsam verfolgen konnten.

In Baden ist die Uebereinstimmung wenigstens der drei untersten Klassen seit 14. August 1883 eine vollkommene. Und in Preußen? Wie lange, wie heftig hat man sich dort gesträubt, das Griechische aus Quarta zu entfernen! Man hätte glauben müssen, alle Bildung würde zerstört, falls es geschehe — — und die Verfügung vom 31. März 1882 brachte es doch! Und sie hat noch mehr gebracht. Daß sie die Unterscheidung der Gymnasien und Realgymnasien als „sachlich begründet" und „durch die Erfahrung bewährt" aufrecht erhält, sahen wir schon oben. Wenn jene Verfügung im unmittelbaren Anschluß an diese Worte dann aber „eine einheitliche, die Aufgabe des Gymnasiums und der Realschule verschmelzende höhere Schule herzustellen als wenigstens unter den gegenwärtigen Kulturverhältnissen, mit denen allein gerechnet werden darf, nicht ausführbar" erklärt, so hätte man doch erwarten müssen, daß nun eine größere Scheidung oder mindestens ein Aufrechterhalten der Eigenart der beiden Schulgattungen durch den neuen Lehrplan festgesetzt worden wäre. Aber ganz im Gegenteil: die Zahl der Stunden für naturwissenschaftlichen Unterricht wird im Realgymnasium vermindert, im Gymnasium vermehrt, alle die Fächer gerade, welche bis dahin bestimmender waren für das Realgymnasium, werden im Gymnasium verstärkt, neben dem Schreiben einzig Latein und Griechisch erfahren aber im Gymnasium eine Verminderung und eine ganz beträchtliche Minderung, das Realgymnasium aber erhält 10 Wochenstunden Latein mehr!! So ist die Gewalt der Thatsachen stärker als alle Theorie.

Und man wird und muß weitergehen. Nicht nur daß man wie in Baden die drei untersten Klassen völlig übereinstimmend machen wird — man wird, wiederum gedrängt durch die öffentliche Meinung, bald auch in der Centralleitung zugeben und anordnen, was bis jetzt freilich nur einzelne bewährte Vertreter des Gymnasiums als möglich, selbst als erwünscht anerkennen, daß nämlich das Französische beginne, daß wenigstens probeweise und nicht bloß mehr vereinzelt im Unterrichte der Neunjährigen nicht mehr das zu abstrakte und dem kind-

lichen Interesse fern liegende Latein einer neueren Sprache vorangehe; wenn dies erst erstritten, wird man den durch die preußische Verordnung vom 7. Januar 1856 eingeführten und durch die vom 31. März 1882 aufrecht erhaltenen pädagogischen Unfug nicht nochmals befehlen, daß nämlich sofort im zweiten Jahre eine neue Fremdsprache beginne, man wird dann den Anfang des Lateinischen, freilich zögernd, weiter zurückstellen, und dies um so mehr als bis dahin Schulen wie die zu Altona und zu Güstrow durch die Erfahrung längerer Jahre gezeigt haben werden, daß auch so die bis dahin noch für nötig gehaltenen Schlußleistungen gut erzielt werden können.*)

Als notwendige Folge dieses Schrittes wird sich gleichzeitig oder gewiß nicht viel später der weitere ergeben, daß dann auch das Griechische später begonnen werden muß. Man wird ja „durch Verbesserung der Methode" es dahin zu bringen suchen, daß auch die Leistungen in dieser Sprache sich auf der früheren Höhe vorerst erhalten; auch hier, wie in der hinter uns liegenden Zeit beim Lateinischen, wird sich aber die Macht der Zeit ebenfalls stärker erweisen als alles Jammern und alles Sträuben, die Anforderungen werden herabgesetzt werden. Dann ist der Schritt nicht mehr weit bis dahin, daß die Kenntnis griechischer Sprache als notwendiger Wissensbestandteil nur noch von den Studierenden gewisser Berufsarten verlangt werden wird.

Das zu erstrebende Ziel einer einheitlichen deutschen Mittelschule dürfte dann im wesentlichen erreicht sein.

65. Ist erst einmal die dargelegte Neugestaltung des Mittelschulwesens durchgeführt und sind mit ihr die erwähnten (§. 62, S. 158 ff.) ergänzenden Einrichtungen eingeführt, so halte ich dafür, daß hiermit ein fast von selbst wirkendes, jedenfalls bei richtiger Handhabung das verhältnismäßig durchgreifendste Mittel gefunden ist, um im Laufe der Zeit

*) Aus meiner Erfahrung im eigenen Hause kann ich berichten, daß zwei 14jährige Amerikaner (Zwillinge), welche nur wenig Deutsch verstanden und noch weniger Französisch, in die Obertertia eines Realgymnasiums aufgenommen wurden (als Gäste ihres Alters wegen), daß sie am 15. September den lateinischen Privatunterricht begannen, außer Sonntag täglich eine Stunde erhielten und bis Ostern des nächsten Jahres soweit waren, daß sie am regelmäßigen Unterricht der Klasse auch im Latein teilnehmen konnten; nach einem weiteren Vierteljahre waren sie die ersten der Klasse damals von 60 Schülern und blieben es bis zur Abiturientenprüfung. — Am gleichen 15. September begann ein 17½jähriger Elsässer, der ein Realgymnasium absolviert hatte und in Unterprima des altdeutschen Gymnasiums (als Gast) aufgenommen worden war, den griechischen Privatunterricht, und auch er kam durch täglich 1 Privatstunde soweit, daß er zu Ostern nächsten Jahres an der Plato-Lektüre der Klasse teilnehmen konnte, ja ebenfalls einer der besten Schüler war und bald seine Abiturientenprüfung bestand.

Alle drei waren freilich begabte und fleißige Schüler — aber andere als solche haben kein Recht auf die Oberklassen von sog. Gelehrtenschulen!

dauernd der Ueberzeugung von Kandidaten für die gelehrten Berufe vorzubeugen.

Nun kann jene Neugestaltung, wenn sie auch von Seiten des Staates beschlossen, nur allmählig ins Leben treten; bei dem lebhaften Widerstreite so vieler Anhänger des Altklassicismus aber und bei dem eine gewisse Ueberängstlichkeit erzeugenden Gefühle der unläugbar großen Verantwortlichkeit unserer obersten Schulbehörden muß aber auch die Möglichkeit ins Auge gefaßt werden, daß es zum Beschlusse einer Neugestaltung in absehbarer Zeit überhaupt nicht kommt.

Mit Rücksicht hierauf muß ich **noch einige andere Mittel** zur Besprechung bringen, deren Anwendung auf dem Gebiete des Mittelschulbetriebes gegen ein zu starkes Hindrängen zu den gelehrten Berufen versucht werden könnte und welche sämmtlich, wie ich glaube, auch schon thatsächlich zur Anwendung vorgeschlagen worden sind.

Da ist zunächst der oft schon vorgebrachte, aber stets nur im negativen Sinn ausgeführte, übrigens hauptsächlich auf Erwägungen finanzieller, wohl auch pädagogischer Natur gestützte Plan zu erwähnen, die Anzahl der Gymnasien, zumal der kleineren zu verringern. Die Durchführung dieses jüngst auch, wie man liest, vom preußischen Kultusminister, Herrn v. Goßler, geäußerten Gedankens würde unzweifelhaft, sofern die monopolisierte Stellung des Gymnasiums andauern sollte, den Zudrang zu den gelehrten Berufen wesentlich herabmindern und so könnte sich, wer nur diesen letzteren Erfolg allein herbeiwünscht, mit solcher Maßregel von Herzen einverstanden erklären. Gleichwohl würde es mir schwer fallen, ihr zuzustimmen. Denn viele der in Betracht kommenden Orte besitzen durch Verjährung, könnte man sagen, ein geschichtliches Anrecht an ihre höhere Schule, und in rühmlicher Anerkennung ihres Wirkens und im natürlichen Bestreben, die staatlich verbürgten Vorrechte ihrer Jugend zu sichern, bringen viele solcher Gemeinden dauernd ganz erhebliche Opfer. Verdient solche Opferwilligkeit nicht auch Anerkennung? Und können nicht solche kleinen Schulen, was die Erziehung der ihnen anvertrauten Jugend betrifft, meistens mehr leisten als die überfüllten Massenquartiere der großen Städte? Schwillt die Bevölkerungsmenge dieser letzteren nicht ohnedem schon allzusehr an? Wer möchte noch dazu beitragen, dieses unnatürliche natürliche Wachstum zu verstärken? Und haben die Familien des platten Landes und der Kleinstädte, nicht am wenigsten die der Staatsbeamten, haben sie nicht das moralische Recht auf ihrer Seite, daß auch sie ihre Kinder ohne allzugroße Kosten zu einem freigewählten Berufe erziehen dürfen? Drum baue man die Einheitsschule, wie oben ausgeführt, stufenförmig auf und man wird Allen gerecht — mit Ausnahme freilich der Altklassischen.

Weiter ist der Vorschlag zu besprechen, bei der Aufnahme von

Schülern in die unterste Klasse der Mittelschulen, hauptsächlich aber der Gymnasien (aber auch bei der Aufnahme in die oberen Klassen) eine **strenge Auswahl** zu treffen, um so von vornherein schon eine kleinere Zahl zu erzielen.

Sollte dieser Vorschlag den von manchen seiner Verfechter nicht laut geäußerten, aber im geheimen um so lebhafter gehegten Sinn haben, eine Auswahl der Schüler nach dem Vermögen oder nach dem Stande der Eltern der zur Schule angemeldeten Knaben zu treffen, so kann man dem nicht scharf genug entgegentreten. Nicht nur daß dies staatsgrundgesetzlich offenkundiges Unrecht wäre, der Leiter einer Schule wäre ja meistens gar nicht in der Lage ein solch angemaßtes oder ihm aufgedrungenes Recht auszuüben, die Wirkung des Eingreifens wäre aber auch verfehlt: die Erregung von Klassenhaß, die Wegdrängung so mancher guten und besten Elemente, die Unterbindung der immer und immer wieder erforderlichen Blutverjüngung der oberen Stände, insbesondere des Beamtenstandes, wäre die traurige Folge. Russisch mag solches Verfahren sein, deutsch nimmermehr.

Diesem Verfahren zwar nicht gleich, aber — und deswegen will ich es gleich hier mit besprechen — in der Wirkung ihm nahe kommend ist eine andere, schon oftmals laut gebilligte, zumal von den Finanzverwaltern des Staates gar gerne zur Einführung empfohlene Art des Vorgehens, welche in der weiter und weiter zu treibenden **Erhöhung des Schulgeldes** bestehen soll. Wohl, wenn unseren Schulen die reichen Mittel milder Stiftungen zu Gebote ständen wie beispielsweise den österreichischen (vgl. oben S. 98), so ließe sich noch eher hierüber reden, weil dann thatsächlich nur die Reicheren und Reichsten von der Schulgeldzahlung betroffen werden. Bei uns aber können nur ganz wenige von dieser Verpflichtung befreit werden, die große Mehrzahl muß mit an den Lasten tragen. Drum sollte das Schulgeld eher erniedrigt oder die Höhe desselben sollte der Steuerkraft der Eltern entsprechend angesetzt werden, damit die Schule aus einer eben nicht zu kleinen Zahl von Schülern im Verlaufe der Jahre je nach deren Würdigkeit ihre Auswahl treffe; die Anforderungen an die Schüler, hauptsächlich an die der oberen Klassen, sollten aber hoch und dürften fast höher als seither sein, eine Schulgeldbefreiung sollte aber nur den fleißigen und gleichzeitig begabten, also mehr als den Durchschnitt leistenden unvermöglichen Schülern gewährt werden.

Sollte endlich der Sinn der eingangs erwähnten Forderung der sein, daß eine strenge Aufnahmeprüfung in die unteren Klassen stattfinde, so mag das gelten, der Erfolg dürfte aber gering ausfallen. Denn die zur Aufnahme verlangten und verlangbaren Kenntnisse sind so gering, daß sich dieselben jedes mittelbegabte Kind bis zum 9., jedenfalls

bis zum 10. Lebensjahre leicht erwerben kann; übrigens darf dabei auch nicht vergessen werden, daß die große Mehrzahl der deutschen Gymnasien zu den „kleinen Schulen" gehört und daß diese, falls sie bestehen bleiben wollen, in der Abweisung von Schülern nicht gar zu strenge sein dürfen.

Ernste Beachtung auch jetzt schon verdient der fast täglich von so vielen Lehrern zu hörende Wunsch, daß betreffs des Aufrückens der Schüler von Klasse zu Klasse **eine größere Strenge bei deren Versetzung** platzgreifen sollte. Ein ziemlicher Bruchteil könnte auf diese Weise vom Besuche der oberen Klassen abgedrängt und vom Hochschulstudium ferngehalten werden. Wahrhaftig mancher eine Reihe von Jahren später in den großen Staatsprüfungen Durchgefallene würde seinen Lehrern es danken, wenn sie früh genug die rechte Strenge bewiesen hätten. Warum aber — so fragt man billig — wird jene Strenge nicht in genügend starkem Maße angewendet? Nun, eine Umfrage bei den Lehrkörpern der höheren Schulen und bei deren Aufsichtsbehörden würde ergeben, daß in erster Reihe die Besorgnis vor der allgemeinen Ueberbürdungsklage hier hemmend wirkt und bei den Gymnasien insbesondere die Empfindung, wie der bis zu den mittleren oder gar oberen Klassen vorgedrungene und den höher gewerteten Berechtigungen so nahe Schüler zu wenig leider geeignet ist, um zu einem vom „Studium" abliegenden Berufe überzugehen. Wie gerade in dieser Beziehung die geplante Neugestaltung heilsam wirken könnte, glaube ich oben deutlich gezeigt zu haben.

Uebrigens würden auch jetzt schon von den höheren Ministerialbehörden ergehende verschärfende Verfügungen und ihre durch alle Instanzen geschützte genaue Befolgung heilsame Wirkungen erzielen und gewiß mit zu den „wirksamen Mitteln" gegen die Ueberflutung der Hochschulen gerechnet werden müssen.

Manche glauben, ein solches Mittel auch zu finden in der bei ganzen Schulgattungen einzuführenden **Beschränkung der Berechtigungen** überhaupt, insbesondere der **zur Erteilung des Einjährig-Freiwilligen-Scheines** derart, daß Gymnasium und Realgymnasium diese Berechtigung nur an ihre Abiturienten sollten verleihen dürfen: so hofft man viele Schüler auf die lateinlosen Realschulen hinüberzudrängen. Diesem Vorschlag steht aber vor allem die in ihm liegende große Ungerechtigkeit entgegen, behufs Erlangung ein und desselben Vorzugsrechtes von den einen Schülern eine voll 9jährige Ausbildung zu fordern, bei den anderen aber mit einer 6jährigen und dazu mit einer nach amtlicher Schätzung minderwertigen Bildung sich zu begnügen. Gleichen Rechten stehen gleiche Pflichten gegenüber.

Das ist ja gewiß, daß dann manche Schüler in der That ihre

Rechnung besser bei den Realschulen finden würden, die Besuchsziffern der unteren Klassen unserer Gymnasien — wenigstens da, wo auch noch eine Realschule am gleichen Orte sich findet — würden sich also verringern; aber ebenso gewiß ist auch das, daß dann das Hindrängen zu ihren oberen Klassen in ganz bedauerlich starker Weise noch mehr steigen müßte. Man vergleiche nur die frühere Figur 20 (S. 125), welche die durch die Einführung des Einjährigen-Freiwilligen-Wesens hervorgerufene Wirkung auf den Besuch von Untersekunda zeigte: ganz entsprechend würde das Ersitzen der oberen Klassen und der Zudrang zur Abiturientenprüfung zunehmen — die so schön geplante Maßregel würde also das gerade Gegenteil dessen erzielen müssen, was sie beabsichtigt. Schon deshalb kann ich mit ihr durchaus nicht einverstanden sein.

Da schiene immer noch besser der andere Vorschlag, der schon gemacht worden ist, bei vollem erfolgreichen Durchlaufen einer Schulgattung wie der Realschule sich mit **einem oder zwei Jahren Schulzeit weniger** zufrieden zu geben als bei den Schulen, welche 9 Jahreskurse umfassen. Aber auch dieser Vorschlag ist unausführbar, weil er auf pädagogisch und sittlich unhaltbarer Grundlage beruht — pädagogisch, weil er wie der vorige Vorschlag von dem Gedanken ausgeht, daß der in den 9klassigen Schularten vor dem Ende der 9. Klasse abgehende Schüler gewissermaßen aus Frivolität gerade diese Schulart gewählt habe, — sittlich unhaltbar, weil so der Besuch der höheren Schule durch weitere Klassen notwendig als Verbüßung einer Strafe erscheinen muß, zu welcher der völlig unschuldige Schüler verurteilt wird. Also auch dieser Vorschlag muß abgelehnt werden.

Die weitere Maßregel aber, welche in Betreff des Einjährig-Freiwilligen-Dienstes der preußische Kultusminister Herr v. Goßler in letzter Zeit als möglicherweise einführbar hingestellt haben soll, die nämlich, die Erteilung des Rechtes zu jenem Dienste den Mittelschulen als solchen überhaupt zu nehmen und **sämtliche Bewerber um den Einjährigen-Schein sich diesen durch eine besondere Prüfung erringen** zu lassen, auch diese Maßregel würde auf unsere Hauptfrage fast keine Wirkung auszuüben vermögen. Denn geringer wird so die Zahl jener Bewerber sicherlich nicht werden, gewiß nur größer; den zur Vorbereitung auf ihre Prüfung notwendigen Unterricht werden diese aber planvoller, stetiger, besser und billiger als bei den öffentlichen Schulanstalten nirgends erhalten können, der Besuch der letzteren wird also nicht abnehmen; solange die früher geschilderten allgemeinen Verhältnisse aber in gleicher Weise wie jetzt fortdauern, wird auch der Zudrang zu den oberen Klassen, zu den Hochschulen und zu den gelehrten Berufen nicht abnehmen. Der Erfolg der angedeuteten Maßregel wäre also nur der, daß außer der jetzt schon statt-

findenden großen Zahl von Prüfungen eine neue große Menge von solchen (z. B. in Baden alljährlich etwa 1000, in Preußen rund mindestens 15000) hinzukämen, und dabei würde die Mehrzahl der zu Prüfenden doch wohl nahezu von eben denselben Männern geprüft werden, welche dieselben unterrichteten.

66. Nachdem ich auf dem Gebiete des Mittelschulwesens die Aenderungen angegeben und, wie ich glaube, begründet habe, welche dazu beitragen könnten, die hier herrschenden zum Teil recht ungesunden Verhältnisse im allgemeinen zu bessern und im besondern den Zudrang zu den gelehrten Berufen herabzumindern, will ich nun noch kurz wenige Worte den **Universitäts-Verhältnissen** widmen, soweit sie hier in Betracht zu kommen haben. Ich löse damit mein oben (S. 143) gegebenes Wort ein.

Wer einmal gesetzlich zur Universität entlassen ist und diese bezogen hat, wird wohl in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle — den Uebertritt zum Offizierskorps ausgenommen — nur durch Armut, durch Krankheit oder durch selbstverschuldete Untergrabung seiner Körper- und Geisteskraft vom wirklichen Zugang zu einem gelehrten Berufe abgehalten werden. Eine Verminderung dieses Zuganges von Seiten der Universität und ihrer Einrichtungen scheint demnach auf den ersten Blick ausgeschlossen.

Und doch scheint dies nur so. Denn das ist ja klar, daß andersartig gestaltete Einrichtungen unserer Hochschulen die Lust zum Studieren beeinflussen und damit auf die Zahl der Studenten ihre Rückwirkung äußern müssen. Freilich wird am wenigsten die Zahl, vielmehr die Güte der Ausbildung unserer Studenten von solchen Einrichtungen abhängen. Wird also auf unsere hier zu behandelnde Hauptfrage auch nur ein verhältnismäßig geringer Einfluß von geänderten Universitäts-Einrichtungen erwartet werden dürfen, so sollte doch auch hierin das Mögliche geschehen, um so mehr, wenn derartige Aenderungen auch die Güte der Studentenausbildung zu heben vermögen.

Daß aber solche Aenderungen möglich, daß sie erwünscht und zeitgemäß, also notwendig sind, das ist die Ueberzeugung vieler der Männer, welche die bezüglichen Verhältnisse kennen und langjährige Erfahrung besitzen.

Die **Verlängerung der Studienzeit** — das ist der erste, besonders von und für Juristen so oft geäußerte Wunsch*). Aber seine Erfüllung würde die Zahl der Studierenden, wohl auch im engeren die der Rechtswissenschaft Studierenden wohl kaum herabdrücken; ohnehin dürften gerade diejenigen, welche in der vorgeschriebenen Mindestzeit ihre Studien er-

*) So z. B. Schulte in dem oben S. 47 erwähnten Aufsatze (S. 337) und Conrad a. a. O. S. 242.

ledigen, nicht zu den schlechtest Vorbereiteten gehören, und die durch alle möglichen burschikosen Abhaltungen anfangs am Studium Verhinderten setzen ja bekanntlich von selbst schon ein oder mehrere Semester zu. Die Verlängerung der an der Universität zuzubringenden Studienzeit hätte also für unsere Hauptfrage nahezu keine Bedeutung, so sehr sie auch aus anderen Gründen Manchen erwünscht und bedeutungsvoll erscheinen mag.

Dagegen eine Besserung der Studierverhältnisse an der Hochschule selbst und gleichzeitig, was hier die Hauptsache, eine Einwirkung im Sinne einer Verringerung der Zahl von Studierenden und besonders der bei der juristischen Fakultät Eingeschriebenen dürfte wohl von Einrichtungen zu erwarten sein, welche den bei einem großen Teile unserer studierenden Jugend **herrschenden Geist zu ändern**, zu bessern vermöchten. Denn daß viele unserer Studenten die Universitäten schon nur aufsuchen des fröhlichen Lebens halber, und daß sie selbst wie leider auch manche Familien den Aufenthalt an der Hochschule bloß als Gelegenheit zum Vergnügen betrachten und nicht in der Hauptsache als Zeit und Ort für ernste Arbeit und ideales Streben, diese Thatsache steht doch wohl fest, den sie bewirkenden Ursachen muß aber entgegengearbeitet werden. Die Universitäten allein vermögen dies nicht, das ist klar; drum auch nach dieser Richtung hin wird die oben geplante Neugestaltung unseres gesamten Mittelschulwesens, insbesondere auch ein etwas freierer Lehr- und Lernbetrieb in den obersten Klassen, förderlam wirken, weil dann künftig mehr als seither wirklich strebsame und, da auf der Schule schon ihre Neigungen berücksichtigt werden, mehr wahrhaft arbeitsfreudige Abiturienten zur Hochschule kommen, andere aber, und seien sie die reichsten und den höchsten Ständen zugehörig, dieser erspart bleiben.

Man braucht kein trüber Geselle, kein Erstreber englischer Universitätseinrichtungen zu sein, man kann akademische Lernfreiheit voll und ganz aufrecht erhalten wissen wollen und trotzdem den Worten Herrn v. Schulte's beistimmen und sein Verlangen (a. a. O. S. 337) billigen nach „Mitteln, welche dem Zwecke der akademischen Studien und deren obligatorischem Charakter entsprechend den wirklichen Besuch der Vorlesungen seitens der großen Mehrzahl herbeizuführen geeignet sind". Allmähliges Wegräumen der diesen Besuch verhindernden Umstände, also Zurückdrängen des zwangsweisen Fecht- und Trinkboden-Unwesens, dagegen Förderung freier geselliger und wissenschaftlicher Vereinigungen, Einbürgerung allseitig nützender körperlicher Uebungen, dann aber auch in die Gesamtzeit der Universitätsstudien verlegte und die geistige Durchbildung mehr als die Gedächtnisstärke erforschende Prüfungen dürften in der That Mittel sein, dem Universitätsleben hauptsächlich der im Uebermaß vorhandenen juristischen Studenten den wahren Charakter zu ver-

leihen, dadurch auch den von der Aussicht auf zerstreuende Vergnügungen eingegebenen ungesunden Anreiz zum Universitätsbesuch zu vermindern.

67. Der Uebergang des Studenten zum wirklichen Vertreter des gelehrten Berufes wird bezeugt und endgiltig gemacht durch das Bestehen der **Staatsprüfungen.** Auch diesen habe ich noch einige Worte zu widmen.

In den staatlichen bzw. kirchlichen Prüfungen ist das letzte und wirksamste Mittel geboten, um dem gar zu übermäßigen Andrang zu gelehrten Berufen entgegenzutreten, und unzweifelhaft hat die oberste Staats- wie Kirchenbehörde Recht wie Pflicht, von diesem allerletzten und einschneidendsten aller Mittel strengen, wenn auch nicht übermäßig strengen Gebrauch zu machen. Denn durch übermäßig strenge Prüfungen der einzelnen Kandidaten etwaige Mißstände des wirtschaftlichen, des gesellschaftlichen Lebens ausgleichen, oder auf diese Weise Fehler staatlicher Organisationen gut machen zu wollen, hieße schweres Unrecht begehen.

Ich wüßte aber nicht, daß die Handhabung dieses Mittels irgendwo in deutschen Landen zu Unzuträglichkeiten geführt hätte, daß etwa in Folge allzustrenger, unerfüllbarer Prüfungs-Anforderungen berechtigte private oder öffentliche Interessen geschädigt worden wären oder daß gar durch unpassend leichte Prüfungen einem künstlich gesteigerten Hindrängen zu gelehrten Berufen Vorschub geleistet worden wäre.

Es liegt also auch aus Rücksicht auf den hier betrachteten Punkt kein Grund vor, betreffs der Staatsprüfungen irgend welche grundsätzlichen Aenderungen derselben hier vorzuschlagen. Denn die Anzahl, die Verteilung, die Gestaltung solcher Prüfungen im einzelnen hat zwar wesentlichen Einfluß auf die Güte der Ausbildung von Vertretern gelehrter Berufe, insbesondere von Beamten; aber deren Anzahl und drum auch der Zudrang zu jenen Berufen wird hierdurch nicht oder in fast verschwindendem Grade nur berührt. Es bliebe also nur die Thatsache von zweckmäßig angeordneten Prüfungen erhalten — der Zwang sich ihnen zu unterziehen und sie vor Eintritt ins Leben der That mit Erfolg zu bestehen wirkt als genügend wirksames Gespenst, um gar zu Unberechtigte von ihnen und damit von der Ausübung gelehrter Berufe fernzuhalten.

Schlußbetrachtung. — Ich stehe am Ende meiner Arbeit und will versuchen, den langen Weg, welchen meine Betrachtungen nehmen mußten, um sich zu bestimmten Vorschlägen zu verdichten, noch einmal im Fluge zu überschauen.

Wenn ich auch nicht finden konnte, daß nach dem Wortlaute der gestellten Frage allüberall in deutschen Landen eine Ueberfüllung an Vertretern gelehrter Fächer und zwar aller gelehrten Fächer bereits vorhanden ist, so mußte ich doch zugeben, daß sie für einen großen Teil

Deutschlands und hier für die Mehrzahl der gelehrten Fächer besteht, und ich muß jetzt hinzufügen, daß aller Voraussicht nach selbst da, wo sie bis jetzt noch in geringerem Grade wahrgenommen wird, daß sie auch da in kurzer Zeit sicherlich ebenfalls als schwerer Mißstand zu Tage treten wird.

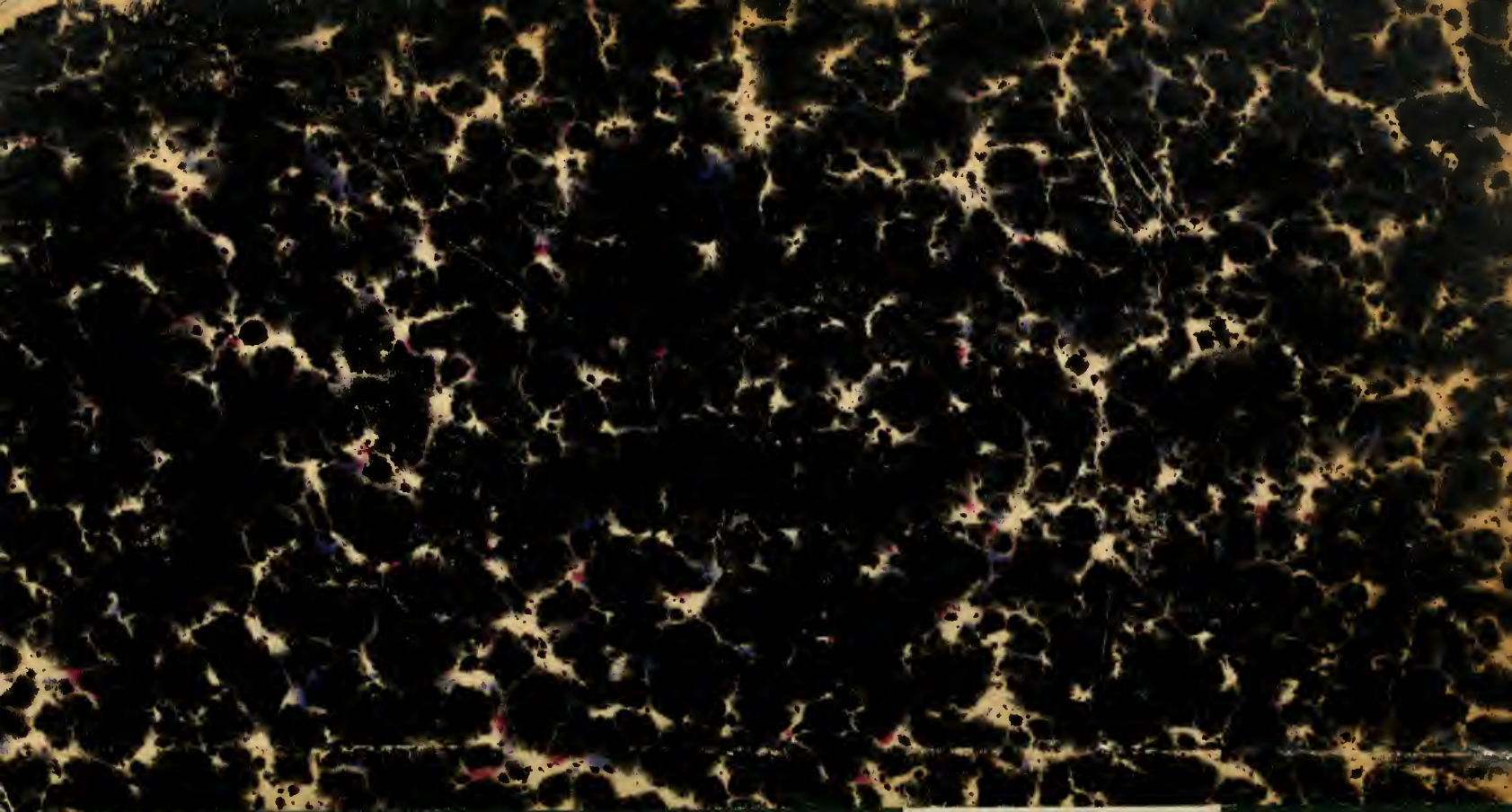
Ich forschte in möglichst methodischer Weise den **Ursachen** nach, welche diese Ueberfüllung hervorzurufen im Stande waren, sind und sein werden, und ich fand als solche am stärksten wirkend die in jeglicher Beziehung fest gegründete Stellung des deutschen Beamtentums in erster und die heutige Gestaltung, vielmehr Mißgestaltung des deutschen Mittelschulwesens mit seinem absonderlichen Berechtigungssystem in zweiter Reihe. Dazu gesellen sich nicht eben wenige andere starktreibende Gründe, welche ihren Ursprung nehmen aus der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Gesamtverfassung unseres Vaterlandes, wie sich diese heute als das Ergebnis geschichtlicher Entwickelung wesentlich der letzten vier Jahrzehnte herausgebildet hat; ganz besonders das Zusammenwirken all dieser Gründe und die Förderung, welche sie sich im Verhältnis von Ursache und Wirkung wechselseitig geboten haben und bieten, hat jenen Mißstand in so sehr steigendem Maße in die Erscheinung treten lassen und allseitiges Unbehagen hervorgerufen.

Betreffs der **Mittel**, welche der genannten Ueberfüllung zu steuern geeignet wären, konnte ich nicht finden, daß Alles von künstlicher Einwirkung auf alle die in Betracht kommenden Verhältnisie erhofft werden dürfe, das Uebel selbst — so meine ich — erzeugt auch in der Reaktion das Heilmittel und den dadurch geweckten Gesundungsvorgang. Gleichwohl sollte eine klug vorausschauende Staatsleitung nicht mit verschränkten Armen und herzlos gegenüber dem Unheile des Einzelnen Alles sich selbst überlassen; höhere Rücksichten verlangen ein Eingreifen, und wenn dieses in erster Reihe statthat zwecks einer gesunderen Gestaltung unserer Mittelschule und ihrer Berechtigungen, so wird hiermit schon viel gewonnen und gebessert sein; alle die anderen von mir vorgebrachten mehr oder minder rasch und kräftig wirkenden Heilmittel dürften ja auch ihre Beachtung finden und ihre Wirkung miterzielend die Hauptabsicht erreichen lassen.

Zum Schlusse kann ich nur nochmals die Worte von der ersten Seite meiner Arbeit wiederholen: Möge auf dem von mir gewiesenen Wege die Möglichkeit gesunden Voranschreitens gegeben sein — möge das verehrliche Preisgericht meinen Weg als einen gangbaren, als den zum Wohle des Ganzen verhältnismäßig bestbeschreitbaren erkennen, möge dieser Weg, wenn beschritten, das Glück des Volksganzen befördern und möglichst vielen Einzelnen zum Heile gereichen!

27785
Pietzker, Friedrich
Der Zudrang zu den gelehrten Berufsarten.
Ec.H
P6267z

University of Toronto
Library

DO NOT
REMOVE
THE
CARD
FROM
THIS
POCKET

Acme Library Card Pocket
LOWE-MARTIN CO. LIMITED